



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

“Si no ardemos juntos – ¿quién iluminará esta oscuridad?” –

Der mexikanische Staat und soziale Bewegungen von den 1960ern bis
zu #Yo Soy 132 im Jahr 2012 – unterwegs in Richtung Demokratie?

Verfasserin

Mag. Magdalena Jetschgo

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Gerald Faschingeder

„Der Sinn von Politik ist Freiheit.“

H. Arendt

„Que la protesta se vuelva una manera de ser, una manera de pensar y una manera de vivir.“

Ananda Echanove, Studentin aus Tijuana, Mexiko

Diese Arbeit möchte ich jenen Menschen widmen, die sich für die Freiheit in ihrem Land einsetzen.
Besonders jenen, die dies unter widrigen Umständen trotzdem tun. Sei es in Mexiko oder am Taksim-
Platz: ihr beeindruckt mich mit eurem Mut und eurer Aufrichtigkeit.

Dedicado también a mis amigos mexicanos que compartieron conmigo partes de sus vidas.
Así me enseñaron a querer a este país único.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit beleuchtet das Verhalten des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen von den 1960er-Jahren bis zur Bewegung *#Yo Soy 132* im Jahr 2012 und stellt die Frage, inwiefern daran eine Tendenz in Richtung einer demokratischen Konsolidierung Mexikos abgelesen werden kann. Als theoretischer Hintergrund dient die sich mit (demokratischen) Systemübergängen beschäftigende Transformationsforschung, die durch Überlegungen zu politischer Kultur sowie durch das Staatsverständnis Antonio Gramscis erweitert wird. Um den mexikanischen Kontext besser zu verstehen, ist den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen Mexikos von Beginn des PRI-Regimes 1929 bis in die Gegenwart ein Kapitel gewidmet, in dem auf das Phänomen der langjährigen Quasieinheitspartei PRI, aber auch auf aktuelle Probleme, wie den dramatischen Anstieg der Kriminalität seit Beginn der Präsidentschaft Felipe Calderóns, eingegangen wird. Ein Abschnitt der Arbeit ist dem mexikanischen Transformationsprozess gewidmet: Neben der Erörterung der Frage, ob der demokratische Übergang in Mexiko im Jahr des Regimewechsels 2000 stattgefunden hat oder nicht, wird mithilfe des Staatsverständnisses von Antonio Gramsci sowie der Überlegungen zu politischer Kultur Kritik an der klassischen Transformationsforschung geübt. Darüber hinaus soll anhand des mexikanischen Transformationsprozesses demonstriert werden, wie jene zwei Ansätze zu einem besseren Verständnis derart komplexer und verschiedenartiger Prozesse beitragen können. Schlussendlich wird auf einzelne soziale Bewegungen Mexikos seit den 1960er-Jahren und auf das Verhalten des mexikanischen Staates ihnen gegenüber eingegangen, wobei hier wieder auf Gramscis Überlegungen zurückgegriffen wird. Im letzten Abschnitt der Arbeit wird eines der jüngsten Beispiele sozialer Bewegungen, die Bewegung *#Yo Soy 132*, ausführlich vorgestellt.

Abstract

This diploma thesis throws light onto Mexican social movements from the 1960s until the #Yo Soy 132 movement in 2012, and focusing on the Mexican state's behavior towards them questions in what way a conclusion on Mexico's democratic consolidation can be drawn from these observations. The so called *regime analysis approach* dealing with (democratic) transition countries provides a theoretical background which is going to be widened by political culture approach and by Antonio Gramsci's state concept. In order to give a better understanding of the Mexican context one chapter provides a historical overview on economic and political developments from the beginning of the PRI-regime in 1929 until the present day, not only dealing with the phenomenon of the many years' standing quasi unity party PRI but also with recent problems, such as the dramatic increase of organized crime since the Felipe Calderón administration. One part of the thesis is dedicated to the Mexican transition process; alongside the discussion concerning whether or not there was a democratic transition in Mexico in 2000 the classical *regime analysis approach* will be subject to criticism by further consulting Gramsci's state concept and using the political culture approach. Beyond that, on the basis of the Mexican transition process it will be demonstrated how these two approaches can contribute to a better understanding of such complex and diverse procedures. To end with, selected Mexican social movements since the 1960s and the Mexican state's behavior towards them are going to be examined, going back again to Gramsci's ideas. In the final part one of the most recent examples of Mexican social movements, the movement #Yo Soy 132, is presented in detail.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	8
1 Einleitung.....	11
2 Demokratische Konsolidierung	13
2.1 Transformationsforschung	14
2.1.1 Begriffe	15
2.1.2 Transformationstheorien	16
2.1.3 Transformationsphasen.....	23
2.2 Kritik an der Transformationsforschung	27
2.2.1 Die kulturelle Dimension des Politischen	28
2.2.2 Erweiterter Staat nach Antonio Gramsci.....	31
2.3 Sich rückentwickelnde Tendenzen: von „De-Konsolidierung“ und Postdemokratie	36
2.4 Das Demokratisierungspotenzial sozialer Bewegungen	38
2.5 Fazit	39
3 Mexiko 1929-2012.....	42
3.1 1929-2000.....	42
3.1.1 Das Phänomen PRI	42
3.1.2 Das kurze mexikanische 20. Jahrhundert	45
3.1.3 Das Ende einer Herrschaft.....	51
3.2 2000-2012.....	54
3.2.1 ¿ <i>El cambio</i> ?.....	54
3.2.2 Organisierte Kriminalität und der <i>Krieg gegen den Drogenhandel</i>	59
3.2.3 Die Rolle der Medien	63
3.2.4 Die neoliberale Enttäuschung?.....	66
3.3 Zur demokratischen Konsolidierung Mexikos	67
3.3.1 Kritikpunkte an der Transformationsforschung am Beispiel Mexiko	73
4 Der mexikanische Staat und soziale Bewegungen	79

4.1	Soziale Bewegungen im lateinamerikanischen Kontext.....	79
4.2	Soziale Bewegungen in Mexiko von 1960 bis 2012.....	83
4.3	Die Bewegung <i>#Yo Soy 132</i>	96
4.3.1	Entstehungsgeschichte und Verlauf.....	98
4.3.2	Selbstverständnis und Kernforderungen.....	105
4.3.3	Organisation	110
4.3.4	Wichtige Trägergruppen – gesellschaftliche Reichweite	112
4.3.5	Probleme von <i>#Yo Soy 132</i>	113
4.3.6	Erfolge von <i>#Yo Soy 132</i>	118
4.4	Zusammenfassung: der mexikanische Staat und soziale Bewegungen	120
5	Conclusio	124
	Anhang	127
	Glossar.....	127
	Karte von Mexiko	130
	Interviewübersicht	131
	Offizielle Dokumente von <i>#Yo Soy 132</i>	133
	Quellenverzeichnis	137

Vorwort

Ich erinnere mich noch genau, wie ich im Februar 2011 in meinem eiskalten Zimmer in Sarajevo saß, während eines Forschungsaufenthaltes für meine Diplomarbeit in Politikwissenschaft, und die Nachrichten vom beginnenden „Arabischen Frühling“ – der damals noch nicht so geheißen hat – mitverfolgte. Wie gebannt saß ich vor dem Computer-Bildschirm und war tief beeindruckt von jenen Menschen, die von Wut und der Hoffnung auf Verbesserung auf die Straßen getrieben wurden und die es wagten, ihrem Unmut gegen das herrschende Regime Ausdruck zu verleihen.

So ähnlich erging es mir auch im Frühling 2012, also ich von den Geschehnissen an der *Universidad Iberoamericana* in Mexiko-Stadt erfuhr. Den StudentInnen, die es wagten, den von den Medienkonzernen gepushten Kandidaten Enrique Peña Nieto auszubuhnen und ihn aufgrund seiner menschenrechtswidrigen Politiken während seiner Zeit als Gouverneur des Bundesstaates *Estado de México* lautstark abzulehnen, galt meine Bewunderung. Ich hatte Mexiko als ein Land kennengelernt, in dem es besser ist, seine politische Meinung für sich zu behalten, nicht an demokratische Institutionen zu glauben oder gar an Demonstrationen teilzunehmen. Aus diesem Grund verwunderten mich die Geschehnisse an der *Ibero* so sehr.

Ich durfte mit Mexiko und seinen Menschen erstmals 2005-06 während eines einjährigen Freiwilligeneinsatzes in einem Jugendzentrum in der nordwestlichen Grenzstadt Tijuana Bekanntschaft machen. Während dieses Jahres kam ich in erster Linie anhand der Menschen, mit denen ich zusammenarbeitete und -lebte, mit der Politik Mexikos und auch der USA in Berührung. So erfuhr ich – in Ansätzen – was es heißt, in einer der Maquiladoras¹ zu arbeiten oder sich als Alleinerzieherin mit zwei kleinen Töchtern illegal über die US-mexikanische Grenze zu schmuggeln. Erst nach diesem Jahr begann ich, mich für die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe des Landes zu interessieren und konnte diesem Interesse im Rahmen meiner Studien der Politikwissenschaft und Internationalen Entwicklung an der Universität Wien nachgehen. Dass dieses Interesse schlussendlich in dieser Diplomarbeit mündete, verdanke ich verschiedensten Personen:

An erster Stelle möchte ich hier meine InterviewpartnerInnen sowie alle Menschen in Tijuana und in anderen Teilen Mexikos nennen, die mir durch das Teilen ihrer Meinung und ihrer Geschichte(n) einen Einblick in die mexikanische Lebensrealität ermöglichten bzw. mir bei Recherchearbeiten behilflich waren. ¡Gracias Ananda, Ghandi, Carlos, Ariadna, Ivan, Dr. Mureira, Dr. López Ulloa, Victor,

¹ Billiglohnfabriken im Bereich der Elektronik, Textilherstellung und Automobilindustrie; aufgrund der Steuerbegünstigungen vor allem im Norden Mexikos angesiedelt;

Irving, Emilio, Claudia y l@s muchach@s del grupo *#Yo Soy 132 Tijuana Oficial* y a todos los demás que me brindaron su valioso apoyo!

Ein großer Dank gilt auch meinem Betreuer Gerald Faschingeder für seine persönliche und kompetente Begleitung im Entstehungsprozess dieser Arbeit. Ihm ist es gelungen, auch kritisches Feedback positiv und motivierend zu formulieren, außerdem war er immer für mich erreichbar, wenn ich Fragen hatte.

Bei meinen Korrekturleserinnen Margarete Jetschgo, Hanna Silbermayr, Christine Schaunig und Estefanía Quiroga möchte ich mich ganz herzlich für die investierte Zeit, das aufmerksame Lesen und die guten Vorschläge bedanken.

Dass diese Arbeit zustande kommen konnte, verdanke ich nicht zuletzt meinen Eltern, die mich während all der Jahre meines Studiums finanziell und ideell unterstützten und mir, wie Goethe schon feststellte, das Wichtigste für mein weiteres Leben mitgaben: Wurzeln und Flügel.

Sarleinsbach, am 9. September 2013

1 Einleitung

Es war im Frühling 2012, als eine politische Bewegung mit dem Namen *#Yo Soy 132*², die an einer Privatuniversität in Mexiko-Stadt ihren Ausgang genommen hatte, wie ein Wirbelwind durch Mexiko fegte. Mit Slogans wie dem im Titel erwähnten *„Si no ardemos juntos – ¿quién iluminará esta oscuridad?“* (dt.: „Wenn wir nicht gemeinsam brennen, wer wird dann diese Dunkelheit erhellten?“) wurde das gesamte politische System Mexikos in Frage gestellt. *#Yo Soy 132* gelang es nicht nur, internationale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, sondern auch, den Sieg des quasi schon als Sieger geltenden Präsidentschaftskandidaten Enrique Peña Nieto für kurze Zeit in Frage zu stellen – was im verkrusteten, noch stark vom autoritären Vorgängerregime geprägten politischen System Mexikos als kleine Sensation zu werten ist.

Ausgehend von dieser Bewegung soll in dieser Arbeit ein historischer Blick auf das Verhalten des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen geworfen werden. Das forschungsleitende Interesse dabei ist, herauszufinden, inwiefern am Verhalten des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen, untersucht im Zeitraum von den 1960er-Jahren bis zur Bewegung *#Yo Soy 132* im Jahr 2012, eine Tendenz in Richtung einer demokratischen Konsolidierung Mexikos abgelesen werden kann.

Dazu wird vorerst die sich mit (demokratischen) Systemübergängen beschäftigende Transformationsforschung kurz vorgestellt und anhand der Überlegungen zu politischer Kultur sowie des Staatsverständnisses Antonio Gramscis erweitert (Kapitel 2). Bevor diese Überlegungen dann am Beispiel des mexikanischen Transformationsprozesses verdeutlicht werden (Abschnitt 3.3), wird noch ein Blick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Mexikos seit Beginn des PRI-Regimes 1929 bis in die Gegenwart geworfen (Kapitel 3). Im vierten Kapitel wird schließlich auf soziale Bewegungen in Mexiko seit den 1960er-Jahren sowie auf eines der jüngsten Beispiele, die Bewegung *#Yo Soy 132*, ausführlich eingegangen.

Die Arbeit versteht sich als Literaturarbeit, die mit Interviewausschnitten illustrativ untermalt wurde, um die Aussagen der Literatur zu unterstreichen und ihnen mehr Authentizität zu verleihen. Nach einer ersten Literaturrecherche und drei Expertengesprächen im Dezember 2012 wurde ein Gesprächsleitfaden entwickelt, der die Basis für die im Jänner und Februar 2013 geführten Interviews in Tijuana, Mexiko bildete³. Zusätzlich nahm ich noch an zwei Besprechungen der loka-

² dt.: *Ich bin der/die 132.*; wie es zu diesem Namen kam siehe Abschnitt 4.3 dieser Arbeit. Die Verwendung des Namens als sogenannter *Hashtag*, also mit vorangestelltem „#“, rührt aus ihrer intensiven Nutzung neuer sozialer Medien her.

³ Eine Übersicht der geführten Gespräche und Interviews befindet sich im Anhang.

len Gruppe *#Yo Soy 132 Tijuana Oficial* teil. Die Gespräche wurden auf Spanisch geführt und mit einem digitalen Diktiergerät aufgezeichnet. Das gesammelte Material wurde dann transkribiert und exemplarisch in die Arbeit eingearbeitet. Zur Auswahl der InterviewpartnerInnen sei angemerkt, dass es mir für die Ausgewogenheit der Sichtweisen als sehr wichtig erschien, „externe ExpertInnen“ wie PolitikwissenschaftlerInnen oder JournalistInnen sowie „interne ExpertInnen“, also an der Bewegung *#Yo Soy 132* aktiv Beteiligte, in einem ausgeglichenen Verhältnis gleichermaßen zu befragen.

Das Endergebnis ist wohl auch als Momentaufnahme einer Generation und deren Verständnis von Politik und Demokratie zu verstehen. Vordergründig lässt der detaillierte Blick auf die Bewegung *#Yo Soy 132* vermutlich in erster Linie Rückschlüsse auf die junge und politisch aktive Generation Mexikos zu. Aber auch, wenn man die Einblicke vielleicht nicht eins zu eins auf andere soziale Bewegungen in anderen Ländern umlegen kann, so bilden sie hoffentlich doch ein weiteres Mosaiksteinchen in der Beschreibung einer weltweiten Protestbewegung, in deren Reihen sich der Arabische Frühling genauso wiederfindet wie *Occupy Wallstreet* oder die spanischen *Indignados*.

Zur geschlechtergerechten Schreibweise sei angemerkt, dass ich eine geschlechterdifferenzierte Schreibweise grundsätzlich befürworte, da ich davon überzeugt bin, dass Sprache Wirklichkeit konstituiert und unser Denken und Handeln stark beeinflusst. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit nicht alleine durch Sprache geschaffen wird und reihe mich daher in die Anhängerschaft einer gemäßigten (man könnte auch sagen: inkonsequenten) geschlechtergerechten Schreibweise ein. Auf eine geschlechterdifferenzierende Schreibweise habe ich v.a. im Fall von zusammengesetzten Substantiven aus Gründen der leichteren Lesbarkeit und Ästhetik verzichtet (z.B. „Bauernbewegung“ anstelle von „BäuerInnenbewegung“). Wenn es sich kontextual und vom Textfluss her anbot, wurde die männliche und die weibliche Form alternierend verwendet (z.B. Studentin, Gewerkschafter). Sollte einmal nur die weibliche Form verwendet werden, sind die Männer selbstverständlich mitgemeint.

2 Demokratische Konsolidierung

Demokratie ist die sich am stärksten ausbreitende Herrschaftsform der Welt. Laut dem bekannten Demokratie-Index *Freedom House* stieg die Zahl der Demokratien weltweit von 23 (von insgesamt 80 Staaten) im Jahr 1950 auf 121 (von insgesamt 192 Staaten) im Jahr 2000. Rund 60% der Menschen leben heute in demokratischen politischen Systemen (vgl. Pickel 2006: 7). Einer der führenden Politikwissenschaftler im Bereich der Transformationsforschung – jenem Teilbereich der Politikwissenschaft, der sich mit Systemwechseln auseinandersetzt – ist der Deutsche Wolfgang Merkel. Er spricht in seinem Lehrbuch „Systemtransformation“ (2010) von drei Wellen der Demokratisierung:

Die erste Welle datiert Merkel mit dem 19. Jahrhundert bis kurz nach dem erstem Weltkrieg. Diese wurzte in der französischen und der amerikanischen Revolution. Zu Beginn der 1920er-Jahre war in rund 30 Ländern zumindest ein prozedurales Minimum demokratischer Systeme, nämlich allgemeine, gleiche und freie Wahlen, installiert (vgl. Dahl nach Merkel 2010: 17). Mussolinis Marsch auf Rom im Jahr 1922 markierte den Startpunkt einer „autoritären Gegenwelle“, welche in Europa und Lateinamerika faschistische, autoritär-korporatistische, populistische oder militärisch-diktatorische Regime entstehen ließ. In der zweiten Welle ab 1945 wurde unter Aufsicht der alliierten Siegermächte die Demokratisierung der politischen Systeme Westdeutschlands, Österreichs, Italiens und Japans eingeleitet. In Lateinamerika traten ebenfalls einige Länder in eine kurze Phase demokratischen Wandels ein, bevor dieser zu Beginn der 1950er- und 1960er-Jahre – wiederum in einer Gegenwelle – von Militärdiktaturen gestoppt wurde. Die dritte Welle begann 1974 mit dem Militärputsch in Portugal, erfasste noch im selben Jahr Griechenland und kurz darauf (1975) Spanien. Diese Demokratisierungswelle setzte sich Anfang der 1980er-Jahre in Lateinamerika fort, als viele Militärregime zusammenbrachen bzw. reformbereite Militärs die Liberalisierung und Demokratisierung ihrer Länder einleiteten. Es folgten Ost- und Südostasien (Taiwan, Philippinen, Südkorea, Thailand), dann, im Zuge des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes, Osteuropa (vgl. Merkel 2010: 17).

Entgegen der von Merkel skizzierten Entwicklungen in Lateinamerika stellt Mexiko eine politische Ausnahme dar, da es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts keinen Militärputsch zu verzeichnen hatte und seit 1929 offiziell als Demokratie galt. Dass in der Zeit, in der Mexiko von der Staatspartei PRI regiert wurde (1929-2000) allerdings teils scheindemokratische Zustände herrschten und Demokratisierungstendenzen von der Staatsmacht gewaltvoll niedergeschlagen wurden, wird im Kapitel drei dieser Arbeit ausführlich erörtert.

Wie man an der obigen Darstellung Merkels erkennen kann, ist Demokratie ein dynamisches Konzept. Betrachtet man die Entwicklungen europäischer Demokratien der vergangenen Jahre, wird deutlich, dass auch in sogenannten etablierten Demokratien Demokratiedefizite bzw. Demokratie-Abbau zu beobachten sind. Dass sich gefestigte Demokratien auch de-konsolidieren können, ist spätestens seit Colin Crouchs Essay *Postdemokratie* (2008) bekannt. Auf diesen Aspekt soll weiter unten (siehe Abschnitt 2.3) näher eingegangen werden. Die Frage allerdings, ob sich ein demokratisches System gerade konsolidiert oder sich von demokratischen Zuständen bereits wieder entfernt, wird in der Fachliteratur oft kontrovers diskutiert, wie auch das Beispiel Mexiko zeigt⁴. Wer welchen Beitrag zur demokratischen Konsolidierung eines politischen Systems leistet, ist eine weite Frage, die im Rahmen dieser Arbeit nicht systematisch erörtert werden kann. Es sei nur auf einen kurzen Abschnitt (2.4) hingewiesen, in dem der Beitrag sozialer Bewegungen zur demokratischen Konsolidierung angesprochen wird.

2.1 Transformationsforschung

Transformationsforschung, oder auch *regime analysis approach* genannt, ist ein Forschungszweig der Politikwissenschaft, der den Übergang von einem politischen System zu einem anderen untersucht. Meist handelt es sich dabei um den Wechsel von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen System, also um den Vorgang der demokratischen Konsolidierung. Laut dem bereits erwähnten deutschen Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel umfasst der Begriff Transformationsforschung auch den Wechsel gesellschaftlicher Ordnungen und wirtschaftlicher Systeme. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft könnten aufgrund ihrer Verwobenheit in Transformationsprozessen nicht getrennt voneinander betrachtet werden (vgl. Merkel 2010: 15).

Die Aufgaben der Transformationsforschung sind, die Ursachen und Verläufe politischer Systemwechsel herauszuarbeiten und die Konsolidierungschancen wie Konsolidierungsprobleme junger Demokratien zu analysieren (vgl. Merkel 2010: 17). Das gelte ebenso für das Scheitern von Systemwechseln wie auch für die Resistenz ganzer Regionen gegenüber den weltweiten Demokratisierungstendenzen. Alleine daran, dass Merkel noch 2010 die arabisch-islamischen Länder als Beispiel für regionsübergreifende Resistenzen gegenüber weltweiten Demokratisierungstendenzen nannte (ebd.), ist zu erkennen, welch ein dynamisches Feld das der Transformationsforschung darstellt.

⁴ mehr dazu im Abschnitt 3.3 dieser Arbeit.

2.1.1 Begriffe

Seit den 1970er-Jahren und insbesondere seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa erleben sozialwissenschaftliche Transformationsanalysen eine Hochblüte. Das begriffliche Instrumentarium weitete sich aus: Begriffe wie Transition, Transformation, Revolution, Zusammenbruch, Modernisierung, Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung, Regimewandel oder Systemwechsel wurden oft synonym verwendet und selten ausreichend erklärt (vgl. Merkel 2010: 62, Ackerman 2006). Wichtig sei, so Merkel, die Präzisierung des Analysegegenstandes, d.h. die Beantwortung der Frage, *was* genau transformiert werde – eine Regierung, ein Regierungssystem, ein politisches Regime, der Staat oder das ganze soziopolitische System? Und in weiterer Folge die Frage nach Form, Geschwindigkeit und Etappen der Transformation, ferner danach, welche politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen wie und mit welchem Einfluss am Prozess beteiligt seien. Als letzte Frage gelte es zu beantworten, ob es sich um eine Reform, einen Wandel, um eine Revolution oder einen Wechsel handle (ebd.).

Der Wechsel einer Regierung bedeutet in Merkels Terminologie den am wenigsten problematischen Fall, in etablierten Demokratien gehört er zur politischen Normalität (vgl. Merkel 2010: 63). Der Ausdruck Regime hingegen bezeichne die formelle und informelle Organisation des politischen Herrschaftszentrums und dessen jeweils besonders ausgeformte Beziehung zur Gesamtgesellschaft. Das mexikanische PRI-Regime (1929-2000) mit seinen korporatistisch-klientelistischen Strukturen, die nahezu alle Bereiche der Gesellschaft durchzogen, ist hierfür ein gutes Beispiel⁵. Regime seien dauerhaftere Formen politischer Herrschaftsorganisation, als es bestimmte Regierungen sein können, aber sie hätten typischerweise kürzeren Bestand als der Staat (Merkel 2010: 63f). Bei einem Regimewechsel ändere sich weniger die Organisationsform des Staates selbst als die Definition dessen, was legitime oder illegitime Anwendung der staatlichen Zwangsmittel sind (ebd.). Von einem Regimewechsel ist die Rede, wenn sich Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise fundamental geändert haben. Ein Regimewandel muss, nach Ausschaltung externer und interner Störfaktoren nicht zwingend zu einem Regimewechsel führen (vgl. ebd.: 65). Hybride Regime und hochgradig defekte Demokratien hätten den Wechsel zu dem neuen Regimetypus der (rechtsstaatlichen) Demokratie nicht völlig vollzogen, es sei hier dann von stagnierenden oder unvollständigen Regimewechseln die Rede (vgl. ebd.: 66).

Während sich im Verlauf einer politischen Transformation die das Regime konstituierenden Normen und Prinzipien ändern, bleiben die formalen Strukturen des Staates häufig von vergleichbaren Veränderungsprozessen verschont – Staatsapparate können einem demokratischen System

⁵ mehr dazu im nächsten Kapitel, Abschnitt 3.1.

genauso dienen, wie sie zuvor einer autoritären Regierung gedient haben. Dies gelte ebenso für das staatliche Verwaltungspersonal (vgl. Merkel 2010: 66). Auch hierfür ist der Regimewechsel in Mexiko ein gutes Beispiel, wie die Auseinandersetzung weiter unten zeigen wird.

Der Terminus Systemtransformation beziehe auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilsysteme und ihre Interdependenzen mit dem politischen System mit ein (vgl. ebd.: 65). Besonders die zwei Begriffe Transition und Transformation werden gerne beliebig verwendet. Politikwissenschaftliche Bedeutung erlangte der Begriff Transition durch ein internationales Forschungsprojekt, *transition to democracy* (Mitte der 1980er-Jahre), von Guillermo O' Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead, die die Demokratisierungsprozesse in Südeuropa und Lateinamerika untersuchten. Benützt wird der Begriff, der wörtlich übersetzt „Übergang“ bedeutet, fast ausschließlich, um den Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen zu bezeichnen. Der umfassendere Begriff Transformation wird als Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Regimewandels und Regimewechsels, des Systemwandels und Systemwechsels benutzt. Er schließe auch Transition mit ein (vgl. Merkel 2010: 66). Aufgrund seines umfassenden und allgemeinen Charakters wird der Terminus Transformationsforschung auch in dieser Arbeit durchgängig verwendet.

2.1.2 Transformationstheorien

Wie Systemtransformationen ablaufen, wollen verschiedene Transformationstheorien erklären. Auch wenn die Transformationsforschung sich erst in den 1970er- bzw. in den 1990er-Jahren vertiefte, gab es natürlich auch schon zuvor Transformationen politischer Systeme, man denke z.B. an die Unabhängigkeit afrikanischer Staaten in den 1960er-Jahren. Im Folgenden soll nun ein kurzer Überblick über die verschiedenen Transformationstheorien der letzten Jahrzehnte gegeben werden. In Anlehnung an Wolfgang Merkel und unter Einbeziehung der im Essay *Democratización: pasado, presente y futuro* (2006) des mexikanischen Juristen und Sozialwissenschaftlers John Ackerman vorgenommenen Klassifizierung sollen die Theorien der 1960er- bis 1990er-Jahre in vier Gruppen eingeteilt werden. Systemtheorien, Strukturtheorien, Kulturtheorien und Akteurs-theorien suchen die Ursachen, Erfolge und Misserfolge demokratischer Systemwechsel in jeweils unterschiedlichen sozialen Teilsystemen (vgl. Merkel 2010: 67-89, Ackerman 2006).

Bei den Systemtheorien liegt der Fokus auf Wirtschaft und Gesellschaft. In den 1950er- und 1960er-Jahren verfolgten die westlichen Staaten die Idee, Demokratie und Entwicklung in die wirtschaftlich unterentwickelten Regionen der Welt exportieren zu können. Unter der Prämisse

der „aufholenden Entwicklung“ wurde die Modernisierung verschiedenster Bereiche von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft am Reißbrett geplant. Eine wichtige Leitlinie dieser Entwicklungseuphorie der 1960er-Jahre war die „Eindämmung der kommunistischen Gefahr“. Vor diesem modernisierungs-theoretischen Hintergrund verfassten beispielsweise Seymour Martin Lipset und Samuel Huntington ihre Theorien zur demokratischen Entwicklung. Für Lipset war die wirtschaftliche Entwicklung und Überwindung von Not und Armut essentiell für die Entwicklung demokratischer Strukturen, auch, um soziale Konflikte einzudämmen. Dabei seien Modernisierung und Entwicklung Prozesse, die von den politischen Akteuren initiiert werden können. Lipset gab Max Weber Recht, der meinte, dass sich die moderne Demokratie in ihrer klarsten Ausprägung nur im Rahmen der kapitalistischen Industrialisierung entwickeln könne (vgl. Lipset nach Ackerman 2006: 119, Merkel 2010: 70). Laut Lipset sei der Konflikt zwischen verschiedenen, totalitären Weltanschauungen die größte Bedrohung für stabile Demokratien. Für Samuel Huntington bringt die schnelle Modernisierung keine demokratische Entwicklung, eher das Gegenteil, politischen Verfall (*decaimiento político*). Modernisierung sei ein Prozess, der in jedem politischen System passieren könne und der nicht automatisch zu Demokratie führen müsse (vgl. Ackerman 2006: 122).

Auch Ackerman nennt Demokratisierungstheorien mit Schwerpunkt auf politischer Ökonomie. Erwähnenswert erscheint hierbei die wissenschaftliche Kontroverse darüber, ob sich Zeiten wirtschaftlicher Krisen positiv oder negativ auf demokratische Konsolidierung auswirkten: einerseits könne eine wirtschaftliche Krise destabilisierend wirken, andererseits könnten Krisen auch den Anstoß für Reformen geben (vgl. Ackerman 2006: 140). Reformen, z.B. im Bereich Institutionen oder Gesetze, gelten wiederum als Streitfrage innerhalb der Transformationsforschung: unklar ist, ob sie zur Demokratisierung beitragen (vgl. z.B. Foweraker zit. nach Davis 1994) oder ob sie diesen Prozess eher behindern (Eckstein 1990 zit. nach Davis 1994). Im Falle Mexikos kann argumentiert werden, dass sich die schwere wirtschaftliche Krise der 1980er-Jahre eher positiv auf den Demokratisierungsprozess des Landes ausgewirkt hat. Durch die Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 kam der bereits leicht beschädigte Pakt zwischen Bevölkerung und Regierung endgültig ins Wanken und demokratische Strömungen in der Bevölkerung sowie innerhalb der Staatspartei erfuhren viel Zulauf. Mit Reformen wurde zwar von Regierungsseite immer wieder versucht, diese Bewegungen einzudämmen, langfristig gewannen sie jedoch die Oberhand.

Als Kritik an den Modernisierungstheorien wird immer wieder laut, dass sie die Einleitung und Ursachen von Demokratisierungsprozessen nicht zu erklären vermögen. Sie würden weiters den Modernisierungsstand, bei dem der Übergang zur Demokratie mit hoher Wahrscheinlichkeit beginnt, nur unzureichend angeben und keine Erklärung für den Zusammenbruch demokratischer Systeme in sozioökonomisch relativ hoch entwickelten Gesellschaften wie Deutschland und Öster-

reich in der Zwischenkriegszeit oder Argentinien, Chile und Uruguay in den 1970er-Jahren geben. Außerdem mache sie keine fundierten Angaben über demokratiefördernde oder demokratiehemmende religiöse und kulturelle Kontexte. Deshalb brauche es laut Merkel Theorien, die diese Leerstellen zwischen sozioökonomischen Voraussetzungen und politischem Handeln überbrückten (vgl. Merkel 2010: 75). Der Finne Tatu Vanhanen ergänzte Ende der 1980er-, Beginn der 1990er-Jahre die modernisierungstheoretischen Ansätze von gesellschaftlicher Ausdifferenzierung mit Überlegungen zur Machtverteilung (*Theorem der Machtdispersion*). Sein Augenmerk hinsichtlich der Entwicklungschancen einer Demokratie liegt auf der Streuung der Machtressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft. Demnach sei deren Demokratisierungsgrad umso höher, je breiter die Streuung der Machtressourcen einer Gesellschaft sei, und umgekehrt: je höher die Machtkonzentration, umso höher die Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie (vgl. Vanhanen zit. nach Merkel 2010: 77f).

Als Strukturtheorien werden jene Theorien bezeichnet, die das Verhältnis von Demokratisierung und Klassenkampf untersuchen und die nach der Rolle von VertreterInnen der verschiedensten gesellschaftlichen Klassen im Transformationsprozess fragen. Der Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen wird also als Resultat langfristiger Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft angesehen. Durch historisch-qualitative Vergleiche versuchen strukturalistisch orientierte ForscherInnen, Faktoren herauszufiltern, die den Weg einer Gesellschaft in die Diktatur oder Demokratie beeinflussten. Ein Vertreter dieser Stömung ist z.B. der US-amerikanische Politikwissenschaftler Barrington Moore, der in seinem Werk *Social Origins of Dictatorship and Democracy*, das Ende der 1960er-Jahre erschien, nach den historischen Rahmenbedingungen fragte, die ländliche Bewegungen zu treibenden Kräften im Demokratisierungsprozess werden lassen, und nach jenen, die linke oder rechte Diktaturen begünstigen (vgl. Moore nach Ackerman 2006). Entgegen der Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie wird bei Moores neomarxistischer Theorie angenommen, dass mehrere Pfade zur Modernisierung einer Gesellschaft führen könnten. Moore widerspricht den Modernisierungstheoretikern auch bzgl. der Korrelation von wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung, indem er Fälle anführt, wo Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung mit der Entwicklung autoritärer Regime einhergingen. Für Moore ist Demokratie nicht das Resultat friedlicher Aushandlungsprozesse, sondern der aggressiven Zerstörung oppositioneller gesellschaftlicher Gruppierungen (vgl. Ackerman 2006). Demokratie sei nicht als zwangsläufiges, sondern als mögliches Ergebnis solcher Prozesse zu verstehen. Als treibende gesellschaftliche Kraft der demokratischen Entwicklung sieht Moore das Wirtschaftsbürgertum. Dessen Stellung als kraftvolle, unabhängige Klasse sei die notwendige Voraussetzung für Demokratie (vgl. Moore zit. nach Merkel 2010: 76). Moores Prämissen wurden Anfang der 1990er-Jahre von Dietrich Rueschmeyer et al. weiterentwickelt, welche die

18

Rolle der Arbeiterklasse besonders herausarbeiteten (vgl. Rueschemeyer et al. zit. nach Ackerman 2006: 136)⁶.

Ein weiterer Skeptiker der Modernisierungstheorie ist der schwedische Soziologe Goran Therborn: Er anerkennt zwar, dass es zwischen wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung einen statistischen Zusammenhang gibt, hinterfragt jedoch die Qualität der erlangten Demokratien, v.a. deren Qualität für die breite Masse. Auch für ihn sind demokratische Systeme wie wirtschaftliche Entwicklung das Ergebnis von Klassenkämpfen. Darüber hinaus finde Demokratisierung laut Therborn auch aufgrund von Kriegen zwischen Nationalstaaten statt, indem ein autoritäres Regime von einem demokratischen besiegt werde. Er geht sogar so weit, zu behaupten, dass die Fragilität der lateinamerikanischen Demokratien teilweise auch darauf zurückzuführen sei, dass sie nie durch Millionen von Toten in zwei Weltkriegen errungen wurde (vgl. Ackerman 2006: 128).

Zu Beginn der 1970er-Jahre ließ Dankwart Rustow mit seinem Vierphasenmodell bzgl. des Übergangs von nicht-demokratischen zu demokratischen Systemen aufhorchen (*Transitions to Democracy*, 1970). Die vier Phasen bezeichnete er als Phase der nationalen Einheit, Vorbereitungsphase, Entscheidungsphase und Gewöhnungsphase (vgl. Waldrauch 1996: 3). Rustows Vierphasenmodell weist ähnlich wie Moores Ansatz radikale Tendenzen auf: nach ihm sei Demokratisierung das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe.

Ackerman hebt in seinen Erläuterungen zu den Strukturtheorien einen Artikel von Eva Bellin (2000) hervor, der auf Länderstudien der „Spätentwickler“ Indonesien, Südkorea, Mexiko, Saudi-Arabien, Brasilien, Tunesien, Ägypten und Sambia basiert. Besonders interessant hinsichtlich des mexikanischen Demokratisierungsprozesses ist in dieser Studie das Ergebnis, dass der Grad der Abhängigkeit der Unternehmerklasse wie der Arbeiterklasse vom Staat umgekehrt proportional zur jeweiligen Unterstützung der staatlichen Demokratisierungsbemühungen sei. Mit anderen Worten: je abhängiger z.B. die Arbeiter- oder Mittelklasse vom Staat sei, desto weniger unterstütze sie die dessen Demokratisierungsbemühungen. Bellin kommt zu dem Schluss, dass die starke Abhängigkeit von staatlichen Subventionen die Unternehmer- wie die Arbeiterklasse dazu veranlasse, sich mit autoritären Staaten zu verbünden, anstatt Demokratisierungsbemühungen zu unterstützen (vgl. Bellin zit. nach Ackerman 2006).

Merkel hält zusammenfassend zu den strukturalistischen Konzepten fest:

„Indem strukturalistische Konzepte im Vergleich zu Modernisierungstheorien nicht nur eine Schicht als besonderen Träger der Demokratisierung ausmachen, sondern insbesondere auf die Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen und dieser zum Staat hinweisen, wie bei Moore, Rueschmeyer et al., oder die generelle Verteilung von Machtressourcen in einer Gesellschaft erfassen (Vanhanen), vermögen sie, soziale und politi-

⁶ für nähere Informationen siehe auch Merkel 2010: 77.

sche Machtkonstellationen in Hinblick auf die Demokratisierungschancen genauer zu deuten“ (Merkel 2010: 78).

Kritisierend merkt Merkel jedoch an, dass strukturalistische Theorien die Heterogenität sozialer Klassen meist unterschätzen würden (vgl. ebd.).

Demokratisierung dargestellt als Ausverhandlung zwischen gesellschaftlichen, gemäßigten Eliten, möchte dem strukturellen Determinismus vorhergehender Studien widersprechen. Das für die Transformationsforschung bedeutende Werk *Transitions from Authoritarian Rule* (1986) von Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead analysiert die autoritären Entwicklungen in Südamerika Ende der 1960er-, Beginn der 1970er-Jahre und kommt dabei zu dem Schluss, dass es keine notwendigen, strukturellen Voraussetzungen für Demokratie gäbe, es seien letztlich politische Entscheidungen ausschlaggebend. Eine zentrale Rolle würden die Pakte zwischen alten und neuen Eliten spielen (vgl. Waldrauch 1996: 3f, Ackerman 2006). Eine weitere sehr aufschlussreiche Ergänzung erfuhr diese Richtung dann auch noch durch ein Werk von Juan Linz und Alfred Stepan (*Problems of Democratic Transition and Consolidation*, 1996), die das Augenmerk auf die Natur des vorangegangenen Regimes richten, welche den Charakter des Demokratisierungsprozesses maßgeblich beeinflusse (vgl. Linz/ Stepan 1996).

Die Kulturtheorien legen einen Fokus auf Kultur und Religion sowie den daraus erwachsenden sozialen Interaktionsbeziehungen. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden religiös-kulturelle Faktoren und ihre Wirkung auf die Entwicklung des Kapitalismus und bestimmte Staatsverfassungen von Max Weber untersucht. Am Ende des 20. Jahrhunderts gewann die Frage nach den kulturellen Voraussetzungen von Demokratie, denen Samuel Huntington in seinem 1993 veröffentlichten Essay *The Clash of Civilizations* nachging, erneut große Aufmerksamkeit. Tiefverwurzelte religiös-kulturelle Traditionsbestände seien demnach schwerer zu beeinflussen als politische Institutionen oder auch gesellschaftliche Strukturen. Jenseits der religiösen Prägung einer Gesellschaft, jedoch nicht unabhängig von dieser, beeinflusse außerdem das in einer Gesellschaft akkumulierte soziale Kapital – womit Huntington gesellschaftliche Werte, soziale Traditionen und historische Erfahrungen von Gemeinschaft und Kooperation meint – die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft: die formalen, politischen Institutionen allein seien instabil und nicht ausreichend verankert, wenn ihnen die angemessene gesellschaftliche Unterfütterung durch eine demokratiefreundliche Zivilisation fehle (vgl. Merkel 2010: 83). Hier kann auch eine Brücke geschlagen werden zum Konzept der politischen Kultur, das weiter unten besprochen wird (siehe Abschnitt 2.2.1.). Merkel zitiert hierfür den Harvard-Soziologen und Politikwissenschaftler Robert D. Putnam:

„Während Verfassungen, politische Institutionen, Parteien und Verbände auch in kurzen Fristen konstruiert, gegründet und organisiert werden können, lassen sich demokratiestützende Werte und Verhaltensweisen der Gesellschaft nicht am Reißbrett von Sozialingenieuren entwerfen. Sie müssen vielmehr in langfristigem zivilgesellschaftlichem Engagement gelernt, habitualisiert und historisch als *social capital* akkumuliert werden“ (Putnam nach Merkel 2010: 83).

Die übergreifende These bzgl. religiös-kultureller Zivilisationstypen laute, dass eine fundamentalistisch-religiöse Kultur die Verbreitung demokratiestützender Normen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft behindere (vgl. 2010: 80). Die restriktive These, nach der allein die „westliche Kultur“ eine förderliche Basis für demokratische Systeme abgebe, sei mittlerweile widerlegt. Die weniger restriktive These des kulturtheoretischen Zugangs, nach der nicht eine, sondern mehrere religiöse Kulturen existierten, die der Demokratie positiv gegenüberstehen und einige, die ihr ausgesprochen skeptisch, wenn nicht gar „feindlich“ (Huntington nach Merkel 2010: 80) gegenüberstehen, wird von Merkel als „plausibler und analytisch ergiebiger“ bezeichnet (ebd.). Die acht Zivilisationstypen Samuel Huntingtons, die er 1993 in seinem Essay *The Clash of Civilizations* identifiziert, werden infolge hinsichtlich ihrer „Demokratiefreundlichkeit“ in eine Rangfolge gebracht: an der Spitze steht die „westliche Kultur“ (Liberalismus, Protestantismus), gefolgt von der „latein-amerikanischen Kultur“ (Katholizismus) und der „japanischen Kultur“. Auf Platz vier, fünf und sechs befinden sich die „slawisch-orthodoxe“, die „hinduistische“ und die „afrikanische Kultur“. Das Schlusslicht bilden die „konfuzianische“ und die „islamische Kultur“ (vgl. ebd.). Die Bemerkung, dass sich „eine erhebliche Binnendifferenzierung der einzelnen religiösen Kulturtypen vornehmen lasse“, ist Merkel eine Fußnote wert (ebd.). Huntingtons Ausführungen wurden u.a. von Francis Fukuyama kritisiert, der demokratiefördernde Komponenten des Konfuzianismus erörtert, wie z.B. den hohen Wert von Bildung, Toleranz, Gleichheit (ebd.). Die erwähnte „Demokratieresistenz islamischer Kulturen“ wird im Lichte des arabischen Frühlings 2012 ebenso neu zu hinterfragen sein.

In Ackermans Klassifizierung kommen auch noch jene Theorien vor, die die „Demokratisierung von unten“ betonen. Damit seien Theorien mit besonderem Augenmerk auf soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft gemeint. VertreterInnen dieser Strömung seien z.B. Sonia Alvarez, Ruth Collier, Elisabeth Jean Wood. Bei diesen Ansätzen werde deutlich herausgearbeitet, dass die sozialen Bewegungen nicht (nur) auf „von oben“ gegebenen Möglichkeiten antworten, sondern sich als selbstbewusste politische Akteure eigenständig Räume für ihr politisches Handeln freischaffen (vgl. Ackerman 2006).

Die vierte und letzte Gruppe der Akteurstheorien rückte in den 1980er- und 1990er-Jahren ins Blickfeld und konzentriert sich auf die ursprünglich politische Handlungssphäre, indem sie im Gegensatz zu den anderen Theorien auf der Mikro- und Mesoebene der handelnden Akteure ansetzt. Akteurshandeln werde primär als Elitehandeln verstanden, Massenbeteiligung sei nur ein

kurzfristiges, vorübergehendes Phänomen zu Beginn eines Systemwandels. Sozioökonomische Voraussetzungen, politische Institutionen, religiös-kulturelle und historische Erfahrungen bilden lediglich den Rahmen, innerhalb dessen demokratisch und autokratisch gesinnte Eliten ihre politischen Ziele verfolgen (vgl. Merkel 2010: 84). Innerhalb der Akteurstheorien unterscheidet Merkel zwei Strömungen: die deskriptiv-empirische Strömung (u.a. O'Donnell) und die deduktiv vorgehenden Rational-Choice-Ansätze (u.a. Przeworski, Elster 1990, Colomer 1995).

Die deskriptiv-empirische Strömung versucht, die veränderten Akteurskonstellationen und Machtverschiebungen in den einzelnen Transformationsphasen zu erfassen. Oft komme es zwischen den alten Regimeeliten und der demokratischen Opposition zu Paktschlüssen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur. Der Fokus liege auf dem situationsgebundenen Handeln oder Nichthandeln der relevanten Akteure, die in jenen Phasen den weiteren Demokratisierungsverlauf stärker beeinflussen als langfristig wirkende sozioökonomische Modernisierungsprozesse (vgl. Merkel 2010: 85f). Eine erfolgreiche Transformation sei dann möglich, wenn es entsprechend des Kosten-Nutzen-Kalküls der relevanten Akteure rational sei, sich für ein demokratisches System zu entscheiden.

Die Rational-Choice-Ansätze beschreiben laut Merkel die Interessen und Strategien der AkteurInnen nicht ausreichend. Die Transformation eines autokratischen zu einem demokratischen System werde als Abfolge wechselnder strategischer Situationen verstanden, die spieltheoretisch gelöst werden könnten. Die „Spieler“ seien dabei das autokratische Regime und die demokratische Opposition (z.B. bei Przeworski 1986, 1992 oder bei Geddes 1999). Ein Beispiel für diesen Ansatz ist auch das Buch *Dilemmas of Democratic Consolidation* vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Jay Ulfelder (2010), der anhand von 110 fehlgeschlagenen Demokratisierungsprozessen zwischen 1955 und 2007 aufzeigt, warum manche demokratischen Systeme sich erfolgreich konsolidieren, während andere wieder zusammenbrechen. Bei seiner Erklärung konzentriert er sich auf die Rolle der politischen Parteien und des Militärs als „key players in the ‚democracy game‘“ (vgl. Ulfelder 2010).

John Ackerman identifiziert in seiner Theorieneinteilung noch eine weitere Gruppe von AutorInnen, die den Einfluss internationaler Kräfte und der Geopolitik auf den Demokratisierungsprozess in den Mittelpunkt rücken. Ackerman diskutiert hierbei drei Ansätze:

- den neoimperialistischen Ansatz: dieser kritisiert die Politik der USA, sich Verbündete zu suchen, die ihre Interessen im jeweiligen Land vertreten. Dementsprechend werde die Zivilgesellschaft im jeweiligen Land „im Sinne der USA“ gefördert: wichtige Gruppen eines Landes werden kooptiert, indem man ihnen Finanzierung zur Verfügung stellt, um sie für das eigene hegemoniale Projekt zu gewinnen (vgl. Ackerman 2006: 142). Als Beispiel für

diesen gramscianischen Ansatz nennt er William Robinson mit *Promoting Polyarchy: Globalization, US Intervention, and Hegemony* (1996).

- den Ansatz der neoliberalen Globalisierung, wonach eine „echte Demokratie“ nicht möglich sei, wenn sich ein Land den Bedingungen der weltweit agierenden Finanzinstitutionen WTO und Weltbank unterordnen müsse.
- der pluralistische Ansatz: dieser nehme Abstand von imperialistischen oder hegemonialen Zugängen und versuche, das Ineinandergreifen von nationalen und internationalen politischen Prozessen darzustellen. Laurence Whitehead lieferte hierfür ein Beispiel (1996): es gäbe drei Formen, wie von außen auf nationale Demokratisierungsprozesse eingewirkt werden könne: Übertragung, Kontrolle und Zustimmung. Hier handle es sich aber um dezentralisierte Prozesse und nicht um die Verbreitung eines hegemonialen Projekts bestimmter Länder oder Klassen.

Merkels Schlussfolgerung bzgl. der vier identifizierten Strömungen ist, dass die verschiedenen Strömungen zu einem synthetischen Ansatz vernetzt werden müssen, um Einleitung, Verlauf und Ergebnis sowie das Handeln der relevanten Akteure im Transformationsprozess ausreichend erfassen und erklären zu können. Akteurstheorien würden beispielsweise analytische Leerstellen, die der Determinismus puristisch angewendeter System-, Struktur- und Kulturtheorien zwangsläufig hinterlasse, füllen (vgl. Merkel 2010: 88f).

2.1.3 Transformationsphasen

Wolfgang Merkel teilt den Prozess der Systemtransformation in drei Phasen, die in der Regel überlappen: Das Ende des autokratischen Systems, Demokratisierung, Konsolidierung (vgl. Merkel 2010: 93-127). Für die einzelnen Phasen seien ferner die Fragen nach dem Vorhandensein früherer demokratischer Erfahrungen, auf die im Zuge der Systemtransformation zurückgegriffen werden kann (z.B. auf frühere demokratische Eliten, wie z.B. Karl Adenauer in der BRD nach dem 2. Weltkrieg), sowie nach dem Typ des autoritären Vorgängerregimes relevant.

1) In der ersten Phase, dem Ende des autokratischen Systems, sei zwischen den Ursachen und den Verlaufsformen zu unterscheiden:

- bei den Ursachen sei von einer starken Interdependenz von ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen auszugehen. Merkel unterscheidet zwischen systeminternen Ursachen wie Legitimationskrisen oder politischen Schlüsselereignissen (z.B. der Tod eines Diktators oder ein politischer Skandal) und systemexternen Ursachen wie Kriegsniederlagen

oder dem Wegfall externer Unterstützung (z.B. hatte die Änderung der US-Außenpolitik 1976 Systemzusammenbrüche in Lateinamerika ab Ende der 1970er-Jahre zufolge);

- bei den Verlaufsformen unterscheidet Merkel sechs idealtypische Verlaufsformen, die in der Realität häufig gemischt auftreten: langandauernde Evolution, von alten Regimeeliten gelenkter Systemwechsel, von unten erzwungener Systemwechsel, ausgehandelter Systemwechsel, Regimekollaps, Zerfall und Neugründung von Staaten⁷;

2) Die Demokratisierungsphase beginne, wenn die Kontrolle der politischen Entscheidungen den alten autoritären Herrschaftseliten entgleite und demokratischen Verfahren überantwortet werde. Die Phase ende, wenn die neue demokratische Verfassung verabschiedet sei und den politischen Wettbewerb wie die politischen Entscheidungsverfahren verbindlich normiere. Zu diesem Zeitpunkt gelten alte Regeln nicht mehr, neue seien jedoch noch nicht vollständig gültig, was einen größeren Handlungsspielraum für politische Akteure als in konsolidierten Demokratien bedeutet. Die Eliten bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen eigenen partikularen und allgemeinen Interessen: werden die spezifischen Interessen mächtiger politischer Akteure missachtet, könnten diese als Vetomächte die Demokratisierung in Frage stellen und damit gefährden. Werden die Allgemeininteressen zu wenig beachtet, wird es schwer, von der Bevölkerung Legitimität zugesprochen zu bekommen (vgl. Merkel 2010: 105f). So könne es auch passieren, dass junge Demokratien instabil bleiben, in defekte Demokratien, hybride Regime oder gar in die Autokratie zurück abrutschen. Diesen verschiedenen Entwicklungsstadien von politischen Systemen soll durch die Zuordnung von Attributen Rechnung getragen werden: eine *illiberal democracy* oder auch *electoral democracy* meint demnach, dass bei der Zusammensetzung von Regierung und Parlament zwar weitgehend über demokratische Wahlen entschieden wird, diese jedoch oft ihren verfassungsmäßig vorgegebenen Rahmen verletzen. Wenn eine autoritäre Regierungsweise mit weitgehend autoritären administrativen Strukturen besteht, die durch demokratische Wahlen sogar legitimiert wird, spricht man von einer *delegative democracy* (vgl. Burchardt 2008). Darüber hinaus ist auch von „Hybridregimen, in denen in einer großen ‚Grauzone‘ weder demokratisch noch autoritär regiert würde“, die Rede (Carothers nach Burchardt 2008).

3) Die ersten freien Wahlen werden oft als Beginn der demokratischen Konsolidierungsphase bezeichnet. Sinnvoller erscheine es laut Merkel jedoch, die Verabschiedung der neuen Verfassung als den Beginn der Konsolidierungsphase zu verstehen (vgl. Merkel 2010: 110). Es gibt aber auch AutorInnen, die Konsolidierung mit der Erreichung eines Abkommens über die Installierung der Demokratie und so mit dem Ende der Transition gleichsetzen (z.B. Di Palma, zit. nach Waldrauch 1996). Die Frage, wann ein System vollständig konsolidiert ist, ist in der Politikwissenschaft eine

⁷ für ausführlichere Informationen zu den einzelnen Verlaufsformen konsultiere man Merkel 2010: 101-104.

Streitfrage. Merkel definiert hierfür vier analytische Ebenen: an erster Stelle nennt er die konstitutionelle Konsolidierung, die sich auf die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und Wahlsystem bezieht. Die repräsentative Konsolidierung, womit Parteien und Interessensverbände gemeint sind, folgt an zweiter Stelle. Danach komme die Verhaltenskonsolidierung, was das Agieren der „informellen“ politischen Akteure wie Militär, Großgrundbesitzer, Finanzkapital, Unternehmer sowie auch eventueller radikaler Bewegungen umschließt und schlussendlich die Konsolidierung der Bürgerschaft, was die lang andauernde Entwicklung einer Staatsbürgerkultur und einer aktiven Zivilgesellschaft als soziokulturellen Unterbau einer Demokratie meint. Erst nach der Konsolidierung aller vier Ebenen könne laut Merkel von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie gesprochen werden (vgl. 2010: 112). Merkels Lehrer, Klaus von Beyme, formulierte seine These, dass die Entwicklung einer Demokratie nie abgeschlossen sei, folgendermaßen: „Demokratie *ist* nicht, sondern *wird* ständig“ (Beyme nach Waldrauch 1996: 86). Whitehead spricht von Konsolidierung als einen Prozess, der sich über einen Zeitraum von bis zu einer Generation nach der Transition erstreckt (vgl. Whitehead nach Waldrauch 1996).

Merkels Ansatz scheint plausibler als jene anderer AutorInnen, wonach der Systemwechsel vollzogen sei, wenn freie kompetitive Wahlen, ein allgemeines Wahlrecht und Grund- und Freiheitsrechte formal abgesichert, d.h. verfassungsmäßig festgeschrieben seien sowie eine demgemäß gewählte und uneingeschränkte Regierung im Amt sei (vgl. Waldrauch 1996). Der Meinung Merkels schließt sich auch John M. Ackerman an, indem er meint, dass der Demokratisierungsprozess nach einem erfolgreichen Übergang zu demokratischen Wahlen noch nicht abgeschlossen sei (vgl. 2006: 145). Diese Ansicht kann noch zusätzlich durch das Beispiel Mexiko bekräftigt werden: im Jahr 2000 gab es freie, kompetitive Wahlen, ein allgemeines Wahlrecht und die Grund- und Freiheitsrechte waren formal abgesichert. Mexiko kann heute jedoch trotzdem nicht als konsolidierte Demokratie bezeichnet werden.

Juan J. Linz und Alfred Stepan identifizieren in ihrem bereits erwähnten Werk *Problems of Democratic Transition and Consolidation* (1996) fünf Bereiche, in denen sich demokratische Konsolidierung abspielt: eine aktive Zivilgesellschaft, eine relativ unabhängige politische Gesellschaft, einen funktionierenden Rechtsstaat, eine praktikable Verwaltung und ein gut entwickeltes Wirtschaftssystem. Der vorhergehende Regimetyp spielt bei Linz und Stepan eine wichtige Rolle: der Weg von einem totalitären, post-totalitären, autoritären und sultanistischen Regime zu einer konsolidierten Demokratie entlang der oben erwähnten fünf Bereiche wird nachgezeichnet. Weiters werden die unabhängigen Variablen einleitende und kontrollierende Akteure der Transition, internationaler Einfluss, die politische Ökonomie von Legitimität und Zwang sowie das institutio-

nengebende Umfeld diskutiert (vgl. Linz/Stepan 1996: XIVf). Linz und Stepan definieren demokratische Konsolidierung als

“complete when sufficient agreement has been reached about political procedures to produce an elected government, when a government comes to power that is the direct result of a free and popular vote, when this government *de facto* has the authority to generate new policies, and when the executive, legislative and judicial power generated by the new democracy does not have to share power with other bodies *de jure*” (Linz/Stepan 1996: 3).

Der Darstellung von Merkel zufolge befindet sich Mexiko heute in der Konsolidierungsphase. Der Niedergang des autokratischen Systems wurde durch systeminterne Ursachen wie die Legitimationskrise der PRI oder die Zahlungsunfähigkeit 1982 ausgelöst. Es folgte die Demokratisierungsphase in den 1980er-Jahren, in der die PRI-Elite mehr und mehr die Kontrolle über die politischen Entscheidungen verlor und demokratischen Institutionen und Verfahren weichen musste. Das erwähnte Spannungsfeld zwischen eigenen partikularen und allgemeinen Interessen, in dem sich die politischen Eliten bewegen, kann auch in Mexiko ausgemacht werden. Die konstitutionelle sowie die repräsentative Konsolidierung können als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden, die Verhaltenskonsolidierung und die Konsolidierung der Bürgerschaft hingegen nicht. Nach der Klassifizierung von Linz und Stepan allerdings, wonach sich demokratische Konsolidierung in einer aktiven Zivilgesellschaft, einer relativ unabhängigen politischen Gesellschaft, einem funktionierenden Rechtsstaat, einer praktikablen Verwaltung und einem gut entwickelten Wirtschaftssystem abzeichnet, darf ein noch länger andauernder Prozess der Demokratisierung für Mexiko vermutet werden.

Abschließend kann zur Transformationsforschung angemerkt werden, dass sich derart komplexe Prozesse wie Systemtransformationen nur schwer systematisieren lassen. Eberhard Sandschneider, hier genannt als Vertreter der TransformationsforscherInnen, die im Zuge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime Osteuropas versuchten, die jüngsten Geschehnisse zu erfassen und zu erklären, schreibt in der Einleitung des 1995 erschienen Buches *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*: „Es geht in der vorliegenden Arbeit (...) um die Suche nach einem Raster, das es erlaubt, Transformationsprozesse vergleichend zu betrachten und zu systematischen Ergebnissen zu kommen, die über die Feststellung historischer Einmaligkeiten und Spezifika hinausgehen“ (Sandschneider 1995: 18). Sandschneider stellt jedoch in seinem Schlussresümee fest, dass „jeder neue und weitere Transformationsprozeß [sic!] letztlich eben doch ein Prozeß [sic!] sui generis ist“ (Sandschneider 1995: 177) und kommt sogar zu dem Fazit, „daß [sic!] sich Transformationsprozesse einfachen sozialwissenschaftlichen Zugriffen weitgehend entziehen“ (ebd.: 178).

2.2 Kritik an der Transformationsforschung

Der nun oben vorgestellte politikwissenschaftliche Ansatz der Transformationsforschung basiert auf einem liberaldemokratischen Verständnis von Demokratie, das individuelle Freiheit und politisch-rechtliche Gleichheit voraussetzt. Genau dieses liberaldemokratische Demokratieverständnis wird von kritischen AutorInnen aufgrund seines eindimensionalen und elitären Demokratiekonzepts, das auf Schumpeter (1942) und den Polyarchie-Begriff von Robert Dahl (1970er- und 1980er-Jahre) zurückgeht, kritisiert (vgl. z.B. Burchardt 2008b, Ackerman 2006). Der Fokus auf Wahlen und institutionellen Faktoren sowie auf Eliten, Regierungen und Parteien als relevante politische AkteurInnen ist ebenfalls Inhalt dieser Kritik (vgl. Burchardt 2008b: 79). Die OECD-Kernländer wie die USA, Deutschland, die Türkei oder Österreich, die von Wolfgang Merkel und anderen VertreterInnen der klassischen Transformationsforschung als sogenannte *embedded democracies* bezeichnet werden, gelten mit ihren Kennzeichen des souveränen Territorialstaats, einer (kapitalistischen) Marktwirtschaft, einem Mindestmaß an Säkularisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, einem funktionierendem Rechtssystem, freien Wahlen, politischer Teilhaberechte, bürgerlicher Freiheitsrechte und horizontaler Gewaltenkontrolle als das allgemeingültige Modell schlechthin, das es anzustreben gelte (vgl. Burchardt 2008). Die Transformationsforschung glaubt, dass ein mehrstufiger, linearer Prozess zur formvollendeten *embedded democracy* führe und erwartet, dass sich die Transformationsländer nach dem Systemwechsel „automatisch“ in den „Idealfall“ einer westlichen Demokratie entwickeln (vgl. Ackerman 2006: 146). Mexikos „Regimeprofil“ wird von Merkel und KollegInnen im Werk *Defekte Demokratie* beispielsweise wie folgt charakterisiert: „Mexikos Regimeprofil hat sich in den letzten 10 Jahren sukzessive auf die Gestalt der *embedded democracy* hin entwickelt, leidet jedoch auch unter gravierenden Defiziten, die im Laufe des Demokratisierungsprozesses nicht geringer geworden sind“ (Merkel et al. 2006: 101). Diese Vorstellung eines linearen Demokratisierungsprozesses mit statischem Endprodukt und die oft implizit vorausgesetzte Annahme, dass freie Wahlen und ein adäquates Institutionengefüge fast automatisch in eine politische Demokratisierung münden, ist so in der Realität kaum vorzufinden und eine der grundlegendsten Kritiken an der Transformationsforschung (vgl. Burchardt 2008a, b, Ackerman 2006). Was weiters an der Transformationsforschung auffällt, ist die Dominanz europäischer und US-amerikanischer AutorInnen.

In Bezug auf die ökonomische Sphäre setzen die meisten AutorInnen der Transformationsforschung implizit voraus, dass Demokratie durch freie Märkte gefördert werde und dass diese wiederum zum Wohlstand führen. In Lateinamerika scheint die Marktwirtschaft in Bezug auf die Konsolidierung und Vertiefung der Demokratie bisher allerdings eher kontraproduktive Einflüsse ge-

habt zu haben: die Strukturanpassungsprogramme der 1980er-Jahre führten in den meisten Ländern zu einer drastischen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut und zu einer stärkeren Fragmentierung der Gesellschaft. Das „Heilsversprechen“ der Transformationsforschung von „je demokratischer, desto sozial gerechter, und je gerechter, desto demokratischer“ sei also nicht verwirklicht worden. Abgesehen davon, dass die Nationalstaaten zugunsten des Einflusses internationaler Akteure geschwächt wurden, sei der Einfluss politischer Interessensvertretungen subalternen Gesellschaftsgruppen zurückgegangen, was für größere Bevölkerungsteile die Wahrnehmungschancen auf politische und zivile Rechte einschränkte (vgl. Harvey zit. nach Burchardt 2008b, PNUD 2004).

Alle hier angeführten Kritikpunkte weisen darauf hin, dass das Paradigma der klassischen Transformationsforschung zumindest kritisch zu hinterfragen sei. Es gibt sogar AutorInnen, die meinen, eine Aufrechterhaltung desselbigen wäre „a dangerous habit of trying to impose a simplistic and often incorrect conceptual order on an empirical tableau of considerable complexity“ (Carothers nach Burchardt 2008b).

Im Folgenden sollen nun zwei Kritikpunkte an der klassischen Transformationsforschung, die beim ihr innewohnenden statisch-schmalen Demokratiebegriff ansetzen, herangezogen und ausführlicher erörtert werden.

2.2.1 Die kulturelle Dimension des Politischen

Obwohl in der klassischen Transformationsforschung die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur für eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung als notwendig erachtet wird (vgl. z.B. Linz/Stepan 1996, Merkel 2010, Ackerman 2006), wird ihr insgesamt vorgeworfen, kulturtheoretischen Zugängen zu wenig Bedeutung zuzumessen (z.B. bei Burchardt 2008). Dies kann eventuell auf ein allgemeines Defizit der konventionellen Sozialwissenschaften bzgl. der systematischen Erforschung der Verbindung von Kultur und Politik zurückzuführen sein (vgl. Alvarez et al. 1998: 2). Warum sich Menschen politisch wie verhalten, hat mit der politischen Kultur, von der sie geprägt sind, zu tun. Was versteht man jedoch genau unter politischer Kultur? Dieser Frage soll im folgenden Abschnitt nachgegangen werden.

2.2.1.1 Was ist politische Kultur?

Die Politikwissenschaft weiß seit den 1960er-Jahren, als sich die US-Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba ausführlich mit diesem Thema beschäftigten, dass jede der möglichen Staatsformen, und so auch die Demokratie, eine zu ihr passende Kultur voraussetzt, um angemessen zu funktionieren und Stabilität gewinnen zu können (vgl. Meyer 2009: 117).

Thomas Meyer zitiert in seinem Lehrbuch *Was ist Demokratie* Robert Dahl und dessen Unterscheidung zwischen notwendigen und begünstigenden Bedingungen für die Stabilität von Demokratien. Als notwendige Bedingungen wird hier neben der Kontrolle von Militär und Polizei durch gewählte Amtsträger und der Abwesenheit einer der Demokratie entgegenwirkenden ausländischen Kontrolle das Vorhandensein einer demokratischen politischen Kultur genannt (vgl. Meyer 2009: 117). Der Frage nach Kultur der Demokratie wird in einem darauffolgenden Kapitel erläutert: Die Erfahrung in ehemaligen Kolonialmächten sowie in der Weimarer Republik der 1930er-Jahre zeigte, dass es nicht die sichtbaren Institutionen allein sein können, die über den Erfolg verfasster Demokratien entscheiden, sondern dass auch mit anderen Faktoren gerechnet werden müsse (vgl. Meyer 2009: 126). Politische Kultur sei derjenige Teil der allgemeinen Kultur, der sich direkt auf das Politische richte, also die Sitten und Gebräuche, die Normen und Handlungsgewohnheiten, die in der jeweiligen Gesellschaft eingebürgert sind und auf das politische Handeln Einfluss nehmen (vgl. Meyer 2009: 122). Somit bestimme die politische Kultur auch entscheidend, welche Legitimationsüberzeugungen in einem politischen Gemeinwesen real wirksam seien und damit auch als Ressource politischer Macht zur Verfügung stünden (vgl. Meyer 2009: 124). Meyer kommt zu dem Schluss, dass „es letztlich die tatsächlichen Lebenserfahrungen mit der Politik ihrer Gesellschaft sind, die die politische Kultur von Kollektiven prägen. Freilich lernen Kollektive aus Erfahrungen nur vermittelt durch deren Interpretation. Darum spielen die gesellschaftlichen Deutungs-Eliten bei der Entwicklung der politischen Kultur eine Schlüsselrolle“ (Meyer 2009: 132).

Was die verschiedenen Typen politischer Kultur angeht, verwiesen schon Almond und Verba auf drei Typen politischer Kultur: die parochiale politische Kultur, die politische Untertanenkultur und die politische Teilhabekultur. Die dritte sei jene, die den Anforderungen der Demokratie am meisten entspreche: die von ihr geprägten Menschen wissen über das Funktionieren des politischen Systems, verstehen sich als StaatsbürgerInnen, die sich über die Gesamtheit des politischen Prozesses informieren und aktiv am politischen Leben teilnehmen (vgl. Meyer 2009: 128).

Die Beschreibung politischer Kultur stellt eine Herausforderung dar, da sie immer nur indirekt zu erschließen sei. Erst in der systematischen Interpretation von regelmäßigen, über lange Zeiträume hin wirksamen Handlungsweisen, Symbolen und Ereignissen, Kommunikationsformen und Konflik-

ten lasse sich die politische Kultur des jeweiligen Gemeinwesens erkennen. Die Wichtigkeit des Wissens um politische Kultur ist jedoch unbestritten. So meint Thomas Meyer: „Ohne das Verständnis wenigstens der wichtigsten Merkmale der politischen Kultur eines Gemeinwesens lässt sich dessen Politik (...) nicht zureichend verstehen“ (Meyer 2009: 124f).

2.2.1.2 Veränderung der politischen Kultur

„Politische Kultur ist trotz ihrer längerfristigen Wirksamkeit freilich auch selbst dem Wandel unterworfen, den tief einschneidende kollektive Erfahrungen wie große politische oder wirtschaftliche Krisen, Revolutionen oder Revolten, erheblich beschleunigen können (Meyer 2009: 124).

Wie in diesem Zitat zum Ausdruck kommt, ist politische Kultur – wenn auch von einem hohen Maß an Trägheit gekennzeichnet – doch veränderbar. Bei diesen Veränderungen kann jedoch von länger andauernden, komplexen Prozessen ausgegangen werden, bei denen die Erfahrungen der Menschen mit dem politischen System, in dem sie leben, das Verhalten der politischen Eliten, die Massenmedien und die politische Bildung eine im einzelnen schwer zu klärende Rolle spielen (vgl. Meyer 2009: 132). Dabei sei anzumerken, dass eine historisch nachfolgende politische Kultur nicht einfach die alte in vollem Umfang ersetze. Für längere Zeit würden sich die ältere und die neuere politische Kultur vielmehr überlagern und je nach Traditionen des Landes und seiner wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen unterschiedliche Formen der Verknüpfung und der Kombination eingehen (vgl. Meyer 2009: 129). Auch die deutsche Politikwissenschaftlerin Stephanie Schütze kommt in ihrer in Mexiko-Stadt angesiedelten Feldforschung zu dem Schluss, dass die Veränderungen politischer Kultur keine geradlinigen, eindeutigen Prozesse sind (vgl. Schütze 2005: 267).

Der Zugang über die politische Kultur eines Kollektivs versucht also, Handlungsebenen und Verhaltensweisen verschiedener AkteurInnen in Bezug auf ihr politisches Handeln näher zu erklären und Schlüsse daraus zu ziehen. Im Falle eines Transformationsprozesses, womit länger andauernde Zeiten von Veränderung und Verunsicherung einhergehen, werden Veränderungen der Verhaltens- und Verfahrensmuster von politischen AkteurInnen erwartet. Die neuen institutionellen Rahmenbedingungen müssen von den AkteurInnen erst akzeptiert und internalisiert werden, um sie effektiv zu machen.

Hier darf einer der Schwachpunkte der klassischen Transformationsforschung, die kulturtheoretischen Zugängen meist eher wenig Bedeutung zumisst, diagnostiziert werden: es ist genau die einem Gemeinwesen innewohnende politische Kultur, die eben die Art und Weise prägt, *wie* von den neuen Institutionen Gebrauch gemacht wird (vgl. Meyer 2009: 126). Das scheint auch zu erklären, warum der Wandel politischer Kultur nicht zeitgleich mit dem institutionellen Wandel pas-

siere, sondern erst zeitlich verzögert einsetze und viel langsamer vor sich gehe, wie von Stephanie Schütze in ihrer Feldforschung erläutert (vgl. Schütze 2005: 267). Die oben beschriebenen Ansätze innerhalb der klassischen Transformationsforschung, die die Aspekte „Religion“ und „Kultur“ miteinbeziehen (siehe Kapitel 2.1.2., Kulturtheorien), müssen an dieser Stelle als zu schematisch und zu wenig ausdifferenziert eingeschätzt werden.

Es gibt allerdings durchaus Ansätze, die auf andere Art und Weise versuchen, die klassische Transformationsforschung um kulturtheoretische Elemente, z.B. aus den *cultural studies* mit ihrem auf nicht institutionalisierte öffentliche Sphären ausgedehnten Politikbegriff und ihrem Fokus auf subalterne Gegenöffentlichkeiten, zu erweitern (vgl. z.B. Alvarez et al. 1998) und die Transformationsforschung so näher an die Wirklichkeit von (lateinamerikanischen) Demokratien heranzubringen (vgl. Burchardt 2008). Diese Überlegungen in Richtung eines integrierten Ansatzes sind jedoch vermutlich aufgrund schwer oder gar nicht überbrückbarer methodischer Divergenzen bisher nicht aufgegriffen worden (vgl. Burchardt 2008: 5).

2.2.2 Erweiterter Staat nach Antonio Gramsci

Auch der zweite Kritikpunkt an der Transformationsforschung, der hier aufgegriffen werden soll, hat mit dem ihr zugrunde liegenden unterkomplexen Demokratiebegriff zu tun (vgl. bei Burchardt 2008a, b, Ackerman 2006). Wie im einleitenden Teil dieses Kapitels schon erwähnt, beziehen sich die entsprechenden Demokratiedefinitionen auf ein minimalistisches Verständnis von Demokratie. Vereinfachung und Reduktion machen das empirische Erfassen bestimmter Tatsachen und Zustände zwar leichter, ermöglichen Kategorisierung und somit Vergleiche, erfassen bzw. erklären gewisse Spezifika jedoch nur mangelhaft (vgl. Thiery 2008). Dasselbe gilt auch für den Transformationsprozess an sich: um Transformationsprozesse verschiedener Systeme vergleichen zu können, sind Abstraktionen und Reduktionen hilfreich. Sollen jedoch die Vorgänge eines einzelnen Systemwechsels mit den sich verändernden Herrschaftsstrukturen profund analysiert werden, ist anzunehmen, dass das Gegenteil der Fall ist. Aus diesem Grund wird im folgenden Abschnitt das erweiterte Staatsverständnis des italienischen Philosophen und Politikers Antonio Gramsci (1891–1937) herangezogen, der versuchte, komplexe Machtkonstellationen moderner Staatlichkeit zu erfassen, indem er den Staat sehr weit dachte. Ziel dieses Abschnitts ist es, aufzuzeigen, welchen Nutzen dieser Ansatz für das Verständnis von derart komplexen Prozessen wie Systemtransformationen beinhalten kann.

Gramscis Staatsverständnis wurde von ihm nur fragmentarisch in den 32 während seiner über zehnjährigen Haft geschriebenen Gefängnisheften festgehalten. In den darauffolgenden Jahrzehnten beschäftigten sich zahlreiche AutorInnen mit seinem Werk und entwickelten seine Gedanken auch teilweise weiter, sodass man heute von einer umfassenden Staatstheorie Gramscis sprechen kann.

Die Originalität von Gramscis Gedanken liegt in erster Linie in der nachhaltigen Erweiterung des traditionellen Staatsbegriffs: in der marxistischen Tradition – der auch Gramsci zuzuordnen ist – als auch in der liberalen Tradition wird der Staat in erster Linie als ein polizeilicher, militärischer und administrativer Apparat verstanden, der es der antagonistischen bürgerlichen Gesellschaft trotz ihrer Widersprüche – die maßgeblich über das Gewaltmonopol vermittelt werden – ermöglicht, sich zu reproduzieren (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11). Gramsci war der Ansicht, dass diese Beschreibung für die moderne kapitalistische Staatlichkeit des Nordwestens nicht ausreichend sei. Den Staat hauptsächlich über die kasernierte Gewalt zu analysieren, könne die komplexen Machtformen nicht adäquat erfassen. Daher führte Gramsci zur Erweiterung der Herrschaftsanalyse das Konzept der Hegemonie ein: demnach beruhen moderne Formen der Herrschaft maßgeblich auf Konsens, das heißt, dass die gesellschaftlichen Institutionen, sollten sie Bestand haben, von den durch sie Beherrschten – den Subalternen – mitgetragen werden müssen (vgl. ebd.). Hegemonie ist dabei kein geschlossenes Konzept, nicht stabil, und bedeutet auch nicht die Abwesenheit von Widersprüchen, sondern, diese in eine gewünschte Richtung bearbeitbar zu machen (vgl. Candeias 2007: 21).

Hegemoniefähig wird eine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse nur, wenn es ihr gelingt, den engen Bereich der Eigeninteressen zu überschreiten. In einem hegemonialen Projekt müssen sich auch die Bedürfnisse und Interessen der unterworfenen Subjekte redefinieren lassen, damit es von diesen gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren. Entsprechend handelt es sich bei Hegemonie auch nicht nur um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses, ihr Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und dann durchzusetzen. Bei einem hegemonialen Projekt handelt es sich vielmehr um die Form einer „passiven Revolution“, d.h. um einen „Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“ (Candeias 2007: 19). Damit meinte Gramsci eine tiefgreifende Veränderung im sozio-ökonomischen Gefüge, die der eigentliche Souverän, das Volk, nicht selber bewirkt hat, sondern die durch die Eliten initiiert und gesteuert wird. Forderungen der Subalternen werden in kleiner Dosis, legal und reformistisch, erfüllt (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007: 12). Die subalternen Gruppen entwickeln ein echtes Interesse, erwarten reale Vorteile von der Unterstützung des hegemonialen Projekts, die sich

keineswegs auf eine Art Selbsttäuschung reduzieren lassen – sonst wäre die Hegemonie nicht stabil. „Die herrschende Gruppe setzt also ihre Interessen keineswegs in reiner Form durch, sondern durchdringt zum einen durch Verallgemeinerung und Polarisierung die der anderen Fraktionen, zum anderen nimmt sie durch den selben Vorgang der Verallgemeinerung deren Interessen in sich auf“ (Demirovic nach Candeias 2007: 20).

Die öffentliche Meinung sei „auf's engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, der Berührungspunkt zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft, zwischen dem Konsens und der Gewalt“ (Gefängnisheft 4 nach Candeias 2007: 23). Wenn der Staat beispielsweise eine wenig populäre Aktion umsetzen will, bildet er präventiv die adäquate öffentliche Meinung, d.h. er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft. Deshalb existiere ein Kampf um das Monopol der Organe der öffentlichen Meinung – Zeitungen, Parteien, Parlament (vgl. Kebir 1991: 73).

Wie sehr die öffentliche Meinung mit der politischen Hegemonie verknüpft ist, wird am Beispiel Mexiko besonders deutlich erkennbar: Die Massenmedien fungieren als verlängerter Arm der Staatsmacht – oder als Hegemonieapparat des erweiterten Staates, wie Gramsci es bezeichnet – indem sie durch fälschliche Darstellungen staatliche Repressionen rechtfertigen oder nicht als solche bezeichnen. So geschah es in Mexiko während der Zeit des *schmutzigen Krieges* (1964-82)⁸, aber auch in den 1990er- und 2000er-Jahren bei Angriffen staatlicher Kräfte auf indigene Gruppen oder soziale Bewegungen. Durch diese Verdrehung der Tatsachen wurde und wird die öffentliche Meinung zugunsten des mexikanischen Staates beeinflusst.

Wenn Hegemonie brüchig wird, tritt der Zwang zutage, um Zersetzung bzw. ein neues hegemoniales Projekt zu verhindern: „Gestützt ‚auf den Konsens der Mehrheit‘ wird potentielle und reale Gewalt gegen jene eingesetzt, die die Hegemonie nicht anerkennen oder sich widersetzen. D.h. Hegemonie wird in Gramscis Verständnis ‚gepanzert mit Zwang‘ und ist keinesfalls das Ergebnis eines freundlichen und fairen ‚herrschaftsfreien Diskurses‘“ (Gefängnisheft 4 nach Candeias 2007: 21). Die maximale Effizienz erreichen die herrschenden Gruppen, wenn der Zwang hinter die Momente des Konsenses zurücktritt, bzw. wenn dieser dem „spontanen Konsens der Massen entspricht“ (Gefängnisheft 7 nach Candeias 2007: 22). In Gramscis Verständnis ergänzen sich Konsens und Zwang also: Die grundsätzliche Verschränkung beider Elemente sieht Gramsci methodisch schon in Machiavellis Bild vom Zentauren vorgeformt, der „tierisch und menschlich“ zugleich sei, „Autorität und Hegemonie, Gewalt und Zivilisation“ zu vereinigen suche (Kebir 1991: 69). Fortgeführt heißt das dann, dass der gesellschaftliche Konsens in Ausnahmesituationen, z.B.

⁸ siehe dafür Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

in akuten Krisen, durchaus durch repressive Macht politischer Institutionen stabilisiert werden könne.

Der notwendige Konsens werde jedoch vor allem in der sogenannten Zivilgesellschaft hergestellt, also in jenem Bereich zwischen Staat und Ökonomie, der bis dahin gerade als nicht-staatlich konzipiert wurde und der alle Praktiken und Institutionen umfasst, die herkömmlich als „privat“ bezeichnet und dem Staat im engeren Sinne entgegengesetzt werden: Schulen, Universitäten, Kirchen, Vereine, Interessensverbände, Gewerkschaften, Massenmedien. Dieses gramscianische Verständnis von Zivilgesellschaft umfasst auch alle Diskurse und öffentlichen Auseinandersetzungen unter VertreterInnen dieser Institutionen, d.h. von LehrerInnen, RichterInnen, PsychaterInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, in denen ein spezifisches Wissen produziert wird, welches definiert und normiert, was als gesellschaftlich anerkannt gilt und was nicht. Materielle Zugeständnisse seien in ihrer Wichtigkeit für die Konsensbildung auch nicht zu unterschätzen. Die deutsche Literaturwissenschaftlerin Sabine Kebir führt in ihrer Analyse über Gramscis Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang die Zugeständnisse an die westeuropäische und US-amerikanische Arbeiterklasse im Zuge der fordistisch-keynesianische Politik im 20. Jhd. an. So ist die Zivilgesellschaft in Gramscis Verständnis ein „Ort des Kampfes um Hegemonie“ (Candeias 2007: 22, Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11). Hier müsse es der führenden Gruppe gelingen, durch Kompromisse und Zugeständnisse ein politisches Projekt zu formulieren, welches eine breite öffentliche Unterstützung herstellt und so die Reproduktion der vorherrschenden Vergesellschaftungsweise ermöglicht (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11f). Damit sei die Zivilgesellschaft kein Ort des friedlichen Miteinanders, auch sie sei politisch vermachtet und herrschaftsförmig organisiert (vgl. Candeias 2007: 23). Im Verständnis von Buckel/Fischer-Lescano (2007: 11f) wird der Zivilgesellschaft sogar eine gewisse Erziehungsfunktion zugeschrieben: die Individuen sollen einerseits „durch Unterdrückung, andererseits durch die Eröffnung von Möglichkeitsräumen“ an neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Anforderungen angepasst werden (Candeias 2007: 22). Dadurch ist die Zivilgesellschaft klar Teil staatlicher Herrschaftsausübung, der Staat fungiert hier als Erzieher. Diese Interpretationen gehen natürlich auf Gramsci selbst zurück, laut dem jeder Staat danach strebt, „einen bestimmten Typ der Zivilisation und des Bürgers zu schaffen und zu erhalten, (...) bestimmte Sitten und Haltungen zum Verschwinden zu bringen und andere zu verbreiten“ (Gefängnishefte nach Kebir 1991: 61f). Insoweit sei jeder Staat ethisch, als eine seiner bedeutendsten Funktionen darin bestehe, die große Masse der Bevölkerung auf ein bestimmtes kulturelles und moralisches Niveau anzuheben, das mit der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivitätskräfte korrespondiere und daher mit den Interessen der herrschenden Klassen, zitiert Sabine Kebir die Gefängnishefte (vgl. 1991: 61). Die Schule als positive Erziehungsfunktion und die Gerichte als repressive Erziehungsfunktion seien in diesem Sinne die bedeutendsten

staatlichen Aktivitäten (vgl. ebd.). Zu Gramscis Zeiten waren *das* Modell des Fortschritts die USA, die frei von historischen und kulturellen Traditionen aus vorkapitalistischen Zeiten gute Voraussetzungen für Industrialisierung und Handel hatten. Mit geschickter Kombination von Zwang, z.B. in Form von Zerstörung der auf territorialer Basis organisierten Gewerkschaften, und intentiertem Konsens, z.B. durch hohe Löhne, verschiedene soziale Vorteile, ideologische und politische Propaganda, wurde erreicht, dass das ganze Leben des Landes auf die Produktion ausgerichtet war. Weil die Arbeiterklasse selbst keinen gestaltenden Anteil an der Konstruktion des Modells Amerika hatte, verwendet Gramsci hierfür den Ausdruck „passive Revolution“ (siehe auch oben, vgl. Kebir 1991: 108f).

Denkt man an das politische Leben Mexikos zur Zeit des PRI-Regimes (1929-2000), welches im folgenden Kapitel in ausführlicher Weise dargestellt wird, wird klar, was mit der Vermachtung der Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis zu verstehen ist: Schulen, Universitäten, Kirchen, Familien, Vereine, Interessensverbände, Gewerkschaften und erst die Massenmedien waren von der PRI-Ideologie durchzogen, was die BürgerInnen in ein sehr enges Rahmenkorsett zwängte. Wollte man im Beruf erfolgreich sein, war klar, dass an der Parteimitgliedschaft kein Weg vorbeiführte. Andererseits verstand es das Regime, im richtigen Moment die Zügel immer wieder einmal auch zu lockern und dem/der Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb des Systems aufzuzeigen. Die eingangs erwähnten Institutionen wie die Bildungseinrichtungen, Interessensverbände oder die Medien trugen einen bedeutenden Teil dazu bei, einen, wie es bei Gramsci heißt, bestimmten Typ der Bürgerin/des Bürgers zu schaffen und zu erhalten und bestimmte Haltungen zum Verschwinden zu bringen und andere zu verbreiten⁹.

Versetzt man sich nun in die Position der Transformationsforschung, mit ihrem Anliegen, die Vorgänge eines Systemwechsels inklusive der sich verändernden Herrschaftsstrukturen zu analysieren, und zieht dabei das Staatsverständnis Antonio Gramscis heran, ergeben sich folgende Überlegungen: Es scheint, dass Gramscis Hegemoniekonzept als Instrument der Herrschaftsanalyse hinsichtlich eines zu untersuchenden Transformationsprozesses einige Analyseebenen mehr bietet als eine zu enge Definitionen von Staatlichkeit, da diese die komplexen Machtkonstellationen oft nicht ausreichend erfasst, ergo auch nicht die Verschiebungen derselbigen, die zwangsläufig im Zuge eines Systemwechsels vor sich gehen. Eine Analyse der Mechanismen, warum eine Gruppe oder eine Idee hegemoniefähig wird und bleibt bzw. die Frage nach den stabilisierenden bzw. destabilisierenden Faktoren eines hegemonialen Projekts, kann im Kontext eines Transformationsprozesses recht aufschlussreiche Antworten liefern. Diese Analyse kann anhand folgender Fragestellungen durchgeführt werden:

⁹ siehe hierfür auch den Abschnitt 3.3.1.b dieser Arbeit.

Wie schafft es eine vorherrschende Gruppe, Zustimmung zu ihrem Projekt und so Konsens zu erlangen? Welche „hegemonialen Apparate“, Institutionen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Schulen, Universitäten, Kirchen, Vereine, Interessensverbände, Gewerkschaften oder Massenmedien, sind für die Eliten zentral, um die breite Zustimmung zu ihrem hegemonialen Projekt zu pflegen und zu erhalten? Welcher bestimmte Typ der Zivilisation und des Bürgers/der Bürgerin wird von den Institutionen der Zivilgesellschaft propagiert und welche Rolle spielen dabei Zwang und Konsens? Welche „passive Revolution“ ist im Gang, d.h. welche Interessen der Eliten werden verallgemeinert und welche Interessen oppositioneller Gruppen werden genau durch diese Verallgemeinerung als jene der hegemonialen Gruppe ausgegeben bzw. in kleinen Dosen erfüllt? Wo und wie haben die Eliten die Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen? Wo müssen – wenn Hegemonie anfängt, Zerfallserscheinungen zu zeigen – Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden?

Einige dieser aufgeworfenen Fragen werden im Abschnitt 3.3.1.b am Beispiel Mexiko behandelt und sollen die Notwendigkeit einer gramscianischen Kritik an der klassischen Transformationsforschung noch zusätzlich verdeutlichen.

2.3 Sich rückentwickelnde Tendenzen: von „De-Konsolidierung“ und Postdemokratie

Dieses Kapitel ist zwar dem Thema der Demokratisierung nicht-demokratischer Systeme gewidmet, da es jedoch oft eine Streitfrage darstellt, ob sich ein System gerade zu einer Demokratie entwickelt oder sich bereits wieder davon entfernt¹⁰, sei auch der „Ent-Demokratisierung“ – verstanden als Rückbildung demokratischer Systeme, Aushöhlung der Demokratie, Unterwanderung des demokratischen Systems – ein Abschnitt gewidmet.

Der deutsche Politikwissenschaftler Joachim Hirsch, der sich intensiv mit Staatstheorien beschäftigt, meint in seinem Artikel *Soziale Bewegungen in demokratietheoretischer Perspektive*, dass Demokratie heute zwar formell kaum mehr in Frage gestellt, faktisch jedoch zunehmend ausgehöhlt werde (vgl. 2006: 89). Die Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse auf die internationale Ebene ist seiner Meinung nach ein Mittel der Ent-Demokratisierung. Parteien und Parlamen-

¹⁰ Gerade Mexiko ist hierfür ein gutes Beispiel: die wissenschaftlichen Kontroversen rund um die Frage, ob sich Mexiko in seinem Prozess der langsamen Transition immer noch am Weg hin zu einem demokratischen System befindet und ergo trotz des als „demokratische Wende“ proklamierten Abdankens der Staatspartei PRI im Jahr 2000 bis dato nicht als solches bezeichnet werden konnte oder ob Mexiko nach 2000 durchaus demokratischer wurde und sich nur in den letzten Jahren wieder zurückentwickelte, indem sich autoritäre Züge verschärften, werden nach wie vor geführt (siehe Kapitel 3.3.).

te würden sich zunehmend in eine Instanz verwandeln, die bereits feststehende Entscheidungen zu bestätigen und gegenüber den Betroffenen durchzusetzen und zu legitimieren haben (vgl. ebd.: 90). Dadurch sei es für BürgerInnen oder soziale Bewegungen oft schwierig, politische Verantwortung einzufordern, da diese durch diese Form der „Mehrebenenpolitik“ bis zur Unkenntlichkeit verwischt werde. Politische Gestaltung reduziere sich auf die Anpassung an vorgegebene ökonomische Bedingungen, wobei Alternativen zur herrschenden neoliberalen Ideologie immer wirksamer ausgeblendet werden. Hirsch spricht von einem „Einheitsdenken“, das den Status Quo der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Tendenzen für unabänderlich erklärt und politische Gestaltungsmöglichkeiten nicht mehr wahrnimmt. Eine abgehobene politische Klasse bilde sich heraus, Unterschiede zwischen den Parteien würden mehr und mehr verschwimmen und die Aufgabe der Parteien reduziere sich darauf, Politik zu verkaufen anstatt sie zu machen (vgl. ebd.: 91). In dieser ideologischen Durchdringung der Gesellschaft bis in ihre kleinsten Verästelungen hinein sieht Hirsch den entscheidenden Erfolg des neoliberalen Projekts. Die EU ist für Hirsch ein Beispiel für dieses Geflecht von internationalen, politischen Institutionen, Regeln und Verfahren, das v.a. der Sicherung des Privateigentums, der Investitionsfreiheit und dem kapitalistischen Markt diene. Dazu kommt noch, dass derartige Konstrukte den auf einzelstaatlicher Ebene institutionalisierten Prozessen demokratischer Einflussnahme praktisch entzogen seien (vgl. Hirsch 2006: 89).

Die politischen Folgen daraus seien ein Legitimationsdefizit demokratischer Institutionen, ein Vertrauensverlust des politischen Personals, Wahlabstinenz und politische Apathie der Bevölkerung (vgl. ebd. 91). Hirsch zitiert den deutschen Politikwissenschaftler Johannes Agnoli, der schon Ende der 1960er-Jahre von einer „Involution der Demokratie“ gesprochen hat, und meint, dass sich diese Tendenz stark weiterentwickelt hat (vgl. ebd.: 92).

Eine wichtige Rolle in der Re-Demokratisierung der Verhältnisse schreibt Joachim Hirsch sozialen Bewegungen zu, wobei er sich dabei auf Karl Polanyi bezieht (ebd.: 92). Durch die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaften, die Dominanz der neoliberalen Ideologie sowie die Internationalisierung der Politik seien die Bedingungen für deren Entstehung allerdings nicht günstig (vgl. ebd.: 92).

In diesem Punkt trifft sich Hirsch mit Colin Crouch, der in seinem Essay *Postdemokratie* (2008) ebenfalls soziale Bewegungen als Mittel gegen die von ihm beschriebenen postdemokratischen Zustände sieht. Das Konzept der Postdemokratie bezieht sich auf demokratische Gemeinwesen, in denen zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, die Wahlkämpfe aber zu von PR-Agenturen inszenierten Spektakeln verkommen, während die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Gerade die etablierten westlichen Demokratien würden in Gefahr geraten, grund-

gende demokratische Versprechen nicht mehr einzulösen, das treffe ganz besonders die Partizipationsrechte. Jene Mitglieder der Gesellschaft, die über wenig Macht, Einfluss und Ressourcen verfügen, würden immer weniger von ihrem Recht zur Bestimmung der repräsentativen Herrschaftsträger Gebrauch machen. Der Einfluss der WählerInnen auf die eigene Lebenswelt werde also immer geringer, ausgelöst durch den Bedeutungsverlust gewählter Parlamente, die steigende Interventionskraft der Wirtschaft und die Verlagerung von Regierung auf suprastaatliche Ebenen. Die demokratischen Institutionen seien weiterhin formal intakt, aber politische Verfahren und Regierungen würden sich in „vordemokratische Zeiten“ zurückentwickeln, der Einfluss privilegierter Eliten nehme zu. Es greife zu kurz, so Crouch, wenn man die Krise der Demokratie allein auf die Massenmedien, die *spin doctors* und PR-Profis zurückführe (vgl. Crouch 2008: 13f, Jörke 2006: 21f). Das Primat der ökonomischen Effektivität werde immer öfter dem demokratischen Primat der Gleichheit vorgezogen. Insgesamt wird von einer Verschiebung von einer partizipatorischen und durch Partizipation legitimierten Demokratie hin zu einer effektiven Oligarchie ausgegangen.

Colin Crouch kommt in seinem Essay zu folgendem Schluss: „Wir müssen aufmerksam die Möglichkeiten neuer sozialer Bewegungen beobachten; vielleicht verstehen wir diese Bewegungen nicht sofort, doch möglicherweise liegt in ihnen das Potential für eine Vitalisierung der Demokratie“ (Crouch 2008: 155).

Da den sozialen Bewegungen, wie obenstehend bei Hirsch und Crouch zum Ausdruck kommt, ein bedeutender Beitrag zur Konsolidierung und weiteren Entwicklung eines demokratischen politischen Systems beigemessen wird, soll im folgenden Abschnitt kurz auf die Rolle sozialer Bewegungen im Rahmen der demokratischen Konsolidierung eingegangen werden.

2.4 Das Demokratisierungspotenzial sozialer Bewegungen

„(...) challenges to the state from social movements are a principal driving force of political change in modern society“ (Davis 1994: 375).

Wie die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin Diane E. Davis in diesem Zitat zum Ausdruck bringt, sind soziale Bewegungen eine nicht zu vernachlässigende Kraft des politischen Wandels. Soziale Bewegungen hätten es nicht nur einmal geschafft, ihre Themen in die politischen Debatten einzubringen und die Grenzen institutioneller Politik auszuweiten (vgl. Alvarez et al. 1998: 2). Ihr Beitrag zur demokratischen Konsolidierung kann mit einem Blick zurück in die Geschichte als maßgeblich bewertet werden: als Beispiel seien hier die Frauenbewegungen, die das Wahlrecht für Frauen erkämpften sowie die Protestbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre genannt, die

den autoritär strukturierten europäischen Nachkriegsdemokratien Substanz verliehen (vgl. Hirsch 2006: 88). Laut Kaltmeier, Kastner und Tuider ist das Demokratisierungspotenzial sozialer Bewegungen sogar einer der zentralen Bewertungsmaßstäbe für deren Erfolg (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 7).

Diane Davis zeigt am Beispiel der sozialen Bewegungen der 1980er-Jahre in Mexiko-Stadt jedoch auf, dass soziale Bewegungen nicht automatisch als Motor für demokratische Reformen gesehen werden können. In diesem Fall traten die geforderten demokratischen Reformen, wie z.B. die Direktwahl des Bürgermeisters, nicht unmittelbar ein (vgl. Davis 1994: 402) – teilweise wurden die Forderungen jedoch zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt (z.B. im Zuge der Wahlrechtsreform 1997).

Um soziale Bewegungen einzudämmen, werden ihnen immer wieder auch teilweise Zugeständnisse – die sich oft auf formale Partizipation beschränken und nicht wirklich mehr Teilhabe bedeuten – gemacht. Zugeständnisse in Form von Reformen können auch zu internen Differenzen in sozialen Bewegungen führen – was diese ebenfalls schwächt (vgl. Davis 1994: 381).

Soziale Bewegungen können auch die Entwicklung eines kritischen Staatsbürgerbewusstseins unterstützen, was wiederum förderlich für die demokratische Konsolidierung einer Gesellschaft ist¹¹. Der mexikanische Historiker und Journalist Luis Carlos López Ulloa sieht es im Fall von Mexiko mit seiner autoritären Vergangenheit als eine klare Aufgabe sozialer Bewegungen, die mexikanische Bevölkerung dahingehend zu sensibilisieren, dass das politische Leben jede/n StaatsbürgerIn etwas angehe (vgl. Interview Nr. 5). Dieser Aspekt sozialer Bewegungen soll durch die Darstellung der Bewegung *#Yo Soy 132* im Abschnitt 4.3 dieser Arbeit verdeutlicht werden.

2.5 Fazit

Die Auseinandersetzung mit dem Thema der demokratischen Konsolidierung in diesem Kapitel hat gezeigt, dass sich derart komplexe Prozesse wie Systemtransformationen nur schwer systematisch erfassen lassen. Auch wenn gewisse Abstraktionen und Schematisierungen zu Vergleichszwecken zielführend sind, gehen sie im Einzelfall doch meist zulasten der Tiefe und Genauigkeit der Analyse.

Selbst die Vertreter der klassischen Transformationsforschung, wie z.B. Wolfgang Merkel, merken an, dass die verschiedenen Strömungen der Transformationsforschung zu einem synthetischen

¹¹ siehe dafür auch Abschnitt 2.1.3 dieser Arbeit über die Phasen des Transformationsprozesses.

Ansatz vernetzt werden sollten, um Transformationsprozesse bestmöglich erfassen und erklären zu können. Dieser Selbstkritik möchte ich mich an dieser Stelle anschließen und ausgehend von den obenstehenden Ausführungen zum Thema politische Kultur und zu Gramscis Staatsverständnis dazu anregen,

- den klassischen Transformationsansatz um jenen der politischen Kultur zu ergänzen, um die Veränderungen der Verhaltens- und Verhaltensmuster politischer AkteurInnen in Bezug auf ihr politisches Handeln im Zuge des Transformationsprozesses (z.B. im Bezug auf neue institutionelle Rahmenbedingungen) besser erfassen und deuten zu können.
- ein breiteres Staatsverständnis für einen zu untersuchenden Transformationsprozess heranzuziehen, das die komplexen Machtstrukturen eines modernen Regimes sowie die Verschiebungen derselben im Zuge eines Systemwechsels besser beschreiben und erklären kann als eine zu enge Definitionen von Staatlichkeit. Gramscis Hegemoniekonzept kann für eine Analyse der Hegemoniefähigkeit einer Gruppe bzw. für die Frage nach den stabilisierenden bzw. destabilisierenden Faktoren eines hegemonialen Projekts im Kontext eines Transformationsprozesses aufschlussreiche Antworten liefern.

Es konnten auch gewisse Parallelen zwischen den beiden Ansätzen gefunden werden: Die politische Kultur eines Kollektivs bezeichnet die Sitten und Gebräuche, die Normen und Handlungsgewohnheiten, die in der jeweiligen Gesellschaft eingebürgert sind und auf das politische Handeln Einfluss nehmen. Auch bei Gramscis Modell vom erweiterten Staat wird von den als Hegemonieapparaten bezeichneten Institutionen wie Bildungseinrichtungen, Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften oder Medien und den von ihnen ausgehenden Diskursen ein spezifisches Wissen produziert, welches definiert und normiert, was als gesellschaftlich anerkannt gilt und was nicht. Gramsci bezeichnete diese Institutionen des erweiterten Staats auch als Deutungseliten. Deutungseliten spielen auch bei der Entwicklung der politischen Kultur eines Gemeinwesens eine wichtige Rolle, da Kollektive aus gemachten Erfahrungen und vor allem durch deren Interpretation lernen.

Es kann außerdem geschlussfolgert werden, dass die politische Kultur eines Kollektivs Rückschlüsse auf die demokratische Konsolidierung ebendessen zulässt, eben weil sie – langsam, aber doch – auf Veränderungen im System reagiert. Somit möchte ich an dieser Stelle dafür plädieren, dass es angesichts der oben erläuterten zwei Punkte die Qualität einer Aussage bzgl. demokratischer Konsolidierung bedeutend erhöhen kann, wenn das enggeführte Demokratieverständnis der klassischen Transformationsforschung um das Thema politische Kultur und um ein erweitertes Staatsverständnis im Sinne Gramscis ergänzt wird. Wie derartige Ergänzungen aussehen und was sie

bringen können, soll im nächsten Kapitel am Beispiel des mexikanischen Transformationsprozesses veranschaulicht werden (siehe Abschnitt 3.3.1).

3 Mexiko 1929-2012

Im folgenden Abschnitt soll der Versuch unternommen werden, ein Bild von Mexiko in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu zeichnen. Dabei soll vor allem auf die politische und wirtschaftliche Situation eingegangen werden, welche den Rahmen für viele soziale Bewegungen bildet.

Im Lichte der Forschungsfrage soll den Fragen nach der politischen Kultur, nach Herrschaftsverhältnissen und nach der demokratischen Konsolidierung ein besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Es soll an dieser Stelle vorausgeschickt werden, dass diese Ausführungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die relevanten Geschehnisse eines derart vielfältigen Landes wie Mexiko aus sieben Jahrzehnten in einem relativ kurzen Abschnitt darzustellen, scheint nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Ziel dieses Abschnitts ist es viel mehr, einen Eindruck von den Hintergründen zu vermitteln, vor denen sich die sozialen Bewegungen des Landes, auf die im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird, erhoben.

3.1 1929-2000

3.1.1 Das Phänomen PRI

71 Jahre lang, von 1929 bis 2000, war die PRI (*Partido Revolucionario Institucional*, Partei der Institutionalisierten Revolution) die staatstragende Institution in Mexiko. Ihr Netz reichte in alle Gesellschaftsbereiche, quasi jeder Sektor der Gesellschaft war einer politischen Kontrolle unterworfen. Das autoritäre Regime beruhte auf den drei Grundpfeilern Präsidialismus, Korporatismus und Ein-Parteien-Herrschaft (vgl. Gandarilla et al. 2012: 132). Der mexikanische Politikwissenschaftler Gerardo Ávalos Tenorio fügt diesen drei Punkten noch einen vierten hinzu: den der territorialen Herrschaft, personifiziert in der Figur des lokalen und regionalen Kaziken, der nach innen als Machthaber und nach außen als Vasall des Präsidenten der Republik auftrat (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 3). Wolfgang Merkel ergänzt das Bild noch um institutionelle Mechanismen, wie z.B. die zentrale Organisation von Wahlen, die sektorale Organisation der Partei (*sector obrero*, *sector campesino*, *sector popular*¹²) an sich und die Ämterunion von Präsident und Parteichef (vgl. Mer-

¹² Ende der 1970er-Jahre waren über 13 Millionen MexikanerInnen über diese Sektoren in die PRI integriert: 58% im *sector campesino*, 25% im *sector obrero*, 17% im *sector popular* (Cansino nach Merkel 2010: 213);

kel 2010: 213). Der mexikanische Intellektuelle Lorenzo Meyer vergleicht den mexikanischen Präsidialismus mit dem französischen Absolutismus, in dem der Sonnenkönig regierte:

„Y como en la época colonial, el sistema priísta buscó que la vida política transcurriera sin movilizaciones, sin independencia de los actores y que se dejara la política en manos del partido y de una burocracia centralista. Y si bien ya no había un monarca absoluto, estaba un presidente-sol alrededor del cual giraban todos los cuerpos organizados“ (Meyer 2005: 29).

Dem über der Verfassung stehenden Präsidenten wurden weitreichende Machtbefugnisse zuteil: er war Befehlshaber über die Exekutive, Regierungs- und Staatschef in einer Person, verkündete und erließ Gesetze, die Gouverneure der Bundesstaaten wurden von ihm ausgewählt und mussten auch nur ihm gegenüber Rechenschaft ablegen. In ähnlich intransparenter Weise wurde auch sein Nachfolger bestimmt: per *dedazo* (dt.: Fingerzeig, siehe Glossar) bestimmte der amtierende Präsident 71 Jahre lang den nächsten mexikanischen Präsidenten. Auch alle strategischen Bereiche der staatlichen Wirtschaft, vom Erdölwesen über die staatlichen Banken bis zur Telekommunikation, waren dem Präsidenten unterstellt (vgl. Meyer 2004: 16). Merkel spricht von einer „metakonstitutionellen Machtbefugnis, die das Amt einem imperialen Hyperpräsidialismus gleichkommen ließ, in dem Gewaltenteilung nie wirklich eine Rolle spielte“ (Weldon zit. nach Merkel 2010: 213). Dieser „Politik-Stil“ reproduzierte sich, so die US-Wissenschaftler Donald C. Hodges und Daniel Gandy in ihrem Buch *Mexico under Siege*, auf jeder Ebene der politischen Hierarchie. Politische Kommentatoren gingen sogar so weit, den mexikanischen Präsidenten mit absoluten Monarchen wie Ludwig den XIV. (siehe oben) oder Diktatoren wie Mussolini oder Hitler zu vergleichen (vgl. Hodges/Gandy 2002: XIIIff). In ihrem Buch beschreiben die beiden Autoren das politische System Mexikos als „präsidentiellen Despotismus“ mit den folgenden Worten:

„The term ‚presidential despotism‘ is peculiar to the Mexican political experience. Briefly, it refers to the monopoly of political power by the established party of the revolution, and to the professional bureaucrats or revolutionary family in control of the party that became a millionaire’s club headed by *El Presidente*. In this guided democracy, one party ruled; within that party, the revolutionary elite dominated; and within that elite, the president had the final word. The centralization of authority in the person of one man is an outstanding feature of Mexico’s political system.“ (ebd.).

Das korporatistische Gefüge erlaubte die Kontrolle über die großen Massengewerkschaften und über die organisierte Bauernschaft. Durch die Einbindung der Interessen dieser Gruppen sicherte sich das System die Unterstützung der Massen. Soziale Aktivitäten wurden geschickt in den von oben bestimmten Staatsaufbau integriert. Somit war die Abwesenheit jedes politischen Pluralismus sichergestellt (vgl. Schütze 2005: 277). Die „Allgegenwart und Universalität der PRI“ kommt in folgender Beschreibung von Ávalos Tenorio gut zum Ausdruck:

„[Die PRI,] die im strikten Sinne keine politische Partei war, sondern eine die mexikanische Staatlichkeit insgesamt verkörpernde Agentur mit dem Anspruch, die Gesamtheit des politischen Lebens des Landes zu erfassen. (...) Die PRI war auch eine Art Staatssekretariat, das in allen gesellschaftlichen Bereichen Verwaltungsfunktion ausübte. Sie war darüber hinaus ein Vehikel für soziale Mobilität und schließlich sogar, mit Hilfe lokaler Kom-

tees, die über das ganze Land verstreut waren, die Organisatorin von Kultur und Unterhaltung für die „Volksklassen“ (Ávalos Tenorio 2009 : 3).

Laut der mexikanischen Politologin Rhina Roux kann die PRI im eigentlichen Sinne nicht als politische Partei, sondern als verlängerter Arm des Staatsapparats bezeichnet werden – als Vorrichtung, um den präsidentiellen Absolutismus sowie die geschlossene Reproduktion der politischen Bürokratie abzusichern (vgl. Rhoux 1997: 2). Sie spricht von einem impliziten Pakt zwischen den Regierenden Mexikos und dem mexikanischen Volk, der dem System lange seine Stabilität verlieh und dessen Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Diese eigene Form eines Gesellschaftsvertrages umfasste in seinem Kern die Übertragung politischer Rechte (Wahlrecht, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, etc.) an und die Loyalität zu den Regierenden gegen den Anspruch auf Schutz und sozialen Wohlstand (Roux nach Gandarilla et al. 2012: 144).

Was die politische Kultur – verstanden als die auf das politische Handeln einwirkende Gesamtheit der kollektiven Werte, Orientierungen, Einstellungen, Kommunikationsgewohnheiten und Sinngebungen einer Gesellschaft“ (vgl. Meyer 2009: 124) – des PRI-Regimes angeht, fanden schon die im Kapitel 2 erwähnten US-Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sydney Verba in den 1960ern heraus, dass in Mexiko – im Vergleich zur politischen Kultur in den USA, Großbritannien, Deutschland und Italien – eine undemokratische politische Kultur vorherrsche, die sich in der passiven Haltung der Bevölkerung zum politischen System äußere. Vielmehr war eine paternalistische, klientelistische Verhandlungskultur verbreitet, im Zuge derer einzelne ihre Rechte nicht selbst einforderten, sondern „Vermittler“ für sie sprechen ließen. Die Kommunikation zwischen Regierung und BürgerInnen fand nur in Form von symbolisch-rituellen Inszenierungen statt. Partizipation war – solange sie sich innerhalb der korporatistischen Rahmenstrukturen der PRI bewegte – sogar gewünscht (vgl. Schütze 2005: 277). Lorenzo Meyer beschreibt in seinem Essay über das zeitgenössische politische System Mexikos, dass bis zur Ablöse der PRI im Jahr 2000 das Implizite, nicht in den Gesetzen, sondern in tief verwurzelten antidemokratischen Traditionen Verankerte, das mexikanische politische System dominierte (vgl. Meyer 2005: 34). Diese „ungeschriebenen Gesetze“ des PRI-Regimes kommen auch in folgendem Zitat des mexikanischen Journalisten Armando Rojas zum Ausdruck, indem er die Inkorporierung der politischen Opposition anspricht:

„Había una regla no escrita, pero que se respetaba y acataba: el que cometa errores graves o el que abuse más de la cuenta, se va a su casa o al destierro. Había para todos, para que todos estuvieran contentos. Inclusive, los de la oposición recibían su lana para que siguieran gritando y haciéndole el juego al partido dominante“ (Armando Rojas nach Aviña Zepeda 2009: 38).

3.1.2 Das kurze mexikanische 20. Jahrhundert

Die Grundzüge des modernen Mexikos wurden Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelegt. Das autoritäre Regime unter Präsident Porfirio Díaz, auch „Porfiriato“ genannt (1876-1911, mit kurzer Unterbrechung von 1880-84), begünstigte Großgrundbesitzer und europäische Investoren, während der Großteil der Landbevölkerung keinen eigenen Grund und Boden besaß und sich als Leiharbeiter in sklavenähnlichen Zuständen verdingen musste. Díaz regierte zentralistisch und ging mit Härte gegen soziale Aufstände vor (vgl. Meyer 2005) – zwei Merkmale, die das politische System Mexikos im folgenden 20. Jahrhundert noch stark prägen sollten. Der repressive Herrschaftsstil Díaz' war mit ein Grund für das Ausbrechen der mexikanischen Revolution (1910-17), die Mexiko in eine Dekade des Chaos stürzen ließ. Innerhalb des fast 10-jährigen Kampfes lassen sich zwei Hauptströmungen festmachen: das bürgerlich-demokratische Lager, das eine kapitalistische Modernisierung Mexikos anstrebte, und die sozialrevolutionären Bauernarmeen, die für „Land und Freiheit“ kämpften. Die Ermordung der Revolutionsführer Emiliano Zapata (1919) und Francisco „Pancho“ Villa (1923) markierten den Sieg der „gemäßigten“ Kräfte und die Niederlage der Sozialrevolutionäre. Mit ihren Versprechen von sozialer Gleichheit, nationaler Einheit, Befreiung der indigenen Bevölkerung, allgemeiner Wohlfahrt und nationaler Souveränität stellt die Revolution bis in die heutige Zeit einen Mythos dar, der aber im öffentlichen Leben ab den 1980er-Jahren zu bröckeln begann (vgl. Zimmering 2005).

Eines der Ergebnisse der Revolution war die Verfassung von 1917, die heute noch grundlegend für die mexikanische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist. Für damalige Verhältnisse war sie sehr fortschrittlich, sie beinhaltete z.B. die Anerkennung des Streikrechts und des Achtstundentages sowie die Festschreibung der Volkssouveränität über die nationalen Ressourcen. Auch die Ejido-Regelung, ein Konzept gemeinschaftlicher Landnutzung, das Großgrundbesitz auf viele Kleinbäuerinnen und -bauern aufteilte, war in der Verfassung verankert. Sie zeichnete sich durch einen Kompromisscharakter aus, so beinhaltete sie antiimperialistisch-nationalistische und anti-feudale Elemente ebenso wie soziale, reformerische und paternalistische Bestrebungen. Ein starker Zentralstaat wurde gefordert, der aber erst im Laufe der 1930er-Jahre allmählich realisiert werden konnte. Die konstitutionellen Versprechungen wurden von den postrevolutionären Regierungen jedoch nur in begrenztem Maße in die politische Realität umgesetzt (vgl. Boris 1996: 6f). Stattdessen verdeckten die verfassungsmäßigen Normen ein System, das nicht demokratisch, sondern autoritär, nicht repräsentativ-parlamentarisch, sondern korporativ-klientelistisch, und nicht föderal, sondern zentralistisch war (Salazar nach Schütze 2005: 43f).

Es folgte ein weiteres instabiles Jahrzehnt – von 1917 bis 1934 waren sieben Präsidenten an der Macht – in der die von der Revolution propagierten Ziele kaum umgesetzt wurden (vgl. Hodges/Gandy 2002: 13). Am 4. März 1929 – bereits zehn Jahre nach Ende der Revolution – wurde die spätere Staatspartei PRI als *Partido Nacional Revolucionario* (PNR, Nationale Revolutionäre Partei) gegründet, mit der Absicht, die Ziele der Revolution zu institutionalisieren (vgl. Hodges/Gandy 2002: 14). Sie setzte sich aus verschiedenen Gruppen, die sich im Revolutionsprozess gebildet hatten, zusammen und sicherte so eine politische Waffenruhe zwischen den rivalisierenden Gruppen und Regionen sowie eine Verankerung im gesamten mexikanischen Territorium (vgl. Jacinto 2010). Die Parteigründung war auch die Geburtsstunde des Revolutionsmythos, welcher die Revolution diskursiv zu einer permanenten machte und die Idee einer großen „Revolutionsfamilie“ entwarf, zu der Emiliano Zapata und Pancho Villa ebenso gezählt wurden wie die für deren Ermordung verantwortlichen Venustiano Carranza und Alvaro Obregón (vgl. Niesen 2010).

Laut Rhina Roux waren die 1930er-Jahre dann jene Jahre, in denen sich die Staatsmacht verfestigte und an Legitimität gewann. Der Präsident wurde als Oberbefehlshaber und oberste Autorität von wichtigen Institutionen wie Heer, Kirche, den Arbeiter- und Bauernbewegungen, aber auch von der US-Regierung, anerkannt (vgl. Boris 1996: 7). Sehr dazu beigetragen hat wohl die Figur Lázaro Cárdenas del Río. Nach der Devise „Mexiko den Mexikanern“ verstaatlichte er die Erdölindustrie und die Eisenbahn, brachte die Landreform vorwärts (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 3f) und setzte somit Versprechen der Revolution in die Wirklichkeit um. Meyer bezeichnet Cárdenas als letzten Präsidenten, der sich an sozialdemokratischen Werten orientierte, bevor die PRI endgültig zur autoritären und korrupten Staatspartei avancierte und die sozialgerechten Ideale ihrer eigenen Revolution vergaß (vgl. Meyer 2005: 34).

Manuel Ávila Camacho (1940-46) folgte Cárdenas als Präsident. Während seiner Präsidentschaft verlor die PRI allerdings erstmals das Vertrauen und die Unterstützung breiter Massen des mexikanischen Volkes. Zu dieser Zeit gab es Tendenzen, die politische Revolution in eine soziale zu verwandeln, sich vom internationalen Kapital zu entkoppeln und einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. Die PRI entschied sich allerdings gegen diesen Weg – was von der Bevölkerung als Verrat an den Idealen der Revolution gesehen wurde (vgl. Hodges/ Gandy 2002: XII).

In den Jahren 1940-70 verfestigten sich die Strukturen des mexikanischen politischen Systems: die von oben betriebene Organisation der Gesellschaft durch „Sektoren“ der PRI (*campesino, obrero, popular*) bedeutete ein auf Wechselseitigkeit beruhendes nationales Entwicklungsprojekt, das durch den Revolutionsmythos unterfüttert wurde. Der Staat als Entwicklungsmotor sorgte für den nationalen Fortschritt und für Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – daraus entwi-

ckelte sich das korporatistisch-klientelistische Herrschaftssystem, in dem Kontrolle und Ideologie immer notwendiger wurden, um die Legitimation auch bei knappen Ressourcen aufrechterhalten zu können (vgl. Merkel 2010: 213).

Der wirtschaftliche Weg, der von Mexiko in den folgenden Jahrzehnten beschritten wurde, wird als importsubstituierende Industrialisierung bezeichnet. Sie ist von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, protektionistischen Maßnahmen und einem starker Binnenmarkt geprägt. Zwischen 1940 und 1970 wurde jährlich ein konstantes Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6,5% verzeichnet (Boris nach Gandarilla et al. 2012: 132).

Präsident Luis Echeverría Álvarez (1970-76) begegnet den neuen Forderungen der Bevölkerung mit populistischen Reformen. Nach den Studentenaufständen 1968 und 1971, die von staatlichen Kräften gewaltsam niedergeschlagen wurden¹³, wandte sich Präsident Echeverría in seiner Amtszeit besonders an die gebildete Schicht. Zugeständnisse in Form von einer Erhöhung des Bildungsbudgets, einem Ausbau der Universitäten und Schaffung von Arbeitsplätzen für AkademikerInnen im staatlichen Verwaltungsapparat sollten neue Aufstände verhindern. 1977 fand außerdem eine Wahlrechtsreform statt, die gemeinhin als erste Öffnung des PRI-Regimes verstanden wird und als weiterer Versuch der Beschwichtigung der großen Unzufriedenheit, die in den sozialen Bewegungen zum Ausdruck kam (vgl. Boris 1995: 144).

Wirtschaftlich gesehen können die 1970er-Jahre als Höhepunkt des „mexikanischen Wunders“, einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums und der sozialen Entwicklung, bezeichnet werden. Die Wirtschaftskrise der 1980er-Jahre zeichnete sich jedoch in den beiden Sexenien von Luis Echeverría und José López Portillo (1976-82) bereits deutlich ab: Haushaltsdefizit, Leistungsbilanzdefizit und hohe Inflation waren ihre Vorboten (vgl. Boris 1995: 293). Das System der importsubstituierenden Industrialisierung stieß an seine Grenzen: Umverteilungsmaßnahmen und Lohn-erhöhungen blieben begrenzt und verhinderten dadurch eine Ausweitung des Binnenmarktes. Dazu kam eine sinkende Produktivität und Konkurrenzfähigkeit staatlicher Unternehmen, die sich nicht an die technologischen Umbrüche auf internationaler Ebene anpassten. Es wurden zwar billige Kredite aus dem Ausland gegeben und Erdölfelder gefunden, doch eine Anhebung des Zinsniveaus seitens der USA und ein Sinken des Erdölpreises ließen Mexiko 1982 schlussendlich die Zahlungsunfähigkeit erklären (vgl. Boris 1995: 137f).

In diesem Zustand übernahm der Harvard-Ökonom Miguel de la Madrid (1982-88), der zuvor bereits Planungs- und Budget-Staatssekretär der Regierung López Portillo war, die Präsidentschaft. Die Zahlungsunfähigkeit Mexikos bedeutete das endgültige Ende des Systems der importsubstitu-

¹³ siehe Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

ierenden Industrialisierung. Infolge dessen kam es zu einer Abnahme der ausländischen Investitionen, zu einem starken Anstieg der Inflation und zu Kapitalflucht, insbesondere nach der Banken-nationalisierung im September 1982 (vgl. Boris 1995: 294ff). Im Zuge der internationalen Tendenzen der 1980er-Jahre in Richtung Öffnung der Märkte und Deregulierung der Wirtschaft – es seien nur die zwei Namen Ronald Reagan und Margaret Thatcher erwähnt – meinte Mexikos Regierung, sich dem auch nicht mehr länger verschließen zu können und begann mit der Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen, verordnet durch den Internationalen Währungsfonds. Diese Programme beinhalteten eine Liberalisierung des Handels sowie der Finanz- und Investitionsströme, Privatisierungen öffentlicher Unternehmen (z.B. Bergbau, Luftfahrt, Telefongesellschaften, Fernsehen) und einen Sparkurs, der sich in Lohnkürzungen und einem Abbau von Sozialdienstleistungen äußerte (vgl. Boris 1995: 138). Dem Sexenium Miguel de la Madrids stellt der deutsche Lateinamerika-Experte Dieter Boris ein sehr negatives Zeugnis aus: laut ihm habe diese Regierungsperiode eine so negative Bilanz aufzuweisen, wie sie das Land zuletzt nur in den Wirren der Revolution kennengelernt hatte (vgl. Boris 1995: 296). Allein für die Begleichung des Schuldendienstes wendete Mexiko zwischen 1982 und 1986 mehr als 31 Milliarden Dollar auf, das entspricht im Vergleich etwa 160 Prozent der Reparationszahlungen Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg – ohne, dass sich die Gesamthöhe der Schulden dabei verringerte (Gandarilla et al. 2012: 138).

De la Madrid erkannte, dass die Legitimität und die Unterstützung der Bevölkerung für seine Regierung, welche die materielle Versorgung der Menschen offensichtlich nicht mehr gewährleisten konnte, zu bröckeln begannen. Es kam vermehrt zu sozialen Aufständen und daraus folgenden BürgerInnen-Bewegungen, was zu einer ersten Pluralisierung der Parteienlandschaft führte (vgl. Davis 1994: 385f). Bis dahin hatten die vereinzelt Kleinparteien eher als „PRI-Satelliten“ denn als echte Opposition fungiert¹⁴, die halfen, den pseudo-pluralistischen Schein nach außen zu wahren (vgl. Hodges/ Gandy 2002: XIV). Wie schwer es Oppositionsparteien während des PRI-Regimes hatten und wie sehr Parteienpluralismus in Mexiko eine Farce war, drücken Hodges und Gandy in folgenden „Spielregeln des PRI-Regimes“ aus: „Unless you are a candidate of the PRI, you cannot win an election; if by some fluke you do win, you will be prevented from taking office; if by a miracle you do take office, you cannot govern“ (Hodges/Gandy 2002: XIV). Und doch kam Bewegung in das starre politische System: 1987 spaltete sich eine demokratische Strömung unter Cuauhtémoc Cárdenas von der PRI ab. Cárdenas, und der nach ihm benannte Neocardenismus, der durch seine politische Haltung und als Sohn des ehemaligen Präsidenten Lázaro Cárdenas, die „alte PRI“ verkörperte, vereinte in seiner Person die Rückbesinnung auf die Ideale der mexikanischen Revo-

¹⁴ hier sind z.B. die PARM - *Partido Auténtico de la Revolución Mexicana*, Authentische Partei der mexikanischen Revolution oder PPS - *Partido Popular Socialista*, Sozialistische Volkspartei zu nennen.

lution und die Hoffnung auf eine Demokratisierung der politischen Strukturen (vgl. Schütze 2005: 259). Aus dem unter Cárdenas abgespaltenen Wahlbündnis *Frente Democrático Nacional* (FDN) entstand die PRD (*Partido de la Revolución Democrática*, Partei der demokratischen Revolution), die heutige „Linkspartei“ Mexikos. Diese war zum ersten Mal seit 1929 eine ernst zu nehmende Gegenkraft zur übermächtigen Staatspartei PRI. Die neue Partei erlangte bei der Wahl 1988 31%. Cárdenas' Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen 1988 konnte nur durch einen Wahlbetrug zugunsten des offiziellen PRI-Kandidaten Carlos Salinas de Gortari verhindert werden, kann jedoch ungeachtet dessen als erste große Infragestellung des Einparteiensystems auf nationaler Ebene im Laufe der vorherigen 50 Jahre gesehen werden (vgl. Davis 1994: 407). Auch die PAN (*Partido de la Acción Nacional*, Partei der Nationalen Aktion), von der PRI seit ihrer Gründung in den 1930er-Jahren als klerikal-konservatives, US- und unternehmerfreundliches Schreckensgespenst dargestellt, begnügte sich nicht mehr mit ihrer Rolle als „loyale Opposition“ und konnte ihren lange bei etwa 10% stagnierenden Wähleranteil stetig ausbauen. 1989 gewann mit der PAN erstmals eine Oppositionspartei die Mehrheit in einem der 31 Bundesstaaten – bzw. wurde dies zum ersten Mal von der nationalen Regierung zugelassen (vgl. Boris 2002: 11).

Der neue Präsident Carlos Salinas de Gortari (1988-94) war bereits Planungsminister im Kabinett de la Madrid gewesen – was Kontinuität, v.a. in wirtschaftlichen Belangen, bedeutete (vgl. Boris 1995: 298). Der eingeschlagene neoliberale Kurs des Landes wurde fortgeführt. Es kam zu Restrukturierungen in der Arbeitswelt, z.B. zur Abschaffung von Kollektivverträgen oder zum Abbau des Sozialversicherungssystems, was zu schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen breiter Bevölkerungsschichten führte (vgl. Roux zit. nach Boris 1995: 5). Der von Salinas initiierte Stabilisierungspakt *Pacto para el Crecimiento Económico y Estabilidad* (PCEE, Pakt für wirtschaftliches Wachstum und Stabilität) sowie eine Steuerreform zeigten erste Erfolge: die Inflationsrate sank und der Staatshaushalt wurde ausgeglichener. Es kam zu einem Rückzug des Staates aus dem Banken- und Finanzsektor. Bei der Reprivatisierung der Banken 1991/92 kam es zu einer Konzentration der Finanzmacht in den Händen einiger weniger: Dreizehn Banken wurden von sogenannten *Grupos Financieros* erworben, hinter denen jeweils ein Konglomerat aus Industriefirmen, Versicherungsgesellschaften, Börseninstituten und Immobilienfonds stand (vgl. FAZ v. 9.7.1992 zit. nach Boris 1995). Weitere Privatisierungen staatlicher Unternehmen folgten, was wiederum ausländische Investoren anzog. Den neoliberalen Wirtschaftsprogrammen wurde durch Sozialprogramme gegengesteuert: das von der Regierung Salinas ins Leben gerufene „Nationale Programm der Solidarität“ (PRONASOL) wurde mit dem Ziel gegründet, neue Legitimation für die PRI zu schaffen und v.a. der PRD Stimmen abzuwerben. Überall dort, wo die PRI starke Stimmenverluste hinzunehmen hatte, flossen die Unterstützungsgelder besonders reichhaltig: an städtische Unterschichten, Kleinbauern und die indigene Bevölkerung (vgl. Boris 1995: 303).

Am Ende von Salinas Amtsperiode stand das turbulente Jahr 1994: mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA, *North American Free Trade Agreement*) am 1. Jänner öffnete Mexiko seine Grenzen für die Produkte und Dienstleistungen seiner nord-amerikanischen Nachbarn. Mit diesem Handelsabkommen wurde beabsichtigt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiter voranzutreiben und durch Ausweitung des Imports und Exports Beschäftigung zu schaffen. In den folgenden Jahren durchgeführte Privatisierungen von Staatsunternehmen begünstigten allerdings in erster Linie die Unternehmerklasse und die Vertreter des Finanzkapitals. Bereits 1993 trat ein neues Gesetz über Auslandsinvestitionen in Kraft, welches die bestehenden Beschränkungen für ausländische Unternehmen nahezu gänzlich aufhob. Diese hatten nur noch in einigen wenigen, strategisch wichtigen Sektoren wie Erdöl, Elektrizität, Verkehrsmittel oder Medienunternehmen Bestand. Das staatliche Telekommunikationsunternehmen *Teléfonos de México (Telmex)* wurde beispielsweise Anfang der 1990er-Jahre privatisiert, einer der Hauptprofiteure ist heute einer der reichsten Männer der Welt: Carlos Slim (vgl. Hernández Chávez 2012: 19f). Das Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens war gleichzeitig auch Hauptauslöser des zapatistischen Aufstandes im süd mexikanischen Chiapas, der internationale Aufmerksamkeit auf sich zog¹⁵.

Auch im Bereich der Landwirtschaft gab es weitreichende Strukturreformen, deren Anfänge bis in die 1980er-Jahre zurückreichen. Es kam zu einer Abkehr von der Produktion für den Binnenmarkt und zu einem Verlust der Nahrungsmittelversorgung aus einheimischen Quellen. Als bedeutungsschwer kann die 1992 durchgeführte Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung bezeichnet werden, welcher die Umverteilung produktiver Böden und die kollektiven Formen des Zusammenlebens auf dem Land regelte und zu einer der Errungenschaften der mexikanischen Revolution zählte. Private Investitionen im Bereich des Gemeinschaftseigentums von Gemeinden und *Ejidos*¹⁶ wurden im Zuge dessen zugelassen. Die kleinbäuerliche Produktion, welche von nun an mit der Konkurrenz hoch subventionierter Produkte aus den USA zu kämpfen hatte, war darüber hinaus zusätzlich durch Immobilien- und Tourismusgroßprojekte bedroht (vgl. Boris 1995: 311, Gandarilla et al. 2012: 139f).

Am 21. August 1994 wurde Ernesto Zedillo Ponce de León (1994-2000) mit ca. 50% der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Der vorherige Präsidentschaftskandidat der PRI, Luis Donaldo Colosio, wurde bei einem Wahlkampfauftritt in Tijuana ermordet. Um diesen Mord ranken sich Spekulationen, dass er politisch motiviert gewesen sei und von höchster Stelle in Auftrag gegeben worden war, da Colosio angeblich hart gegen Korruption und Zusammenarbeit mit den Drogen-

¹⁵ genauere Ausführungen dazu im Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

¹⁶ Siehe Glossar.

kartellen innerhalb der politischen Elite vorgehen wollte. Die Vermittlungen dazu verliefen aber im Sand, der Abschlussbericht der Generalstaatsanwaltschaft besagt, dass es keine Verstrickungen führender PolitikerInnen in den umstrittenen Mord gäbe (vgl. Silbermayr 2013: 21f). Die Wahl selbst zeichnete sich dann durch einen relativ korrekten Ablauf des Wahlvorgangs sowie durch eine hohe Wahlbeteiligung aus. Zedillo hatte die Fortführung des neoliberalen Wirtschaftsprozesses, aber auch sozialpolitische Korrekturen im Gesundheits- und Erziehungswesen oder im Bereich der Arbeitsplatzschaffung sowie die Fortsetzung politischer Reformen, wie beispielsweise eine Liberalisierung des Wahlrechts oder den Ausbau des Rechtsstaats, in seinem politischen Programm (vgl. Boris 1995: 291).

Am 19. Dezember 1994 wurde Mexiko von einer weiteren tiefen Währungs- und Finanzkrise heimgesucht. Es kam zu einer Abwertung des Peso um 60%, zu einem Sturz der Aktienkurse und einem Hochschnellen des Leitzinssatzes auf über 50%, was eine Flucht einheimischen und ausländischen Kapitals zufolge hatte. Laut Dieter Boris (vgl. 1995: 312) resultierte diese Krise im Wesentlichen aus dem Zusammenwirken von vier Elementen, die sich als besonders explosive Mischung erwiesen: eine schon länger währende Hinnahme der Überbewertung des Pesos, ein u.a. auch hieraus resultierendes großes Handelsbilanzdefizit (von 8% des BIP), der Versuch, dieses Defizit durch die Anziehung kurzfristigen Geldkapitals zu kompensieren und der Anstieg der äußeren Verschuldung über kurzfristig fällig werdende und in Dollar rückzahlbare Staatspapiere. Diese Krise konnte nur durch akute Soforthilfe der USA in Form eines Hilfspakets von US-Präsident Clinton in der Höhe von 50 Mrd. US-Dollar und des internationalen Währungsfonds abgefangen werden. Mexikos Zusammenbruch von 1994 hatte paradigmatische Bedeutung, die über das Land hinausreichte, da das Land als neoliberales Modell für ganz Lateinamerika galt (vgl. ebd.).

3.1.3 Das Ende einer Herrschaft

Es folgten Jahre der Unsicherheit: das politische System war angeschlagen, die wirtschaftliche Lage schlecht – mit keiner mittelfristigen Aussicht auf Verbesserung. Die Wahlreformen 1989-90, 1993, 1994 und 1996 sollten die immer größer werdenden Legitimierungsdefizite abbauen helfen und Demokratisierungsforderungen sozialer Bewegungen in Zaum halten (vgl. Boris 2002: 11). Sie hatten nicht mehr das Ziel, das alte Regime wiederherzustellen, sondern vielmehr, den neuen (neo-) liberalen Institutionen, die die Legitimität des korporatistischen Paktes ersetzen sollten, zum Durchbruch zu verhelfen (vgl. Gandarilla et al. 2012: 144f). Bei den ersten Wahlen nach der Wahlrechtsreform 1996 am 6. Juli 1997 wurde der Kongress, also das mexikanische Zweikammern-Parlament und, zum ersten Mal in einer Direktwahl, der Bürgermeister von Mexiko-Stadt

gewählt. Die Direktwahl des Bürgermeisters war seit der Regierung de la Madrid (1982-88) diskutiert worden und verhalf Cuauhtémoc Cárdenas zu seinem Triumph (vgl. Davis 1994). Im Kongress verlor die PRI die Mehrheit der Sitze, die Opposition ging gestärkt aus den Wahlen hervor. Somit trat zum ersten Mal das Phänomen der „geteilten Regierung“ zutage: der Präsident, der ja nach wie vor von der PRI gestellt wurde, konnte auf keine Mehrheit im Kongress mehr zählen, was viele Reformen bremste. Rhina Roux sieht in den Ergebnissen dieser Wahl einen Bruch mit der Rationalität des alten politischen Systems sowie die erste in Wahlen sich deutlich ausdrückende Ablehnung der Wählerschaft gegenüber der alten Staatspartei (vgl. Roux 1997: 2). Der Staatsapparat war jedoch nicht fähig, darauf dementsprechend zu reagieren und auf die Forderungen der sozialen Bewegungen einzugehen, was demokratischen Bewegungen, z.B. rund um Lázaro Cárdenas, weiter Auftrieb verschaffte (vgl. Davis 1994: 407). Zusätzlich zu den Veränderungen im Kongress und zur Wahlrechtsreform begann sich auch der Zentralismus etwas zu lockern: zwischen 1998 und 2006 erhöhten sich die finanziellen Zuwendungen an die Bundesstaaten von 1,5% auf 8,3% des BIP, was die Autonomie der Bundesstaaten sowie die politische Macht der Gouverneure erhöhte (vgl. Hernández Chávez 2012:27).

Die Legitimität und Unantastbarkeit des PRI-Regimes begann – da sind sich viele AutorInnen einig¹⁷ – mit der Zahlungsunfähigkeit des Landes 1982 und den darauffolgenden Einsparungspolitiken, die die Bevölkerung hart zu spüren bekam, zu bröckeln. Die PRI konnte ihren Verpflichtungen laut dem ungeschriebenen Pakt zwischen ihr und der Bevölkerung nicht mehr nachkommen. Die deutsche Politikwissenschaftlerin Stephanie Schütze spricht von einer „fürsorglichen Seite des Korporatismus, die mit der neoliberalen Politikwende verloren ging“ (vgl. Schütze 2005: 277). Die Gegenseitigkeit der klientelistischen Beziehungen – der Tausch von materieller Unterstützung gegen politische Unterordnung – war nun definitiv nicht mehr gegeben. Unterstützt wurde diese Realität noch zusätzlich vom Abbau des Revolutionsmythos, welcher jahrzehntelang von höchster staatlicher Ebene gehegt und gepflegt wurde und tief im – um mit Gramsci zu sprechen – mexikanischen Alltagsverstand verankert ist. Unter den letzten zwei PRI-Präsidentschaften, Salinas 1988-94 und Zedillo 1994-2000, wurde jedoch merklich von diesem Diskurs, welcher die aus der mexikanischen Revolution erwachsenen sozialen Verpflichtungen des Staates in den Mittelpunkt stellt, Abstand genommen (vgl. Boris 2002: 10, Zimmering 2005). Zusätzlich trugen wohl auch die Verbrechen des mexikanischen Staates während der Zeit des sogenannten *schmutzigen Krieges* (1964-82)¹⁸ ihren Teil dazu bei, dass der Staatspartei immer weniger breite Unterstützung zuteil wurde und sich langsam, aber doch, Widerstand erhob: „Its crimes against the people had

¹⁷ vgl. z.B. Gandarilla et al. 2012, Schütze 2005, Boris 1995, Boris/Sterr 2002, Pimmer 2010, Niesen 2010.

¹⁸ auf den *schmutzigen Krieg* wird in Kapitel 4.2 dieser Arbeit näher eingegangen.

brought forth its own executioner in the form of a swelling movement of popular resistance“ (Hodges/Gandy 2002: XV).

Dass die PRI überhaupt bereit war, in einem im Großen und Ganzen friedlichen Prozess ihre Vorherrschaft zugunsten einer politischen Öffnung abzugeben, überraschte viele AnalystInnen – jedoch hat es im Herrschaftsapparat auch Widerstände gegen die demokratische Neuorientierung gegeben – die etwa 600 Toten innerhalb der von der PRI abgespaltenen PRD bezeugen das (vgl. Boris 2002: 11). Die PRI sorgte auch dafür, an eine Partei abzugeben, die die Weiterführung des eingeschlagenen neoliberalen Kurses sicherstellte (vgl. Boris 2002: 11). Schon im Laufe der 1990er-Jahre fand eine Annäherung zwischen PAN und PRI statt. Im Gegensatz zur PRD unterstützte die PAN den neoliberalen Kurs (vgl. Schütze 2005: 32). Die Annäherung zwischen PAN und PRI sowie inhaltliche Kontinuitäten – allen voran im Bereich der Wirtschaftspolitik –, die über den Systemwechsel im Jahr 2000 hinausgingen (wie der folgende Abschnitt zeigen wird), verdeutlichen den Ansatz der Strukturtheorien¹⁹, welche Demokratisierungsprozesse in erster Linie als Ausverhandlung zwischen alten und neuen Eliten verstehen (vgl. Waldrauch 1996, Ackerman 2006).

Roux diagnostizierte in ihrer Analyse *México – Rupturas y esperanzas (Mexiko – Brüche und Hoffnungen)* aus dem Jahr 1997 eine ausgeprägte Krise des mexikanischen Staates, die von seinen BürgerInnen täglich als Unsicherheit, Ungerechtigkeit, Gewalt und Schutzlosigkeit erlebt werde: sie spricht von einem Verlust des Gewaltmonopols und einer „Kriminalisierung des Staates“, welche sich durch die Entstehung von paramilitärischen Gruppen zeige²⁰. Weiters spricht sie von Menschenrechtsverletzungen, die keine strafrechtlichen Folgen nach sich ziehen oder überhaupt durch staatliche Organe selbst verübt werden. Darüber hinaus kritisiert sie in ihrer Analyse die Verflechtungen öffentlicher Organe mit der organisierten Kriminalität, eine Fragmentierung der Oberbefehlsgewalt und einen Mangel an Legitimität sowie an Rechtsstaatlichkeit an (vgl. Roux 1997: 9).

¹⁹ siehe Abschnitt 2.1.2 dieser Arbeit.

²⁰ siehe hierfür auch das folgende Kapitel über soziale Bewegungen, v.a. den Abschnitt 4.2.

3.2 2000-2012

3.2.1 ¿El cambio?²¹

Mit Vicente Fox Quesada wurde im Dezember 2000 zum ersten Mal seit 1929 ein Präsident angelobt, der nicht der PRI angehörte. Fox war für das Wahlbündnis PAN/PVEM (*Partido Verde Ecologista de México*, Grüne Ökologische Partei Mexikos) angetreten und konnte in einem aufwendig geführten Wahlkampf glaubhaft machen, die PRI an den Urnen besiegen und den politischen, sozialen und gesellschaftlichen Wandel vollziehen zu können (vgl. Boris 2002: 17). Dabei sei jedoch besonders interessant, so Boris, dass sich mit Fox ein moderner Konservativer die Aufbruchsstimmung zunutze machen konnte, die in erster Linie von sozialen Bewegungen und linken Gruppierungen mit erzeugt worden war (vgl. ebd.: 7). Was Fox auch geholfen haben dürfte, sei, dass ein Wahlsieg auf nationaler Ebene der in den Umfragen zurückliegenden PRD nicht zugetraut wurde (vgl. Schütze 2005: 32). Schütze bezeichnet den Wahlsieg von Fox als Beginn einer neuen Phase des seit Ende der 1960er-Jahre begonnenen politischen Transformationsprozesses des Landes (vgl. ebd.: 31).

Als die anfängliche Welle der Euphorie vorbei war und die ersten Berichte über die Regierung Fox abgelegt wurden, wurde deutlich, dass Fox in vielen Belangen seine hochgesteckten Wahlziele nicht erfüllt hatte (vgl. Boris 2002: 18). Vielfach hatte dies mit dem *divided government*, dem Fox vorstand, zu tun: Die PRI hatte immer noch die Mehrheit im Kongress inne, gleichzeitig wurden im Zuge des Zentralismus-Abbaus die Gouverneure der Bundesstaaten, von denen die Mehrheit noch von der PRI gestellt wurde, mächtiger und vom Präsidenten unabhängiger. Wurden von seinen Vorgängern Salinas und Zedillo noch Gouverneure entlassen bzw. waren diese noch mehr an die Entscheidungen des Präsidenten gebunden, so kann von Fox nicht behauptet werden, dass sich die Gouverneure an seiner Meinung orientierten. Die 17 PRI-Gouverneure nahmen keine Empfehlungen von ihm entgegen, unter den sieben PRD-Gouverneuren war der langjährige Oppositionspolitiker Andrés Manuel López Obrador²² sein größter Widersacher, die PAN-Gouverneure pflegten auch eher eigene Wege zu gehen (Preston/Dillon 2004: 515). So scheiterten viele Projekte der Regierung Fox an der mangelnden Unterstützung im Kongress: eine Steuer- und Verfassungsreform, Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und zur Bekämpfung des Drogenhandels, Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Stärkung der Wirtschaft – all diese Ansätze kamen über erste Schritte nicht hinaus.

²¹ dt.: Die (politische, demokratisch) Wende?

²² auch AMLO genannt, siehe Glossar.

Hinzu kamen der ökonomische Abschwung bei Mexikos wichtigstem Wirtschaftspartner, den USA, sowie die Auswirkungen der Terroranschläge des 11.9.2001, die zu einer deutlichen Verschärfung des Grenzregimes führten. Die USA machten bzgl. Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung Vorgaben, welche Mexiko zu erfüllen hatte – und dies, wie von der Opposition kritisiert wurde, auch tat (vgl. Boris 2002: 19). Fox war um eine gute Beziehung zu den USA bemüht, in der Hoffnung auf positive Auswirkungen auf die sich illegal in den USA aufhaltenden MexikanerInnen. Nach den Attentaten vom 11. September 2001 verschoben sich jedoch die Prioritäten der Bush-Administration und der Plan ging nicht auf (vgl. Preston/Dillon 2004: 515).

In Sachen Chiapas-Konflikt²³, den Fox „in 15 Minuten lösen“ wollte (vgl. La Jornada 15.11.2006), konnte Fox ebenso keine großen Erfolge erzielen. Es gab Zugeständnisse an die Zapatisten, der von der Regierung ausgearbeitete Vorschlag des Autonomie-Gesetzes wurde von den Zapatisten jedoch abgelehnt und der Dialog geriet ins Stocken. Die Hoffnung auf Frieden in Chiapas war somit geschwunden (vgl. Preston/Dillon 2004: 507).

Die Wochenzeitung *Proceso* deckte auf, dass Fox' Wahlkampf von einigen mexikanischen Firmen gesponsert worden war, was gesetzeswidrig war. Die Bundeswahlbehörde IFE leitete Untersuchungen ein, die dann jedoch von Fox' Kampagnenleiter unterbunden wurden. Dieser Vorfall schädigte seine Glaubwürdigkeit in Sachen Bemühungen um einen Rechtsstaat beträchtlich (vgl. Preston/Dillon 2004: 513). Bei den Kongresswahlen 2003 bekam Fox die Unzufriedenheit der WählerInnen dann zu spüren: bei einer Wahlbeteiligung von 41,8 Prozent verlor die PAN 54 Sitze, die PRI gewann 14, die linke Oppositionspartei PRD konnte um 41 Sitze zulegen (von insgesamt 628 Sitzen) (vgl. Preston/Dillon 2004: 516).

Die Präsidentschaftswahl im Juli 2006 beendete endgültig die demokratischen Hoffnungen, die durch den Regierungswechsel 2000 hervorgerufen worden waren. Sie brachte vielmehr das tatsächliche Demokratieverständnis der neuen Regierungspartei PAN zum Vorschein und verschlimmerte damit die in den 1970er-Jahren begonnene Krise der Legitimität des politischen Systems (vgl. Gandarilla et al. 2012: 146). Der Präsidentschaftskandidat der PAN, Felipe Calderón Hinojosa, gewann mit einer äußerst knappen Mehrheit von rund 244.000 Stimmen (0,58%) gegenüber dem PRD-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador, wobei dieses Ergebnis als höchst umstritten gilt (IFE 2006). Das umfochtene Wahlergebnis führte v.a. in der PRD-Hochburg Mexiko-Stadt zu wochenlangen Protesten der Anhänger López Obradors. Nach einer Neuauszählung von 9% der Wahlurnen wurde der Sieg Calderóns dann Anfang September von einem eingesetzten Wahlgericht bestätigt. Davon ungehindert ließ sich AMLO, gestützt von der PRD-dominierten Linkskoaliti-

²³ siehe dazu Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

on *Für das Wohl aller*, zum “Gegenpräsidenten einer legitimen parallelen Übergangsregierung“ ausrufen (vgl. Streck 2006a, b). Die Proteste rund um die Amtseinführung Calderóns überlagerten sich mit einer monatelangen Widerstandsbewegung der *Volkversammlung der Völker Oaxacas* (*Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca*, APPO) im südlichen PRI-dominierten Bundesstaat Oaxaca, die den ganzen Herbst 2006 andauerten und schlussendlich noch von der Regierung Fox gewaltsam niedergeschlagen wurden (vgl. Streck 2006b)²⁴.

Die Regierung Felipe Calderón führte den neoliberalen Wirtschaftskurs fort. Laut dem mexikanischen Politikwissenschaftler Ávalos Tenorio hätten die PAN-Regierungen die neoliberalen Reformen sogar auf noch autoritärere und korruptere Weise als die PRI weitergeführt: Privatisierungen wie z.B. des Pensionsfonds der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes waren an der Tagesordnung (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 6). Die Privatisierung des symbolträchtigen staatlichen Erdölkonzerns PEMEX ist derzeit (Juli 2013) noch immer in Diskussion.

Durch die engen wirtschaftlichen Verbindungen zu den USA traf die Wirtschaftskrise 2008 Mexiko schwer: im zweiten Halbjahr 2009 wurde ein Minuswachstum von 9% gegenüber der ersten Hälfte von 2009 verzeichnet (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 2). Ausländische Investoren blieben aus, die Rücküberweisungen der in den USA lebenden MexikanerInnen gingen zurück (ebd.). Diese Überweisungen sind eine große finanzielle Stütze des Landes: in ihrer Summe übersteigen sie die Einnahmen aus dem Tourismussektor und liegen nicht weit hinter den Staatseinnahmen durch Erdöl (vgl. Hernández Chávez 2012: 22). Auch die steuerlich sehr begünstigte Maquiladora-Industrie wurde von der letzten Rezession stark in Mitleidenschaft gezogen: die Exporte gingen zurück, außerdem drängen billigere Produkte aus anderen Weltmarktregionen, v.a. aus Asien, auf den US-amerikanischen Markt, was die Maquiladora-Industrie zusätzlich in Bedrängnis bringt (vgl. Gandarilla et al. 2012: 140). Durch ungenügende Schaffung formeller Arbeitsplätze bzw. deren krisenbedingtem Abbau ist es zu einem drastischen Anwachsen des informellen Sektors gekommen: zwischen 1994 und 2008 hätten durchschnittlich nur 38% der Erwerbstätigen Beschäftigung im formellen Sektor gefunden, der Rest ist entweder in die USA ausgewandert, hat in den Strukturen der organisierten Kriminalität Beschäftigung gefunden oder sich in den informellen Sektor (Hausarbeit, Straßenverkauf, etc.) eingegliedert. Aktuell geht man von 20 Millionen informell Beschäftigten aus, welche die Gruppe der formell Beschäftigten, gemessen an der Anzahl der BeitragszahlerInnen des Sozialversicherungssystems (rund 14 Millionen Personen), bei weitem überlegen (vgl. Gandarilla et al. 2012: 131).

²⁴ siehe dazu auch Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

2009 fanden – bereits unter den neuen rechtlichen Voraussetzungen der Wahlrechtsreform 2007 – wieder Kongresswahlen statt, für die eine indirekte Konfrontation zwischen Calderón und López Obrador erwartet wurde. AMLO hatte die landesweite zivile Widerstandsbewegung hinter sich, seine Partei, die PRD, jedoch nicht mehr in ihrer Gesamtheit. Die zwei großen Medienkonzerne *Televisa* und *TV Azteca* hätten eine Schmähkampagne gegen López Obrador geführt, die ihn als Gegner demokratischer Institutionen und von Frieden und Ordnung hinstellten, so Ávalos Tenorio (vgl. 2009: 5f). Bei den Wahlen musste die PRD dann große Einbußen hinnehmen und kam nur auf 12,2% der Stimmen. Auch die Regierungspartei PAN verlor Stimmen und kam auf 28%. Die große Siegerin der Wahlen war die PRI, die es auf 37% Stimmenanteil brachte. Zu diesem Zeitpunkt war sie schon die Koalition mit der Grünen Partei eingegangen und verfügte so über die absolute Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus. Es wurden auch einige wichtige Bundesstaaten und vormalige PAN-Hochburgen wie San Luis Potosí oder Querétaro und wichtige Städte wie Guadalajara, Morelos und Cuernavaca zurückgewonnen. Der bedeutsamste Sieg war jedoch die Bestätigung der PRI im bevölkerungsreichsten Bundesstaat *Estado de México* unter dem damaligen Gouverneur und jetzigen Präsidenten Enrique Peña Nieto, der es Peña Nieto erlaubte, sich als aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2012 zu positionieren (vgl. Pimmer 2010).

Die mexikanische Politikwissenschaftlerin Denise Dresser hält als Resümee über die Regierung Calderón fest, dass es dieser zwar gelungen sei, inmitten der Wirtschaftskrise mehr oder weniger makroökonomische Stabilität und ein geringes, jedoch stabiles Wirtschaftswachstum zu wahren, dass ihn die unzähligen Toten und Vermissten während seiner Amtszeit²⁵ im Zuge des von ihm ausgerufenen *Kriegs gegen den Drogenhandel* jedoch als „el Presidente del sexenio más violento desde tiempos revolucionarios“ in die Geschichte eingehen lassen werden (Dresser 2012). Weiters seien die nach wie vor verbreitete Straflosigkeit und Korruption sowie die Konzentration am Medienmarkt als Negativpunkte festzuhalten (ebd.). José Luis de la Cruz, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität Monterrey, lastet Calderón das Abrutschen unter die Armutsgrenze von 15 Millionen MexikanerInnen an (vgl. Terra 2012).

Wie bei den Kongresswahlen 2009 ersichtlich wurde, zeichnete sich der Weg der alten Staatspartei zurück an die Macht bereits im Vorfeld ab. Laut einer Umfrage des *Latinobarómetro* gaben 2010 61% der befragten MexikanerInnen an, dass es ihnen nichts ausmachen würde, in einem autoritären Regime zu leben, wenn damit die ökonomischen Probleme des Landes gelöst werden würden. Es kann angenommen werden, dass diese Haltung eine Rückkehr der alten Staatspartei PRI begünstigte (vgl. Pimmer 2010). Nach einem anfangs ruhigen, in den letzten zwei Monaten

²⁵ mehr Informationen dazu im nächsten Abschnitt (3.2.2).

jedoch turbulent gewordenen Wahlkampf²⁶, wurde Enrique Peña Nieto am 1. Juli 2012 dann zum Präsidenten Mexikos gewählt. Der mexikanische Politikwissenschaftler John Ackerman nennt Peña Nieto „much more dangerous than Hugo Chavez ever was“, was Friede und Rechtsstaat in den *Americas* betrifft. Nur, dass Peña Nieto pro-USA eingestellt sei und Hugo Chavez das nicht gewesen sei, mache den Unterschied, so Ackerman (vgl. TheRealNews 2013). Was die Präsidentschaft Peña Nietos bringen wird, darüber lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt (Juli 2013) noch kaum eine Aussage treffen. Im Vergleich zu seinem Vorgänger Calderón, der seinen Amtseid in Militäruniform ablegte, tritt Peña Nieto nicht so demonstrativ militärisch auf. Jedoch spricht er schon davon, den Staat „wieder zu stärken“ (vgl. TheRealNews 2013). Vor dem Hintergrund der repressiven Vergangenheit der PRI und Peña Nietos selbst darf angenommen werden, dass der Kurs nicht gerade in Richtung demokratischer Öffnung zeigt.

Bezüglich des organisierten Verbrechens ließ die Regierung Peña Nieto im Frühling 2013 mit positiven Zahlen aufhorchen: in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 seien 918 Tote weniger zu beklagen gewesen als im Vergleichszeitraum 2012 (vgl. gemeinsame Publikation der Generalstaatsanwaltschaft, des Marine-Ministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums Mexikos²⁷). Diese Zahlen sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. Da es oft sehr schwer nachvollziehbar ist, wann ein Opfer dem organisierten Verbrechen zugerechnet wird, stoppte die Calderón-Regierung diese Aufzeichnungen. Dass sie von der Regierung Peña Nieto wieder aufgenommen wurden, dürfte politische Gründe haben.

Abschließend kann zum Regierungswechsel im Jahr 2000 und den nachfolgenden Jahren an dieser Stelle festgehalten werden, dass der als endgültige Durchsetzung der Demokratie in Mexiko gefeierte politische Wandel (*el cambio*) nicht hielt, was sich die Menschen anfänglich von ihm erhofften. Die Transformationen auf institutioneller Ebene – die Öffnung des Wahlverfahrens, die Einführung des Parteienpluralismus und der Abbau korporativer staatlicher Strukturen – wurden als Indiz für Demokratisierung angesehen. Es können allerdings Kontinuitäten des alten Herrschaftssystems über den *cambio* hinaus festgestellt werden:

- Die Präsenz der alten Staatspartei in weiten Teilen des Landes, nachdem in vielen Bundesstaaten weiterhin PRI-Gouverneure an der Macht waren (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 4).
- Die autoritäre Vorgehensweise gegenüber oppositionellen und sozialen Bewegungen sowie Menschenrechtsverletzungen durch die Staatsgewalt: gegen Ende der Amtszeit Vicente Fox' begannen sich zunehmend autoritäre Tendenzen und eine fortschreitende Militarisierung des mexikanischen Staates abzuzeichnen (vgl. Pimmer 2010). Die Repressionen

²⁶ woran die Bewegung #Yo Soy 132 maßgeblich beteiligt war, siehe Abschnitt 4.3 dieser Arbeit.

²⁷ siehe <http://de.scribd.com/doc/135202713/Final-10042013> (Zugriff: 02.05.2013).

gegen die EinwohnerInnen von San Salvador Atenco im Bundesstaat *Estado de México* 2006, als diese gegen den Bau eines internationalen Flughafens protestierten, sind ein Beispiel dafür²⁸. Für Ávalos Tenorio ein „klares Zeugnis für die Auflösung der politischen Autorität und ihrer Wandlung zum schlicht autoritären Kommando“ (2009: 5).

- Das Festhalten am neoliberalen Wirtschaftskurs.

Dass das formelle Ende der PRI-Herrschaft im Jahr 2000 also keinen „Bruch“ oder gar die „Ankunft der Demokratie“ darstellte, darin sind sich viele AutorInnen einig (vgl. Pimmer 2010, Ávalos Tenorio 2009, Boris 2002). Es kann viel mehr davon ausgegangen werden, „dass mehrere Elemente eher auf die Fortsetzung des vorherigen Herrschaftsprojektes hindeuten denn auf eine wirkliche Veränderung“ (Pimmer 2010: 16).

3.2.2 Organisierte Kriminalität und der *Krieg gegen den Drogenhandel*

Um die aktuelle Situation in Mexiko besser zu verstehen, soll im Folgenden kurz auf den sogenannten „Drogenkrieg“ und den Anstieg der organisierten Kriminalität, v.a. während der Amtszeit Felipe Calderóns (2006-2012), eingegangen werden.

Mit dem Ausdruck „organisierte Kriminalität“ sind Drogen-, Menschen-, Organ- und Waffenhandel, Erpressung, Entführung, Piraterie, Internetbetrug und Schmuggel gemeint. Der Begriff „Drogenmafia“ führe in die Irre, da Drogen längst nur mehr ein Teil der Waren seien, mit denen Kartelle ihr Geld verdienen. Nur rund die Hälfte der Einnahmen käme direkt aus dem Handel mit Drogen (vgl. Interview mit dem internationalen Sicherheitsexperten Edgardo Buscaglia in Huffs Schmid 2012: 14). Außerdem agierten Kartelle eher als transnationale Unternehmen denn als regional-familiär verwurzelte MafiACLans. Die organisierte Kriminalität mache an Landesgrenzen nicht halt und agiere laut Buscaglia in 52 Ländern. Ihr Vermögen stecke in karibischen Touristenhotels und bulgarischen Immobilien genauso wie in deutschen Einkaufszentren (Huffs Schmid 2012: 14).

Den Nährboden für organisierte Kriminalität bilden soziale Ungleichheit, Armut, fehlende soziale Absicherung, fehlender Zugang zu Bildung und Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Perspektivenlosigkeit der jungen Generation. Rund 45% der Jugendlichen Mexikos zwischen 15 und 19 Jahren gehen weder in eine Schule noch in eine Arbeit – ein Umstand, der den Einstieg in die (organisierte) Kriminalität durchaus begünstigt (vgl. Álvarez nach Gandarilla et al. 2012: 131). Kleinbauern, die ihre Lebensgrundlage verloren haben, seit durch den Freihandelsvertrag mit den USA und Kanada hoch subventionierte landwirtschaftliche Ware ins Land kommt, bilden Reserve-

²⁸ siehe Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

armeen, aus denen die organisierte Kriminalität ihre Zuarbeiter rekrutiert – wer nicht in die USA migriert, hat in manchen Regionen kaum eine andere Alternative, als sich in die illegalen Strukturen zu integrieren (vgl. Huffschnid 2012: 9). Was der organisierten Kriminalität weiters in die Hände spielt, sind korrupte Beamte und schwache Institutionen, paradoxerweise jedoch auch rechtsstaatliche Verhältnisse: illegal erwirtschaftetes Geld muss in legalen Unternehmen gewaschen werden, um wieder in den legalen Kreislauf integriert werden zu können. Kriminelle Organisationen streben daher nach Rechtsstaaten, denn dort ist ihr Eigentum sicher (vgl. Buscaglia zit. nach Huffschnid 2012: 28f).

Der Begriff „Drogenkrieg“ hat sich in der deutschsprachigen Medienberichterstattung durchgesetzt, obwohl es im Spanischen eigentlich *guerra contra el narcotráfico* heißt, also Krieg *gegen* den Drogenhandel – was in erster Linie auch gemeint ist, auch, wenn Drogenkartelle mitunter gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. Dieser *guerra contra el narcotráfico* wurde von Präsident Calderón 2006, zu Beginn seiner Amtszeit, proklamiert. Die damit verbundene Militarisierung weiter Landesteile scheint den enormen Anstieg an Gewalt und Kriminalität vor allem seit 2007 jedoch nicht aufgehalten zu haben, sondern sei vielmehr als eine der Ursachen zu betrachten. Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates haben unter Calderón drastisch zugenommen (vgl. Gandarilla et al. 2012). Die Armee wurde ohne große strategische Überlegungen in einen Kampf geschickt, für den sie nicht ausgebildet war (vgl. Àvalos Tenorio 2009: 2; Huffschnid 2011). Es gibt auch AutorInnen, die behaupten, der „Drogenkrieg“ werde als offizielle Legitimierung für die voranschreitende Militarisierung des Staates herangezogen (vgl. z.B. Pimmer 2010, Huffschnid 2011). Die Opferzahlen, die dem offiziellen *Krieg gegen den Drogenhandel* unter der Präsidentschaft Calderóns zugerechnet werden, schwanken zwischen 50.000 (Gandarilla et al. 2012) und 100.000, es finden sich auch Angaben von bis zu 150.000 Toten (vgl. Informador). Rund 28.000 Tote seien aber nicht identifiziert worden²⁹. Menschenrechtsgruppen gehen von mindestens 10.000 Verschleppungen aus, um die 120.000 Personen sollen in den letzten Jahren auf der Flucht vor der Gewalt ihre Heimat verlassen haben. Konkrete Zahlenangaben sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da die meisten Fälle aufgrund von Straflosigkeit und Korruption nicht registriert werden. Offizielle Statistiken sind oft interessensgeleitet (vgl. Huffschnid 2012: 10).

Angesichts der engen Verflochtenheit von Gesellschaft und organisierter Kriminalität in Mexiko – die sich z.B. durch Investitionen der Kartelle für die Verbesserung der Lebensumstände marginalisierter Bevölkerungsgruppen äußert – bezeichnet Edgardo Buscaglia die Kriegserklärung des mexikanischen Staates an das organisierte Verbrechen als eine Kampfansage des Staates an die eige-

²⁹ im Februar 2013 wurde vom mexikanischen Innenministerium die Zahl von 26.121 Vermisste bestätigt, siehe <http://mexico.cnn.com/nacional/2013/02/26/26121-personas-desaparecidas-en-el-gobierno-de-calderon-reporta-segob> (Zugriff: 02.05.2013).

ne Gesellschaft. Er spricht vom „Paradox der Repression“: wer immer mehr Soldaten und Polizisten einsetze, gleichzeitig aber nicht die Vermögen der Kartelle beschlagnahme, werde immer mehr Soldaten und Polizisten einsetzen müssen – denn auch die Kriminellen würden mehr Geld investieren, um besser zu bestechen und sich besser verteidigen zu können (vgl. Huffs Schmid 2012: 17). Angesichts dieses Resümees scheint es absurd, dass die mexikanische Strategie der Militarisierung dennoch ein Vorbild für die Drogenbekämpfung in Nachbarländern wie etwa Guatemala dienen soll (vgl. Huffs Schmid 2012: 10).

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Begebenheit schildern, die ich im Bezug auf die aktuelle Situation der Gewalt in Mexiko für sehr aussagekräftig halte: am 14. Juni 2013 fand im Zuge der Wiener Festwochen eine Theateraufführung statt, die die Gewalt in Mexiko thematisierte. Die Vorstellung war begleitet von einer kleinen Ausstellung im Foyer des Theaters, bei der die „Narco-Kultur“ (siehe Glossar) Mexikos eng verknüpft mit folkloristischen Elementen in Szene gesetzt war. Beim anschließenden ExpertInnengespräch brachten die zwei anwesenden Menschenrechtsaktivistinnen aus Mexiko klar zum Ausdruck, dass ebendiese Darstellung eine Bestätigung dafür sei, dass die mexikanische Regierung mit ihrem Diskurs des „Anti-Drogenkriegs“ und der Darstellung der eskalierenden Gewalt als Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Drogenkartellen offenbar erfolgreich gewesen sei. „Die ganze Welt glaubt, in Mexiko sei ein Krieg zwischen Kartellen in Gang. Das stimmt auch – der Hauptschuldige jedoch ist der mexikanische Staat selbst. Kein Mensch spricht über die permanenten Menschenrechtsverletzungen, die das mexikanische Heer tagtäglich an seinen eigenen BürgerInnen begeht“, so eine der AktivistInnen. Die Darstellung der Situation in der Veranstaltungsankündigung entspricht der kritisierten Ausstellung – auch dort ist von einem „Krieg der mexikanischen Drogenkartelle“ die Rede.³⁰

Wie es überhaupt zu der in den letzten Jahren in Mexiko stattgefundenen Eskalation der Gewalt kommen konnte, bringt Buscaglia auch in Zusammenhang mit dem politischen Transitionsprozess der letzten 20 Jahre und mit dem vorherrschenden Niveau an Korruption: das System der Kontrolle des PRI-Apparats habe sich aufzulösen begonnen, der Einfluss des Präsidenten habe abgenommen. War es zu Zeiten des PRI-Regimes der Staat, der den Kartellen die Schmuggelrouten vorschrieb, so läge es nun an den Kriminellen selbst, die verschiedenen Institutionen für sich in Beschlag zu nehmen. Die Gruppen der organisierten Kriminalität begannen, miteinander um Schmuggelrouten, illegale Märkte, aber auch um die Kontrolle staatlicher Organe zu konkurrieren, frei nach der Logik: „Will ich meine Geschäfte in der Region XY gegen andere Kartelle schützen, muss ich das dortige Bürgermeisteramt kontrollieren. Ich muss es also erbeuten“ (Buscaglia zit.

³⁰ siehe Veranstaltungsankündigung von „Die Ballade von El Muerto“: <http://www.hundsturm.org/im-juni-die-ballade-von-el-muerto-ua/> (Zugriff: 15.06.2013).

nach Huffschnid 2012: 15f). Ähnliche Erklärungsversuche für die drastische Zunahme der Gewalt findet man auch bei anderen AutorInnen: die Abnahme der Effizienz des alten Staatssystems hätte den Aufstieg illegaler Machenschaften erlaubt (vgl. Hernández Chávez 2012: 16). Es ist allerdings auch ein viel zitiertes Faktum, dass die mexikanischen Eliten immer schon eng mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung standen: während der PRI-Herrschaft war von einer „Pax Mafiosa“ die Rede (Hernández Chávez 2012: 22, vgl. auch Ávalos Tenorio 2009, Aviña Zepeda 2009, Huffschnid 2012: 7ff). Besonders drastische Ausmaße nahmen die Verbindungen hoher Autoritäten zum Drogenhandel sowie Korruption unter der Regierung Salinas (1988-1994) an (vgl. Silbermayr 2013: 21ff).

Als mögliche Auswege aus der Situation der eskalierten Gewalt nennt der bereits mehrfach zitierte Sicherheitsexperte Edgardo Buscaglia (zit. nach Huffschnid 2012: 18f) die Maßnahmen der UN-Konvention von Palermo³¹, die von Mexiko 2003 ratifiziert wurde:

- Prävention in Form von Bildung, Schaffung legaler Arbeitsplätze, v.a. für Jugendliche;
- Zerschlagung der finanziellen Basis der kriminellen Organisationen, gemeint sei damit die Beschlagnahmung des Vermögens der Kartelle, das in 77% der Wirtschaftssektoren des Landes stecke sowie auf 52 Länder verteilt sei – dabei gehe es hier nicht um Banken, in denen Geld gelagert wird, sondern um Investitionen in die formale Wirtschaft: in Ländereien, Fabriken, Bauunternehmen, touristische Projekte, Immobilien, Agrarbetriebe, Bergbau;
- Justizreform: Stärkung des Rechtsstaats, Einhaltung der Menschenrechte, adäquate Ausbildung für mexikanische RichterInnen;
- Korruptionsbekämpfung: begonnen bei den höchsten politischen Ämtern, Transparenz bzgl. Vermögen von Politiker(familien) sowie bzgl. geschäftlicher Beziehungen der Abgeordneten und des Regierungskabinetts der letzten 15 Jahre;

Laut Buscaglia sei die „Schmerzgrenze“ in Mexiko noch nicht erreicht – die Hauptleidtragenden der Gewalt in Mexiko sei derzeit die Mittel- und Unterschichtbevölkerung, die Unternehmer- und Politikerklasse wurde bisher weitgehend verschont (Huffschnid 2012: 23).

Was den Drogenhandel konkret betrifft, fordern ExpertInnen³², das „Drogenproblem Mexikos“ verstärkt als Gesundheits- denn als Sicherheitsproblem zu sehen, was eine integrale Strategie, die gesundheitsfördernde, soziale und kulturelle Aspekte inkludiert, erforderlich machen würde. Einer

³¹ Konvention der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, siehe: <http://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CTOC/countrylist.html> (Zugriff: 01.05.2013).

³² z.B. VertreterInnen der mexikanischen Menschenrechtsorganisationen *Centro Prodh* und *Tlachinollan* bei einer Veranstaltung zum Thema in Wien am 14.06.2013.

Präventionsstrategie, die den Drogenkonsum reduziert und auf wirtschaftlicher Ebene die Finanzkreisläufe unterbricht, die das organisierte Verbrechen per Geldwäsche mit der formellen Wirtschaft verbinden, sieht auch Àvalos Tenorio (2009: 2) als mögliche Auswegsstrategien.

3.2.3 Die Rolle der Medien

“(...) una subdimensión [de la democracia, Anm. MJ] muy importante es el tema de la existencia o no de medios de comunicación independientes, o sea que los ciudadanos puedan tener acceso a varias fuentes de información, el caso de México es uno de menos puntuación en América Latina, por acá es muy fuerte el duopolio³³ (...) y casi te diré que es uno de los más fuertes del mundo (...) este tema de las fuentes de información es clave (...) y a veces nos olvidamos de eso (...) México está muy al borde del abismo (...) entre pasar a ser esa franja de los regímenes híbridos. Tiene problemas en estado de derecho y tiene muy fuertes problemas en sistemas de información” (Interview Nr. 1).

Angesichts dessen, dass eine funktionierende Medienlandschaft zu den Grundvoraussetzungen jeder Demokratiedefinition zählt, ist auch und besonders in Mexiko das Thema Demokratie ohne Medien nicht erklärbar. Wie in anderen Ländern muss auch in Mexiko unterschieden werden zwischen „öffentlich, privat oder kommunitär betriebenen Sendern und Verlagen, zwischen Bildschirmen, Radioapparaten und Druckerzeugnissen, deren Botschaften unter sehr unterschiedlichen Bedingungen produziert werden und die auf verschiedene Weise zu ihren ZuschauerInnen, HörerInnen und LeserInnen geraten“ (Huffs Schmid 2004: 541).

Das Medium Nummer Eins in Mexiko ist das Fernsehen, wobei eine starke Konzentration vorherrscht, nachdem der Markt von zwei privaten Kanälen – *Televisa* und *Televisión Azteca* – dominiert wird. Vier Fünftel der insgesamt rund 460 kommerziellen Frequenzen teilen die beiden Konzerne unter sich auf: *Televisa* (an die 50%, seit Beginn der 1950er-Jahre) und *Televisión Azteca* (30%, seit 1993) (vgl. Huffs Schmid 2004: 542). Neben den zwei mächtigen Sendern haben staatlich subventionierte Kultursender wie z.B. *Kanal 11* und *Kanal 22* kaum eine Chance, Marktanteile zu erzielen. Etwas stärker diversifiziert ist der Hörfunk, aber auch hier beherrscht der Azcárraga-Clan – *Televisa* – fast 50% des Radiomarktes (ebd.: 546). Eine Studie aus den 1990er-Jahren verzeichnet ein TV-Gerät pro Vierpersonenhaushalt, das durchschnittlich siebeneinhalb Stunden pro Tag läuft (vgl. Villamil nach Huffs Schmid 2004: 541f). Derselben Studie zu Folge nimmt selbst in der Hauptstadt nur ein Drittel der BewohnerInnen regelmäßig ein Printmedium zur Hand. Selbst die großen und bekannten Tageszeitungen wie *La Jornada* oder *Reforma* dürften die 100.000er Marke Tagesauflage nicht überschreiten (ebd.: 552).

Televisa wurde in den frühen 1950er-Jahren von den Brüdern Emilio und Raúl Azcárraga gegründet und ist eines der mächtigsten Medienimperien der Welt. Der Konzern produziert *Telenovelas*,

³³ mit *duopolio* sind die beiden wichtigsten Medienkonzerne des Landes, *Televisa* und *TV Azteca*, gemeint.

die die ganze spanischsprachige Welt erreichen, außerdem auch Videos, Billigkino, Musik und Kabelfernsehen. Darüber hinaus betätigt er sich als Veranstalter im transnationalen Sport- und Showgeschäft und betreibt in Mexiko insgesamt vier landesweite Kanäle mit über 300 Sendestationen. *Televisa* verfügt über einen Jahresumsatz von 1,7 Milliarden US-Dollar und bekommt rund drei Viertel der in Mexiko getätigten Werbeausgaben (vgl. Huffs Schmid 2004: 542). *TV Azteca* ist mit 180 Sendestationen der kleinere der beiden Sender. Der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Konzernen führt eher zu Homogenisierung denn zu einer Diversifizierung des Angebots. Höchste Einschaltquoten erreichen neben den *Telenovelas* v.a. exhibitionistisch angelegte Talkshows und Reality-Serien wie *El Hermano Mayor* (*Televisa*) oder *La Academia* (*TV Azteca*, vergleichbar mit *Deutschland sucht den Superstar*). Betroffenenfernsehen und frei improvisierte Plauderrunden über Prominentenklatsch a la *Ventaneando* (*ventanear* bedeutet so viel wie entlarven oder vorführen) und sensationslüsternes Infotainment sorgen ebenso für hohe Quoten (z.B. die Nachrichtensendungen *Hechos* oder *nota roja*) (vgl. ebd. 543ff).

Das Verhältnis Politik und Medien in Mexiko war lange von Vertraulichkeit und Drohung, Selbstzensur und vorseilendem Gehorsam der JournalistInnen gegenüber dem Regime geprägt (vgl. Huffs Schmid 2004: 555f). Der 1997 verstorbene *Televisa*-Gründer Emilio Azcárraga alias *El Tigre*, der gemeinsam mit seinem Bruder Raúl in den 1940er-Jahren die Grundsteine des *Televisa*-Imperiums legte, wird als PRI-Parteisoldat bezeichnet. Die darauffolgenden Jahrzehnte waren von einer wechselseitig funktionalen Beziehung mit dem PRI-Establishment geprägt. Nach der „Wende“ im Jahr 2000 folgte eine „*Televisa*-Perestroika“, welche eine Aufkündigung dieser eindeutigen Loyalität zufolge hatte (vgl. Huffs Schmid 2004: 546). Mit Präsident Fox begann im Jahr 2000 auch eine neue Ära, was die Beziehung des Staatsoberhauptes zu den Medien betrifft: noch nie zuvor sei ein Staatspräsident ob seiner Fauxpas und Bildungslücken derart von den Medien angegriffen worden, noch nie zuvor hätte ein Staatsoberhaupt aber auch derart deutlich wie Fox seinen Unmut über die Medien, die „verzerren, verleumden, betrügen und lügen“, geäußert. Fox hatte offenbar den direkten Draht zur Medien-Elite nicht mehr in der Weise wie seine Vorgänger (vgl. Huffs Schmid 2004: 539f). Nicht zu leugnen ist allerdings, dass der derzeit amtierenden Präsident Peña Nieto wieder ein äußerst enges Verhältnis zu den Medienkonzernen pflegt: *Televisa* wird eine bedeutende Rolle am Aufbau seiner Popularität zugeschrieben (vgl. Los Brigadistas-UNAM 2012). Wie mächtig die Medienkonzerne in Mexiko wirklich sind, zeigt sich auch an ihren Verbindungen zur Wirtschaft und zu politischen Parteien (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 8f). Den PolitikerInnen sind heute jene Medien am wichtigsten, die als Werbeträger das eigene Image am massenhaftesten multiplizieren können. Auch die „progressive“ PRD gibt 60-70% ihres Wahlkampfbudgets für TV-Spots aus (vgl. Huffs Schmid 2004: 556).

Heute folgt die politische Berichterstattung im Privatfernsehen keiner parteipolitisch festgelegten Linie mehr, ideologische Filter treten dabei aber umso offener hervor. Das wurde beispielsweise bei der Berichterstattung über den Streik an der *Universidad Nacional Autónoma de México* 1999/2000 deutlich: es fand eine Dämonisierung der Streikenden statt, die in der Rechtfertigung der gewaltsamen Räumung der Universität als „Befreiung“ des Campus von mutmaßlichen Vandalen gipfelte (vgl. Hufschmid 2004: 546). Was soziale Bewegungen im Allgemeinen betrifft, spricht der in Mexiko lebende Journalist und Schriftsteller Carlos Fazio von der Forcierung vorschnellen Urteilens durch die TV-Berichterstattung, und nennt etwa die Medialisierung des zapatistischen Aufstands 1994 als Beispiel. Sie würden *a priori* und ohne Recht auf Verteidigung verurteilen und auf diese Weise Lynchjustiz ausüben. So werden demonstrierende StudentInnen beispielsweise als „Delinquenten“, „Umstürzler“ und „Vandalen“ dargestellt (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 191ff). Mit diesen Taktiken, die bis in die 1970er-Jahre zurückgehen³⁴, unterstützen die Medien auf bedeutende Weise die Repressionen des Staates sowie die Kriminalisierung zivilen Protests (vgl. Tello Chávez 2012).

Die Rolle der Medien in Mexiko kann auch mithilfe des gramscianischen Ansatzes besser verstanden werden: wie in Abschnitt 2.2.2 dieser Arbeit beschrieben, bezeichnete Gramsci die Institutionen des erweiterten Staates, so auch die Medien, als Hegemonieapparate, die der herrschenden Gruppe dabei behilflich sind, an der Macht zu bleiben. Im Falle der Medien geschieht dies vor allem durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die laut Gramsci auf's engste mit der politischen Hegemonie verknüpft ist (vgl. Gefängnisheft 4 nach Candeias 2007: 23). Denkt man an die oben erwähnten Proteste wie die Besetzung der UNAM 1999/2000, aber auch an das Vorgehen des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen in den 1960er- und 1970er-Jahren³⁵, wird die Unterstützung, die der Machtblock durch die Massenmedien erfährt und erfährt, deutlich erkennbar: setzt der mexikanische Staat Aktionen um, die mit wenig Unterstützung der breiten Öffentlichkeit zu rechnen haben oder bei denen gar Widerstand der Bevölkerung zu erwarten ist, sind die Medien mit Verdrehung von Tatsachen und Verzerrungen der Geschehnisse zur Stelle. So wird ein Angriff staatlicher Kräfte auf Indigene zur „Auseinandersetzung zwischen indigenen Gruppen“ oder ein friedlicher Protest von Studierenden zum „vandalischen Akt“. Dies verdeutlicht auch, was Gramsci meinte, wenn er von der Zivilgesellschaft als „Ort des Kampfes um Hegemonie“ sprach (vgl. Candeias 2007: 22, Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11).

Die Macht, die den mexikanischen Medien zugeschrieben wird, veranlasst Fazio von einer Telekratie zu sprechen: das Bild bestimme die Wirklichkeit, was nicht im Fernsehen erscheine, sehe man

³⁴ siehe Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

³⁵ siehe dafür Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

nicht, deshalb existiere es nicht. Er geht sogar so weit, zu behaupten, Fernsehen erfülle im heutigen Mexiko eine entpolitisierende Funktion (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 187ff). Der bereits zitierte mexikanische Journalist und Medienexperte Jenaro Villamil bezeichnet die „Macht zur Unsichtbarmachung“ der TV-Imperien als eine „absolutere Herrschaft, als die PRI sich je hätte erträumen können“. Er geht sogar so weit, zu behaupten, man habe „den Präsidenten abgesetzt, nur um die Macht einem viel mächtigeren Herren zu übergeben: den Medienkonzernen“ (zit. nach Huffs Schmid 2004: 556). Hier kann man mit Anne Huffs Schmid sprechen, dass es für eine Demokratie äußerst problematisch ist, wenn die demokratisch legitimierten Machthaber zunehmend von – durch nichts als ihre Wirtschaftskraft legitimierten – Medienmächten abhängen (vgl. ebd.: 540f).

3.2.4 Die neoliberale Enttäuschung?

Nach über 30 Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik kann in Mexiko ein ernüchterndes Resümee gezogen werden: bis heute ist es nicht gelungen, ein konstantes Wirtschaftswachstum herzustellen, die Lebensbedingungen des Großteils der MexikanerInnen wurden nicht verbessert und die neoliberalen Versprechungen von Fortschritt und Freiheit erfüllten sich nur für einige wenige (vgl. Hernández Chávez 2012: 19f, Gandarilla et al. 2012: 137). Betrachtet man das Wirtschaftswachstum der Periode der importsubstituierenden Industrialisierung (1934-1982), welches durchschnittlich 3,2% pro Kopf betrug, und jenes während der Zeit des neoliberalen Wirtschaftsmodells (1983-2009) mit durchschnittlich 0,5% pro Kopf, sei ein Scheitern des neoliberalen Modells offensichtlich (Gandarilla et al. 2012: 142). Der Anteil der Bevölkerung, der als arm bezeichnet wird, nahm zwischen 1960 und 1980 um 35% ab, d.h. von 60% auf 25%. Zwischen 1984 und 2006 gelang allerdings nur eine Reduktion von 25% auf 22%. Auch der Gini-Koeffizient, der Auskunft über die Einkommensverteilung einer Gesellschaft gibt, sagt aus, dass sich in Sachen Umverteilung nichts zum Besseren gewendet habe: in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends waren die Einkommen annähernd ungleich verteilt wie 15 Jahre zuvor (vgl. Hernández Chávez 2012: 21).

Die wirtschaftlichen Transformationsprozesse seit den 1980er-Jahren führten zu arbeitsrechtlichen Verschlechterungen: der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Maquiladora-Fabriken fiel von 22,1% im Jahr 1992 auf unter 10% im Jahr 2008 (vgl. Gandarilla et al. 2012: 141). Laut Angaben von Gandarilla et al. besaßen 2012 fast 50% der LohnempfängerInnen keinen schriftlichen Arbeitsvertrag und 45% derselben ist der Zugang zu den Leistungen des Sozialversicherungssystems verwehrt (vgl. ebd.). Wer vom neoliberalen Modell hauptsächlich profitiert, sind die Großunternehmer: die 500 größten Unternehmen Mexikos verzeichneten im Jahr 2009 trotz weltweiter Rezession einen Gewinnzuwachs von 111% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. ebd.: 143).

Die Großunternehmer optieren daher auch für eine Beibehaltung und Ausweitung des neoliberalen Modells (vgl. Kastner 2006: 14).

Der neoliberale Wirtschaftskurs hat auch politische Auswirkungen: er beinhaltet die Auflösung der korporativen Verflechtungen von Staat und den traditionellen Stützen des Staates in der Bevölkerung (Bauern und Bäuerinnen, Mittel- und KleinunternehmerInnen, ArbeiterInnen), um den Interessen der „neuen“ Verbündeten, Großunternehmern und Finanzkapital, entgegenzukommen (vgl. Schütze 2005: 32). Laut Stefan Pimmer befindet sich das neoliberale Herrschaftsprojekt in Mexiko in einer „organischen Krise“, was eine Krise des Staates „in seiner Gesamtheit“ meint (Gramsci zit. nach Pimmer 2010: 29f).

Angesichts dessen, dass die neoliberale Logik in den verschiedensten Sphären des öffentlichen Lebens sehr dominant ist, darf es nicht verwundern, dass auch die Medienlandschaft Mexikos von ihr geprägt ist. Information werde als Ware behandelt, die den Regeln des Marktes unterliege und deren Wert sich nach Angebot und Nachfrage richte, so Carlos Fazio. Seiner Meinung nach gehören die Medien zu den Hauptträgern dieser „neuen Religion des einzigen Denkens (...), das die Vermassung und Uniformierung des Bewusstseins zum Ziel hat“ (Rajchenberg/Fazio 2001: 191).

Wie aus den kurzen Ausführungen ersichtlich, hat das neoliberale Projekt seine Versprechungen an die mexikanische Gesellschaft in keiner Weise eingelöst. Verschiedene soziale Bewegungen – so auch die studentische Bewegung des Jahres 2012 *#Yo Soy 132* – kritisieren das neoliberale Wirtschaftsmodell ganz grundsätzlich, doch es scheint, als würde diese Kritik verhallen. Es bleibt fraglich, ob die gesellschaftlichen Konsequenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf längere Sicht als natürlich und unabwendbar akzeptiert werden, oder ob es zum Verfall neoliberaler Hegemonie kommt, den einige AutorInnen voraussagen (vgl. z.B. Hirsch 2006, Candeias 2007, Pimmer 2010, Gandarilla et al. 2012).

3.3 Zur demokratischen Konsolidierung Mexikos

„En México a penas le está entrando como la espinita de saber qué es democracia, entonces (...) no es como ‘ui SI, es el lugar número uno en democracia donde el estado de derecho impera’, no, simplemente (...) diría que es un país, es como un niño que a penas esta aprendiendo a caminar, la democracia en México a penas va a empezar a echarse a andar, o sea, a penas es un experimento, y todos están probando a ver a qué les sabe y si les gusta lo van a hacer necesario para ellos“ (Interview Nr. 4).

Diesen Vergleich einer Interviewpartnerin aus Tijuana der mexikanischen Demokratie mit einem Kind, das gerade gehen lernt, möchte ich an den Anfang dieses Kapitels über den Status Quo der Demokratie in Mexiko stellen.

Vielen MexikanerInnen fällt es schwer, an einen demokratischen Staat zu glauben. Abgesehen davon, dass Mexiko kaum auf eine demokratische politische Kultur zurückgreifen kann (vgl. Boris 2002: 13f), trugen auch der Legitimitätsverlust von PolitikerInnen und Parteien seit den 1980er-Jahren, Wahlfälschungen oder zumindest -ungereimtheiten (1988, 2006), das hohe Ausmaß an Korruption auf allen politischen Ebenen sowie Gewalt staatlicher Organe gegenüber der mexikanischen Bevölkerung zum Vertrauensverlust und zur mangelnden Glaubwürdigkeit des mexikanischen politischen Systems bei (vgl. Ávalos Tenorio 2009: 5; Gandarilla et al. 2012: 132). Wenn auch seit Ende der 1980er-Jahre die Möglichkeiten formeller politischer Teilhabe ausgebaut wurden, wird die effektive Umsetzung jedoch durch korruptierte staatliche Institutionen sowie den (Wieder-)Ausbau autoritärer Strukturen systematisch verhindert (ebd.).

Die Transformationsforschung spricht im Falle Mexikos von einer „verzögerten Transition“ (vgl. Merkel 2010: 212). Wann sie begann, sei dadurch, dass die Ablösung des autoritären Regimes unter starker Kontrolle der alten Machtelite passierte, kaum festzulegen (vgl. Merkel et al. 2006: 96). Es werden aber auch die große und von staatlichen Kräften blutig niedergeschlagene Studentenbewegung 1968 (vgl. Whitehead zit. nach Merkel 2010: 214) oder die erste grundlegende Wahlrechtsreform unter Präsident López Portillo im Jahr 1977, die vom Regime als kontrollierbare Inklusion vor allem der Linksdissidenten gedacht war, als Beginn der Transition angegeben (Merkel 2010: 220).

Bezüglich der Frage, wann und ob der mexikanische Transformationsprozess schon beendet wurde, gehen die Lehrmeinungen der Transformations- und LateinamerikaexpertInnen ebenfalls auseinander: Wolfgang Merkel setzt ihr Ende mit der Wahlrechtsreform 1997 an (vgl. 2010: 212). In diesem Punkt widersprechen ihm jedoch andere Wissenschaftler, die davon überzeugt sind, dass der Prozess noch andauert (vgl. z.B. Almeyra 2008, Pimmer 2010, Boris 2002, Ávalos Tenorio 2009). Auf diese Kontroverse soll im folgenden Abschnitt kurz näher eingegangen werden.

Der Politikwissenschaftler an der *Universidad Autónoma de Baja California*, Carlos Moreira, gibt mit seiner Antwort auf die Frage, ob die demokratische Transformation in Mexiko bereits abgeschlossen sei, einen Einblick in die wissenschaftliche Kontroverse um dieses Thema:

„Qué buena pregunta (...). Primero te digo las dos opciones que hay, y yo estoy en duda entre las dos (...) una es, el que son un poco los trabajos de Leonardo Morlino, que sostiene que así como una democracia puede ir hacia adelante, también puede retroceder (...) entonces se puede consolidar o desconsolidar, entonces ante esa pregunta Leonardo diría, México se está desconsolidando, porque los procesos son reversibles. No tiene mucho caso hablar de lo de antes porque supongamos que en el 2000 hubo alternancia pero claramente ahora se está desconsolidando, eso dice Leonardo (...) y la otra posición [es] si se consolidó, no se puede desconsolidar. Si ahora está en riesgo es porque nunca se consolidó, esa sería la respuesta, los dos coinciden en que está en riesgo, en que está en el borde, no. Pero para unos fue y vino y está volviendo hacia atrás y para otros nunca fue, esas serían las dos opciones, que si coinciden que estamos en riesgo“ (Interview Nr. 1).

a) Der demokratische Übergang hat stattgefunden – die mexikanische Demokratie entwickelt sich wieder zurück bzw. weist Defekte auf

Wolfgang Merkel ist unter jene Wissenschaftler einzureihen, die von einer bereits erfolgten demokratischen Transition in Mexiko ausgehen. Er bezeichnet den politischen Transformationsprozess Mexikos im Vergleich zu anderen Staaten Zentralamerikas als „weitaus langwieriger, längerfristig aber als erfolgreicher“ (Merkel 2010: 207).

Gemeinsam mit anderen Politikwissenschaftlern hat er das Konzept von „defekten Demokratien“ ausgearbeitet. Defekte Demokratien sind, laut Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle, „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (Merkel/Puhle nach Merkel 2010). Eine Unterkategorie der defekten Demokratie sei die „illiberale Demokratie“ (ebd.), als welche Mexiko von Merkel eingestuft wird. Diese wird wie folgt definiert:

„Im unvollständigen Verfassungs- und beschädigten Rechtsstaat der illiberalen Demokratie ist die Kontrolle von Exekutive und Legislative durch die dritte Gewalt eingeschränkt. Die Bindewirkung konstitutioneller Normen auf Regierungshandeln und Gesetzgebung ist gering. Die bürgerlichen Freiheits- und Schutzrechte des Individuums sind partiell suspendiert oder noch nicht etabliert. Illiberale Demokratien zeichnen sich durch Beschädigung der Rechtsstaatsdimension aus und betreffen damit den eigentlichen Kern des liberalen Selbstverständnisses, nämlich die gleiche Freiheit aller Individuen“.

Die Wahlen im Jahr 2000 werden in diesem Verständnis als Endpunkt der demokratischen Transition angesehen, so z.B. auch bei den US-amerikanischen Journalisten Julia Preston und Samuel Dillon in ihrem Buch *Opening Mexico. The Making of a Democracy* (2004): „In July 2000 (...), Mexicans took the decisive step toward completing their democratic transition“ (Preston/Dillon 2004: X). Es ist von einer abgeschlossenen, zweiten Revolution die Rede: „Mexico’s second revolution was accomplished so efficiently and peacefully that not many Mexicans, and even fewer outsiders, really grasped the historic dimension of the event“ (ebd.). Auch Merkel lässt keine Zweifel daran, dass die Wahlen am 2. Juli 2000 den Abschluss des mexikanischen Transformationsprozesses bildeten:

„Definitiv abgeschlossen wurde Mexikos Transition am 2. Juli 2000 mit der Wahl Vicente Fox zum Staatspräsidenten (...). Erst nach diesem Machtwechsel ist es möglich geworden, die vom PRI aufgebauten bzw. hinterlassenen Defekte der mexikanischen Demokratie zu beseitigen, die in erster Linie in den Bereichen Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit liegen und Mexiko zu einer illiberalen Demokratie mit teilweise eingeschränkter Regierungsgewalt haben werden lassen. Unsere Analyse zeigt, dass die betreffenden Legate der langjährigen PRI-Herrschaft zählebiger Natur sind und nicht mit einem Schlag zu beseitigen. Denn sie bestehen nicht nur in der Deformation des „politischen Überbaus“, d.h. in der patrimonial-klientelistischen Aneignung des Staates durch Partei (PRI), Interessensgruppen und organisierte Kriminalität, sondern reichen weit in den Funktionsmodus der mexikanischen Gesellschaft hinein“ (Merkel et al. 2006: 97).

b) Der demokratische Übergang hat nicht (vollständig) stattgefunden – Mexiko war noch nie eine Demokratie

„(...) en México la transición a la democracia fue una farsa (...)“ (Gómez Zuppa 2012).

„(...) parece que el tránsito a la democracia está pendiente, que no se agota en la ‘alternancia’“ (Tello Chávez 2012).

„Mexico has never been a democracy. The State leans over citizens’ organizations like a powerful father watching every move; it keeps independent groups from defending their economic and political interests. The State claims to defend those interests and sometimes does so. But the people do not decide about the matters that concern them“ (Hodges/ Gandy 2002: 16).

Wie in diesen Zitaten zum Ausdruck gebracht wird, sind viele WissenschaftlerInnen auch gegenteiliger Meinung und argumentieren, dass Mexiko nicht als demokratisches System bezeichnet werden könne und dies auch noch zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen sei (vgl. z.B. Almeyra 2008, Pimmer 2010, Boris 2002, Ávalos Tenorio 2009).

Die Darstellung des historischen Regierungswechsels im Jahr 2000 als definitiver Beweis für die erfolgreiche Implementierung demokratischer Institutionen sei zu hinterfragen (vgl. Gandarilla et al. 2012: 132). Der „Paradigmenwechsel“, der gemeinhin als friedlicher Transformationsprozess dargestellt und von der Regierung selbst gerne als „demokratische Transition“ angepriesen wird, beziehe sich bei näherer Betrachtung in erster Linie auf den Aufbau demokratischer Institutionen, insbesondere jener des Wahlrechts. Gleichzeitig hätten gewaltsame Unterdrückungen politischer Opposition und sozialer Bewegungen, Repressionen und gezielte Ermordung von Mitgliedern der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) zwischen 1988 und 1994 während der gesamten Zeit der „demokratischen Öffnung“ weiterhin stattgefunden (vgl. Gómez nach Gandarilla et al. 2012: 146). Auch die von den zwei großen Medienkonzernen stark unterstützte Kriminalisierung sozialen Protests, wofür die Bewegung *#Yo Soy 132* nur ein Beispiel ist, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Der mexikanische Intellektuelle Imanol Ordorika warnte 2001 vor dem Rückfall in das repressive Klima der 1970er-Jahre, indem er den Fall der 2001 ermordeten Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa zum Anlass nahm, um über die anhaltende Verwicklung von Sicherheitsorganen in extralegale und kriminelle Unterdrückungsmaßnahmen zu räsonieren und dabei zu dem Schluss kommt, dass es so lange keine Transition gäbe, wie derartige Gewaltanwendung staatliche Politik sei (vgl. Ordorika zit. nach Boris 2002: 17).

Laut einer Studie, die der Politikwissenschaftler Carlos Moreira mit anderen lateinamerikanischen KollegInnen verfasste, sei Mexiko im Mittelfeld lateinamerikanischer Demokratie anzusiedeln, was den Grad der Demokratisierung angehe. Herangezogen wurden die Indikatoren Rechtsstaatlichkeit, Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, interinstitutionelle Transparenz, Teilnahme der Bevölke-

70

rung am politischen Leben, freier Parteienwettbewerb, Antwort des politischen Systems auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit (vgl. Moreira 2013). Die größten Herausforderungen für Mexiko am Weg zu einer funktionsfähigen Demokratie seien demnach in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Gesetzgebung, Korruption und Organe der öffentlichen Sicherheit anzusiedeln (vgl. Interview Nr. 1). An den Defiziten in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und Rechtsstaatlichkeit schließt auch Schütze in ihrer Analyse des Demokratisierungsprozesses an. Diese würden sich „zum einen in der Dominanz der Exekutive über die Judikative und zum anderen in der Rechtspraxis (Korruption, Länge von Prozessen, hoher Anteil von Untersuchungshäftlingen insbesondere indianischer Bevölkerungsgruppen, Qualität des Strafvollzugs etc.)“ ausdrücken (Braig nach Schütze 2005: 31). Den gegenwärtigen Parteienpluralismus auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene, der die zentralisierte Macht des Präsidenten einschränkt und die Entwicklung eines föderalen Staatssystems fördert, vermerkt sie als positiv (ebd.).

Was die vielgepriesene Entwicklung demokratischer Institutionen angeht, seien im ersten Jahrzehnt nach der „Wende“ leider auch sich rückentwickelnde Tendenzen zu verzeichnen: Die Bundeswahlbehörde *Instituto Federal Electoral* (IFE) emanzipierte sich im Zuge der Wahlrechtsreform 1997 von der PRI-Dominanz, schon 2003 wurde sie jedoch durch die Parteien PRI und PAN wieder vereinnahmt (vgl. Gandarilla et al. 2012: 146). Der mexikanische Politikwissenschaftler Gerardo Ávalos Tenorio meint dazu: „(...) die herrschende Allianz der ökonomischen und politischen Kräfte [schloss sich] zusammen und zog es vor, die verfahrensmäßige Sauberkeit demokratischer Institutionen der Sicherung ihrer Macht und ihrer Privilegien zu opfern“ (Ávalos Tenorio 2009: 3). Carlos Moreira sieht auch darin ein Problem, dass Wahl-Ergebnisse von der Opposition nach wie vor selten anerkannt werden und den demokratischen Institutionen kein Vertrauen entgegen gebracht werde:

„(...) tiene que haber elecciones, sin fraude, regulares y competitivas. México, el tema de que no se acepten los resultados, francamente les plantea un problema a la democracia mexicana (...) muy grave, muy obvio (...). Si los que están saliendo en segundo lugar sistemáticamente no aceptan los resultados o hubiera pruebas de que el resultado fuera fraudulento, la situación sería grave, entrar en régimen híbrido (...) entonces esa es una situación difícil“ (Interview Nr. 1).

Auch die undemokratische Praxis des Stimmenkaufs, die ausnahmslos in allen politischen Parteien vertreten sei, stelle ein großes Problem dar (vgl. ebd.). Dass die PolitikerInnen damit das demokratische System unterwandern und ihnen selbst, als VertreterInnen dieses Systems, das Wasser abgraben, sei ihnen jedoch egal, so lange sie den Eindruck hätten, dass ihre Macht gesichert sei:

“(...) hay un concepto que manejamos, estrategias de subversión, es decir, cuando el actor político, el propio actor político democrático desarrolla estrategias de subversión del orden democrático. Entonces el clientelismo, comprar votos y más por parte de los partidos, es el propio actor, que tiene que defender el sistema, el que desarrolla una estrategia subvirtiendo el orden, al mismo sistema, y eso se les va caer encima (...) ahí lo que estamos viendo, es, que no les interesa mientras la elite partidaria logre mantenerse en el sillón

(...) si tiene que comprar los votos los compra y si alguien le dice: esa es una estrategia que está subvirtiendo el orden o las reglas y eso te va a deslegitimar (...) dice no, mientras no me pase nada a mí" (Interview Nr. 1).

Diese Haltung der PolitikerInnen ist genauso als Hinweis auf eine spezifische politischen Kultur zu verstehen, wie die Aussage eines Studenten der *Universidad Autónoma de Baja California (UABC)*, der staatlichen Universität Tijuana, über seine politisch uninteressierten KollegInnen:

"La mayoría de las personas en mi universidad me dicen que no van a votar, no les interesa eso. No les interesan las leyes. De hecho les tienen mucha aversión a los policías y a las leyes, la mayoría de las personas que conozco. Creen que es algo que les frena para ser felices. Y creo que mientras menos haya de eso, política, mejor" (Interview Nr. 3).

Im letzten Satz dieser Aussage – "Umso weniger Politik, umso besser" – wird die negative Konnotation von "Politik", die in der mexikanischen Bevölkerung weit verbreitet ist, ganz klar zum Ausdruck gebracht. Angesichts der schon erwähnten These von Almond und Verba³⁶, wonach die wichtigste Vorbedingung für das Entstehen demokratischer Strukturen die Existenz einer politischen Kultur ist, die von der Partizipation der BürgerInnen geprägt ist (vgl. Schütze 2005: 33), ist die gering ausgeprägte Partizipation der BürgerInnen Mexikos (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 141, Interview Nr. 3) als großes Manko im Demokratisierungsprozess zu sehen. Dass dies jedoch auch vor dem Hintergrund der mangelhaften Erfüllung der Grundbedürfnisse wie Nahrung oder Schulbildung zu analysieren sei, mit der große Teile der mexikanischen Bevölkerung immer noch zu kämpfen haben, merkt ein Student in Muñoz Ramírez Buch über die Bewegung *#Yo Soy 132* kritisch an:

„Es una grosería decir que México es un país democrático desde el momento en que te dicen, tu momento de democracia son los segundos que tienes para tachar un papel y aventarlo en una cajita. Te ponen tres opciones, que siempre son las mismas. Peor aún, ¿cómo puedes pedir una participación libre con millones de personas que no tienen qué comer, que sus escuelas tienen un nivel bajísimo, si es que tienen que salirse a trabajar?" (Julio, zit. nach Muñoz Ramírez 2012: 141).

Auch in den Bereich der politischen Kultur fällt das Thema der Korruption. Es fehle in diesem Bereich noch sehr viel an Bewusstsein, so eine Studentin aus Tijuana, dass Korruption im Kleinen beginne und diesbezüglich jede Bürgerin, jeder Bürger bei sich selbst beginnen müsste, bevor er oder sie das von den PolitikerInnen einfordere:

"Las mismas personas, los mismos civiles fomentamos la corrupción. La fomentamos en el momento que damos dinero a los policías para que no nos pongan una multa, en el momento en el que no respetamos al otro todavía, entonces, creo que estos puntos hacen que, no sé, que la corrupción se siga como reproduciendo, entonces como exiges *algo* si tú no estás dando tampoco, entonces creo que es ésta parte" (Interview Nr. 2).

Warum Mexiko heute nur rein formell als Demokratie zu bezeichnen sei, eine demokratische politische Kultur zur „Unterfütterung“ der Strukturen aber noch kaum vorhanden sei und auch nie zuvor existiert habe, wird in folgendem Interviewausschnitt erklärt:

³⁶ siehe Abschnitt 2.2.1.1 dieser Arbeit.

„En concepto, es democrático. Las leyes y todo, y el gobierno nos dice que es democrático, pero en realidad, en la práctica, no es así. La gente por lo general piensa que democracia es (...) [que] no es la participación de las personas, es ir a votar (...). Pero en realidad, en México todavía hace falta que la gente aprenda a exigir lo que necesita. Yo creo que en todos los ámbitos, hasta en el ámbito individual y personal, la gente no *habla* de sus necesidades, de lo que.. de sus necesidades tanto ambientales, contextuales hasta de sus necesidades emocionales tampoco, son cosas que todavía la gente se guarda todo. Si no puedes expresar ni siquiera lo que sientes cómo vas a expresar que necesitas pavimentación de tu calle [lacht]. (...) para llegar a la real democracia, aquí p.e., decían que la democracia había muerto pero yo creo que la democracia nunca existió. En la historia de México nunca ha existido realmente como una democracia auténtica, aunque eso se buscaba, esa era una de las frases del 132, ‘por una democracia auténtica yo soy 132’, pero una democracia auténtica que iba a ser la primera vez que iba a existir. [...] Entonces, para la democracia nos falta bastante” (Interview Nr. 2).

Es darf angenommen werden, dass viele der nun zitierten Missstände des demokratischen Systems in Mexiko auf einen Fortbestand der autoritären Strukturen des PRI-Regimes zurückzuführen sind (vgl. Ávalos Tenorio 2009, Pimmer 2010).

Angsichts der oben überblickartig dargestellten faktischen Beschränkungen staatsbürgerlicher und demokratischer Rechte, wie sie die BürgerInnen Mexikos heute erleben, darf die Qualität des mexikanischen Demokratisierungsprozesses mit Recht in Frage gestellt werden.

3.3.1 Kritikpunkte an der Transformationsforschung am Beispiel Mexiko

Nach einem Einblick in das mexikanische politische System im Laufe der letzten Jahrzehnte mit besonderem Fokus auf den Prozess der demokratischen Konsolidierung des Landes sollen nun die im Kapitel 2 aufgeworfenen Kritikpunkte an der klassischen Transformationsforschung wieder aufgegriffen und am Beispiel des mexikanischen Systemwechsels beleuchtet werden. Dabei soll – nun am Praxisbeispiel Mexiko – noch einmal verdeutlicht werden, wo die klassische Transformationsforschung zu kurz greift und sie durch die Ansätze der politischen Kultur bzw. des erweiterten Staates sinnvolle Ergänzungen erfahren kann.

a) Die politische Kultur Mexikos als Schlüssel zum Verständnis des Transformationsprozesses

Der Ansatz, dass der Typus des Vorgängerregimes die Art und Dauer des Transformationsprozesses prägt, ist auch der klassischen Transformationsforschung nicht fremd. Je länger sich totalitäre, posttotalitäre, sultanistische oder neopatrimoniale Regime institutionalisieren und die politischen Kulturen der Gesellschaft prägen konnten, umso wahrscheinlicher sind Defekte in der nachfolgenden Demokratie (vgl. Merkel 2010: 39). Je stärker Klientelismus, Patrimonialismus und Korruption die Interaktionsmuster der Eliten mit der Bevölkerung geprägt haben, umso schwerer haben es die neuen „formalen“ Institutionen, Geltungs- und Normierungskraft zu entwickeln, weil die noch existenten informellen Institutionen die Funktionscodes der formalen, demokratisch legiti-

mierten Institutionen zu knacken, zu verformen und zu verdrängen drohen. In wesentlichen Entscheidungsbereichen funktioniert dann die Demokratie entsprechend der nicht legitimierten informellen Institutionen und Regeln, die im Widerspruch zu den tragenden Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates stehen (ebd.: 39f).

Eine Überlagerung der alten und der neuen, im Entstehen begriffenen politischen Kultur Mexikos ist für den gegenwärtigen mexikanischen Demokratisierungsprozess charakteristisch (vgl. José Woldenberg³⁷ zit. nach Boris 2002: 15, Schütze 2005). Eine politische Kultur, die derart eingebürgert ist, wie jene des alten PRI-Regimes, ändert sich nicht von heute auf morgen: klientelistische Beziehungen, v.a. auch auf lokaler Ebene, werden weiterhin gepflegt und konsultiert, um die alltäglichen, existenziellen Bedürfnisse abzusichern, da die Bevölkerung noch kein ausreichendes Vertrauen in die Ordnungsmacht der institutionellen Neuerungen hat. So kann es beispielsweise sein, dass – je nach Situation – auf den „alten“ oder „neuen“ Politikstil zurückgegriffen wird, also dass jemand einerseits klientelistische Beziehungskanäle nutzt, um ein persönliches oder auch gemeinschaftliches Ziel zu erreichen, und andererseits daran beteiligt ist, eben diese herkömmlichen politischen Praxen zu bekämpfen (vgl. Schütze 2005: 277).

Ausdruck dafür, wie sehr zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor autoritäre Tendenzen in der politischen Kultur Mexikos verankert sind, ist der Umgang mit Demonstrationen, z.B. mit den protestierenden StudentInnen der Bewegung *#Yo Soy 132* an der UABC Tijuana. Eine Studentin erzählt:

„Hicimos una convocatoria para que la gente que estaba interesada en UABC se uniera, fuimos a hablar con el vice rector, (...) y cuando nos presentamos y presentamos lo que queríamos hacer, pues obviamente nos dijeron que no, que seguramente tenía fines partidistas, y que a ellos no les interesaba, y que en realidad nosotros no podíamos unirnos para hablar de política, que leyéramos bien los estatutos“ (Interview Nr. 2).

Es kam auch zu Einschüchterungen gegenüber den an der Bewegung beteiligten StudentInnen:

“(…) nosotros ya habíamos repartido flyers, convocábamos a la gente, y entonces nos dijeron ‘Nosotros ya nos enteramos que están repartiendo esto y esto está prohibido porque esto es publicidad’ y no sé qué tanto, no, total que el siguiente día, yo estaba muy nerviosa, no, pues yo sabía que ya tenían mi nombre, (...) Llegó el día en que todos nos íbamos a reunir allí, y sí hubo mucha gente, incluso había *ocho* guardians alrededor de nosotros [lacht], nos estaban grabando, llegó el de seguridad de allí de UABC, llegó el de servicios escolares también, (...). Una vez estábamos haciendo algunas mantas, y también nos mandaron a hablar de nuestra facultad, etc. o sea, sí hubo así muchos acosos, pues nos habían prohibido hasta *mencionar* el 132, incluso habían dicho que no podíamos llevar ni calcamónias que dijeran 132 en la escuela [...] en tu carro, p.e., es tu propiedad privada, o sea, no pueden hacer eso pero bueno, total que nos quisieron asustar de miles de formas“ (Interview Nr. 2).

„Por ejemplo en Administración, cuando hubo una reunión de 4 personas, los mandaron a hablar, pero los trataron de intimidar uno por uno, les hablaron: ‘No se pueden estar reuniendo para hablar del 132’. Uno por uno. Y les contactaron y supieron que ellos eran por Facebook, por las cosas que publicaron por Facebook. Entonces empezábamos a ser muchísimo más cuidadosos con eso, como ellos ya sabían exactamente dónde nos reuníamos, a qué horas y quiénes éramos. Una vez un seguridad nos dijo: ‘Nosotros ya sabemos quiénes son ustedes’ – así como asustándonos, intimidando“ (Interview Nr. 2).

³⁷ Präsident der Bundeswahlbehörde IFE 1997-2003.

Aber die Gruppe traf sich trotzdem weiterhin, sich auf das in der Verfassung verankerte Recht auf Versammlungsfreiheit berufend: "(...) porque en nuestra constitución mexicana dice [que] somos libres de reunirnos, de hablar de política y de lo que nosotros queramos, o sea, encima de los estatutos de UABC está la Constitución, para empezar, no podían hacer nada. Pero bueno, nos querían asustar" (Interview Nr. 2). Das Berufen auf das Recht auf Versammlungsfreiheit zeugt eindeutig schon von einem ausgeprägten demokratischen Bewusstsein.

Sozialen Bewegungen gegenüber war das politische Klima in Mexiko zur Zeit des PRI-Regimes von Unterdrückung und, wenn möglich, Kooptierung geprägt. Sie waren entweder staatlich organisiert – z.B. in Form von Massengewerkschaften – oder wurden vielfach auch gewaltsam unterdrückt. Vor diesem Hintergrund ist es erklärbar, warum es heute in Mexiko für viele PolitikerInnen wie BürgerInnen schwer zu verstehen ist, dass Menschen rein aus Überzeugung auf die Straße gehen, und nicht, weil sie sich einen persönlichen (finanziellen) Vorteil davon erhoffen oder dazu gezwungen wurden, wie es eine Studentin aus Tijuana zum Ausdruck bringt: "A veces es como curioso que los políticos no entienden que puede haber movimientos sociales auténticos, que no estén ni financiados ni patrocinados ni impulsados por nadie" (Interview Nr. 5). Durch den Fall des PRI-Regimes wurden Räume frei, die von den sozialen Bewegungen erst zaghaft erobert werden. Die mexikanische Bevölkerung müsse erst langsam ein kritisches Bewusstsein dafür entwickeln, dass das politische Leben jede/n StaatsbürgerIn etwas angehe. Diesbezüglich sieht Luis Carlos López Ulloa, Historiker an der UABC und Journalist, eine klare Aufgabe für soziale Bewegungen:

„Esto [#Yo Soy 132, Anm. MJ] no hubiera sido posible por ejemplo en el México de los años 60, (...) o de los años del presidente Echeverría en el 70-76, porque el gobierno lo que hizo (...) fue desactivar la movilización social, o sea, decirle a la gente yo me encargo del gobierno y de garantizarte condiciones materiales, bienestar social, económico, equilibrio a las finanzas, etc, etc. una especie de pacto no escrito y la gente fue asumiendo su rol, de que efectivamente yo no tengo porqué intervenir en los asuntos públicos, no, y entonces de repente se termina el régimen y empieza haber estos espacios para que la gente participe, (...) Yo creo que la sociedad mexicana pasó mucho por este proceso de aprendizaje, no, de no sólo como de voltear a ver que hay temas de gobierno, sino a empezar a preguntar y a cuestionar a darte cuenta y juzgar y criticar, a lo mejor proponer alguna alternativa, no. Y yo creo que esa es una parte saludable en la vida del país y que el movimiento del Yo soy 132 de los jóvenes como que vino a darle al menos en la coyuntura de la elección, vino a darle más fuerza" (Interview Nr. 5).

Die politischen Transformationsprozesse der vergangenen Jahrzehnte hätten die politische Kultur Mexikos jedenfalls verändert, dabei sei besonders die Öffnung des Wahlverfahrens hervorzuheben (vgl. Schütze 2005: 267). Aber auch die Rolle sozialer Bewegungen sei in der Veränderung der politischen Kultur Mexikos nicht zu unterschätzen, meint die Ökonomin an der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtung UNAN in Mexiko-Stadt, Ana Esther Ceceña (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 206). Stephanie Schütze kommt in ihrer Feldforschung in Mexiko-Stadt jedenfalls zu dem Schluss, dass der politisch-kulturellen Seite des mexikanischen Demokratisierungsprozesses

ses, also auch den Veränderungen im Denken und Handeln der sozialen AkteurInnen, wenig Beachtung geschenkt wurde (vgl. Schütze 2004: 241).

Versteht man politische Kultur wie bei Thomas Meyer als „die auf das politische Handeln einwirkende Gesamtheit der kollektiven Werte, Orientierungen, Einstellungen, Kommunikationsgewohnheiten und Sinngebungen einer Gesellschaft“ (Meyer 2009: 124), dann wird klar, dass das 71-jährige PRI-Regime bedeutende Spuren in der politischen Kultur des Landes hinterlassen hat. Die korporatistisch-klientelistischen Aushandlungsmechanismen, die den einzelnen Bürger in die Passivität zurückdrängten, die Integration ins System oder Unterdrückung oppositioneller sozialer Bewegungen, die stark verbreitete Korruption, der implizite Pakt zwischen Regierenden und Regierten über den Tausch von politischer Unterordnung gegen Gewährung wirtschaftlicher Sicherheit – all das prägte jahrzehntelang die politische Kultur Mexikos und beeinflusst noch heute die Art und Weise, wie eben von neuen, im Zuge der Demokratisierung installierten Institutionen Gebrauch gemacht wird. Das hier gezeichnete Bild der politischen Kultur Mexikos kann durchaus Erklärungsansätze liefern, warum sich der mexikanische Transformationsprozess schon über Jahrzehnte hinzieht.

b) Der erweiterte mexikanische Staat

Es soll nun auch noch anhand eines zweiten Gesichtspunkts – des erweiterten Staatsverständnisses Antonio Gramscis – ein Blick auf den mexikanischen Transformationsprozess geworfen werden. Gleichzeitig soll das Beispiel Mexiko die Notwendigkeit einer gramscianischen Kritik an der klassischen Transformationsforschung noch zusätzlich verdeutlichen.

Wie oben bereits erläutert, tendiert die klassische Transformationsforschung dazu, Demokratie sehr schmal zu definieren und auch dem Staat nicht sehr viel Spielraum außerhalb der klassischen Definition einzuräumen. Gramscis Ansatz vom erweiterten Staat versucht, auf die komplexen Machtkonstellationen moderner Staatlichkeit einzugehen und kann mit seinen hegemonietheoretischen Überlegungen helfen zu verstehen, warum sich manche gesellschaftlichen Gruppen oder Konzepte an der Macht halten, andere wiederum nicht bzw. warum sich Machtverhältnisse verschieben – was ja in Transformationsprozessen der Fall ist. Schon Gramsci selbst stellte sich im Zuge seiner Aufzeichnungen rund um das Konzept der Hegemonie die Frage, warum sich gewisse Gruppen oder Weltanschauungen an der Macht halten können und andere nicht. So untersuchte er z.B., weshalb es nach der Oktoberrevolution 1917 nicht auch in anderen Teilen Europas zu revolutionären Übernahmen der Macht gekommen war (vgl. Candeias 2007: 18).

Blickt man auf Mexiko, drängt sich die Frage auf, wie sich die PRI 71 Jahre an der Macht halten konnte und warum es nicht zu revolutionären Umstürzen gekommen ist. Interessant vor diesem Hintergrund ist auch, warum die Vormachtstellung der Staatspartei dann doch zu bröckeln begann und der *cambio* im Jahr 2000 möglich wurde.

Ein Grund für die Hegemonie der PRI war zweifellos der Revolutionsmythos, der über Jahrzehnte als identitätsstiftendes Element des Regimes gehegt und gepflegt wurde. Schon der Name der Partei, der auf Deutsch in etwa so viel heißt wie „Partei der institutionalisierten Revolution“, bringt die Intention dieses Mythos zum Ausdruck. Als es sich in den 1940er-Jahren abzeichnete, dass die in Aussicht gestellten revolutionären Versprechen von sozialer Gleichheit, nationaler Einheit, Befreiung der indigenen Bevölkerung, allgemeiner Wohlfahrt und nationaler Souveränität nicht eintreten werden, wurde die Revolution kurzerhand von den Eliten zur „permanenten Revolution“ erklärt und in die Zukunft verlängert.

Ausgehend von Gramscis Staatsverständnis kann auch den „hegemonialen Apparaten“, also den Institutionen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise den Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften oder Massenmedien, eine zentrale Rolle in Bezug auf den Machterhalt des PRI-Systems zugesprochen werden. Die Massenmedien unterstützen auf bedeutende Weise die Repressionen des Staates sowie die Kriminalisierung zivilen Protests (vgl. Tello Chávez 2012). Dies gilt für die Zeit des *schmutzigen Krieges* (1964-82) genauso wie für die Repressionen gegenüber sozialen Bewegungen in jüngerer Vergangenheit. Abgesehen davon, dass sich die PolitikerInnen immer wieder auch der Medien bedienen, um ihre Ziele zu erreichen – man denke nur an die Positionierung Peña Nietos als Präsidentschaftskandidaten mithilfe von *Televisa* – prägen die großen Medienkonzerne auch die Diskurse in der Öffentlichkeit mit. Am Beispiel der Studentenbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre, aber auch am Beispiel des Aufstandes 1999/2000 an der UNAM wird deutlich, dass die Massenmedien ihrer Aufgabe als verlängerter Arm des Staates mehr als vorbildlich nachkommen, indem sie größtenteils friedliche Proteste in ihrer Darstellung derart verdrehen, dass sich in der öffentlichen Meinung das Bild der unrechtmäßig revoltierenden und vandalisierenden StudentInnen verfestigte.

Was die Bildungseinrichtungen betrifft, kann z.B. der Fahneneid, der in allen öffentlichen Schulen Mexikos von SchülerInnen und LehrerInnen nach wie vor einmal pro Woche geleistet wird sowie die Reproduktion des Revolutionsmythos im Geschichtsunterricht als Beitrag zum Machterhalt der Staatspartei verstanden werden. Der Mythos wurde auch mithilfe öffentlich inszenierter Rituale – z.B. den jährlichen Feiern zum mexikanischen Unabhängigkeitstag im September – immer wieder erneuert (vgl. Schütze 2005: 45f). Auch die Massengewerkschaften mit ihren mit der Regierung

eng zusammenarbeitenden *líderes charros*³⁸ spielten eine zentrale Rolle, um die breite Zustimmung zum hegemonialen Projekt der PRI zu pflegen und zu erhalten. Einzelne Bevölkerungsgruppen, wie z.B. die Unternehmerklasse oder die der Befreiungstheologie zugewandten Teile der katholischen Kirche, begannen jedoch ab Mitte der 1970er-Jahre den Kurs der Einheitspartei nicht mehr immer mitzutragen (vgl. Schütze 2005: 49).

Der Revolutionsmythos ist in den 1980er-Jahren endgültig ins Wanken geraten und mit ihm das u.a. auf ihm fußende politische System. Dass angesichts der Zahlungsunfähigkeit 1982 die Herrschenden das Wohlergehen der Beherrschten nicht mehr sicherstellen konnten, trug zum Zerfall dieses Mythos bei. Das Bekenntnis zur einheitsstiftenden Revolution hat dadurch tiefe Risse erhalten und ist in weiterer Folge durch gewaltkritische und feministische Diskurse sowie durch den Indigenen-Aufstand der Zapatisten in Chiapas weiter entzaubert und grundlegend in Frage gestellt worden (vgl. Zimmering 2005, Schütze 2005: 43).

Insgesamt kann geschlussfolgert werden, dass die Institutionen der Zivilgesellschaft des „erweiterten mexikanischen Staates“ einen apolitischen und passiven Idealtyp eines Bürgers propagierten, der seine politischen Rechte abgab, im Gegenzug dafür jedoch Sicherheit und wirtschaftliches Wohlergehen erwarten durfte.

Für die Transformationsforschung heißt das nun, dass für einen tiefgreifenden und dauerhaften Systemwechsel auch die Institutionen der Zivilgesellschaft auf eine authentische Weise miteinbezogen werden müssen, da sie sehr intensiv an der Reproduktion des Herrschaftserhalts beteiligt sind. Die Bildungseinrichtungen, Massenmedien, Interessensvertretungen, Gewerkschaften und Familien sind im Sinne des erweiterten Staates zentral für den Machtgewinn und -erhalt. Diese von Gramsci als Hegemonieapparate bezeichneten Institutionen bzw. deren Forderungen sollten daher vom Herrschaftsprojekt – in diesem Fall von der demokratischen Regierung – nicht kooperiert und mit kleinen Reformen zufriedengestellt, sondern im Sinne eines tatsächlichen Dialogs miteinbezogen werden.

³⁸ vgl. z.B. die langjährige Präsidentin der Lehrergewerkschaft SNTE Elba Esther Gordillo;

4 Der mexikanische Staat und soziale Bewegungen

4.1 Soziale Bewegungen im lateinamerikanischen Kontext

Soziale Bewegungen allgemein zu definieren ist eine Herausforderung, sind sie doch in ihren Ursprüngen, Verlaufsformen und Zielsetzungen sehr verschieden. Laut Joachim Raschke (1988) sind soziale Bewegungen relativ neuartige, moderne Kollektivphänomene, die von dem Glauben getragen werden, dass BürgerInnen durch ihre eigenen Aktivitäten gesellschaftlichen Wandel in Gang setzen können. Laut Raschke würden Bewegungen nicht den Wandel als solchen determinieren, sondern Richtung und Intensität des Wandels vorgeben, sie seien also nicht Ursache, sondern beschleunigender Faktor des Wandels. Als Ursachen sozialer Bewegungen definiert Raschke gesellschaftliche Widersprüche und Unzufriedenheit (vgl. Lauer zit. nach Raschke 1988: 384f). Es sei jedoch ihr primärer Zweck, Gesellschaften strukturell zu verändern – an diesem Parameter könne man auch den Erfolg einer Bewegung ablesen (vgl. ebd.: 408).

Raschke formuliert weiters charakteristische Eigenarten sozialer Bewegungen in Bezug auf gesellschaftlichen Wandel. Hier sei an erster Stelle eine hohe Thematisierungskapazität zu nennen. Soziale Bewegungen seien stark in der Definition und Einführung von *Issues* in die öffentliche Debatte, verfügten jedoch nur über eine schwache Realisierungskapazität, vor allem aufgrund ihrer Ressourcenknappheit. Diese beiden Merkmale können auch bei der Bewegung *#Yo Soy 132*, die im Abschnitt 4.3 ausführlich vorgestellt wird, eindeutig beobachtet werden. Weiters müssten sich soziale Bewegungen oft auf eine indirekte Wirkung ihrer Bemühungen verlassen, da sie meist weiterer Vermittlung durch andere politische Akteure, wie z.B. Parteien oder Nachfolgebewegungen, bedürfen, um ihre Forderungen umsetzen zu können. Als letzten Punkt nennt Raschke noch die nicht intendierten Wirkungen, welche durch den hohen Anteil spontanen, situationsbedingten Handelns auftreten. Nicht selten würden sie dem Gewollten auch zuwiderlaufen (vgl. Raschke 1988: 386f).

Lateinamerika verfügt über eine lange Tradition, was Aufstände und soziale Bewegungen angeht, die bis in die Zeit des Kolonialismus zurückgeht. Soziale Bewegungen waren seit jeher Motoren von Revolutionen (z.B. in Mexiko 1910-17) und maßgeblich an der Entstehung von Gewerkschaften und Parteien beteiligt. In den 1960er- und 1970er-Jahren war ein Bewegungshoch in Lateinamerika zu verzeichnen. Die meisten Bewegungen bezogen sich zu dieser Zeit noch auf den Nationalstaat als Handlungsrahmen. Ab Mitte der 1970er-Jahre kam es zu einer konservativen Wende und zur Errichtung autoritärer Regime und Militärdiktaturen, wie z.B. in Chile und Argentinien.

Während der Zeit der Militärdiktaturen waren soziale Bewegungen oft mit Verfolgung und Unterdrückung konfrontiert. Hand in Hand mit der Militarisierung und mithilfe gesellschaftlicher Bündnisse begann der Neoliberalismus seinen Siegeszug: durch die gezielte Einsetzung der *Chicago Boys*, Schüler des neoliberalen Chicagoer Wirtschaftsprofessors Milton Friedman, in wirtschaftliche, publizistische und politische Schlüsselpositionen wurde die Ausbreitung dieses Systems gestützt (vgl. Kastner 2006: 14). In dieser Zeit wurden viele soziale Bewegungen dauerhaft vernichtet. Trotzdem hatten sie in den 1980er-Jahren entscheidenden Anteil an der demokratischen Öffnung Lateinamerikas (vgl. Burchardt 2012: 9f). Diese (Re-)Demokratisierung ermöglichte neue lokale Organisationsformen, die jedoch gleichzeitig von Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme eingeschränkt wurden (ebd.: 10). In Mexiko war diese Gleichzeitigkeit besonders stark ausgeprägt: einerseits fand ein Erstarken sozialer Bewegungen statt, die eine Demokratisierung des mexikanischen politischen Systems forderten, andererseits wurden aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des mexikanischen Staates 1982 von den internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank besonders strenge Strukturanpassungsprogramme verordnet.

Da Neoliberalismus mehr ist als ein Paket wirtschaftlicher Maßnahmen, können auch soziokulturelle Auswirkungen verzeichnet werden, die das Umfeld sozialer Bewegungen bedeutend veränderten. Der Soziologe Jens Kastner spricht von zentralen gesellschaftlichen Veränderungen, die in Lateinamerika mit neoliberaler Wirtschaftspolitik einhergehen: Allem voran stünde die veränderte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Die staatliche Fürsorge sei von Eigenverantwortung und Subsidiarität abgelöst worden. Ein politisches Programm der „Anti-Politik“ würde technokratische Lösungen anstelle von Interessenausgleich und Konfrontationen suchen. Das sozialdarwinistische Menschenbild, wonach der Stärkere gewinne und jeder seines Glückes Schmied sei sowie die Markt-Utopie, würden jeder Form von Kollektivität zuwiderlaufen (vgl. Kastner 2006: 13).

Die erste Dekade des 21. Jahrhunderts war für Lateinamerika eine Dekade des Umbruchs, darin sind sich viele AutorInnen einig (vgl. z.B. Kaltmeier et al. 2004, Berger/Gabriel 2007). Einige AutorInnen sprechen von einem beginnenden Verfall des Neoliberalismus (vgl. z.B. Boris/Sterr 2002, Ackerman 2006, Hirsch 2006, Ávalos Tenorio 2009, Pimmer 2010, Burchardt 2012, Ganderilla et al. 2012). Zumindest kann gesagt werden, dass die neoliberale Politik des *Washington Consensus* begann, ins Wanken zu geraten. Der Neoliberalismus habe seine Versprechen nicht gehalten und die soziale Frage sei auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer virulent, sind sich WissenschaftlerInnen einig (vgl. Kaltmeier et al. 2004). Aus demokratiepolitischer Perspektive kann festgestellt werden, dass es in den meisten lateinamerikanischen Ländern nach fast drei Dekaden

Demokratie nicht gelungen ist, das Mehr an politischer Mitbestimmung in ein Mehr an gesellschaftlicher Teilhabe zu verwandeln (vgl. Burchardt 2008).

Mit den politischen Umbrüchen der 2000er-Jahre (Mexiko 2000, Sturz der argentinischen Regierung de la Rúa 2002, Sieg der Arbeiterpartei PT in Brasilien 2002) ging ein Erstarken sozialer Bewegungen einher (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 8). Diese oft als „neue soziale Bewegungen“ bezeichneten Bewegungen knüpfen unmittelbarer am Alltag der AkteurInnen an als noch ihre Vorläufer in den 1980er- und 1990er-Jahren und vereinen dabei kulturelle, religiöse und politische Artikulationen. Ihr Agieren sei als ein Ausprobieren verschiedener Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, auch außerhalb der neoliberalen Strukturen, und als eine Ausweitung des Politischen zu verstehen (vgl. Kastner 2006: 14). War noch in den 1980er-Jahren in erster Linie der Nationalstaat erster Bezugsrahmen sozialer Bewegungen, ist im vergangenen Jahrzehnt auch eine Abkehr vom Nationalen auszumachen (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 21f). Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen geschieht oft als Reaktion auf transnationale Großprojekte wie z.B. das gesamtamerikanische Freihandelsabkommen *Área de Libre Comercio de las Américas* (ALCA) oder den den süd-mexikanischen Raum miteinbeziehenden *Plan Puebla Panamá* (PPP) (vgl. Kastner 2006: 12). Es ist auch eine zunehmende Mobilisierung auf Grundlage der ethnischen Identität zu verzeichnen. Gruppen, die sich noch in den 1980er-Jahren als BäuerInnen formiert hätten, tun dies heute als Indigene. Kaltmeier et al. sprechen von einer „Indigenisierung sozialer Bewegungen“ (2004: 9). Auch die Wahlsiege indigener Regierungschefs in Ecuador (2007) und Bolivien (2006) zeugen von diesem neuen Bewusstsein. Burchardt (2008) spricht davon, dass die indigenen Bewegungen zu einer festen politischen Größe Lateinamerikas wurden. Interessant dabei ist, dass es den indigenen Bewegungen weniger um eine „Ethnisierung“ der bisherigen, repräsentativen Demokratien gehe, sondern vielmehr um grundsätzlich neue Politikmuster und -praxen, die stärker auf autochthonen Erfahrungen und kultureller Diversität basieren als auf Weiterentwicklung bisheriger Demokratiemodelle (vgl. Burchardt 2008). Auffällig an den Kämpfen seit den späten 1990er-Jahren ist, dass sie – wie bereits die *Zapatistas* in den 1990er-Jahren mit Begriffen wie Würde, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie – einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch erheben (vgl. Kastner 2006: 14). Dies macht die Relevanz sozialer Bewegungen für Demokratisierungsprozesse deutlich, auch wenn sie in den weltweiten Demokratieindizes nicht als Faktoren gelistet sind. Es gibt auch einen Trend hin zur Ablehnung hoch institutionalisierter Instanzen, die einen Repräsentationsanspruch verteidigen. Das Modell einer Partei oder Guerilla-Bewegung hat weitgehend ausgedient. Auch die „automatische Entwicklung“ einer Bewegung zu einer Partei gehört der Vergangenheit an. An ihre Stelle sind Basisbewegungen getreten (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 22). Ein Beispiel für die Ab-

kehr vom repräsentativen Demokratiemodell ist die *Andere Kampagne* der mexikanischen Zapatisten (*La otra campaña*³⁹).

Auch in der Bewegungsforschung schlugen sich die oben abgezeichneten Tendenzen nieder: ausgehend von den Werken *The Making of Social Movements in Latin America* (Escobar/Alvarez: 1992) und *Cultures of Politics – Politics of Cultures* (Alvarez/Dagnino/Escobar: 1998) wurde vermehrt auf kulturtheoretische Aspekte eingegangen (so z.B. bei Kaltmeier/Kastner/Tuider: 2004, Kastner: 2006). Dem Konzept der *cultural politics* folgend, aus alltäglichen Bedürfnissen Forderungen nach staatsbürgerlichen Rechten abzuleiten, wurden die ethnischen, Klassen- oder Geschlechter-Thematiken als Forderungen in den öffentlichen Raum übertragen (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 17). Die Bewegungsforschung arbeitete heraus, dass sich soziale Bewegungen nicht mehr in dem Ausmaß wie noch in den Jahrzehnten zuvor an quasi naturgegebenen Identitäten wie soziale Klasse, Rasse oder Geschlecht zu formieren scheinen, sondern vielmehr das Resultat eines freiwilligen Zusammenschlusses seien (vgl. Kaltmeier et al. 2004: 11). Oder, wie Kastner es formuliert: „Ohne, dass sich Klassen in Lateinamerika aufgelöst hätten, haben sie doch ihre dominante Rolle in der Organisation der Bewegungen eingebüßt und an die Formierung entlang kultureller Identitäten abgetreten“ (Kastner 2006: 15).

Als Beispiele für diese sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ werden z.B. der mexikanische Zapatismus, die Landlosenbewegung MST in Brasilien, die indigen geprägten Kämpfe in Ecuador und in Chile, neue urbane Bewegungen wie der Studierendenstreik an der mexikanischen UNAM 1999/2000, die Stadtteilbewegungen in Venezuela, der Aufstand der APPO⁴⁰ im mexikanischen Oaxaca 2006 oder die argentinischen Piqueter@s genannt (vgl. ebd.). Indem sie Belange des „alltäglichen Lebens“ in öffentliche Forderungen verwandelten und so den politischen Raum erweiterten, würden sie sich in ihren spezifischen politischen Inhalten und ihren andersartigen Aktionsformen von den bisherigen sozialen Bewegungen unterscheiden. Der in der Literatur zu sozialen Bewegungen umstrittene Terminus „neue soziale Bewegungen“ habe die Funktion, zwischen historischen Formen des Klassenkampfes (Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbewegungen etc.) und den gegenwärtigen Formen kollektiven Handelns zu unterscheiden (vgl. Schütze 2005: 48).

Zusammenfassend kann eher von einer periodischen Wiederkehr als von einer kontinuierlichen Präsenz sozialer Bewegungen in Lateinamerika gesprochen werden. Es lasse sich kein spezifischer Bewegungstyp festmachen, die Themen- und Akteurspalette sei breit gefächert (vgl. Burchardt 2012: 10).

³⁹ siehe Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

⁴⁰ Siehe Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.

4.2 Soziale Bewegungen in Mexiko von 1960 bis 2012

Mexiko blickt auf eine lange Geschichte des Widerstands zurück. 1810-1821 erkämpfte es seine Unabhängigkeit und befreite sich in den darauffolgenden Jahrzehnten immer wieder aufs Neue von verschiedenen europäischen Mächten. Die Diktatur des Porfirians (1876-1911, Unterbrechung der Herrschaft 1880-84) wird im Zuge der mexikanischen Revolution 1910-17, die sich tief ins Bewusstsein der mexikanischen Bevölkerung eingegraben hat, abgeschüttelt. Und sogar das alle Lebensbereiche umfassende, repressive PRI-Regime (1929-2000), das 71 Jahre Mexiko beherrschte, schaffte es nicht, die rebellische Mentalität ganz zu beseitigen.

Nach den sehr instabilen 1920er-Jahren, die noch von Nachwehen der Revolution und häufig wechselnden Regierungen geprägt waren, kehrte in den 1930er-Jahren unter Präsident Lázaro Cárdenas del Río ein gewisses Maß an Stabilität ein. Cárdenas setzte einige Versprechen der Revolution, wie etwa die Landreform und die Verstaatlichung des Erdölsektors, um und konnte dadurch mit der Unterstützung großer Teile der Bevölkerung rechnen. Unter seinem Nachfolger Manuel Ávila Camacho, als sich die Macht der Staatspartei PRI immer mehr zu verfestigen begann, machte sich erste Unzufriedenheit breit. Rubén Jaramillo, ein Revolutionskämpfer an der Seite Emilio Zapatas und späterer Politiker, hielt in einer Rede am 27.8.1946 am Hauptplatz des Dorfes Panchimalco in Morelos fest:

„The government's politics are undemocratic... They begin from the top down and from Mexico City one man picks the governors for the people to approve and support. This process is called 'guided democracy' and, according to the spongers in the government, it is necessary because the people are incapable of choosing their own representatives and may make mistakes by electing their enemies... We have to liquidate this old politics on the basis of our own organization and perspectives which we have been giving to the people, especially to the peasants and workers of our state. It is natural for the politicians, who deceive the people, to dislike our politics. They will try to suppress our movement, but we shall know how to resist" (Hodges/Gandy 2002: XV).

Als Antwort darauf, dass die folgenden PRI-Regierungen nicht mehr imstande waren, den Bedürfnissen der Bevölkerung ausreichend Rechnung zu tragen, entstanden gegen Ende der 1960er-Jahre soziale Bewegungen und nichtstaatliche Organisationen außerhalb der Verhandlungskanäle der Staatspartei. Zentrale Forderungen waren leistbare und würdige Wohnformen, mehr Investitionen in Bildung und eine bessere Infrastruktur. Diese sozialen Bewegungen schufen neue Formen politischer Partizipation und stellten damit Öffentlichkeit her, was als erster Bruch mit der autoritären Lenkungsweise der PRI bezeichnet werden kann.

1968 kam es zu einer Bewegung, die sich von anderen sozialen Bewegungen in den Jahren zuvor unterschied, indem sie das politische System insgesamt, eng verbunden mit der Staatspartei PRI, in Frage stellte und damit Ausstrahlungskraft weit über ihre eigene Basis hinaus hatte. Die ProtagonistInnen dieser vordergründig studentischen Bewegung sahen die Ideale der mexikanischen

Revolution verraten und forderten eine neue Revolution und eine neue Gesellschaft (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 33). Trotz der gesamtgesellschaftlichen Forderungen kam es kaum zu Vereinigungen mit anderen sozialen Bewegungen wie z.B. der Arbeiterbewegung. Die Studentenbewegung repräsentierte in erster Linie das Kleinbürgertum – eine aufsteigende, aber unzufriedene Klasse, deren revolutionäre Ideologie sich von der der ArbeiterInnen insofern unterschied, dass sie sich nicht auf die Gegensätze Bürgertum/Proletariat, Ausbeuter/Ausgebeutete, sondern auf Macht/Machtlosigkeit, Autorität/Freiheit fokussierte (vgl. Hodges/Gandy 2002: 102-105).

Die Aufstände dauerten an und drohten die Ausrichtung der olympischen Spiele im Oktober 1968 in Mexiko-Stadt zu gefährden. So beschloss das Regime, die Proteste mit Gewalt zu beenden. Am 2. Oktober 1968 kam es zum Massaker am *Platz der Drei Kulturen* im Stadtteil *Tlaltelolco* in Mexiko-Stadt, bei dem einige hundert ZivilistInnen getötet wurden. Die genaue Zahl konnte nie ermittelt werden, da noch in derselben Nacht alle Leichen abtransportiert wurden und unzählige Menschen für immer verschwanden. Begonnen wurde das Massaker durch Schüsse der geheimen paramilitärischen Gruppe *Batallón Olimpia*, die direkt dem Präsidenten Gustavo Díaz Ordaz sowie dem Innenminister und späteren Präsidenten Luís Echeverría Álvarez unterstand und für den entsprechenden Olympischen Frieden im Land zu sorgen hatte. Von einem Hochhaus am Platz wurden die ersten Schüsse abgefeuert, welche dem Militär als Rechtfertigung dienten, in die Menge zu schießen (vgl. Azzellini 2001). Dieses Datum markiert eine Zäsur in der neueren Geschichte Mexikos (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 33). Hodges und Gandy ziehen folgendes Resümee:

„No one could control and channel the social energy that welled up that summer. The student insurgency was bound to end in utopia. But the heroes and martyrs of the 1968 struggle wrote another chapter in the history of the popular resistance that was not utopian. The students ripped away the revolutionary mask of the PRI government and revealed the truth to the nation. This truth would feed and strengthen the popular resistance in years to come” (Hodges/Gandy 2002: 105).

Das Massaker von *Tlaltelolco* von 1968 ist einer der traurigen Höhepunkte jener Epoche, die heute als *schmutziger Krieg* bekannt ist und die Präsidentschaften Díaz Ordaz, Echeverría Álvarez und José López Portillo y Pacheco (1964-82) umfasst. Auch in den 1970er-Jahren waren es wieder studentische bzw. universitäre Kräfte sowie auf Unabhängigkeit und Demokratie drängende Gewerkschaftsgruppierungen, die aufbegehrten. Der neue Präsident Luis Echeverría Álvarez (1970-76) sprach von demokratischer Öffnung und distanzierte sich vom *Tlaltelolco*-Massaker, das er, als damaliger Innenminister, selbst in Auftrag gegeben hatte (vgl. Azzellini 2001). Echeverría versuchte, führende Figuren der Studentenbewegung durch Zugeständnisse auf seine Seite zu holen. Politische Gefangene wurden frei gelassen, das Bildungsbudget für Universitäten erhöht, für einige führende Institutionen sogar vervierfacht (vgl. Castañeda Resendiz 2010). Diese und die darauf folgende Regierung López Portillo (1976-82) versuchten, die Verbreitung sozialer Bewegungen im Land einzudämmen und die marginalisierten sozialen AkteurInnen teilweise in die staatliche Ver-

handlungskultur einzubinden (vgl. Schütze 2005: 258). Parallel zu dieser Kooptationsstrategie wurden zusätzlich militärische Sondereinheiten zur Bekämpfung Aufständischer ausgebildet. Im Schatten des weltweiten kalten Krieges geschah dies unter dem Vorwand der Kommunismusbekämpfung mit Unterstützung der USA.

Das Massaker von *Tlaltelolco* ist ein Beispiel für den im Abschnitt 2.2.2 dieser Arbeit vorgestellten Ansatz Antonio Gramscis, wonach Zwangsmaßnahmen zutage treten, wenn durch konsensuales Vorgehen nicht das Gewünschte erreicht werden kann: als es für die mexikanische Regierung nicht mehr möglich war, den Forderungen der Studierenden entgegenzukommen oder bestimmte Schlüsselfiguren des Protests durch Zugeständnisse gefügig zu machen, sollte die Unterdrückung und Beendigung der Aufstände durch Repressionen erreicht werden.

Zu Beginn des Jahres 1971 kam es aufgrund von Autonomiebeschränkungen der Universität von Nuevo León wieder zu studentischen Aufständen. StudentInnen der UNAM und des *Instituto Politécnico Nacional* (IPN) in Mexiko-Stadt erklärten sich solidarisch und riefen eine Demonstration für den 10. Juni aus, an der ca. 8.000 Personen teilnahmen. Es kam zur blutigen Niederschlagung der Aufstände durch die Spezialeinheit *Los Halcones* (ca. 1.000 Personen), die eng mit dem mexikanischen Militär und der Polizei zusammenarbeitete. Das auffallende an dieser Auseinandersetzung war, dass die *Halcones* in zivil auftraten, mit Stöcken bewaffnet. So waren sie auf den ersten Blick nicht als Sonderkampfeinheit des Militärs zu erkennen. Was wie eine spontane Aktion aussehen sollte, stellte sich als eine von langer Hand geplante Operation heraus: Militärs und Polizei waren im Umfeld der Demonstration in großen Kontingenten stationiert und über die geplante Aktion informiert bzw. koordinierten sie die *Halcones*. Diese erhielten vor Ort Waffen von Polizei und Militär, Scharfschützen schossen von den Dächern der umliegenden Häuser. Die Auseinandersetzung, der ca. 120 Menschen zum Opfer fielen, wurde von den Medien als Konflikt zwischen verschiedenen studentischen Gruppierungen dargestellt⁴¹.

Bei näherer Betrachtung dieser als *Corpus-Cristi-Massaker*⁴² bekannt gewordenen Repression wird die intensive Verstrickung höchster Autoritäten des Staatsapparats in dieses dunkle Kapitel der jüngeren Vergangenheit Mexikos erkennbar: bei den *Halcones* handelte es sich um junge, teilweise kriminelle Jugendliche aus den Randbezirken von Mexiko-Stadt, die von staatlichen Behörden in den Jahren 1968-70 rekrutiert wurden und eine Spezialausbildung, teilweise in den USA, in der Bekämpfung Aufständischer erhielten. Es darf angenommen werden, dass einige der Schlägertrupps des 10. Juni 1971 auch am *Platz der Drei Kulturen* 1968 schon dabei gewesen waren. Um

⁴¹ siehe dazu auch Abschnitt 3.2.3 dieser Arbeit, „Die Rolle der Medien“.

⁴² das Massaker trägt den Namen *Corpus Cristi*, da der 10. Juni 1971 der katholische Feiertag Fronleichnam war (span.: *Corpus Cristi*).

linke Gruppierungen zu infiltrieren und somit zu überwachen, wurden auch so genannte *porras* – Sonderstreitgruppen, meist bestehend aus eigens ausgebildeten und politisch rechts orientierten Jugendlichen – organisiert. Der Leader dieser *porras*, Eduardo Guzman Maldonado, wurde von der Stadtregierung Mexiko-Stadts bezahlt. Es kann heute davon ausgegangen werden, dass diese Massaker nicht von der untersten oder mittleren Führungsebene des Militärs, sondern von den höchsten Autoritäten des mexikanischen Staates geplant und in Auftrag gegeben wurden. Es besteht außerdem der Verdacht, dass Echeverría und auch sein Vorgänger Gustavo Díaz Ordaz als Agenten der CIA agierten (vgl. Canal 6 de Julio 2012a). Erst 2005 wurden die Geschehnisse vom 10. Juni 1971 neu aufgerollt. Luis Echeverría wurde im Juli 2006 als Hauptverantwortlicher für das Massaker von *Tlaltelolco* unter dem Verdacht des Genozids verhaftet und unter Hausarrest gestellt, der jedoch kurz darauf wieder aufgehoben und das Verfahren aufgrund von Verjährung eingestellt wurde (vgl. El País 2006). Laut der *Vereinigung Angehöriger von Gefangenen, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko* (*Asociación de Familiares de Detenidos, Desaparecidos y Víctimas de Violaciones a los Derechos Humanos en México*) kann alleine in den 1970er-Jahren von mehr als 800 Verschwundenen ausgegangen werden. Die regierungseigene nationale Menschenrechtskommission spricht im selben Zeitraum von rund 200 Verschwundenen (vgl. Azzellini 2001). Mexiko muss sich heute den Vorwurf gefallen lassen, diese Epoche seiner Geschichte kaum aufgearbeitet und die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen zu haben (vgl. Reuters 2007).

Neben den studentisch dominierten Aufständen bildete sich in den 1970er-Jahren auch innerhalb der Arbeiterbewegung eine demokratische Strömung, die eine organisatorische Abgrenzung zur traditionellen Einheitsgewerkschaft einleitete (vgl. Schütze 2005: 48). Den streikenden Gewerkschaften, allen voran die ElektrizitätsarbeiterInnen, schlossen sich zahlreiche Gruppen von IndustriearbeiterInnen an, die die Arbeitsbedingungen in den Fabriken kritisierten, sowie die UniversitätsarbeiterInnen, die ihre Anerkennung als Gewerkschaft forderten. 1976 ging die Regierung gegen die ElektrizitätsarbeiterInnen vor, 1977 drangen mehr als 14.000 Polizisten in das Universitätsgelände der UNAM ein, um den Streik der UNAM-ArbeiterInnen zu beenden (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 34). In den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft machte sich beginnende Unzufriedenheit mit der Einheitspartei breit. Der Unternehmenssektor begann Mitte der 1970er-Jahre, gegen die hegemoniale Rolle des Staates in der Wirtschaft zu rebellieren, nachdem die Vorzüge des Importsubstitutionsmodells nachgelassen hatten. Die katholische Kirche, inspiriert von der Theologie der Befreiung, gründete im ganzen Land Basisgruppen und auch protestantische Gruppen, die mit ihrer der Doktrin des politischen Liberalismus nahestehenden Theologie die politische Demokratisierung befürworteten, dehnten sich aus (vgl. Schütze 2005: 49).

Das Vorgehen des mexikanischen Staates zur Zeit des *schmutzigen Krieges* zeigt sehr gut, wie Antonio Gramsci den Erhalt von Hegemonie einer vorherrschenden Gruppe verstand: laut seinem Staatsverständnis müssen sich in einem hegemonialen Projekt auch die Bedürfnisse und Interessen der unterworfenen Subjekte redefinieren lassen, damit es von diesen weiterhin unterstützt wird: In diesem Sinne dürfen die Zugeständnisse von Präsident Echeverría an die gebildeten Schichten oder die Wahlrechtsreformen der 1970er-Jahre verstanden werden. Gelingt dies nicht, bleiben Zwang und Gewalt, um die politische Vorherrschaft aufrecht zu erhalten – was sich in den Massakern 1968 und 1971, im Vorgehen gegen streikende Gewerkschaften bzw. in den „Methoden der Aufstandsbekämpfung“, wie dem Verschwindenlassen von Personen oder Folter, zeigte.

Gelang es der Regierung in den 1970er-Jahren noch, die sozialen Bewegungen durch verschiedenste, teilweise stabilisierende Strategien und Repressionen klein zu halten, waren die 1980er-Jahre jenes Jahrzehnt, in dem sich die Unzufriedenheit und der Unmut der Bevölkerung nicht mehr unterdrücken ließen und verschiedenste Austrittsventile fanden. Stadtteilbewegungen sind nur ein Beispiel dafür. Diese entstanden ab Ende der 1970er-Jahre in den größeren Städten, v.a. in Mexiko-Stadt, begünstigt durch den seit Ende der 1960er-Jahre stark zugenommenen Zuzug ländlicher Bevölkerung in die Großstädte⁴³ aufgrund der schlechten Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten Mexikos (vgl. Schütze 2005: 51). Diese Bewegungen forderten öffentliche Versorgung, städtische Infrastruktur und eine Regelung für den Boden, auf dem sie ihre Behausung errichtet hatten. Das schwere Erdbeben von 1985, bei dem über 10.000 Menschen ums Leben kamen, erschwerte die Situation in Mexiko-Stadt zusätzlich. Aufgrund der beschränkten Handlungsfähigkeit der PRI nahm die Bevölkerung große Teile der Aufräumarbeiten selbst in die Hand und demonstrierte so ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation. Die Bewegung der Erdbebenopfer war in weiterer Folge maßgeblich an der Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft in Mexiko-Stadt beteiligt.

Mit dem nach der Zahlungsunfähigkeit 1982 eingeschlagenen neoliberalen Kurs der Regierung wurde auch an dem Recht auf kostenlose höhere Bildung gerüttelt. Bereits 1986 angestrebte Reformen zur Erhöhung der nur geringen Studiengebühren konnten infolge eines Streiks der Studierenden nicht durchgesetzt werden. Vom 29. Jänner bis zum 17. Februar 1986 streikten die Studierenden. Diese sollten in einen Kongress über eine Reform der Universität eingebunden werden, der 1990 stattfand, der den Studierenden jedoch Bedingungen aufzwang, die für sie eher als Niederlage zu werten waren. 1992 streikten die Studierenden abermals gegen die allgemeinen Zugangsregelungen (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 34f)

⁴³ Während die Bevölkerung auf dem Land zwischen 1950 und 1970 jährlich um die 3% stieg, wuchs die städtische Bevölkerung in der selben Zeit um 5,5% jährlich (vgl. ebd.).

Miguel de la Madrid, der 1982 die Präsidentschaft antrat, erkannte, dass die Legitimität und die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung zu bröckeln begann. Die sich mehrenden sozialen Aufstände wollte er eindämmen, damit sie die wirtschaftlichen Restrukturierungspläne nicht gefährdeten. Vor diesem Hintergrund entstanden Pläne für eine demokratische Reform für Mexiko-Stadt. In seiner Präsidentschaftskampagne konzentrierte er sich auf die unteren Einkommenschichten und deren Hauptprobleme: fehlende Wohnungen, Probleme beim öffentlichen Transport und bei der Elektrizität – was auch die Hauptforderungen der sozialen Bewegungen und oppositionellen Gruppierungen waren. Indem er diese Themen aufgriff und im Zuge einer „demokratischen Reform für Mexiko-Stadt“ propagierte, hoffte er, diesen „das Wasser abzugraben“. De la Madrid richtete sich aber auch an die Mittelklasse, die ebenfalls sehr um ihre ökonomische Situation besorgt war und besonders das Fehlen von demokratischen Institutionen in Mexiko-Stadt kritisierte. Diese Reform scheiterte jedoch an Interessensgruppen aus der Wirtschaft, die sich in den Jahren und Jahrzehnten davor einen Einfluss auf die Stadtregierung und den Bürgermeister aufgebaut hatten und diesen nicht abgeben wollten. Schlussendlich wurde nur eine symbolische Reform durchgeführt (vgl. Davis 1994: 385ff). Es kann angenommen werden, dass sich viele BürgerInnen der Unter- und Mittelschicht Mexiko-Stadts aus Enttäuschung über die nicht wirklich eingetretene demokratische Reform von der PRI abwandten und sich dem ebenfalls von der PRI abgespaltenen Präsidentschaftskandidaten Cuauhtémoc Cárdenas und seiner neuen Bewegung *Frente Democrático Nacional* (FDN) anschlossen (vgl. Davis 1994: 406). Cárdenas' Erfolg kann auch seinem guten Einvernehmen mit sozialen Bewegungen zugeschrieben werden. In einer Rede nach der umstrittenen Wahl 1988, in der Cárdenas beinahe das Präsidentenamt erkämpfte, sagte er, dass jene BürgerInnen, die ihn gewählt hatten, nicht nur gegen eine Verschlechterung der sozialen Bedingungen, sondern „for the recuperation of full citizenship... in the Federal District“ gestimmt hätten (vgl. Davis 1994: 407).⁴⁴

Im Zuge der Zunahme sozialer Bewegungen Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre kam es auch zu den ersten Frauenbewegungen Mexikos. Zuerst versammelten diese v.a. die junge, gebildete Mittelschicht, Anfang der 1980er-Jahre begann sich das Spektrum zu weiten. V.a. in Folge der Erdbebenkatastrophe 1985 kam es zu einem Anstieg des Frauenanteils in sozialen Bewegungen. Ihr gemeinsames Ziel war es, die politischen und ökonomischen Tendenzen, die mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik einher gingen, und den dadurch verstärkten gender-spezifischen Implikationen zu begegnen, d.h., sie zu analysieren, bekannt zu machen und Alternativvorschläge zu bringen. Die ersten Frauenquoten wurden zuerst bei der PRD eingeführt, die PRI zog zwei Jahre später nach. Frauenbewegungen, die in den 1990er-Jahren entstanden sind, sind z.B. die *Unión de*

⁴⁴ siehe zur Bewegung rund um Cuauhtémoc Cárdenas auch Abschnitt 3.1.2 dieser Arbeit.

Trabajadoras Mexicanas (Vereinigung der mexikanischen Arbeiterinnen) oder *Mujeres en Acción Sindical* (Verbund gewerkschaftlich organisierter Frauen). 1996 wurde das erste nationale Frauenprogramm als mexikanischer Beitrag zur Weltfrauenkonferenz in Peking entwickelt. Es stellte eine erste, von offizieller Seite initiierte und umfassende Analyse der Diskriminierung der Frauen in Mexiko dar und präsentierte Verbesserungsvorschläge. Die *Asamblea Nacional de Mujeres para la Transición Democrática* (Nationales Frauenkomitee für den demokratischen Übergang), eine Koalition aus 26 Frauenorganisationen, kümmerte sich dann um die Umsetzung. Weitere Erfolge, die mexikanischen Frauenorganisationen zuzurechnen sind, ist der Erlass von Gesetzen gegen Gewalt im häuslichen und familiären Bereich 1996 und 1997 (vgl. Boris 2002: 68f).

Anfang der 1990er-Jahre kam es auch zu ersten Umweltbewegungen. Durch die Nachwirkungen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro sowie durch die Verhandlungen Mexikos über den Beitritt zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) entstanden ökologische Bewegungen bzw. erlebten diese einen Aufschwung. Ökologische Probleme traten zwar mit der wirtschaftlichen Krise 1994/95 wieder etwas in den Hintergrund, trotzdem waren bis dahin bereits erste umweltpolitische Erfolge zu verzeichnen: eine bessere Kontrolle von umweltschädlichen Produktionssektoren, Anreize für die Benutzung umweltfreundlicher Technologien, ökologische Gütesiegel. Erstrangige Probleme, wie z.B. die hohe Luftverschmutzung in Mexiko-Stadt, blieben jedoch unbehandelt. Einige Bewegungen im Umweltbereich, die klar definierte Zielsetzungen, einen hohen internen Kohäsionsgrad und breite Trägerschaften aufzuweisen hatten, machten Ende der 1990er-Jahre auch gute Fortschritte, z.B. das *Nationale Komitee zur Verteidigung von Chimalapas* zum Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden indigenen Bevölkerung. Das am meisten von Umweltbelastungen gezeichnete Gebiet ist das nördliche Grenzgebiet: in den 1990er-Jahren entstanden, oft auf beiden Seiten der Grenze, aktive Umweltbewegungen, die Kritik an den gefährlichen Produktionsarten und -stoffen übten. Wenig Protest kam diesbezüglich von den Maquiladora-ArbeiterInnen selbst, da die Maquiladora-Industrie das unmittelbare, tägliche Überleben der ArbeiterInnen sichert (vgl. Boris 2002: 71f).

Der Beitrag sozialer Bewegungen zur demokratischen Konsolidierung Mexikos darf mit Sicherheit nicht zu gering eingeschätzt werden. Seit den 1980er-Jahren schafften sie es vermehrt, ihre Themen in die politischen Debatten einzubringen, das politische Spektrum des verkrusteten Quasieinparteiensystem zu erweitern und insgesamt eine demokratischere Gesellschaft zu fordern. Einen der Höhepunkte in der jüngsten Vergangenheit Mexikos in Bezug auf soziale Bewegungen stellt zweifellos der zapatistische Aufstand dar. Mit ein „Leben in Würde“ fassten die *Zapatistas* ihre elf Forderungen, mit denen sie am 1.1. 1994, am Tag des Inkrafttretens des NAFTA-

Abkommens⁴⁵, an die Öffentlichkeit traten, später immer wieder zusammen. Die zentralen Anliegen der Zapatisten waren Land, Autonomie bzw. Recht auf Selbstbestimmung, Anti-Neoliberalismus und eine Neudefinition der mexikanischen Nation. Es kam in den ersten Jännertagen 1994 zum bewaffneten Konflikt im Bundesstaat Chiapas. Am 12. Jänner 1994 verkündete die mexikanische Regierung die Waffenruhe, der sich die *Zapatistas* umgehend anschlossen. Die Regierung erklärte sich zu Verhandlungen mit der EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*, Zapatistische Armee für die nationale Befreiung) in San Cristóbal de las Casas bereit. Die Zugeständnisse der Regierung waren den Zapatisten jedoch nicht umfassend genug, so lehnten sie am 10. Juni 1994 die Friedensvorschläge der Regierung ab (vgl. Schriek/Schmuhl 1997: 43f).

Die Zapatisten erhoben gesamtgesellschaftliche Forderungen, die für viele MexikanerInnen relevant waren: sie sprachen von Demokratisierung, sozialer Gerechtigkeit, Menschlichkeit, strikter Respektierung bestehender Gesetze etc. Dies machte es möglich, dass verschiedenste Segmente der mexikanischen Gesellschaft und der mexikanischen Linken mit den Zapatisten sympathisierten (vgl. Boris 2002: 66f). Vor allem in der Hauptstadt und anderen großen Städten wurden der zapatistischen Bewegung große Sympathiebezeugungen von bedeutenden Bevölkerungsteilen entgegengebracht. Auch international sorgte der Aufstand für großes Aufsehen. Diese Öffentlichkeit ermöglichte teilweise das physische und politische Überleben der Bewegung, der Aufstand wäre sonst wahrscheinlich schneller militärisch niedergeschlagen worden. Den Zapatisten war es andererseits ein Anliegen, die landesweiten, zivilen Organisationen zu mobilisieren. So riefen sie im August 1995 zu einer Befragung über die Zukunft der EZLN auf. Die teilnehmenden 1,3 Mio. Menschen sprachen sich mit knapper Mehrheit für eine unabhängige politische Bewegung als Fortführung der Befreiungsarmee aus. Die EZLN gab daraufhin am 1.1. 1996 die Gründung des Zapatistischen Bündnisses der Nationalen Befreiung (*Frente Zapatista de la Liberación Nacional*, FZLN) bekannt. Diese neue Bewegung sollte nicht als Partei organisiert sein und keine Macht anstreben (vgl. Schriek/Schmuhl 1997: 46f). 1999 führten die Zapatisten noch einmal eine derartige Volksbefragung durch, an der sich über drei Millionen MexikanerInnen beteiligt haben sollen und die zum Inhalt hatte, die Meinung über die Rolle und Stellung der *Indígenas* einzuholen (vgl. Boris 2002: 66).

Zwischen 1994 und 2002 kam es zu mit verschiedener Intensität geführten Verhandlungen zwischen der Regierung und der EZLN. Anfang 1996 war bei den Gesprächen zwischen Regierung und *Zapatistas* ein erster Durchbruch zu verzeichnen: in puncto „Indígena-Rechte und -Kultur“ und unter den Oberbegriffen Autonomie und Selbstbestimmung wurden zahlreiche Gesetzes- und mehrere Verfassungsänderungen für die Bereiche Gesundheit, Kommunikation, Bildung, Kultur

⁴⁵ Details zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) siehe Abschnitt 3.1.2 dieser Arbeit.

und Wahlwesen vereinbart. Dieses San Andrés-Abkommen (*Acuerdos de San Andrés de Larránizar*) wurde am 16. Februar 1996 geschlossen. Die Regierung kam ihren Verpflichtungen und Implementierungen bzgl. dieses Abkommens allerdings nicht nach und so kam der Dialog zwischen ihr und den Zapatisten zu einem völligen Stillstand. Als Gründe wurden von der Regierung die Gefährdung der nationalen Einheit und der staatlichen Souveränität genannt (vgl. Binder 2004: 125f).

Durch ihr Ableiten politischer Forderungen aus der unmittelbaren Lebensrealität ihrer Mitglieder, ihre gesamtgesellschaftlichen Forderungen und das Ausprobieren verschiedener Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, auch außerhalb der neoliberalen Strukturen, kann die zapatistische Bewegung als sogenannte „neue soziale Bewegung“ bezeichnet werden (vgl. Kastner 2006, Kaltmeier et al. 2004)⁴⁶.

In den folgenden Jahren kam es in der von den Zapatisten besetzten Zone zu einer starken Militarisierung. Die von der Regierung verfolgte Strategie gegenüber den Zapatisten ist die eines *schwelenden Krieges* (*Low Intensity War*): die Bevölkerung wird mit Vertreibungen, Drangsalierungen, Vergewaltigungen und Morden von paramilitärischen Gruppen tyrannisiert und soll so zur Aufgabe gezwungen werden (vgl. Schmidt in Schriek/Schmuhl 1997: 52). Ein Beispiel von vielen für den *schwelenden Krieg* in Chiapas ist das Massaker von Aguas Blancas am 28. Juni 1995. Bei einem Angriff von Polizei und anderen staatlichen Kräften auf eine Demonstration der Bewegung *Organización Campesina de la Sierra del Sur* (OCSS, Vereinigung der Bauern der Sierra del Sur) wurden 17 Personen getötet, 23 verletzt. Angeordnet wurde das Massaker vom damaligen Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Rubén Figueroa Alcocer (PRI), der nach dem Massaker zurücktreten musste (vgl. Organización Campesina de la Sierra del Sur 2013). Ein weiteres trauriges Beispiel ist das Massaker von Acteal, bei dem am 22. Dezember 1997 45 Angehörige einer indigenen Gemeinde in Chiapas aufgrund ihrer Autonomiebestrebungen und ihres Kampfes für die Anerkennung indigener Rechte auf ähnliche Weise ermordet wurden. Die pazifistische Widerstandsbewegung *Las Abejas* (Die Bienen) wurde Ziel eines Angriffs einer schwerbewaffneten paramilitärischen Gruppe. Die Verantwortlichen des Massakers wurden nie für ihre Tat belangt. Nach wie vor fordern Angehörige der damals betroffenen indigenen Gemeinde eine bedingungslose Aufklärung und ein Ende der Straflosigkeit. Die Regierung wiederum stellt das Massaker als interne Auseinandersetzung zapatistischer Gruppen oder als Konflikt zwischen Zapatisten und anderen indigenen Gruppen dar. Eine Aufforderung der Menschenrechtsorganisation *amnesty international* vom Dezember 1997, die für das Massaker von Acteal Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und eine öffentliche und unabhängige Untersuchung einzuleiten, wurde von den staatlichen Be-

⁴⁶ siehe dazu auch das vorhergehende Kapitel 4.1.

hörden als "inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos" zurückgewiesen (vgl. Amnesty International Deutschland). Ex-Präsident Ernesto Zedillo (1994-2000), unter dessen Präsidentschaft das Massaker geschah, wurde von Überlebenden des Massakers aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Die USA sichern Zedillo, der heute Professor für Internationale Studien an der Universität von Yale ist, jedoch Straffreiheit zu, da dieser während des Massakers als Staatsoberhaupt Mexikos und nicht als Privatperson gehandelt hätte (vgl. Binzer 2012, Silbermayr 2012). Die Militarisierung der Zone dauerte weiter an – nach dem Massaker von Acteal wurden 5.000 zusätzliche Soldaten nach Chiapas geschickt. Am 12.9.1997 fand ein groß angelegter Protestmarsch der Zapatisten nach Mexiko-Stadt statt, um die Einhaltung der San Andrés-Verträge einzufordern (vgl. Roux 1997). Am 12.01.1998 wiederholte sich ein Marsch mit 100.000 Personen, ebenfalls in der Hauptstadt.

Von April 1999 bis Februar 2000 fand an der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM) in Mexiko-Stadt der längste Streik in der Geschichte der lateinamerikanischen Universitäten statt. Unmittelbarer Auslöser war eine Erhöhung der Studiengebühren durch den Rektor Francisco Barnés. Vor dem Hintergrund des geringen Anteils der Bevölkerung, die bis in den tertiären Bildungssektor vorstößt und angesichts der herausfordernden sozio-ökonomischen Situation, in der sich viele der StudentInnen der UNAM befinden, richtete sich der Streik in weiterer Folge aber v.a. gegen höhere Bildung als Ware, gegen eine geplante Privatisierung der UNAM und gegen die Vereinbarungen der mexikanischen Regierung mit den internationalen Finanzinstitutionen IWF, Weltbank, WTO. Dieser Protest von 1999/2000 hat seine Wurzeln in früheren Studentenprotesten: 1986 wurde erstmals vom damaligen Rektor ein Reformpaket vorgestellt, welches die automatische Zulassung für das Studium durch das Maturazeugnis in Frage stellte, die Freiheit der Lehre beschneiden sollte und die Beziehungen zwischen Universität und dem produzierenden Sektor stärken wollte (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 37). Die streikenden StudentInnen orientierten sich stark an der zapatistischen Bewegung und sahen es auch als ihren Auftrag, die Anliegen der EZLN im Zuge ihres Protests zu transportieren. Die jungen Menschen kämpften „gegen ein System, das ihnen den Atem nimmt“ (Rajchenberg/Fazio 2001: 96). Nach einigen Monaten des Protests wurde das Gebäude der UNAM von Polizeieinheiten der *Policía Federal Preventiva* (PFP) geräumt. An die 1000 StudentInnen landeten im Zuge dessen im Gefängnis. Die letzten Studierenden wurden im Juli 2000, meist gegen Bußgeld, aus dem Gefängnis entlassen. Hodges und Gandy messen dem Streik nur mäßigen Erfolg zu, da es nicht gelang, andere gesellschaftliche Sektoren in die Bewegung einzubinden (vgl. Hodges/Gandy 2002: XVI). Erschwert wurde der Erfolg der Bewegung durch die Zersplitterung in den eigenen Reihen. Carlos Fazio hält als Erfolg der Studentenbewegung 1999/2000 dennoch fest:

“Der gegenkulturelle Charakter der studentischen Bewegung, die neue Art, Politik zu machen, ging weit über den Horizont der Autoritäten an der UNAM und der Regierung, der verschiedensten Meinungsführer und Intellektuellen hinaus. Diese neue Form von Politik spiegelt sich in dem Verständnis der Streikenden von Autonomie wider, der radikalen Horizontalität ihrer Organisation und politischen Teilnahme (...). Diese Prinzipien rüttelten an den Grundfesten der universitären Bürokratie, deren vertikale und auf Disziplin ausgerichtete Strukturen von einem ‚bonzenhaften‘ System der Repräsentation geprägt sind, das mit Korruption, Bestechung, Selbstrekutierung einhergeht. Das sind die Elemente, die die herrschende Kultur erhalten und die rechte und linke Parteien einschließen“ (Rajchenberg/Fazio 2001: 194f).

Lorena Cervantes, ein Mitglied des allgemeinen Streikrats (*Consejo General de Huelga, CGH*) von 1999 drückt die Erfolge des Streiks, auch wenn er letzten Endes von der Polizei beendet wurde, wie folgt aus:

„Entre las aportaciones más importantes me parece que están la denuncia de los poderes fácticos – en torno a la influencia decisiva que tienen las televisoras – la posibilidad de crear espacios alternativos de resistencia, cómo entender la democracia más allá de lo electoral y la recuperación de la voz de la juventud“ (Muñoz Ramírez 2012: 254f).

Wie in diesem Zitat schon angedeutet, wurde der Streik von den Massenmedien negativ dargestellt. Diese verschwiegen z.B. auch, dass Gelder, die im Bundeshaushalt für soziale Ausgaben vorgesehen waren, für die „Rettung der Banken“ nach der letzten großen Wirtschaftskrise 1994 verwendet wurden (vgl. Rajchenberg/Fazio 2001: 193).

Für soziale Bewegungen, deren Hauptanliegen ein demokratischeres Mexiko ist, änderten sich die Bedingungen kurzfristig mit der als „Wende zur Demokratie“ propagierten Wahl Vicente Fox' zum Präsidenten. Pauschale Demokratiekritik als kleinster gemeinsamer Nenner war damit vorübergehend passé (vgl. Almeyra 2008). Nachdem die erste Euphorie verfliegen war, wurde jedoch schnell klar, dass sich in der Amtszeit des neuen Präsidenten Vicente Fox nicht unmittelbar alles zum Besseren wenden würde. Ein Beispiel dafür ist der Konflikt rund um den neuen Flughafen für Mexiko-Stadt: Gleich zu Beginn der Amtszeit Fox' entfachte ein Konflikt zwischen der Regierung und der ihre Rechte einfordernden Bevölkerung, der mehrere Jahre andauern sollte. Im Rahmen des zentralamerikanischen „Entwicklungsprojekts“ *Plan Puebla Panamá* sollte ein neuer Flughafen für Mexiko-Stadt gebaut werden. Die BewohnerInnen der Region hätten dem Bau weichen müssen und protestierten gegen die Errichtung des Flughafens. Das Widerstandsbündnis *Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra* (FPDT, Front der Gemeinden zur Verteidigung des Bodens) wurde gegründet. Aufgrund der Proteste wurde der Bau des Flughafens im August 2002 ein erstes Mal verhindert. Der Konflikt dauerte die darauf folgenden Jahre weiter an. Am 3. und 4. Mai 2006 kam es zu gewaltvollen Zusammenstößen zwischen rund 200 AktivistInnen, größtenteils von der FPDT, und der Polizei, als diese eine Straßensperre der FPDT räumen wollte. Bei dem folgenden Angriff auf den besetzten Ort San Salvador Atenco wurden zwei Menschen getötet, hunderte misshandelt und festgenommen. Mehrere Frauen wurden in der Haft vergewaltigt. Viele der AktivistInnen wurden festgenommen und in zweifelhaften Gerichtsverfahren wegen gemeinsamer Geiselnah-

me, schweren Eingriffs in den Straßenverkehr, unerlaubten Waffenbesitzes und Angriffen gegen die Staatsgewalt angeklagt. Die eigentlichen Täter aus den Reihen der Polizei aber sind bis heute straffrei geblieben, manche seien sogar befördert worden. Enrique Peña Nieto, der aktuelle Präsident Mexikos, war zu diesem Zeitpunkt Gouverneur des Bundesstaates *Estado de México*, in dem die Proteste stattfanden. Heute, 2013, ist das Bauprojekt nach wie vor aufrecht, es hat sich sogar ausgeweitet: war zu Beginn noch von einem Flughafen die Rede, so wird heute zusätzlich von einer Industriezone und einer Universität gesprochen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 264f, Tapia Montejo 2010, Knobloch 2008, Desinformémonos 2013).

Um die *Zapatistas* war es nach dem letzten Zerwürfnis mit der Regierung Fox im Jahr 2002 sehr ruhig geworden. Es gelang ihnen nicht, sich mit sozialen Bewegungen in anderen Bundesstaaten zu verbünden. Die EZLN bewegt sich großteils abseits der Bauern- oder Arbeiterbewegung oder der urbanen sozialen Bewegungen in den Städten, die auf Probleme wie die Privatisierung der Erdölindustrie oder die Flexibilisierung des Arbeitsrechts aufmerksam machen (vgl. Almeyra 2008: 92f). Die Region Chiapas hat mit starker Abwanderung zu kämpfen, auch die Vertreibungen seit 1994 durch paramilitärische Gruppen dezimierten die lokale Bevölkerung. Die Autonomie-Bestrebungen seien oft schwer zu verwirklichen: die Menschen könnten sich oft nicht ausschließlich selbst ernähren und müssten teilweise anderen Arbeiten nachgehen. Auch auf das staatliche Bildungs- und Gesundheitssystem seien sie oft angewiesen. In Ermangelung eines überregionalen zapatistischen Projekts für Autonomie und Selbstverwaltung kam es vielerorts zu einer Koexistenz der zapatistischen Einrichtungen und Institutionen mit den staatlichen Autoritäten. Obwohl die EZLN mit ihrer politischen Praxis und den radikal demokratischen Entscheidungen einen neuen Gesellschaftsentwurf präsentiert – auch wenn die traditionellen Rollenbilder nach wie vor auch bei den zapatistischen Gemeinden stark präsent sind – ist die Differenz zwischen der Realität und der angestrebten Ordnung nicht zu übersehen (vgl. Almeyra 2008: 91f). Im Wahljahr 2006 traten die Zapatisten mit ihrer *anderen Kampagne (la otra campaña)* wieder an die mexikanische Öffentlichkeit: die führende Figur der EZLN, Subcomandante Marcos, tourte durch das Land, mit dem Ziel, Protestbewegungen im Kampf gegen das neoliberale Wirtschaftssystem zu vernetzen. Die Regierung sollte dazu veranlasst werden, den Schutz indigener Rechte in die Verfassung zu integrieren sowie neoliberale Praktiken zu exkludieren. Die EZLN sei schlussendlich jedoch geschwächt aus der *otra campaña* hervorgegangen. Der Sozialwissenschaftler Guillermo Almeyra sieht die Bewegung heute isoliert wie nie zuvor (vgl. Almeyra 2008).

Auch in anderen Teilen des Landes gibt es Autonomiebestrebungen, z.B. in den Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero. In letzterem wurde, wie in einigen anderen Bundesstaaten auch, eine eigene *Policía Comunitaria* („Bürgerwehr“) gegründet, die vom Staat nicht anerkannt wird. Die aller-

meisten indigenen Bewegungen hätten jedoch grundsätzlich keine separatistischen Tendenzen, sondern wollten lediglich als vollwertige BürgerInnen Mexikos anerkannt werden und kämpften für die Gesetzes- und Verfassungsänderungen, die dafür notwendig sind, so der mexikanische Politikwissenschaftler und Kolumnist Guillermo Almeyra. Allerdings hätten sich die 56 Ethnien noch immer nicht zu einer Organisation, die für ihre gemeinsamen Interessen eintritt, vereinigt. Der Nationale Indigenenrat, der *Consejo Nacional Indígena*, hätte leider nie die dafür notwendige breite Basis, geschweige denn das politische Gewicht entwickelt (vgl. Almeyra 2008).

Zu länger andauernden und heftigen sozialen Protesten kam es wieder vermehrt im Jahr 2006 rund um die Präsidentschaftswahlen im Juli. Nachdem der Kandidat der PAN, Felipe Calderón, mit einem Vorsprung von nur 244.000 Stimmen (0,58 % Stimmanteil) gewonnen hatte, focht die Opposition rund um den PRD-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador das Ergebnis an. López Obrador ließ sich nach einer teilweisen Neuauszählung der Stimmen zum Gegenpräsidenten ausrufen. Es kam zu monatelangen Protesten und zur Belagerung des Zócalos⁴⁷ in Mexiko-Stadt. Gleichzeitig rumorte es heftig im südlichen Bundesstaat Oaxaca, wo sich ein Aufstand, ursprünglich von der Lehrgewerkschaft, formiert hatte. Es gab seitens der Regierung, noch unter Präsident Fox, mehrere Versuche, die Widerstandsbewegung polizeilich-militärisch zu zerschlagen. Die tödlichen Angriffe durch staatliche Kräfte auf streikende LehrerInnen hatten erst dazu geführt, dass sich immer breitere Kreise der Bevölkerung dem Widerstand anschlossen und den Rücktritt von Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz forderten. Im Zuge dieser Aufstände formierte sich die *Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca* (APPO, Versammlung der Völker Oaxacas) als Zusammenschluss von rund 300 Gruppen der organisierten Zivilgesellschaft. Das Demokratieverständnis der scheidenden Regierung Fox zeigte sich deutlich, als im November 2006 die Demonstrationen niedergeschlagen wurden. Bei diesem Konflikt kamen insgesamt 17 Menschen ums Leben, großteils AktivistInnen der APPO, rund 60 wurden verhaftet (vgl. Streck 2006a, b).

Auch die großen Gewerkschaften des Landes befinden sich immer wieder in Opposition zur Regierung. Die Gewerkschaft der ElektrizitätsarbeiterInnen (*Sindicato Mexicano de Electricistas*, SME) befindet sich seit bereits drei Jahren im Widerstand. Wichtige, große Gewerkschaften, wie z.B. jene der Sozialversicherung (*Sindicato Nacional de Trabajadores del Seguro Social*, SNTSS) oder der im Bildungsbereich Tätigen (SNTE, *Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación*) sind zersplittert oder von *dirigentes charros* angeführt, womit GewerkschaftsführerInnen gemeint sind, die eng mit Regierung und Unternehmern zusammenarbeiten und dabei die eigenen Interessen vor jene derer stellen, die sie eigentlich vertreten sollen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 275f).

⁴⁷ Siehe Glossar

Ziviler Widerstand regte sich v.a. in den letzten zwei Jahren von Calderóns Präsidentschaft angesichts der ins Unermessliche steigenden Opferzahlen des *Kriegs gegen den Drogenhandel*. Von den landesweiten Protestbewegungen soll die *Bewegung für Friede in Gerechtigkeit und Würde* (*Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad*, MPJD) herausgegriffen werden. Diese formierte sich 2011 rund um den Dichter Javier Sicilia, nachdem dessen Sohn von Drogenkartellen ermordet worden war. Die Bewegung richtet sich gegen den *Krieg gegen den Drogenhandel*. Ihr Ziel ist es, Gerechtigkeit für die Opfer einzufordern und die Regierung dazu zu bewegen, einen Weg zu Frieden, echter Demokratie und Rechtsstaat einzuschlagen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 267f). Im Mai 2011 fand ein Friedensmarsch der Bewegung von Cuernavaca nach Mexiko-Stadt statt, der mit einer Kundgebung mit 100.000 Menschen auf dem *Zócalo* endete. Die Losung der Bewegung, *Estamos hasta la madre* (auf Deutsch in etwa: „Wir haben die Schnauze voll!“) bringt ein Gefühl zum Ausdruck, das lange als Privatsache galt: das Entsetzen angesichts der überbordenden Gewalt im Lande (vgl. Huffs Schmid 2011).

Guillermo Almeyra, mexikanischer Politikwissenschaftler und Kolumnist der Tageszeitung *La Jornada*, diagnostiziert eine konstante BürgerInnenbewegung in Mexiko, die 1988 rund um den umstrittenen Sieg Salinas ihren Ausgang nahm, und 2006, als AMLO den Wahlsieg Calderóns anfocht, wieder stark auflebte. Diese Bewegung verortet er in Mexiko-Stadt und einigen zentral gelegenen Bundesstaaten wie Michoacán, Tabasco, Guerrero und Oaxaca, aber auch in den nördlichen Bundesstaaten, wo industrielle Landwirtschaft betrieben wird. Ihr Hauptanliegen sei Demokratie und Rechtsstaat. Diese BürgerInnenbewegung habe wenig Kontakt zur indigenen und bäuerlichen Bewegung oder zu den Gewerkschaften (vgl. Almeyra 2008: 88). Für Guillermo Almeyra ist die größte soziale Bewegung Mexikos jedoch jene der in die USA emigrierenden MexikanerInnen. Er sieht darin eine Entwicklung, die massiven Einfluss auf die mexikanische Alterspyramide ausübe, ländliche Gebiete entvölkere und somit auch das Protestpotenzial in Mexiko reduziere. Auch bleibe die Wertschöpfung, trotz der für die mexikanische Wirtschaft so wichtigen Rücküberweisungen, größtenteils in den USA. Daher bezeichnet er diese Bewegung als konservativ und anti-national (vgl. Almeyra 2008: 88f).

4.3 Die Bewegung #Yo Soy 132

Vor dem nun skizzierten Hintergrund der vergangenen Jahrzehnte erhob sich also im Mai 2012 ein hauptsächlich von StudentInnen getragener Protest, der unter dem Namen *#Yo Soy 132* („Ich bin der/die 132.“) bekannt wurde. Im Folgenden soll nun auf die Entwicklung dieser Bewegung, auf

ihr Selbstverständnis und ihre Forderungen, ihre Organisationsform sowie auf die wichtigsten Trägergruppen eingegangen werden. Ein Abschnitt sei jeweils auch den identifizierten Problemen und den Erfolgen der Bewegung gewidmet.

An dieser Stelle möchte ich vorausschicken, dass jede Analyse der Geschehnisse des Jahres 2012 im Bewusstsein der mangelnden zeitlichen Distanz zu eben jenen Geschehnissen geschehen muss. Aufgrund der Aktualität der Bewegung ist wenig „klassische“ Fachliteratur verfügbar. Der Großteil der Informationen in diesem Kapitel über *#Yo Soy 132* stammen – wenn nicht anders vermerkt – aus dem Buch *#Yo Soy 132. Voces del movimiento*, herausgegeben von der mexikanischen Journalistin Gloria Muñoz Ramírez. Es ist eine Sammlung vieler Stimmen jener, die direkt am Protest beteiligt waren. Ergänzt werden diese um einige von mir persönlich eingeholte Stimmen von Mitgliedern der regionalen Gruppe *#Yo Soy 132 Tijuana*⁴⁸. Eine Übersicht der geführten Interviews befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

Ob *#Yo Soy 132* als soziale Bewegung gelten kann, darüber herrscht Uneinigkeit. Laut den Definitionen von Joachim Raschke (1988, siehe Beginn Kapitel 4) kann man bei *#Yo Soy 132* von einer sozialen Bewegung sprechen. Mexikanische SozialwissenschaftlerInnen, die teilweise selbst an der Bewegung *#Yo Soy 132* beteiligt waren, meinten mir gegenüber jedoch, der Ausdruck *movilización popular*⁴⁹ bzw. *acción colectiva*⁵⁰ wären treffendere Bezeichnungen für *#Yo Soy 132*. Sie machten ihre Aussage daran fest, dass der Bewegung eine eindeutige gemeinsame Basis fehlte und parteipolitische Interessen vorhanden waren, wie es eine Absolventin der UABC Tijuana zum Ausdruck bringt:

„(...) creo que nunca fue un movimiento ni siquiera social porque dentro del mismo movimiento había muchos intereses partidistas. Entonces estos mismos intereses hicieron que el movimiento se fuera fraccionando. Tampoco fue un movimiento social porque nunca tuvo unas verdaderas bases. Cada quien tenía sus ideales a su conveniencia. O sea, el propósito que yo como individuo tengo yo quiero que se colectivice“ (Interview Nr. 4).

Gemäß den in Abschnitt 4.1 erläuterten Merkmalen kann *#Yo Soy 132* aufgrund ihres gesamtgesellschaftlichen Anspruchs, ihres unmittelbaren Anknüpfens am Alltag ihrer AkteurInnen und der praktizierten Ausweitung der politischen Sphäre als sogenannte „neue soziale Bewegung“ eingeschätzt werden.

⁴⁸ wenn in dieser Arbeit von *#Yo Soy 132 Tijuana* die Rede ist, dann bezieht sich das – wenn nicht anders vermerkt – auf Mitglieder der Gruppen *#Yo Soy 132 Tijuana Oficial* und *#Yo Soy 132 UABC*.

⁴⁹ dt. in etwa: Aufstand der Bevölkerung, Volksbewegung.

⁵⁰ dt. in etwa: kollektive Aktion, Aufstand.

4.3.1 Entstehungsgeschichte und Verlauf

Im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2012 besuchte der mithilfe der zwei großen Massenmedien *Televisa* und *TV Azteca* jahrelang aufgebaute Kandidat der PRI und der Grünen Partei Mexikos (PVEM – *Partido Verde Ecologista de México*) und vormalige Gouverneur des bevölkerungsreichsten Bundesstaates *Estado de México*, Enrique Peña Nieto, am 11. Mai 2012 die Privatuniversität *Iberoamericana* (folglich: *Ibero*) in Mexiko-Stadt. Dieser Besuch war Teil des Programms *Buen Ciudadano* (guter Bürger) der *Ibero*, im Rahmen dessen die vier Präsidentschaftskandidaten eingeladen wurden, um mit den StudentInnen zu diskutieren. Peña Nieto war zu diesem Zeitpunkt eindeutiger Favorit, dass er die Wahl gewinnen würde, schien sehr wahrscheinlich (vgl. Los Brigadistas-UNAM 2012, Gómez Zuppa 2012).

Peña Nieto wurde an jenem im Nachhinein als *viernes negro* (dt.: schwarzer Freitag, vgl. Muñoz Ramírez 2012: 115) bezeichneten 11. Mai 2012 bereits unter Tumulten an der Universität empfangen: StudentInnen mit Transparenten, auf denen der Präsidentschaftskandidat als Mörder bezeichnet wurde – bezugnehmend auf die Repressionen von San Salvador Atenco, die im Mai 2006 während seiner Zeit als zuständiger Gouverneur stattfanden⁵¹ – konnten von den anwesenden Sicherheitskräften kaum zurückgehalten werden. Als er zu den Vorwürfen Stellung nehmen musste, sagte er, dass es sich hierbei um eine Aktion gehandelt habe, um Frieden und Ordnung wiederherzustellen, und dass der Bundesstaat *México* von seinem legitimen Recht, die Streitkräfte einzusetzen, Gebrauch gemacht habe. Das Auditorium war über diese Antwort dermaßen erbost, dass es begann, Peña Nieto auszubuhnen, bis der Präsidentschaftskandidat den Auftritt abbrechen und mit seinem Team die Universität verlassen musste. Begleitet wurde er dabei von Rufen der StudentInnen wie „*¡La Ibero no te quiere!*“ oder „*¡Atenco no se olvida!*“ („Die Ibero mag dich nicht!“, „Atenco wird nicht vergessen!“) (vgl. KajaNegraTV 2012).

Wenige Stunden später erschienen erste offizielle Stellungnahmen und Presseaussendungen, die von einem erfolgreichen Wahlkampfauftritt Peña Nietos trotz Boykottversuchen einer kleinen Gruppe aufständischer Jugendlicher, die als universitätsfern und von der politischen Opposition bezahlt dargestellt wurden, sprachen. Es folgten ähnliche Medienberichte im Laufe der darauffolgenden Tage, die die Geschehnisse des 11. Mai an der *Ibero* ins Gegenteil verkehrten (vgl. bsp.weise Lara Moreno 2012: *Éxito de Peña a pesar de intento de boicot*, *Revueltas Retes* 2012: *Los fascistas, los jóvenes y los demás*). Als Reaktion auf diese Meldungen wurden noch am selben Tag erste *Twitter*- und *Facebook*-Meldungen rund um die Geschehnisse des Vormittags des 11. Mai 2012 an der *Ibero* verfasst, in denen die beteiligten Studierenden versuchten, die Vorkomm-

⁵¹ siehe Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

nisse aus ihrer Sicht zu schildern. Die Universitätsleitung der *Iberoamericana* stellte sich auf die Seite der Studierenden, indem sie nach dem Wahlkampfauftritt von Peña Nieto eine offizielle Stellungnahme herausbrachte, welche besagte, dass jeder Zweifel an der Legitimität der Proteste einen Versuch, die Intelligenz und Freiheit der Studierenden anzuzweifeln, darstelle (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 51f).

Die nicht den Tatsachen entsprechende Medienberichterstattung brachte für viele StudentInnen, die am 11. Mai anwesend waren, das Fass zum Überlaufen: viele von ihnen luden als Profilfoto ein Selbstporträt inklusive Studentenausweis auf die sozialen Netzwerke *Facebook* und *Twitter* hoch. Am 14. Mai 2012 wurde schließlich das Video *131 Alumnos de la Ibero responden* („131 Studenten der *Ibero* antworten“) auf die Videoplattform *YouTube* hochgeladen, welches in der schnelllebigen Welt der sozialen Netzwerke auf viel Widerhall sowie auf großes Medienecho stieß. So war es z.B. auf *Twitter* mehrere Tage lang *trending topic*⁵² (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 58f). Es darf auch angenommen werden, dass es gerade die manipulierte Darstellung der Geschehnisse des 11. Mai 2012 in den Medien war, die viele Jugendliche und junge Erwachsene dazu bewog, sich für die entstehende Bewegung zu interessieren (vgl. Interview Nr. 3). Nach dem Staatsverständnis Antonio Gramscis entsprachen die mexikanischen Massenmedien mit der Art und Weise, wie sie mit der Bewegung *#Yo Soy 132* von Anbeginn an umgegangen sind, ihrer Rolle als Hegemonieapparat, der den Machterhalt der herrschenden Gruppe unterstützt.

Am Tag nach dem Erscheinen des Videos der 131 Studierenden wurde eine Versammlung an der *Ibero* ausgerufen. Nachdem sich die mexikanische Politikwissenschaftlerin Denise Dresser in einer Nachrichtensendung mit den Studierenden solidarisch gezeigt hatte („*No están solos chavos, porque somos más que de 131, yo soy el 132*“, vgl. Muñoz Ramírez 2012: 60), war der Name der Bewegung geboren: *#Yo Soy 132*. Die Ereignisse an der *Ibero* beeindruckten junge MexikanerInnen im ganzen Land. Eine Studentin aus Tijuana erzählt von ihren ersten Eindrücken zu Beginn der Bewegung:

„Cuando nace el 132 en el DF fue como una identificación, (...) cuando sucede este acontecimiento en la universidad, en la Ibero, fue como (...) darme cuenta (...) que yo no estaba sola, teníamos una red y no nada más era local, era una red nacional, de personas, de jóvenes, que estaban despiertos y que querían hacer algo para cambiar la situación que estamos viviendo, que es como de decadencia política, (...) y después, haciendo un análisis más profundo y dándome cuenta que no nada más era el movimiento de aquí, de aquí de México, sino que muchos países latinoamericanos incluso España y en Europa, se estaban organizando también, por este... por esta, si, digamos decadencia política, este pues nos hizo sentir muy fuertes, o bueno, a mí en lo personal, me hizo sentir muy fuerte“ (Interview Nr. 2).

Auffällig an *#Yo Soy 132* ist, dass die Bewegung von einer privaten Universität ausging, welche in Mexiko grundsätzlich nicht als „Horte des linken Aufständertums“ gelten. Es sei von Peña Nietos

⁵² als sogenannte *trending topics* werden jene Themen im Kurznachrichtendienst *Twitter* bezeichnet, die verhältnismäßig öfter als andere aufgerufen werden; dies kann auch manipuliert werden;

Wahlkampfteam zwar länger überlegt worden, ob der Wahlkampfauftritt an der *Universidad Iberoamericana* abgehalten werden sollte, derartige Ausschreitungen seien jedoch nicht erwartet worden, wie auch folgendes Zitat zum Ausdruck bringt: „Como en la Ibero está el estereotipo del hijo del beneficiario del sistema, no tenían plan B“ (Muñoz Ramírez 2012: 42). Ähnlich auch ein Interviewpartner in Tijuana: „Aquí lo interesante es que salió de una universidad privada. Las universidades privadas en México no son necesariamente los espacios para la rebelión, (...) eso fue muy interesante, que la Ibero, luego el Tec de Monterrey, y el ITAM“ (Interview Nr. 5). Für die mexikanische Journalistin Flor Goche sei dies ein Ausdruck dafür, dass die ökonomische Krise und soziale Unzufriedenheit mittlerweile auch die gut situierte Klasse erreicht habe (vgl. Flor Goche 2012).

Schon in den darauffolgenden Tagen begann die Vernetzung mit anderen Universitäten, ein Protestmarsch zum TV-Unternehmen *Televisa* wurde geplant. Zu ersten großen Demonstrationen kam es am 23. und am 26. Mai im Zentrum von Mexiko-Stadt. Dabei stand das Thema Demokratisierung der Medien im Mittelpunkt (vgl. Foro TV 2012, Dystopiafilmsmexico 2012). Rasch breitete sich die Bewegung in ganz Mexiko aus. Besonders in den Bundesstaaten *Morelos, Puebla, Michoacán, Oaxaca, Guerrero, Sinaloa, Veracruz, Hidalgo, Estado de México* und *Baja California Norte* wurden regionale *#Yo Soy 132*-Gruppen aktiv. So auch in der nordwestlichsten Stadt Mexikos, Tijuana. Die verschiedenen *#Yo Soy 132* Tijuana-Gruppen wurden hauptsächlich von StudentInnen und zivilgesellschaftlich aktiven BürgerInnen, die zum Teil auch in anderen Gruppen organisiert waren (z.B. im Kollektiv *Anti-Imposición*), getragen. Die Bewegung in Tijuana war in viele Splittergruppen aufgeteilt, was sie vermutlich einiges an Stärke kostete. Grundsätzlich waren die Gruppen von *#Yo Soy 132* Tijuana in Kontakt mit *#Yo Soy 132* von Mexiko-Stadt, identifizierten sich mit ähnlichen Zielen und übernahmen die Organisationsform der Bewegung. Angesichts diverser Auffassungsunterschiede mit der Bewegung in der Hauptstadt wurden jedoch auch eigene Wege eingeschlagen, indem z.B. lokale Probleme aufgegriffen und unterstützt wurden (vgl. Interview Nr. 4). Zu großen Demonstrationen kam es in Tijuana erst nach den Wahlen, am 4. und am 22. Juli (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 192).

Die StudentInnen der *Ibero* hatten von Anfang an mit Einschüchterungen durch die Polizei zu kämpfen. Jene StudentInnen, die das Video *131 Alumnos de la Ibero responden* geschnitten und hochgeladen hatten, sahen sich Bedrohungen ausgesetzt und hatten Angst vor möglichen Konsequenzen. Aktive Mitglieder von *#Yo Soy 132* hatten mit körperlicher Gewalt, Überwachung, Drohungen, Festnahmen, Sabotage, Raub und Verfolgungen zu rechnen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 178). Die Reaktionen der lokalen Regierungen auf die regionalen Ableger der Bewegungen waren noch besorgniserregender. Besonders aus den militarisierten Bundesstaaten wurden Repressio-

nen gegenüber #Yo Soy 132-Gruppen gemeldet. In León wurden Mitglieder der Bewegung zusammengeschlagen, in Juárez sogar gefangen genommen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 58f). Auch die StudentInnen der Gruppe #Yo Soy 132 Tijuana berichteten von Einschüchterungen durch die Universitätsorgane (vgl. Interview Nr. 2).

Am 30. Mai 2012 fand die erste interuniversitäre Versammlung (*asamblea interuniversitaria*) in den *Islas de Ciudad Universitaria* der UNAM statt, an der ca. 6.500 Personen von 54 öffentlichen und privaten Universitäten aus ganz Mexiko teilnahmen. Bei diesem Treffen waren auch bereits andere gesellschaftliche Protestbewegungen anwesend, wie z.B. die *Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra*, VertreterInnen der Arbeiterbewegungen, außerdem KünstlerInnen und Intellektuelle, NGOs sowie rund 90 MedienvertreterInnen aus dem In- und Ausland. Es gab Diskussionsrunden (*mesas*) zu 15 Themen: Medien, politische Positionierung, Wahlen am 1.7.2012, Organisation der Bewegung, Versammlungsmodus, Kunst und Kultur, Bildungspolitik, Wissenschaft und Gesundheit, Gewalt und Repression gegenüber sozialen Bewegungen, Demokratisierung an Universitäten, Reichweite der Bewegung, nationaler Aktionsplan für die Zeit nach der Wahl, Umwelt, geschichtliches Erinnerungsbewusstsein und internationale Vernetzung. Bei dieser Versammlung wurden erste organisatorische und identitäre Grundsätze gefasst: der anti-neoliberale Charakter, der Wille zum über die Wahlen hinausgehenden Bestehen der Bewegung und dass sich #Yo Soy 132 an die gesamte politische Klasse und nicht nur an Enrique Peña Nieto richte. Darüber hinaus wurden die drei Prinzipien Pluralismus, Pazifismus, Unparteilichkeit formuliert.

Dieser Tag war auch die Geburtsstunde von #Yo Soy 132 *Internacional*. In verschiedensten Teilen der Welt fand die Bewegung durch junge MexikanerInnen, die teilweise nicht einmal in Mexiko geboren waren, im jeweiligen Land Verbreitung, unter anderem auch in Österreich (vgl. Canalel-mex 2012). Vielerorts vereinten sich die #Yo Soy 132-Vereinigungen mit sozialen Kämpfen auf nationaler Ebene des jeweiligen Landes. Es kam zu Demonstrationen vor mexikanischen Botschaften in der ganzen Welt. Am Höhepunkt der Bewegung waren 72 #Yo Soy 132-Vereinigungen bekannt. Mithilfe der neuen Medien organisierte sich #Yo Soy 132 *Internacional* über Cyber-Versammlungen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 201ff).

Der Juni 2012 als letzter Monat vor der Präsidentschaftswahl war geprägt von Demonstrationen, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen (*debates*) von #Yo Soy 132. Eine große Demonstration mit 90.000 Menschen fand am 10. Juni 2012 in Mexiko-Stadt statt. Das Datum war auch in Erinnerung an die Repression des Studierendenaufstandes von 1971 gewählt worden. Am 19. Juni fand eine Diskussionsveranstaltung mit drei der vier PräsidentschaftskandidatInnen statt, die von #Yo Soy 132 vorbereitet und durchgeführt und im Fernsehen übertragen wurde. Die Fragen wurden an den verschiedenen thematischen *mesas* ausgearbeitet bzw. konnten auch live in der Sen-

derung gestellt werden. Enrique Peña Nieto nahm als einziger Kandidat nicht an der Diskussion teil, da er die Bewegung nicht durch seine Teilnahme legitimieren wollte. Seine Abwesenheit wurde durch das Symbol eines leeren Sessels während der Diskussion unterstrichen (vgl. MasDe131 2012).

Am 22. Juni fand am und um den *Zócalo* in Mexiko-Stadt ein Kulturfest statt, bei dem der plurale Charakter der Bewegung stark zum Ausdruck kam. KünstlerInnen, die derzeit in Mexiko sehr erfolgreich sind, sympathisierten mit der Bewegung und brachten ihre Unterstützung durch Benefizkonzerte oder öffentliche Aktionen zum Ausdruck⁵³. Es gab auch ein Lied der Bewegung (vgl. kainABEL777 2012). Am 24. Juni fand trotz der offiziell unparteilichen Ausrichtung der Bewegung eine Anti-Peña-Nieto-Demonstration (*marcha Anti-Peña*) vom *Zócalo* zum Hauptsitz von *Televisa* statt. Am 30. Juni, dem Vortag der Wahl, wurde in Übereinstimmung mit der von der Bundeswahlbehörde IFE verhängten *veda electoral*⁵⁴ ein Lichtermarsch vom Stadtteil *Tlatelolco* zum *Zócalo* organisiert. Dieser Protest stand unter dem Motto *Fiesta por la Luz de la Verdad* (dt.: „Fest für ein Licht der Wahrheit“). Es wurde dabei abermals vor *Televisa* Halt gemacht und ein Plan für die Zeit nach den Wahlen verkündet. Im Zuge dieser letzten großen Aktion vor den Wahlen wurde der im Titel dieser Arbeit geführte Slogan „*Si no ardemos juntos – ¿quién iluminará esta oscuridad?*“ (dt.: „Wenn wir nicht gemeinsam brennen, wer wird dann diese Dunkelheit erhellen?“) sehr populär. Mit der erwähnten Dunkelheit spielt die Bewegung auf die von ihr kritisierten Missstände⁵⁵ im politischen System Mexikos an (vgl. Imágenes En Rebeldía 2012, MasDe131 2012a).

Am 1. Juli 2012 fanden die Präsidentschaftswahlen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 63,08% kam es nach zwölf Jahren PAN-Regierung zu einer Rückkehr der alten Staatspartei: die PRI erreichte gemeinsam mit ihrem Bündnispartner *Partido Verde Ecologista de México* den höchsten Stimmenanteil von 38.21%. Das Bündnis aus PRD, PT und die Bewegung *Movimiento Ciudadano* mit ihrem Kandidaten Andrés Manuel López Obrador kam auf 31.59% der Stimmen, die PAN mit ihrer Kandidatin Josefina Vázquez Mota auf 25.41%. Der vierte Präsidentschaftskandidat Gabriel Quadri de la Torre erreichte mit seiner *Nueva Alianza* 2.29% der Stimmen (vgl. IFE 2012). Somit war der der Bewegung *#Yo Soy 132* verhasste Kandidat Peña Nieto zum neuen Präsidenten Mexikos gewählt worden.

⁵³ vgl. z.B. YouTube-Video *Un Derecho de Nacimiento* des Musiker-Kollektivs *Músicosconyosoy132*, an dessen Produktion die Sängerinnen Natalia Lafourcade und Carla Morrison teilnahmen (vgl. miauctortv 2012).

⁵⁴ auf Deutsch in etwa „Wahlkampf-Sperre“, bezeichnet die unmittelbare Zeit vor einer Wahl (in Mexiko: drei Tage vorher), in der politische Kundgebungen, Wahlkampfauftritte oder die Veröffentlichung von Meinungsumfragen verboten sind, um die freie Meinungsfindung der BürgerInnen nicht zu beeinflussen.

⁵⁵ siehe dafür auch den folgenden Abschnitt.

Mehr als 3000 Mitglieder von #Yo Soy 132 fungierten als WahlbeobachterInnen und dokumentierten 2700 Unregelmäßigkeiten (*delitos electorales*) bei der Wahl am 1. Juli 2012. Diese wurden dem Wahltribunal gemeldet (vgl. Goche 2012). #Yo Soy 132 brachte in einem Positionspapier nach der Wahl zum Ausdruck, dass es das Wahlergebnis aufgrund von Verfahrensfehlern und eines undemokratischen Wahlkampfes nicht anerkenne:

“La jornada electoral del 1 de julio (...) no se desarrolló en un ambiente de paz y legalidad, que en ella prevalecieron prácticas profundamente antidemocráticas como la violencia de Estado, la compra y la coacción del voto, la manipulación mediática, el uso amañado de las encuestas y otras prácticas ilícitas que alteraron la esencia del sufragio libre, razonado y crítico” (vgl. Montalvo 2012).

Auch der Zweitplatzierte Andrés Manuel López Obrador warf der PRI vor, positive Medienberichterstattung erkaufte und Millionen WählerInnen vor der Stimmabgabe mit Geschenken beeinflusst zu haben. Den Wahlbetrugsvorwürfen wurde mit einer Neuauszählung von mehr als der Hälfte der Wahlurnen begegnet. Danach teilte die Bundeswahlbehörde IFE jedoch mit, es bleibe bei einem Vorsprung von fast sieben Prozentpunkten Peña Nietos vor Andrés Manuel López Obrador. Unmittelbar nach der Wahl kam es zu großen Demonstrationen in Mexiko-Stadt und anderen größeren Städten in ganz Mexiko, so z.B. am 2. und am 22. Juli 2012 (vgl. APA 2012).

Danach kam es noch zu einigen Veranstaltungen und nationalen Treffen, so z.B. von 6.-8. Juli in Huexca, *Morelos* oder am 14. und 15. Juli in Atenco. Bei dieser *Convención Nacional* von rund 300 NGOs, darunter #Yo Soy 132, wurde abermals gegen Enrique Peña Nietos Wahlsieg demonstriert (vgl. Goche 2012). Im Herbst wurde es ruhig um die Bewegung. Enttäuschung, Resignation und Desillusion machten sich breit: „Nos creíamos que éramos bien chingones y que estábamos volteando al país, y... pues no” (Max, zit. nach Muñoz Ramírez 2012: 163). Eine Studentin aus Tijuana berichtet von der Enttäuschung, dass der Wandel offenbar nicht geglückt war:

„(...) porque había un momento en el cual creía como que podemos cambiar el mundo pues, estábamos tan unidos, éramos tantos, que nosotros íbamos a cambiar *algo* de una manera inmediata, rápida. (...) Sí, ésta era mi impresión y me fui en este viaje pensando en que eso va a pasar, cuando me di cuenta que no fue también como una pequeña crisis, darme cuenta que no iba a suceder así” (Interview Nr. 2).

Dieselbe Person von #Yo Soy 132 Tijuana spricht über ihre Träume zu Beginn der Bewegung:

“Pensé que podíamos evitar que Peña Nieto tomara posesión. (...) Uno que podíamos mover a ésta persona porque nosotros como pueblo teníamos el poder. El otro fue que la gente estaba consciente, que la gente cada vez más iba a estar como que se iba a politizar un poco más. Y que a todos les iba a interesar la vida política de su país. Eso fue una cosa que yo creí que iba a pasar [lacht]. Y otra cosa, la tercera cosa así muy importante que nos íbamos a, que este era un proceso como de empoderamiento social, eso era” (Interview Nr. 2).

Viele der regionalen #Yo Soy 132-Gruppen lösten sich in den darauf folgenden Monaten auf, manche gingen in anderen sozialen Bewegungen auf.

Die Angelobung Enrique Peña Nietos am 1. Dezember 2012 bedeutete ein kurzfristiges Wiederaufleben der Bewegung: in den Straßen rund um den Regierungssitz *Los Pinos* wurde heftig gegen den Amtsantritt Peña Nietos demonstriert, wobei es zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei kam. Schon eine Woche vorher war der Bereich um den Regierungspalast abgesperrt worden. Enrique Peña Nieto betonte bei seiner Antrittsrede, dass es seine wichtigste Aufgabe sei, Frieden zu schaffen und der Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen ein Ende zu bereiten, während auf den Straßen einige Tausend DemonstrantInnen gegen die Rückkehr der PRI protestierten. Davon wurden rund 500 großteils maskierte DemonstrantInnen gewalttätig und begannen zu randalieren. Die Polizei reagierte mit Tränengas und Festnahmen. Die Angaben bzgl. verletzter Personen im Zuge der Ausschreitungen variieren zwischen acht und 76 Personen. Eine Person verstarb im Zuge der Gewaltausschreitungen, von fünf bis sechs Schwerverletzten war die Rede. Die Angaben über die Festnahmen variieren zwischen 65 und fast 100 (vgl. teleSURtv 2012a, Stern 2012, The Guardian 2012, Süddeutsche 2012, BBC 2012). Angesichts dieser Ausschreitungen und der Repressionen sprach die Opposition von einer Rückkehr der Vergangenheit (vgl. The Guardian 2012). Für den mexikanischen Journalisten von *La Jornada*, Luis Hernández, hatten die Ausschreitungen des 1. Dezember 2012 symbolischen Charakter: er sah in ihnen Vorboten von Gewalt, Zwang und Repression (vgl. teleSURtv 2012b). Auch #Yo Soy 132 mobilisierte seine Mitglieder, gegen die Amtseinführung Peña Nietos zu protestieren. Ein Marsch zum *Zócalo*, Kundgebungen und künstlerische Protestaktionen in 15 Bundesstaaten wurden organisiert. Auch international kam es zu Demonstrationen gegen Peña Nietos Amtsantritt (vgl. CNNMéxico 2012).

Danach kam es zum endgültigen Abflauen der Bewegung. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen, ein Jahr nach dem Höhepunkt der Bewegung #Yo Soy 132, kann man sagen, dass #Yo Soy 132 in der mexikanischen Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielt.

Ich möchte an dieser Stelle zwei Interviewpartnerinnen zu Wort kommen lassen, die über ihr ganz persönliches Resümee von #Yo Soy 132 berichten. Beim ersten Ausschnitt wird die Enttäuschung derer, die wirklich etwas bewegen wollten, deutlich:

“Me llevo una muy grande desilusión, (...) si ahorita me volverían a decir: volverías a participar en un movimiento o en un intento yo te diría que no. O sea, a mí me quedó muy claro que cuando uno quiere hacer las cosas no necesita respaldarse de 1500 personas que vayan a gritar, con cinco personas que tengas estas ganas de hacer las cosas tú puedes hacer un cambio. (...) iba con la idea de hacer algo, no de ‘ayyy, a ver cuando nos vamos a pintar las uñas’, no [lacht], o sea (...) Nunca iba con esta intención, entonces siempre me posicionaron como la amargada del grupo, lo que en ningún momento me molestó porque, pues la verdad que sí, aquí se viene a hacer algo” (Interview Nr. 4).

Andere wiederum nehmen sich die Erkenntnis mit, in ihrem persönlichen Umkreis mit der Veränderung zu beginnen:

“Para mí lo que significa ya ahora en este momento, (...) que fue un proceso de transformación, yo siento que ya no soy la misma desde que 132 empezó, (...) porque me relacionaba con gente que también piensa y cree, y que tiene los mismos ideales o muy parecidos a los míos, o yo a los de ellos, (...) y creo que me deja, lo que más significa para mí, es como ‘que voy a hacer yo por mi entorno’, o sea, en el lugar donde estoy (...) que es lo que voy a ofrecer para transformar todo eso lo que no me gusta, pero ya no como de un nivel muy macro pues, nada más de lo micro y de lo que a mí me corresponde” (Interview Nr. 2).

Die neuen Medien, besonders das soziale Netzwerk *Facebook*, der Kurznachrichtendienst *Twitter* sowie die Videoplattform *YouTube* spielten in der Entstehung und im weiteren Verlauf von *#Yo Soy 132* eine wichtige Rolle: schon vor dem Besuch Peña Nietos an der *Ibero* gab es eine Facebook-Gruppe, in der Fragen für die Fragerunde mit dem Präsidentschaftskandidaten gesammelt wurden. Die Tageszeitung *El Universal* brachte am Tag des Aufstands eine kurze Nachricht über geplante Aktivitäten an der *Ibero*, mit Link zu ebendieser Facebook-Gruppe. Das nach den Geschehnissen an der *Universidad Iberoamericana* auf *YouTube* hochgeladene Protestvideo *131 Alumnos de la Ibero responden*, mit dem die StudentInnen auf die verzerrte Mediendarstellung reagierten und die Welle der Unterstützung, die es auslöste, waren maßgeblich durch den Einsatz von neuen Medien getragen. Der Aufruf zur ersten großen Demonstration am 23. Mai im Stadtzentrum von Mexiko-Stadt erfolgte ausschließlich über soziale Netzwerke. Auch die nationale und internationale Vernetzung wäre in der dagewesenen Form ohne *Facebook* & Co. nicht denkbar gewesen. Eine Studentin aus Tijuana bringt diese tragende Rolle der neuen Medien in und rund um *#Yo Soy 132* so zum Ausdruck: „Yo creo que una cosa muy importante fue eso de la tecnología, del internet, de facebook, de twitter, de toda la información que va llegando. (...) yo estaba en la escuela, y de repente llegaba, me conectaba, y siempre noticias” (Interview Nr. 2).

4.3.2 Selbstverständnis und Kernforderungen

“Declaramos que otro mundo es posible” (*#Yo Soy 132* 2012, Dokument 2).

Die Bewegung *#Yo Soy 132* stand für ein „anderes Mexiko“, für ein Mexiko “más libre, más próspero y más justo” (für ein “freieres, florierendes und gerechteres Mexiko”). Eines der Hauptanliegen war eine “democracia más auténtica” (eine „echtere Demokratie“).

Die von *#Yo Soy 132* identifizierten Missstände beziehen sich auf das aktuelle politische und wirtschaftliche System Mexikos in seiner Gesamtheit, welches, so die Bewegung in ihren Positionspapieren (*#Yo Soy 132* 2012, Dokumente 1-7, Muñoz Ramírez 2012), die Bedürfnisse des Großteils der MexikanerInnen nicht erfülle:

„Resaltando que en México, en sus instituciones y sus universidades, los funcionarios no funcionan, los políticos hacen de todo menos política, los votantes votan pero no eligen, los medios de información desinforman, las banca rotas se colectivizan, las ganancias se individualizan, es más libre el dinero que las personas y estas están al servicio de las cosas” (*#Yo Soy 132* 2012, Dokument 3).

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte hätten nicht dazu beigetragen, die soziale Ungleichheit im Land zu verringern. Ein Großteil der Bevölkerung leide nach wie vor unter Ressourcenknappheit. Die Transparenz bzgl. der Staatsausgaben lasse zu wünschen übrig. Mexiko sei zu einer Medien-Demokratie („*democracia con un maquillaje mediático*“, #Yo Soy 132, Dokument 2) verkommen. Die BürgerInnen hätten kein Vertrauen in staatliche Institutionen oder Parteien. Wahlen entsprächen nicht den demokratischen Standards. Außerdem seien Korruption, Straffreiheit und Gewalt durch den Staat (*violencia del estado*) sowie die voranschreitende Militarisierung gewichtige Probleme des mexikanischen Staates (vgl. #Yo Soy 132 2012, Dokumente 1-7, Muñoz Ramírez 2012).

Vor diesem Hintergrund formulierte die Bewegung #Yo Soy 132 ihr Selbstverständnis anhand folgender Prinzipien:

- *unparteiisch*: Dieses Kriterium hat vor allem mit der Entstehungsgeschichte zur Zeit des Präsidentschaftswahlkampfes im Frühling 2012 zu tun. Die Mitglieder von #Yo Soy 132 fühlten sich von keiner der politischen Parteien vertreten, ihr Protest richtete sich gegen das politische System in seiner Gesamtheit. Der Bewegung wurde immer wieder eine gewisse Nähe zum Präsidentschaftskandidaten der PRD, Andrés Manuel López Obrador, nachgesagt, wovon sie sich offiziell distanzierte.
- *pazifistisch*: #Yo Soy 132 strebte Veränderung durch Dialog an. Gerade angesichts dieses Grundsatzes war es für Mitglieder der Bewegung ärgerlich, mit randalierenden DemonstrantInnen in einen Topf geschmissen zu werden. Kreativität, Musik und Kunst als Ausdrucksformen spielten bei den öffentlichen Kundgebungen eine wichtige Rolle: „*Declaramos que la cultura y el arte son nuestras dos armas más poderosas*“ (vgl. #Yo Soy 132, Dokument 2).
- *inklusiv und pluralistisch*: Es wurde eine Solidarisierung mit anderen sozialen Bewegungen angestrebt, ohne diese oder deren Anliegen zu vereinnahmen. Die Bewegung war für alle, die sich beteiligen wollten, offen.
- *sozio-politischer Charakter der Bewegung*: alle Aktivitäten, die im Namen der Bewegung #Yo Soy 132 veranstaltet wurden, sollten in Zusammenhang mit den politischen und öffentlichen Angelegenheiten Mexikos stehen.
- *für freie Meinungsäußerung und aktive Partizipation der mexikanischen Zivilgesellschaft.*
- *gegen Scheindemokratie.*
- *autonom, verantwortungsvoll, anti-neoliberal, dezentral.*

(vgl. #Yo Soy 132 Media, *Quienes Somos*).

Nicht so große Klarheit herrschte allerdings über die studentische Identität der Bewegung. Begonnen an einer Universität und hauptsächlich von StudentInnen getragen, wurde ihr der studentische Charakter quasi automatisch zugeschrieben. Im Unterschied zu anderen Studierendenbewegungen ging es aber im Fall von *#Yo Soy 132* nicht in erster Linie um bildungspolitische, sondern um gesamtgesellschaftliche Anliegen, weshalb sich die Mitglieder der Bewegung auch als Teil der organisierten Zivilbevölkerung verstanden und sich mit dieser zu vernetzen versuchten: „El punto no era luchar como estudiantes organizados, sino como pueblo organizado“ (Néstor in Muñoz Ramírez 2012: 78).

Die Kernforderungen von *#Yo Soy 132* können den sieben offiziellen Dokumenten der Bewegung, welche in der Zeit von 23. Mai bis 1. September 2012 entstanden sind und veröffentlicht wurden, entnommen werden (vgl. *#Yo Soy 132* 2012, Dokumente 1-7, Muñoz Ramírez 2012). Bei den ersten großen Demonstrationen im Mai 2012 stand die Forderung nach einer Demokratisierung der Medienlandschaft im Mittelpunkt. In weiterer Folge entwickelten sich dann differenziertere Forderungen nach Reformen des mexikanischen Bildungs-, Wirtschafts-, Justiz- und Gesundheitssystems. Teilweise enthalten die Grundlegendokumente der Bewegung auch sehr detaillierte Forderungen (z.B. „Exigimos que la empresa Hildebrando no haga el conteo de la elección“, vgl. *#Yo Soy 132*, Dokument 2).

In Folge nun ein Überblick über die zentralen Forderungen von *#Yo Soy 132*:

- Demokratisierung der Medien

„Televisa y TV Azteca son la cara más visible y el principal instrumento de la oligarquía que gobierna este país, de los poderes fácticos que, de acuerdo a sus intereses, imponen y quitan gobernantes. Son empresas que producen y difunden información manipulada, confusa y tergiversada para hacer pasar por opinión pública lo que conviene al régimen económico y político, para imponer a los gobernantes que ejecuten los proyectos neoliberales de los grandes capitalistas tanto nacionales como transnacionales“ (*#Yo Soy 132*, Dokument 6).

#Yo Soy 132 ging davon aus, dass ein Schritt zur Überwindung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Misere Mexikos eine Befähigung der BürgerInnen durch objektive Information sei. Das Recht auf Information und freie Meinungsäußerung wurde somit zur Hauptforderung der Bewegung. Information solle transparent, unparteiisch und vielfältig sein, um eine kritische Meinungsbildung der StaatsbürgerInnen zu ermöglichen. In diesem Sinne wurde auch gefordert, das Recht auf Internetzugang konstitutionell zu verankern.

Um diese Art der Information zu gewährleisten, forderte die Bewegung einen echten Wettbewerb am Medienmarkt, v.a. im Bereich des Fernsehens, der von den zwei großen Medienkonzernen *Televisa* und *TV Azteca* dominiert wird. Ein weiterer Vorschlag, um dieses Ziel zu erreichen, sei eine gemeinschaftliche Verwaltung von Medienunternehmen. Darüber hinaus sollten in allen

Medien Organe installiert werden, die die Wahrung des öffentlichen Interesses zum Ziel haben, wie z.B. eine Ethikkommission oder ein Ombudsmann. *#Yo Soy 132* kritisierte weiter, die aktive Zivilgesellschaft werde in den Massenmedien ausgespart und forderte einen Raum zur Diskussion ihrer Anliegen in diesen Medien.

Eine Forderung in Bezug auf die Situation mexikanischer Medien bezog sich auf die Sicherheit von JournalistInnen: seit 2000 waren 72 JournalistInnen ermordet worden, 40 Angriffe auf Medieneinrichtungen wurden in diesem Zeitraum verübt. Allein im Jahr 2011 wurden 172 Fälle von Aggressionen gegen JournalistInnen registriert (vgl. *#Yo Soy 132*, Dokument 7). *#Yo Soy 132* forderte deshalb mehr Sicherheit für JournalistInnen im Allgemeinen als auch für jene in ihren eigenen Reihen.

- Freie Bildung für alle MexikanerInnen

“Exigimos el cambio del modelo educativo, tecnológico y científico, así como el establecimiento nacional de una educación verdaderamente laica, gratuita, científica, pluricultural, democrática, humanista, popular, crítica, reflexiva, de alto nivel académico y garantizada por el Estado en todos los niveles como obligación constitucional” (*#Yo Soy 132*, Dokument 5).

#Yo Soy 132 trat grundsätzlich für einen freien Bildungszugang auf allen Niveaus für alle MexikanerInnen sowie gegen eine Privatisierung der Bildung ein. Die Bewegung lehnte das Bildungspunkteprogramm für den tertiären Bereich ab, da es laut ihrer Auffassung gegen Artikel 3 (eine laizistische, kostenlose, demokratische und nationale Bildung) und 24 (*libertad de culto*) der mexikanischen Verfassung verstoße. In gleicher Weise wurden alle Bildungsprogramme mit Wettbewerbscharakter abgelehnt sowie eine Aufhebung aller Bildungsreformen, die durch die internationalen Institutionen wie OECD oder Weltbank angestoßen wurden, gefordert.

Als Bildungsbudget wurden die im Gesetz festgehaltenen 8-10% des BIP gefordert. Der Bildungsnachfrage im ganzen Land solle nachgegangen werden und der Analphabetismus ein für alle Mal in ganz Mexiko der Vergangenheit angehören. Als maßgeblich von StudentInnen getragene Bewegung forderte *#Yo Soy 132* auch mehr Geld für die Universitäten sowie eine quantitative wie qualitative Verbesserung der Stipendienprogramme. Grundsätzlich wurde auch in diesem Bereich ein Mehr an Demokratie sowie ein Abbau autoritärer Strukturen gefordert. Die korporatistische und elitäre Struktur des CONACyT, dem nationalen Programm für Wissenschaft und Technologie, sollten abgebaut werden (vgl. *#Yo Soy 132*, Dokument 2).

- Änderung des Wirtschaftssystems

“El neoliberalismo nos empobrece, excluye, margina y violenta, es por eso que el movimiento #Yo Soy 132 se pronuncia a favor de una economía humana, justa, soberana, sustentable y de paz” (#Yo Soy 132, Dokument 5).

„Entendemos al modelo económico actual como fuente de violencia en México y en el mundo y nos pronunciamos contra él” (#Yo Soy 132, Dokument 2).

#Yo Soy 132 positionierte sich grundsätzlich gegen das System des Neoliberalismus und seine Vorherrschaft über das Politische. Die Bewegung kritisierte die Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse, den Anstieg des informellen Sektors sowie die fortschreitende Ausbeutung der Umwelt und Vertreibungen von StaatsbürgerInnen aus ihrem Lebensbereich im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik an. Sie propagierte einen Neuentwurf des wirtschaftlichen Modells, um eine gerechtere Verteilung des nationalen Reichtums und somit eine Verbesserung der Lebensumstände aller MexikanerInnen zu erreichen. Als konkrete Lösungsmöglichkeiten wurde z.B. die Verstaatlichung der erneuerbaren Energien genannt (vgl. #Yo Soy 132, Dokument 2, 5).

- Verbesserungen im Bereich Sicherheit und Rechtsstaat

“Consideramos que para la restauración de la paz es imperante el retiro de las fuerzas armadas de las funciones de seguridad pública; así como detener la criminalización, represión y hostigamiento de la protesta social y de la población en general” (#Yo Soy 132, Dokument 2).

Die zunehmende Militarisierung Mexikos im Zuge des sogenannten *Kriegs gegen den Drogenhandel* wurde von der Bewegung als Unterordnung unter die Sicherheitsdoktrin der USA interpretiert. Die Militarisierung des Landes erleichtere auch eine Kriminalisierung sozialer Bewegungen und Repressionen gegenüber jenen, die sich für ihre Rechte oder die anderer einsetzen.

#Yo Soy 132 forderte daher, die Militarisierung zu stoppen und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten. Im Besonderen sprachen sie sich für den Schutz bedrohter JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen aus. Die Straflosigkeit für VerbrecherInnen, v.a., wenn diese den Staatsapparat repräsentieren, müsse ein Ende haben. Darüber hinaus hätten die BürgerInnen das Recht, ihre Sicherheit selbst in die Hände zu nehmen, nachdem der Staat diese nicht garantieren könne. Weiters wurde die Einhaltung des San Andrés-Abkommens zwischen den Zapatisten und der mexikanischen Regierung sowie die Freiheit für politische Gefangene gefordert (vgl. #Yo Soy 132, Dokument 2).

- Politische Transformation

“En caso de consumarse la imposición se restauraría el viejo régimen político que practica la violencia de Estado, la represión, el autoritarismo, la corrupción generalizada, el encubrimiento, la opacidad en la toma de decisiones públicas, la coacción del voto, y demás prácticas antidemocráticas” (#Yo Soy 132, Dokument 4).

#Yo Soy 132 sprach sich ganz klar gegen die antidemokratischen Praktiken und den autoritären Regierungsstil des alten Regimes aus. Gleichzeitig wurde das Bedenken zum Ausdruck gebracht, dass unter Präsident Felipe Calderón (2006-12) autoritäre Tendenzen wieder zugenommen hätten. Außerdem wurden am aktuellen politischen System Mexikos die Parteienherrschaft, die Dominanz der Oligarchie über die politische Klasse und Klientelismus als einzig mögliche Beziehungsform vom Staat zu seinen BürgerInnen kritisiert.

Die Bewegung trat ein für eine partizipative Demokratie und forderte nachvollziehbare Rechnungslegung und Transparenz, was das Staatsbudget betrifft. Außerdem wurden für eine lebendige Demokratie demokratisch organisierte Gewerkschaften als wichtig erachtet (#Yo Soy 132, Dokument 2).

- Gesundheit und Umwelt

In den Bereichen Gesundheit und Umwelt berief sich #Yo Soy 132 auf das in der Verfassung verankerte Recht auf Gesundheit (Artikel 4). Infolge der Kritik am neoliberalen Wirtschaftssystem wurde die Privatisierung des Gesundheitssystems bemängelt. Die Bewegung forderte ein Eintreten des Staates sowie aller BürgerInnen für Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit. Als konkrete Maßnahmen wurden Radfahren, Bewusstseinsbildung im Bereich Umwelt durch die Medien, eine nachhaltige Energiereform, ein Eintreten für den Klimaschutz, Müllvermeidung und -trennung sowie die Information der BürgerInnen über die negativen Folgen von Mega-Projekten genannt (vgl. #Yo Soy 132, Dokument 5).

4.3.3 Organisation

„(...) hacer una organización operativa que sea tan horizontal como sea posible, y que parta de la rotatividad y la revocabilidad. Se reconoce la autonomía de cada asamblea y buscamos ser un movimiento pacífico con asambleas públicas” (#Yo Soy 132, Dokument 2).

Die Organisation der Bewegung #Yo Soy 132 basierte auf der Repräsentation der unabhängigen Lokalgruppen (*juntas locales autónomas*) in der interuniversitären Generalversammlung (*Asamblea General Interuniversitaria, AGI*). Bereits nach den ersten großen Demonstrationen

wurden an den verschiedenen Hochschulen Versammlungen abgehalten. Auf horizontale Strukturen und vielfältige sowie demokratische Teilnahme aller Mitglieder wurde viel Wert gelegt. Eine ausgeprägte „Versammlungskultur“ (*asambleaísmo*) wurde zu einem der Merkmale von #Yo Soy 132, was auch Anlass für Kritik bot (mehr dazu siehe Kapitel 4.3.5).

In folgenden Abschnitt sollen die Organe der Bewegung und ihre Funktion kurz vorgestellt werden:

- Lokalgruppen (*juntas locales autónomas*) und Lokalversammlungen (*asambleas locales autónomas*):

Eine Lokalgruppe sind SympathisantInnen von #Yo Soy 132, die entweder einer Bildungseinrichtung angehören oder einen anderen Bereich der engagierten Zivilgesellschaft repräsentieren. Die Lokalversammlung ist das Entscheidungsgremium einer Lokalgruppe. Es werden zwei rotierende SprecherInnen (*voceros*) gewählt, die die Themen und ausgearbeiteten Vorschläge der Lokalversammlung in der AGI vertreten. In der Realität kann angenommen werden, dass Lokalgruppe und Lokalversammlung meist aus denselben Personen bestand.

- Generalversammlung (*Asamblea General Interuniversitaria, AGI*):

Die AGI war das höchste Entscheidungsgremium von #Yo Soy 132. Sie setzte sich aus den SprecherInnen der 130 Lokalgruppen aus ganz Mexiko und auch aus dem Ausland zusammen. Jede lokale Gruppe hatte eine Stimme. Der wechselnde Vorsitz hatte die Aufgabe, die Generalversammlung zu leiten und die Entscheidungsfähigkeit zu gewährleisten. Die TeilnehmerInnen wurden von den SprecherInnen der Lokalgruppen gewählt. Jede Lokalgruppe konnte ihre aktuellen Themen vorbringen, zukünftige Aktivitäten – gemäß den Grundsätzen der Bewegung: unabhängig, pazifistisch, unparteilich – wurden geplant. Als besonders wichtig wurde ein respektvolles und aggressionsfreies Gesprächsklima erachtet. Die Generalversammlungen waren grundsätzlich öffentlich: InteressentInnen aus der breiten Bevölkerung konnten teilnehmen, hatten jedoch kein Recht, mitabzustimmen. Die Strategie von #Yo Soy 132, keine AnführerIn zu haben oder diese/n zumindest nicht zu zeigen, war als Schutz gedacht.

Die ausführenden Organe der AGI waren die verschiedenen Kommissionen, bei denen jede/r Interessierte eingeladen war, sich mit seinen/ihren Kompetenzen einzubringen. Die Kommissionen arbeiteten zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Presse, Menschenrechte, Logistik, Sicherheit und Vernetzung.

Auch, wenn die Bewegung in dem von ihr produzierten „Versammlungshandbuch“ im Form des YouTube-Videos „Manual de la asamblea #YoSoy132“ von einer „partizipativen, flachen und effek-

tiven Organisationsstruktur“ spricht (vgl. OjoElectoral 2012), zeigte die Realität ein anderes Bild (siehe auch Abschnitt 4.3.5, Stichwort *asambleaísmo*).

Die Kommunikation unter den Mitgliedern verlief in erster Linie über die sogenannten neuen Medien, darunter spielten das soziale Netzwerk *Facebook* und der Kurznachrichtendienst *Twitter* eine federführende Rolle.

4.3.4 Wichtige Trägergruppen – gesellschaftliche Reichweite

Begonnen als studentische Bewegung, bewahrte *#Yo Soy 132* immer den studentischen Charakter und schaffte es nur teilweise, andere Bevölkerungsgruppen für ihre Anliegen zu mobilisieren. Vernetzungen gab es mit einigen anderen sozialen Bewegungen, wie z.B. der *Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra*, oder der Gewerkschaft der ElektrizitätsarbeiterInnen (*Sindicato Mexicano de Electricistas, SME*) (vgl. Goche 2012). Breite Unterstützung erfuhr die Bewegung auch von Intellektuellen und KünstlerInnen, die ihre Netzwerke und Fähigkeiten der Bewegung zur Verfügung stellten. Keine nähere Verbindung auf nationaler Ebene wurde mit Arbeiter-, Bauern-, und Indigenenbewegungen eingegangen.

Wie sehr die Unterstützung oder Ablehnung von *#Yo Soy 132* doch auch – trotz des Prinzips der Unparteilichkeit – mit den politischen Parteien, zu denen der Bewegung ein Nahverhältnis nachgesagt wurde bzw. die sie ablehnten, zu tun hatte, kommt in folgendem Interviewausschnitt deutlich zum Ausdruck:

„Yo pienso que llegó a un sector nada más. No... no a todos. Por lo mismo el movimiento estaba muy vinculado con Lopez Obrador. Entonces, la gente que estaba con Lopez Obrador, por lo general, eran intelectuales, estudiantes, maestros. Entonces, a este sector le quedó perfecto el saco, no, digámoslo así. No porque estaban con Lopez Obrador sino porque estaban en contra de Peña Nieto. (...) Pero si hubo un sector que lo rechazó totalmente, al movimiento. MJ: ¿Como llamarías a este sector? A: PRIista. No [lacht]. No pues muchos si eran PRIistas y muchos eran conservadores. (...) PANistas, o que les daba miedo que las cosas cambiaran. Estaban personas que estaban muy cómodas con su situación, en general, que decían „No, es que yo estoy bien así. (...)Y otro sector que eran los apáticos, quienes no les importa qué esté pasando“ (Interview Nr. 2).

Die lokalen *#Yo Soy 132*-Gruppierungen dienten vielerorts als Sammelbecken verschiedenster zivilgesellschaftlicher Initiativen und Protestbewegungen (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 79). Am Beispiel einiger Interviewausschnitte soll veranschaulicht werden, welche gesellschaftlichen Gruppierungen sich in *#Yo Soy 132* wiederfanden:

„Estudiantes y alumnos... y p.e. esta asociación civil, Ollin Cali [Juristische Beratung für Maquiladora-ArbeiterInnen, Anm. MJ], ellos se unieron también, (...) las personas que no eran estudiantes o alumnos, por lo general, se añadieron a la Asamblea Anti-Imposición, que era una asamblea a parte de nosotros, que se juntaba en la Torre Aguacaliente y que eran diferentes grupos y células que también traían su propio...

estaban en contra de la imposición de Peña Nieto pero cada uno de ellos tenía su propia ideología, su propia manera de pensar y hacer las cosas” (Interview Nr. 2).

“Lo que me sorprendía es que la gen-, es que había compañeros que con, que eran de posiciones, de clase alta, con muchos recursos económicos, de la misma familia que venía del partido del PRI, que apoyaba a Peña Nieto, estos hijos, que sus papás eran PRlistas estaban en el 132, eso dice, a ver, entonces no es generacional, sino que hay algo que rompe todo” (Interview Nr. 4).

“Yo creo que sí, el origen es muy claro, en una universidad aquí lo relevante es quizá que trascendió el mundo de los universitarios. Te digo porque en las marchas que yo vi aquí en Tijuana, (...) ya no vi puros estudiantes, vi gente de todas las edades, de muchas clases sociales, yo vi gente que jamás en la vida hubiera imaginado que fueran a asistir a una manifestación por ejemplo, eso me sorprendió mucho también, (...) tiene que ver mucho, yo creo que con la inconformidad que hay respecto al estado de las cosas en el país” (Interview Nr. 5).

#Yo Soy 132 vernetzte sich auch mit anderen internationalen Protestbewegungen wie z.B. der *Occupy*-Bewegung, mit Studentenprotesten in anderen Ländern (z.B. Spanien, Chile) etc. und stieß dadurch auf internationale Resonanz.

4.3.5 Probleme von *#Yo Soy 132*

Als spontan entstandene Bewegung von politisch relativ unerfahrenen Personen, die in Folge versuchte, sich selbst eine Struktur zu geben und über den Anlassfall des Wahlkampfes hinaus zu bestehen, war *#Yo Soy 132* natürlich mit unzähligen Herausforderungen konfrontiert. Diese sollen im folgenden Abschnitt thematisiert werden. Hierbei soll nicht eine „*Lessons Learned*-Analyse“ im Vordergrund stehen, sondern vielmehr soll dieser Abschnitt zu näherem Verständnis der Bewegung *#Yo Soy 132* dienen.

Eine zentrale Herausforderung betraf die Organisation der Bewegung, wie in folgender Aussage deutlich wird:

„Hubo muchos conflictos internos, ya en un momento que el movimiento trató de estructurarse, primero fue, la gente salía a la calle y toda la gente se estaba sintiendo 132, pero cuando se intentó hacer una estructura interna, allí fue cuando todo se perdió, y se perdió porque empezaron los liderazgos, p.e., y pues era un movimiento que se suponía que no tenía liderazgos, entonces la gente empezó a hacer las cosas a su modo, después decían que había infiltrados políticos, que había gente del PRI adentro del movimiento, incluso hubo muchos mitos que el PRI había inventado el 132” (Interview Nr. 2).

Einige Herausforderungen wurden in diesem Zitat schon angesprochen, welche in folgendem Abschnitt noch genauer beleuchtet werden sollen.

- „Nos han criticado mucho por ir por todo.“ – Auffangbecken *#Yo Soy 132*

Wie diese Studentin der UNAM im Buch der Journalistin Muñoz Ramírez (2012: 79) zum Ausdruck bringt, wurde die Fülle an Forderungen, die *#Yo Soy 132* stellte, stark kritisiert. Ausgehend von der

Kernforderung der Demokratisierung der Medien wurden in weiterer Folge differenziertere Forderungen nach Reformen des mexikanischen Bildungs-, Wirtschafts-, Justiz- und Gesundheitssystems entwickelt, sodass sich schlussendlich fast alle Unzufriedenen in der Bewegung wiederfanden. Dies erklärt einerseits zum Teil die hohe Beteiligung an den Protestmärschen, trug aber auch dazu bei, dass das Profil von *#Yo Soy 132* im Laufe der Zeit sehr unscharf wurde:

„El movimiento era como que aglutinaba a todas las personas que estaban enojadas, o sea, de hecho cualquier persona que tenía una molestia, allí estaba. (...) se sobrecargó de demandas, por el hecho de lo espontáneo que fue, llegó, toda la gente que quería algo, allí estaba, que las mamás solteras, que los estudiantes, que los indígenas-, todos todos todos, toda la gente que tuviera algo que pedir, allí estaba, (...) de hecho, el 132 tenía que resolver todo y por supuesto no pudo hacer nada” (Interview Nr. 4).

Bei Joachim Raschke (1988) findet man dazu, dass Bewegungen bzw. Protestgruppen, die der Formel *thinking small* folgen, d.h., die nur ein oder wenige *Issues* bearbeiten und nicht gleich die ganze Welt verändern wollen – und ihre GegnerInnen nur beeinflussen, aber nicht ersetzen oder „eliminieren“ wollen – mehr Erfolg haben als jene, die sich mit Forderungen überladen (vgl. Gamson zit. nach Raschke 1988: 392). Im Gegensatz dazu stand *#Yo Soy 132* für Rebellion gegen das gesamte System, wie folgender Interviewpartner zum Ausdruck bringt:

„Es como una franquicia, la rebeldía del 132. Aunque no sepas los principios o por que están luchando exactamente (...) fue como exportar una franquicia de rebeldía. [...] Y eso me gustó. Y allí conocí a varias personas. Que ahora son grandes amigos” (Interview Nr. 3).

Es darf angenommen werden, dass bei den großen Demonstrationen von *#Yo Soy 132* viele SympathisantInnen dabei waren, die zwar mit den Forderungen von *#Yo Soy 132* solidarisierten, bei denen das „Commitment“ mit der Bewegung jedoch nicht so stark ausgeprägt war. Die Faszination einer Massenbewegung trug wohl auch das Ihre dazu bei.

▪ innere Spannungen

#Yo Soy 132 war von inneren Spannungen geprägt, die sich größtenteils aus den Gegensätzlichkeiten der Mitglieder ergaben: StudentInnen von öffentlichen vs. jene von privater Universitäten, studentische vs. nicht-studentische AnhängerInnen usw. In erster Linie ging es um unterschiedliche Auffassungen Fragen die Vorgehensweise und die Organisation betreffend.

Eine Interviewpartnerin, die sich intensiv in der Lokalgruppe *#Yo Soy 132* Tijuana engagierte, spricht über die interne Zersplitterung der ca. 7-8 lokalen *#Yo Soy 132*-Gruppen, welche sie in erster Linie auf Zerwürfnisse über verschiedene Vorgehensweisen zurückführt:

“Sí, si lo ves de afuera es como que porque no se unen, si todos son 132 y pues... es lo mismo, pero había mucha diferencia, entre las personas y más bien veo como que era una diferencia de clase. (...) había gente que quería ir a romper cosas, y había gente que ‘no, es que nosotros somos muy correctos y queremos hacer

las cosas bien', entonces esta diferencia de cómo hacer las cosas hizo que no nos pudiéramos llevar bien. Entonces... pues también, si estás buscando igualdad, si estás buscando justicia, si estás buscando todas éstas, como principios, con la ciudadanía, y no te puedes llevar bien ni siquiera con tu compañero que se supone que tiene el mismo objetivo, ¿cómo le vas a hacer? (Interview Nr. 2).

In diesem Interviewausschnitt kommt auch die Diskrepanz zwischen den hohen Zielen der Bewegung auf nationaler Ebene und den internen Streitigkeiten zum Ausdruck.

Viele ließen sich offenbar von der Masse mitreißen, ohne konkret zu wissen, was sie mit ihren Protesten eigentlich erreichen wollten und ohne über Funktionsweisen der Demokratie oder institutionelle Prozesse genauer Bescheid zu wissen:

“Les preguntabas: ‘Oye y qué es democracia?’ – ‘Pues, es ir a votar’, entonces, tú decías: ‘Oye compa, ino!’, y les empezabas a ver todo, ahora sí que tú te interesabas y a lo mejor aunque no somos expertos y a lo mejor hay quienes dicen que yo no debería decir que es democracia, no, ‘Oye ¿y tú por qué me vienes a enseñar?’ – ‘Oye, porque como vas a ir a la tele a decir es que nos impusieron una democracia, el regimen...’, cuando ni siquiera sabes qué es!” (Interview Nr. 4).

Leider gab es auch eine gewaltbereite Abspaltung der Bewegung, von der sich *#Yo Soy 132* klar distanzierte:

“La mayoría de los chavos (...) iban en esa línea de ‘no Peña Nieto, Peña Nieto es lo malo’, sí, pero cómo vamos a cambiarlo, no lo vas a quitar de la presidencia, una vez que llega a la presidencia, una vez que se declare electo ya no lo vas a poder quitar. (...) Y ellos tenían la esperanza de quitarlo mediante marchas, mediante hacer movimientos como armados, como el que surgió ahora el primero de diciembre en el DF, este era la parte más radical del movimiento, - sí pertenecían al 132, pero como éramos pacifistas desde hace (...) muchos decimos ‘no, no va por allí, hay que cambiarlo de diferente forma’ (...) eso era un proceso más lento, para tratar de cambiar las cosas, como algo más idealista” (Interview Nr. 4).

▪ Dezentralisierung

Die dezentrale Organisationsform von *#Yo Soy 132* war eine der Stärken, wohl aber auch eine der großen Herausforderungen der Bewegung. Entscheidungen auf nationaler Ebene zu treffen und gleichzeitig die Eigenheiten und verschiedenen Prozesse in den regionalen Gruppen zu respektieren, im ganzen Land vertreten zu sein, ohne die gemeinsame Identität zu verlieren, stellte fast ein Ding der Unmöglichkeit dar (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 178). Dies kommt auch in den Aussagen eines ehemaligen *#Yo Soy 132*-Mitglieds aus Tijuana – immerhin rund 2.800 Kilometer von Mexiko-Stadt entfernt – deutlich zum Ausdruck:

„Una de las debilidades también era que el movimiento estaba muy centralizado. Todas las decisiones las tomaban en el centro del país, en la Ciudad de México, en las universidades grandes, lo que era la UNAM, la CUAM, la misma *Ibero* en la Ciudad de México (...) Tijuana es una realidad diferente, y el movimiento era diferente a lo de en el centro del país, y siempre fue como esa lucha de decir, a ver, por qué las decisiones las toman en el centro del país, sin tomar en cuenta los locales. La frontera norte, los movimientos en la frontera norte eran muy diferentes y la realidad es muy diferente de la del centro” (Interview Nr. 4).

- Vereinnahmung durch Parteien und Gruppierungen

Auch, wenn sich *#Yo Soy 132* von Anfang an als unparteiisch deklariert hatte, gelang es nicht, dieses Prinzip aufrecht zu erhalten. Vor allem die PRD mit ihrem Spitzenkandidaten Andrés Manuel López Obrador versuchte, die Bewegung für ihre Ziele zu vereinnahmen (vgl. men1052 2012: Werbevideo von AMLO am Ende des Videos über Rauswurf Peña Nietos aus der *Ibero*). Angst vor Verschwörungen und Vereinnahmung durch die Parteien führte auch zu den Splittergruppen, wie folgender Interviewausschnitt zeigt:

„Entonces era este choque entre que dejabas entrar a alguien a las asambleas, a las juntas, y te quedabas con esta desconfianza: vendrá con estas buenas intenciones o quiere llevarse a esta gente al partido. (...) y eso nos hacía que el grupo se hiciera muy cerrado y allí empezaban las asambleas en, siempre estabas atento a la conspiración, (...) decías ‘él está conspirando, él es del PRI’, incluso decías ‘es el enemigo’, y entonces, eso fue como que empezó a causar varios conflictos y se hizo que se hicieran diferentes *#Yo Soy 132*, por eso el *#Yo Soy 132* Comunidad, *#Yo Soy 132* Tijuana oficial, UABC,... porque eran grupos que tienen confianza entre ellos” (Interview Nr. 4).

Die Bewegung hatte auch mit Vereinnahmungen durch andere politische Gruppierungen zu kämpfen:

“(...) nunca nos imaginamos que los que al final debilitaron el movimiento y lo empezaron a deformar, fueron los movimientos pequeños, (...) como son el frente popular revolucionario, que son más de la corriente comunista, entonces llegaban y te vendían esta parte del comunismo, los trotskistas llegaban y ellos, pues sí están preparados, tienen buena oratoria y convencen a la gente, (...) de allí surgió de ya somos anticapitalistas, ya somos anti-neoliberales (...) porque ya traían la doctrina que les habían impuesto ciertos personajes” (Interview Nr. 4).

- Vorwurf des Elitismus

Aufgrund des Ursprungs der Bewegung an einer der teuersten privaten Universitäten Mexikos musste sich *#Yo Soy 132* den Vorwurf gefallen lassen, eine elitäre Bewegung zu sein, die nicht die wirklichen Bedürfnisse aller mexikanischen StudentInnen repräsentiere. Nachdem die neuen Medien eine derart zentrale Rolle in der Bewegung spielten, wurde auch der Vorwurf laut, dass Menschen ohne Internetzugang exkludiert werden würden (vgl. Muñoz Ramírez 2012: 281f). Im Jahr 2012 hatten 38,42% aller MexikanerInnen Internetzugang (vgl. ITU 2013).

Dass *#Yo Soy 132* sei eine Bewegung der gut situierten, gebildeten Mittelschicht sei, die ihre eigene „Komfortzone“ nicht verließ, diese Selbstkritik wurde sogar von Mitgliedern von *#Yo Soy 132* Tijuana geübt:

„No queríamos salir de nuestra zona de confort. Salíamos aquí al Río, que es como pues el lugar donde están todos, la plaza y los edificios, porque aquí es fácil, pero porque no se iban, no nos íbamos a marchar a lugares como, no sé, a colonias (...) a la Sanchez Taboada, al Florido, a lugares lejos pues. Ah no, teníamos que quedarnos siempre del Cuauhtémoc [bekannter Kreisverkehr in der Nähe des Zentrums von Tijuana, Anm. MJ] al Centro, del Centro al Cuauhtémoc. Entonces eso también nos daba poca visibilidad. Porque estábamos en un sector donde la gente de alguna manera si estaba informada, que las personas tienen acceso al internet,

personas que tienen acceso a medios de comunicación, que no nada más es la televisión, y estas personas que no tienen acceso a esto yo creo que ni enteradas estaban” (Interview Nr. 2).

“Nunca fuimos a buscar gente de las colonias para integrarles al movimiento, decirle qué era el movimiento, sino simplemente pensábamos que ya estaba dada la información porque estamos en las redes sociales pero nunca llegamos a las colonias donde no tienen internet, donde no leen el periódico, donde solamente ven la televisión y se enteran por este medio qué es el 132, entonces en intentos por informarle a la sociedad de lo que estaba pasando en este momento, en este proceso electoral, éramos muy pocos los que llegábamos a ir a las colonias” (Interview Nr. 4).

- “Muchas reuniones, poca acción” – *asambleísmo*

Es existierte weiters der Vorwurf, dass Elemente der politischen Kultur des PRI-Regimes von #Yo Soy 132 reproduziert wurden. Laut dem Soziologen Édgar Tafoya seien die Versammlungen und bürokratischen Strukturen von #Yo Soy 132 eine Reproduktion des mexikanischen Korporatismus. Es bräuchte flexiblere Strukturen, die eine schnellere Entscheidungsfindung erlauben, sodass nicht jede Entscheidung von der Generalversammlung abgesegnet werden müsse: „Entre sus filas [de #Yo Soy 132, Anm. MJ] hay sectores estudiantiles y juveniles que, sin quererlo reconocer y sin darse cuenta, lo único que hacen es reproducir la misma cultura política que nos han heredado“ (vgl. Goche 2012). Dem pflichten auch einige StudentInnen aus Tijuana bei, indem sie meinen:

“Vi que hablaban mucho y veían las cosas de diferentes ángulos. Y rodeaban mucho los temas y al final no hicimos muchas cosas. No hicimos nada al final, más como movilizaciones” (Interview Nr. 3).

“Existían personas que les gustaba mucho el decir ‘ok, ya tenemos la idea, pero ¿qué vamos a hacer o ¿cómo lo vamos a hacer?’, y existían otros que preferían pasar cuatro, cinco horas hablando de lo mismo, sin tener algo sustentable, todo eran ideas. Entonces eso, a las personas que se iban adentrando al movimiento les iban aburriendo y aburriendo y aburriendo, entonces, se fue dispersando mucho” (Interview Nr. 4).

- Andere Gründe

Die interviewten Mitglieder von #Yo Soy 132 Tijuana sprachen auch über ihre persönliche Enttäuschung, als #Yo Soy 132 nach den Wahlen an Bedeutung verlor und nicht mehr ihre ursprünglichen Ziele verfolgte. Auch von einem Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber der mexikanischen Bevölkerung war die Rede:

“Mirabas a gente humilde que te dicen, sabes que no traigo dinero pero ten veinte barros porque estás haciendo lo que yo nunca voy a hacer, estás viendo por mi país, ancianos en las marchas, marchando con su bastón y todos en verdad creían en esos jóvenes que era la primavera del momento, pero este movimiento se llenó de vicios y se empezó a convertir en un club social. Era punto de ligue, era si querías tener novio podías acudir al 132, si tenías ganas de ir a tomarte una cerveza con alguien y no tenías con quien podías irte al 132, si querías formar parte de un grupo de amigos muy grande, vente al 132” (Interview Nr. 4).

Eine andere Interviewpartnerin erhob den Vorwurf, *#Yo Soy 132* hätte mit den Hoffnungen der Menschen gespielt. Die Bewegung hätte schlussendlich einen Glaubwürdigkeitsverlust für soziale Bewegungen insgesamt eingebracht:

„Entro en ese choque cuando veo cómo juegan con la ilusión de las personas. Porque siempre lo dije, no, el PRI lucra con el hambre, o sea, te da una despensa y te condiciona tu voto. El PAN pues con las oportunidades que te brinda. Pero el PRD y el 132 están lucrando con la ilusión de las personas. En este punto el 132 está diciendo es que yo te estoy garantizando que va a pasar a lo mejor lo que sucede en Egipto, o lo que ha pasado en Europa, cuando nunca tiene la intención de hacerlo realmente, o sea, llega el momento de que dices: ‘Eso es una basura de movimiento’. Eso es el cáncer de la sociedad y realmente, ¿quiénes somos los malos?, los malos somos los que estamos adentro, o los que obtuvieron una presidencia de esta manera, porque ahorita estamos actuando igual. Ahorita estamos actuando por interés y no por beneficencia de la sociedad, entonces eso era así como que dices tu, que coraje que hayas quemado este cartucho, porque ante el estado una vez un movimiento puede sorprender, en distintas generaciones. En México pasó en el 68, pasó en el 71, con los Halcones y pasó en los dosmiles con el 132. ¿Cuánto tiempo te tienes que esperar para que se vuelva a recuperar la credibilidad de la sociedad en un movimiento. Entonces, ante la sociedad y ante el fracaso rotundo que el movimiento tuvo, o sea, ya la sociedad, esa persona que te dio 20 pesos, que eran para su galón de leche a lo mejor, en otra vez te va a decir ‘No aunque yo no los vi a lo mejor se lo van a ir a tomar porque a mí no me ayudaron en nada’, entonces, es eso, dices tú la sociedad ya no te vuelve a recibir como te recibió en su momento, y menos cuando tu única intención es estar en los procesos electorales, porque un movimiento que tiene sustancia, va a estar los 365 días del año constantemente, no nada más cuando saben que hay una elección” (Interview Nr. 4).

Die Strategie von *#Yo Soy 132*, keine AnführerIn zu haben oder diese/n zumindest nicht zu zeigen, wurde ebenfalls kritisiert:

“Hace falta un poco más de liderazgo. Con el riesgo de caer en una mini-dictadura. (...) Ha de haber una medida, un grado. Si después un pato está diciendo todo lo que hay que hacer pues destruye el mismo movimiento, no tiene sentido. (...) ¿Sabes cuál era el problema? Tal vez sí hubo líderes, pero no quisieron ponerse la camiseta de líderes. (...) Pero no creo que haya sido por la seguridad, yo creo que quisieron verse muy democráticos” (Interview Nr. 3).

Es wurde auch bemängelt, dass manche Personen die Bewegung *#Yo Soy 132* als persönliches Sprungbrett in die Politik missbrauchten:

„Muchos ven al movimiento así, como patos que buscan trabajo en la política. (...) Muchas personas así perciben a los movimientos sociales. Si eres líder quieres un trabajo en la política, quieres un hueso” (Interview Nr. 3).

4.3.6 Erfolge von *#Yo Soy 132*

So unerwartet, wie *#Yo Soy 132* entstanden war, so eindeutig fällt das Resümee bzgl. des Bruchs mit der noch stark vom autoritären PRI-Regime geprägten politischen Kultur des Landes auf, wie es der Historiker der UABC Tijuana Luis Carlos López Ulloa auf den Punkt bringt:

„En éste país durante mucho tiempo la política se hizo en pequeños, en petite comités, en estos pequeños grupos de poder (...) el asunto es que la gente por tanto tiempo del régimen, entiende el país de esta forma, no. Yo no tengo porque meterme en los asuntos políticos porque hay un grupo que se encarga de eso. (...) ellos deciden, ellos dirigen y una persona común se tiene que interesar por otros temas. Los temas de gobierno se veían como muy lejanos y yo creo que algo que sí hizo, que sí logró el movimiento *#Yo Soy 132* es precisamente eso, como ponerle oxígeno a este sistema, no, o sea hay que abrirlo” (Interview Nr. 5).

Für viele Menschen, die sich an *#Yo Soy 132* beteiligten, bedeutete die Bewegung ein starkes Gemeinschaftserlebnis, das einerseits einen Prozess der persönlichen Politisierung auslöste, andererseits auch im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung seine Spuren hinterließ und die Relevanz politischer Partizipation durch BürgerInnen unterstrich:

„Una de las grandes aportaciones del movimiento fue sacarnos de la soledad frente a una situación que era depresiva, y darnos algo que se nos había negado a los jóvenes: tener comunidad” (Mariana Favela, UNAM, zit. nach Muñoz Ramírez 2012: 95).

“El movimiento 132 para mí era como la esperanza de que los jóvenes empezaron a tomar conciencia de lo que era la realidad, la clase política y en el sistema político que estamos en México. Era como evidenciar lo malo que tenemos en la política mexicana y sobre todo buscar esta colectividad y esta conciencia, y fomentarla con la sociedad. Para mí eso era el movimiento 132” (Interview Nr. 4).

“Una democracia real, un México como el que queremos no se construye si no participas a nivel político permanentemente. Entendernos como ciudadanos, como mexicanos, como parte de la construcción de este país implica que entendamos que nuestra labor de participación política es todo el tiempo” (David Acevedo, UNAM, zit. nach Muñoz Ramírez 2012: 103).

Dass *#Yo Soy 132* ihr Leben verändert und ein persönliches politisches Erwachen ausgelöst habe, darin stimmten nicht nur die InterviewpartnerInnen überein, sondern auch jene StudentInnen, die von der Journalistin Gloria Muñoz Ramírez zu einer Gesprächsrunde zusammengerufen wurden (vgl. 2012: 111). Für viele Jugendliche und junge Erwachsene war *#Yo Soy 132* die erste politisierende Erfahrung, wie eine Studentin aus Tijuana berichtete. Über den Prozess ihrer persönlichen Politisierung sagte sie:

“Yo nunca me he involucrado en la política. No era algo que ha sido parte de mi formación familiar. (...) Empecé a seguir a todos estos debates políticos, no me los perdía para nada, empezaba a platicar con la gente para saber qué era lo que ellos pensaban, y veía que no hubo mucho interés, y a mí me desesperaba mucho, es que eso es muy importante, o sea, es la persona (...) que va a dirigir el país, no quiere decir que todo recaiga sobre él, pero creo que sí es muy importante” (Interview Nr. 2).

Auf persönlicher Ebene wurden darüber hinaus viele Lehren gezogen, wie die folgenden zwei Interviewausschnitte zeigen:

“He aprendido muchas cosas [lacht]. Primero a convivir con muchas personas que tienen ideas muy diferentes de lo mismo, (...) la tolerancia, el respeto (...) aprendí a organizarme también, (...) a ser responsable, y ya no como esa responsabilidad que te enseñan en la escuela como ‘haz la tarea por ser responsable’ sino esta responsabilidad porque estás comprometido con algo realmente, que es algo que surge de adentro (...) También aprendí a... a decir lo que pienso en algunas ocasiones. (...) pero creo que lo más importante que aprendí fue a ser consciente, la importancia que tiene la participación de la gente (...) como todo tiene una consecuencia pues, todo lo que está pasando en el gobierno, todo lo que está pasando en la ciudadanía, todo lo que está pasando en las escuelas, tiene una repercusión, no, esta repercusión brinca como si fuera una consecuencia de un acto” (Interview Nr. 2).

“A mí sí me quedaron muchas cosas. La experiencia de convivir con gente que no conocías y darles tu confianza, eso es una parte. La otra manejar a tanta gente, coordinar como 15 mil, 17 mil personas y eso, (...) Y de ser tolerante, ser muy tolerante y aceptar que a lo mejor, aunque pueden tener las mismas ideas, no es el mismo proceso” (Interview Nr. 4).

Ans Ende dieser Ausführungen möchte ich die Aussage einer Studentin aus Tijuana stellen, in der sie über das erworbene Bewusstsein, dass jede und jeder von seinem Platz im Leben ausgehend etwas zu Veränderung beitragen kann, spricht:

“Yo sigo en el movimiento, es porque creo que cada acto que nosotros hacemos, cada acto como desde no tirar un cigarro en la calle p.e. (...) a veces ni siquiera lo tienes que decir sino que se refleja en lo que haces, en cómo lo haces, cómo lo dices y eso también deja algo en otras personas, entonces se va haciendo como un efecto dominó en donde vas transmitiendo eso y entonces otra persona lo puede adquirir algunas de éstas cosas, entonces el movimiento para mí ya es esto, como una conciencia que en lo personal, en mí se expandió y que es algo que me encantaría compartir con todo el mundo, (...) pero no como tratar de imponer estas ideas porque entonces me vuelvo como las personas que no me gusta como son (...) me encanta la idea de ver que fue un movimiento que tuvo alcances nacionales, el hecho de que no se haya quedado nada más en algo que pasó y ya sino que hizo sus intentos para sobrevivir, para existir, que todavía lo hace todos los días, hacemos un intento para que el movimiento no muera pero el movimiento ya sembró una semilla en mucha gente, eso para mí es suficiente para que cada quien desde su trinchera, digámoslo así, desde su lugar, desde su manera de hacer las cosas, lo hará con esta conciencia” (Interview Nr. 2).

4.4 Zusammenfassung: der mexikanische Staat und soziale Bewegungen

Im folgenden Abschnitt soll nun ein Überblick über das Verhältnis des mexikanischen Staates zu sozialen Bewegungen von den 1960er-Jahren bis zum Jahr 2012 gegeben werden.

Das PRI-Regime zeichnete sich durch eine sehr spezielle Form der Vermischung von Repression und Kooptation gegenüber sozialen Bewegungen aus. Jede soziale Gruppierung oder Aktivität musste in den von oben bestimmten Staatsaufbau mit seiner Ideologie inkorporiert werden – oder es musste gegen sie angegangen werden (vgl. Schütze 2005: 277). In Anwendung dieser Taktik erreichte das Regime, die mexikanische Bevölkerung unter Kontrolle zu haben und soziale Aufstände einzudämmen. Präsident Echeverría (1970-76), dessen federführende Beteiligung an den Massakern 1968 und 1971 heute nicht mehr bestritten werden kann, soll dem US-amerikanischen Journalisten John Ross gegenüber einmal gesagt haben, dass der Unterschied zwischen dem mexikanischen und dem sowjetischen System darin bestünde, dass die Sowjetunion, wenn sie mit einer speziellen Gruppe von Menschen ein Problem hätte, subtrahiere, in Mexiko hingegen würde bei Problem addiert (vgl. Cyclopaedia). Mit subtrahieren meinte Echeverría das Vernichten oppositioneller Gruppierungen, mit addieren meinte er die PRI-Politik, Oppositionelle durch persönliche Bevorteilung vom System der Regierungspartei abhängig zu machen. Die US-amerikanischen Sozialwissenschaftler Hodges und Gandy belegen diese Taktik am Beispiel des Umgangs Echeverrias mit den streikenden ElektrizitätsarbeiterInnen: „After throwing a bone-breaking blow at the electrical workers, he [Präsident Echeverría] suddenly presented himself as their benefactor. (...) Thus a revolutionary nationalist president may both encourage and undermine the people’s belief in their own power” (Hodges/Gandy 2002: 237). Der mexikanische Intellektuelle Lorenzo

Meyer sieht in dieser Kombination von Repression und Kooptation den Grund, warum soziale Bewegungen in Mexiko lange Zeit in Zaum gehalten werden konnten:

“En ese arreglo [presidencialismo], el actuar fuera de las organizaciones aceptadas por el poder o salirse de las órbitas autorizadas por la presidencia, o por su equivalente local, provocaba una reacción que combinaba represión con cooptación, lo que mantenía a la sociedad mexicana desmovilizada” (Meyer 2005: 29f).

Gewaltvolle Repressionen sozialer Aufstände durch staatliche Kräfte ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Beziehung des mexikanischen Staates zu sozialen Bewegungen. Hodges und Gandy bezeichneten das PRI-Regime als „new regime of presidential depotism (...) Known as neo-Porfiriato⁵⁶, it was opposed by successive waves of popular resistance, each of which ended with the intervention of the army, the judicial police, or the government’s hired gunmen in a feast of bullets” (Hodges/Gandy 2002: XI). Ihre traurigen Höhepunkte erreichten die Repressionen zur Zeit des *schmutzigen Krieges* (1964-82), beim *Tlaltelolco-* oder *Corpus-Cristi-Massaker*. Bis heute sind die Geschehnisse dieser Zeit nur rudimentär aufgearbeitet. Dennoch ist inzwischen bekannt, dass staatliche Institutionen während ihrer "Befragungen" von KritikerInnen gewalttätige Foltermethoden, wie etwa Elektroschocks, *water boarding* und sexuelle Gewalt anwandten (vgl. Silbermayr 2013: 8). Die Repressionen fanden jedoch auch nach dieser Zeit kein Ende: Die besonders gegenüber den zapatistischen Aufständen in Südmexiko ab 1994 angewandte Strategie des *schwelenden Krieges* (*Low Intensity War*) kann ebenso als staatliche Repression gegenüber sozialen Bewegungen bezeichnet werden. Paramilitärische Gruppen wie *los Chinchulines* oder *Paz y Justicia* im Bundesstaat Chiapas arbeiten oft mit den staatlichen Sicherheitskräften zusammen, bzw. schreiten diese bei Übergriffen der paramilitärischen Gruppen auf die Bevölkerung nicht ein. Von der Regierung und den Medien werden diese Konflikte oft als Konflikte zwischen verschiedenen indigenen Gruppen dargestellt (vgl. Canal 6 de Julio 2012b). Die staatlichen Repressionen dauerten auch unter den PAN-Präsidentschaften Vicente Fox' und Felipe Calderóns an. Zu Repressionen als Reaktion auf soziale Proteste kam es während des EU-Lateinamerika-Gipfels in Guadalajara (Mai 2005), in San Salvador Atenco (Mai 2006), in Oaxaca (Mai bis November 2006) oder jüngst bei der Angelobung des neuen Präsidenten Enrique Peña Nieto am 1. Dezember 2012. Schon zur Hälfte der Amtszeit von Felipe Calderón erreichten die Zahlen politischer Gefangener historische Höchstwerte (vgl. Knobloch 2008). Eine Strategie, die besonders seit des 2006 von Präsident Calderón ausgerufenen *Kriegs gegen den Drogenhandel* zur Anwendung kommt und auf Techniken des *schmutzigen Krieges* zurückgreift, ist jene der Dehumanisierung der Opfer durch den Staat. Die unzähligen Opfer, von Präsident Calderón als „Kollateralschäden“ be-

⁵⁶ Bezug auf den mexikanischen Präsidenten und Diktator Porfirio Díaz, der Mexiko von 1876 bis 1880 und von 1884 bis 1911 autoritär regierte.

zeichnet, werden bewusst namenlos gehalten, um sie auf diese Weise noch einmal zu entwürdigen und ihnen keinen Platz im kollektiven Gedächtnis einzuräumen (vgl. Silbermayr 2013: 77f).

Gleichzeitig zu den Repressionen erfolgten immer wieder Zugeständnisse des Regimes an aufständische Gruppen, um diese zu schwächen. Diese Zugeständnisse zeigten sich in Form von institutionellen und gesetzlichen Reformen, welche oft den Anschein machten, mehr Raum für politische Beteiligung zu schaffen, in Wirklichkeit soziale Bewegungen aber spalteten und somit schwächten. Beispiele dafür gibt es in der jahrzehntelangen Geschichte des PRI-Regimes viele: Präsident Echeverría's Zugeständnisse an die gebildeten Schichten in Form von Erhöhung des Budgets für Universitäten oder Schaffung von Jobmöglichkeiten für UniversitätsabsolventInnen können als Versuch, die verlorengegangene Kontrolle über die studentisch-intellektuelle Bevölkerungsschicht wiederherzustellen, gewertet werden. Sein Nachfolger López Portillo schloss mit ähnlichen Stabilisierungspolitiken bei gleichzeitiger politischer Liberalisierung an. Die Versuche in den 1970er-Jahren, das von ersten Erschütterungen gebeutelte System der Staatspartei wieder zu stärken, zeigten jedoch nur vorübergehend Erfolg (vgl. Merkel 2010: 213). Spätestens nach der Zahlungsunfähigkeit 1982 setzte der lang andauernde und nicht mehr aufzuhaltende Prozess der demokratischen Öffnung definitiv ein. Das Regime versuchte auch hier, mit Wahlrechtsreformen gegenzusteuern: bereits unter Präsident López Portillo kam es im Jahr 1977 zu einer ersten Wahlrechtsreform, die darauf abzielte, die inoffiziellen Linksparteien ins politische System zu integrieren, ohne gleich die Hegemonie der PRI zu gefährden (vgl. Nohlen zit. nach Merkel 2010: 220f). Auch Präsident de la Madrid (1982-88) versuchte, soziale Aufstände einzudämmen, indem er ihre Themen aufgriff und ihnen mit einer „demokratischen Reform“ Mexiko-Stadts entgegenkam. Auch die Wahlrechtsreformen der 1990er-Jahre (1990, 1993/94 und 1996) dürfen in diesem Licht verstanden werden. Ebenso hatten wirtschaftliche Reformen – wie jene von Präsident Salinas (1988-94) – den Zweck, zur Re-Konsolidierung des Regimes beizutragen. Durch die neoliberalen Wirtschaftsreformen sollte die ökonomische Performanz verbessert und somit dieser seit der Zahlungsunfähigkeit 1982 schwer angeschlagenen Legitimationspfeiler des Regimes wieder gestärkt werden (vgl. Merkel 2010: 221) – was allerdings nur sehr begrenzt gelang, schon allein deshalb, weil 1994 bereits die nächste handfeste Wirtschaftskrise über Mexiko hereinbrach.

Die ersten Reaktionen von VertreterInnen des mexikanischen Staates auf die Geschehnisse des 11. Mai 2012 an der *Universidad Iberoamericana*, die in weiterer Folge die Bewegung #Yo Soy 132 auslösten, waren eine ablehnende, beschwichtigende Haltung seitens der PRI-Parteispitze, von Präsidentschaftskandidat Enrique Peña Nieto selbst oder auch von Pedro Joaquín Coldwell, zu diesem Zeitpunkt Parteivorstand der PRI. Diese Reaktionen brachten laut López Ulloa die Ratlosigkeit des Systems gegenüber dem unerwarteten studentischen Aufstand sowie die durchscheinenden

de Haltung des alten Regimes in Bezug auf soziale Bewegungen zum Ausdruck: „El sistema no supo cómo reaccionar. Porque qué es lo primero que dice el líder nacional del partido, decía no pues son infiltrados, son genta pagada. Entonces dices, oye, ¿a poco no puede haber un movimiento de carácter auténtico?“ (Interview Nr. 5). Die ablehnende Haltung der PRI in Bezug auf #Yo Soy 132 verfestigte sich im Laufe des Protests. Nach eigenen Angaben kam Enrique Peña Nieto als einziger der vier Präsidentschaftskandidaten nicht zur von #Yo Soy 132 veranstalteten TV-Diskussion am 19.06.2012, da er die Bewegung nicht durch seine Anwesenheit legitimieren wollte. Der Staat packte gegenüber der Bewegung seine bewährten Repressionstaktiken aus. Die Repressionen am 1.12.2012, am Tag der Amtseinführung Peña Nietos, erinnerten an die besten Zeiten des alten Regimes. Bei der Niederschlagung der Proteste durch die Polizei starb eine Person, mehrere wurden schwer verletzt und es kam zu nahezu 100 Festnahmen.

Was bezüglich des Umgangs mit sozialen Bewegungen von der Präsidentschaft Peña Nietos zu erwarten ist, ist zum aktuellen Zeitpunkt (Juli 2013) schwer zu sagen. VertreterInnen sozialer Bewegungen erwarten sich ein ähnlich hartes Vorgehen wie Peña Nieto es schon zur Zeit seiner Gouverneurschaft des Bundesstaates *Estado de México* gezeigt hat, wie ein Mitglied der FPDT Atenco zum Ausdruck bringt: „La entrada de Peña Nieto al poder significará conocer esa mano dura que mostró en Atenco en 2006“ (Muñoz Ramírez 2012: 265).

5 Conclusio

Am Beispiel Mexiko wurde in dieser Arbeit dargelegt, wie die Erkenntnisse der klassischen Transformationsforschung durch das Staatsverständnis Antonio Gramscis sowie durch die Überlegungen zur politischen Kultur sinnvolle Ergänzungen erfahren können:

Betrachtet man die lange, im Abschnitt 4.4 überblicksartig skizzierte Geschichte der Repression und Kooptation von Seiten des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen, so scheint sie nahezu als das perfekte Praxisbeispiel für Gramscis hegemonietheoretische Überlegungen, wie sie im Abschnitt 2.2.2 dieser Arbeit vorgestellt wurden: mit Zwang – in Form von Repression – und Konsens – in Form von Zugeständnissen – wurde der Machterhalt der herrschenden Gruppe PRI über Jahrzehnte sichergestellt. Da sich in einem hegemonialen Projekt auch die Bedürfnisse und Interessen der unterworfenen Subjekte redefinieren lassen müssen, damit es von diesen gewollt und aktiv angestrebt wird, wurden die Forderungen oppositioneller Gruppen nach Möglichkeit ins System integriert und immer wieder mit Zugeständnissen in Form von Reformen in Zaum gehalten. War dies nicht möglich, griff der Staatsapparat hart durch. Das heißt, es ist – mit Gramsci gesprochen – klar ersichtlich, dass, wo die Hegemonie des PRI-Regimes nicht anerkannt wurde, der Zwang in Form von Gewalt an den Tag trat. Ab Mitte der 1980er-Jahre schien diese Strategie von Zwang und Konsens jedoch nicht mehr zu funktionieren: Der ungeschriebene Pakt zwischen der mexikanischen Bevölkerung und der Regierung, der auf dem Tausch von politischer Unterordnung gegen Sicherheit und Wohlfahrt fußte, begann sich angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation aufzulösen, das politische System verlor mehr und mehr an Legitimität. Auch der Revolutionsmythos, der von den Hegemonieapparaten reproduziert wurde, wie im Abschnitt 3.3.1.b dargelegt, verlor angesichts der nicht erfüllten Forderungen seitens der Bevölkerung an Glanz und konnte das in Auflösung begriffene System nicht mehr ausreichend unterfüttern.

Dieses Vorgehen des PRI-Regimes hat zur Bildung einer sehr spezifischen, korporatistisch-klientelistischen Verhandlungskultur geführt, die den einzelnen Bürger in die Passivität zurückdrängt. Dass autoritäre Strukturen über den historischen Regierungswechsel im Jahr 2000 hinaus Bestand hatten und sich im Laufe der PAN-Regierungen 2000-2012 sogar wieder verschärften, erschwerte die Entstehung einer demokratischen politischen Kultur in Mexiko zusätzlich. Ebenso die Tatsache, dass die politische Kultur des „alten Regimes“ nach wie vor von manchen im gramscianischen Sinn als Hegemonieapparate bezeichnete Institutionen reproduziert wird. Dass eine demokratische politische Kultur zur Etablierung einer funktionsfähigen Demokratie jedoch essentiell ist, ist seit den Studien von Almond und Verba hinlänglich bekannt. Es darf also ange-

nommen werden, dass die vorherrschende politische Kultur in Mexiko mit ein Grund ist, warum sich der mexikanische Transformationsprozess so langwierig gestaltet. Diese spezifische politische Kultur kann auch mit als Grund gesehen werden, warum es dem mexikanischen Staat gelingt, Aufstände niederzuschlagen bzw. sie überhaupt nicht erst aufkommen zu lassen: dadurch, dass ihm der erweiterte Staat mit seinen Hegemonieapparaten und den von ihnen produzierten Diskursen in die Hände spielt, setzte und setzt es sich in der politischen Kultur Mexikos fest, dass ein Aufstehen für Verbesserungen und ein kritisches Staatsbürgerverständnis, nach dem die jeweiligen Staatsbürgerrechte auch eingefordert werden können, eher negativ zu bewerten ist. Oder anders gesagt: mit dem Militär alleine würde es der mexikanische Staat wohl kaum schaffen, auf die Dauer aufkeimende Aufstände zu unterdrücken. Die sogenannten Hegemonieapparate wie die Massenmedien, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, aber auch die Kirche und die Institution Familie leisten hier ihren Beitrag. Dieser Gedanke kann neben den im Abschnitt 4.3 angeführten internen Problemen auch zum Teil als Erklärung dienen, warum die Bewegung *#Yo Soy 132* nicht länger Bestand hatte.

Aus den oben dargelegten Überlegungen kann nun geschlussfolgert werden, dass am Verhalten des mexikanischen Staates gegenüber sozialen Bewegungen, beobachtet im Zeitraum von den 1960er-Jahren bis zur Bewegung *#Yo Soy 132* im Jahr 2012, kein Beitrag zur Förderung einer demokratischen politischen Kultur und somit in weiterer Folge kein Beitrag in Richtung demokratischer Konsolidierung Mexikos geleistet wurde.

Offen bleibt, welche Strategien von oben, also von Regierungsseite, notwendig wären, um eine wahrhaft demokratische politische Kultur zu fördern. Weiters wäre interessant, dem nachzugehen, wie sich die Hegemonieapparate der mexikanischen Zivilgesellschaft gebärden müssten, an welchen Zielen und Idealen sie sich ausrichten und welche Praktiken sie pflegen müssten, damit Mexikos Weg in Richtung einer von *#Yo Soy 132* geforderten *democracia más auténtica* gefördert würde. Aber auch die Frage nach den Aufgaben aller StaatsbürgerInnen Mexikos, um der Demokratie (mehr) Leben einzuhauchen, sollte nicht außen vor gelassen werden. Diese Fragen nach der erforderlichen, „neuen“ politischen Kultur Mexikos und den sich daraus ergebenden Handlungsimplikationen können als Ausgangspunkt für weiterführende Analysen betrachtet werden.

Dass die Bewegung *#Yo Soy 132* dieses neue Staatsbürgerbewusstsein schon in Ansätzen verkörperte und ihren Beitrag zum Aufbau einer positiv-kritischen Masse sowie von neuen politischen Führungspersonlichkeiten, die den Willen und die Fähigkeiten zur Partizipation haben, geleistet

hat, darf als ihr Erfolg gewertet werden. In diesen Menschen liegt, um mit John Ackerman zu schließen, „a real possibility for a new political situation in Mexico“.⁵⁷

⁵⁷ John Ackerman in einem TV-Interview mit dem US-amerikanischen Journalisten Paul Jay im Juni 2013, vgl. The Real News 2013.

Anhang

Glossar

AMLO	Andrés Manuel López Obrador, bereits seit langer Zeit eine polarisierende Figur im politischen Leben Mexikos; auch bekannt als <i>el peje</i> , Kurzform für <i>pejelagarto</i> , einem Fisch, der in Tabasco, dem Herkunftsbundesland López Obradors, verbreitet ist.
APPO	<i>Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca</i> / Volksversammlung der Völker von Oaxaca, einem südlichen Bundesstaat Mexikos.
DF	<i>Distrito Federal</i> , dt.: Bundesdistrikt, wird in Mexiko üblicherweise für die Hauptstadt Mexiko-Stadt verwendet (sprich: „De-Effe“).
dedazo	dt.: „Fingerzeig“; „Auswahlverfahren“, mit dem der regierende mexikanische Präsident während des PRI-Regimes seinen Nachfolger bestimmte. Nach der Bestimmung wurde der Kandidat nur noch formell durch die Partei ernannt und absolvierte eine Wahltour, an deren Ende der fast übliche Wahlsieg stand; Ernesto Zedillo (1994-2000) war der erste Präsident, der auf den <i>dedazo</i> verzichtete.
Ejido	Land, das gemeinschaftlich genutzt wird.
EZLN	<i>Ejercito Zapatista de Liberación Nacional</i> / Zapatistische Armee für die nationale Befreiung
FPDT	<i>Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra</i> / Front der Gemeinden zur Verteidigung des Bodens
IFE	<i>Instituto Federal Electoral</i> / Bundeswahlbehörde
IMF/IWF	<i>International Monetary Fund</i> / Internationaler Währungsfond
La Jornada	regierungskritische mexikanische Tageszeitung
Los Pinos	Residenz des mexikanischen Präsidenten in Mexiko-Stadt
MORENA	<i>Movimiento Regeneración Nacional</i> / Bewegung der Nationalen Erneuerung
NAFTA	<i>North American Free Trade Agreement</i> / Nordamerikanisches Freihandelsabkommen

<i>NGO</i>	<i>Non-governmental organization</i> / Nichtregierungsorganisation
<i>Narco-Kultur</i>	auch: <i>los narcos, el narcotráfico</i> ; <i>Narco</i> meint den Jugendlichen, der für Kartelle mordet genauso wie einen Juristen oder Bürgermeister, der seine schützende Hand über die Kartelle hält; <i>Narco</i> steht für ein gesellschaftliches Verhältnis, dessen Akteure eng mit dem kapitalistischen System verflochten sind, der <i>Narco</i> agiert jedoch in einer komplett deregulierten Marktwirtschaft, jenseits von rechts- oder sozialstaatlichen Garantien; es herrscht das Recht des Stärkeren, dennoch gilt für Warentausch wie für Dienstleistungen das Gesetz von Angebot und Nachfrage; die organisierte Kriminalität „besticht“ die Gesellschaft auch damit, genau jene Bedürfnisse zu erfüllen, die der marktwirtschaftliche Staat zwar verspricht, aber nicht bereitstellen kann: ein sicheres Auskommen, ein wenig Luxus, gegebenenfalls sogar gesellschaftliche Anerkennung; Hufschmid et al. sprechen von einer durch diese Entwicklungen entstandene „Narcokultur“: wo die kriminelle Ökonomie dominiert, funktioniert die Gesellschaft nach ganz eigenen Regeln; das schlägt sich auch in der lateinamerikanischen Kulturproduktion nieder: Literatur, Kino und Kunst bearbeiten die durch Gewalteskalation entstandenen Traumata, machen auf das Unsichtbare aufmerksam, um die schleichende Gewöhnung an die extreme Gewalt zu verhindern (vgl. Hufschmid 2012: 11f).
<i>OECD</i>	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; internationale Organisation mit derzeit 34 Mitgliedstaaten, die 1948 gegründet wurde und die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlt. Derzeitiger Generalsekretär ist der Mexikaner José Ángel Gurría (seit 2006). Mexiko ist der OECD 1994 beigetreten.
<i>PAN</i>	<i>Partido de la Acción Nacional</i> / Partei der Nationalen Aktion
<i>PRI</i>	<i>Partido Revolucionario Institucional</i> / Partei der Institutionalisierten Revolution
<i>PRD</i>	<i>Partido de la Revolución Democrática</i> / Partei der Demokratischen Revolution
<i>PT</i>	<i>Partido del Trabajo</i> / Partei der Arbeit
<i>PVEM</i>	<i>Partido Verde Ecologista de México</i> / Grüne Ökologische Partei Mexikos
<i>Sexenio</i>	Sechsjährige Amtszeit eines mexikanischen Präsidenten; dieser kann nicht wiedergewählt werden.

<i>Telenovelas</i>	Seifenoperformat, das von Mexiko ausgehend die ganze TV-Welt erobert hat, vor allem im hispanischen Raum verbreitet.
<i>UABC</i>	<i>Universidad Autónoma de Baja California</i> / Autonome Universität Baja California, öffentliche Universität in Tijuana.
<i>UNAM</i>	<i>Universidad Nacional Autónoma de México</i> / Nationale autonome Universität Mexikos - die größte und älteste Universität Lateinamerikas in Mexiko-Stadt; hat 1929 ihre Autonomie erkämpft, d.h. sie untersteht nicht dem Bildungsministerium.
<i>WTO</i>	<i>World Trade Organisation</i> / Welthandelsorganisation
<i>Zócalo</i>	zentraler Platz in Mexiko-Stadt; einer der größten Hauptplätze der Welt

Karte von Mexiko



Interviewübersicht

EXPERTENGESPRÄCHE / INTERVIEWS / TEILNAHMEN Dezember 2012 – Februar 2013										
Nr.		Person	Aufnahme	Datum	Ort	„intern“	„extern“	Experten- gespräch	Interview	Teilnahme
a		Student aus Mexiko, lebt in Wien	-	Dez. 2012	1190 Wien		X	X		
b		Mitglied #Yo Soy 132 Colima	-	Dez. 2012	via Skype	X		X		
c		Politologe, Journalist; aus Mexiko, lebt derzeit in Frk.; Direktor des Online-Mediums <i>Hijos de la Malinche</i>	-	29.12.12	via Skype		X	X		
1		Professor für Politikwissenschaft, UABC	59:26	22.01.13	UABC, Fac. de Economia, Tijuana		X		X	
2		Mitglied #Yo Soy 132 Tijuana	1:15:47	23.02.13	Cafe Sabor y Arte, Zentrum Tijuana	X			X	
3		Mitglied #Yo Soy 132 Tijuana	51:29	25.01.13	Otay, Tijuana	X			X	
4		Drei Ex-Mitglieder #Yo Soy 132 Tijuana	1:14:15	29.01.13	Cafeteria UABC, Tijuana	X			X	
5		Professor für Geschichte, UABC; Journalist bei <i>Binómio 1+4</i>	7:44+27:33	01.02.13	UABC, Fac. de Hu- manidades		X		X	
A		Besprechung #Yo Soy 132 Tijuana Oficial	-	22.01.13	NGO Ollin Calli, Zentrum Tijuana	X				X

B		Besprechung #Yo Soy 132 Tijuana Oficial	-	31.01.13	Cafe Bona, Zentrum Tijuana	X			X
---	--	---	---	----------	----------------------------	---	--	--	---

Offizielle Dokumente von #Yo Soy 132

Dokument Nr. 1

Documento 1

Primer pronunciamiento conjunto del Movimiento #YoSoy132

Leído en el monumento denominado Estela de Luz, erigido como parte de la conmemoración del Bicentenario de la Independencia de México, símbolo de la corrupción gubernamental en el sexenio de Felipe Calderón. Ciudad de México, 23 de mayo de 2012.

La situación en la que se encuentra México exige que las y los jóvenes tomemos el presente en nuestras manos. Es momento de que luchemos por un cambio en nuestro país, es momento de que pugnemos por un México más libre, más prospero y más justo. Queremos que la situación actual de miseria, desigualdad, pobreza y violencia sea resuelta. Las y los jóvenes de México creemos que el sistema político y económico actual no responde a las demandas de todos los mexicanos.

Los estudiantes unidos de este país creemos que una condición necesaria para corregir ésta situación, consiste en empoderar al ciudadano común a través de la información, ya que esta nos permite tomar mejores decisiones políticas, económicas y sociales. La información hace posible que los ciudadanos puedan exigir y criticar, de manera fundamentada, a su gobierno, a los actores políticos, a los empresarios y a la sociedad misma. Por eso, YoSoy132 hace del derecho a la información y del derecho a la libertad de expresión sus principales demandas.

Hoy, los jóvenes de México hemos encendido una luz en la vida pública del país. Asumamos este momento histórico con valentía e integridad. No esperemos más. No callemos más. Los jóvenes decimos: ¡Presente!

A los medios de comunicación nacionales e internacionales, a las instancias competentes del gobierno, a la sociedad mexicana en general. El movimiento YoSoy132 declara:

Primero.- Somos un movimiento ajeno a cualquier postura partidista y constituido por ciudadanos. Como tal, no expresamos muestras de apoyo o rechazo hacia ningún candidato político. Nuestros deseos y exigencias se centran en la defensa de la libertad de expresión y el derecho a la información de los mexicanos. Nuestra preocupación se deriva del estado actual de la prensa nacional y los medios de comunicación, así como de su papel político en el contexto democrático.

Segundo.- YoSoy132 no representa a ninguna institución de educación superior. Su representación depende únicamente de los individuos que se suman a esta causa y que se articulan por medio de los comités universitarios.

Tercero.- El movimiento YoSoy132, a través de la deliberación interuniversitaria democrática, cuenta ya con principios generales que guían su causa, así como estatutos que aseguran la participación de los individuos y de los grupos que los hacen suyos. En esencia, nuestro movimiento busca la democratización de los medios de comunicación

con el fin de garantizar información transparente, plural e imparcial para fomentar una conciencia y pensamiento críticos. Es por ello que: Exigimos competencia real en el mercado de medios de comunicación, en particular en lo referente al duopolio televisivo. Exigimos hacer del acceso a internet un derecho constitucional efectivo, en los términos que establece el artículo 1° de nuestra Carta Magna.

Exigimos la instauración en todos los medios informativos (radio, televisión y medios impresos) de figuras que defiendan el interés público, como lo son: la publicación de un código de ética del manejo informativo y la instauración de un ombudsman.

Exigimos someter a concurso producciones para los canales públicos de permisionarios en las distintas escuelas de comunicación.

Exigimos abrir espacios de debate entre los jóvenes y los medios de comunicación sobre las demandas aquí expuestas.

Exigimos garantizar la seguridad de los integrantes de este movimiento, de quienes se expresan libremente a lo largo del país y en particular de los periodistas que han sido alcanzados por la violencia. Además, expresamos nuestra absoluta solidaridad con las personas que en los últimos días han sido reprimidas por manifestar sus ideas en distintos estados de la república.

Además, como demanda inmediata exigimos la transmisión en cadena nacional del debate de los candidatos a la presidencia de la República.

Encontrando esto no como una imposición a las audiencias privilegiadas, sino como forma de garantizarle el derecho a elegir verlo o no, a quienes hoy no cuentan siquiera con esa posibilidad.

¡Universitarios y jóvenes de México! este movimiento los convoca a organizarse, sumarse y hacer suyo este pliego petitorio.

¡Por una democracia auténtica! ¡YoSoy132!

Dokument Nr. 5

Documento 5

Plan de lucha

México, D.F. 30 de junio de 2012

A la opinión pública nacional e internacional:

A los medios de comunicación:

Al pueblo de México:

Por este conducto la Asamblea Interuniversitaria #Yo soy 132, que agrupa en su interior a voceros y delegados de más de cien universidades e instituciones educativas de todo el país, hace de su conocimiento el programa de lucha que sintetiza las exigencias fundamentales del movimiento y que orientarán en lo sucesivo nuestras acciones a seguir.

En los últimos días nuestras asambleas locales han llevado a cabo un intenso proceso de análisis para precisar las reivindicaciones más significativas de nuestro movimiento y para articularnos con las organizaciones y movimientos sociales que a lo largo y ancho del país reclaman la democratización de la vida pública y el fin del modelo de exclusión social prevaleciente en México durante las últimas tres décadas.

Hacemos un llamado a todos los jóvenes, estudiantes y a la población en general a hacer suyas estas reivindicaciones y a movilizarse por:

Democratización y transformación de los medios de comunicación, información y difusión.

Luchamos contra los monopolios y oligopolios mediáticos que concentran y manipulan la información particularmente en el actual contexto electoral en donde es evidente el contubernio entre los partidos políticos y las empresas mediáticas. Observamos que en el actual modelo de medios comercial, representado por Televisa y Tv Azteca, se excluye a la sociedad y organizaciones civiles en general. Consideramos que sólo la socialización de los medios de difusión, bajo el modelo de medios público, permitirá una verdadera apertura mediática y garantizará el derecho a la información y a la libertad de expresión.

Cambio en el modelo educativo, científico y tecnológico.

Consideramos que el Estado Mexicano ha asumido y aplicado modelos educativos neoliberales, impuestos por organismos financieros internacionales, que resultan ajenos al contexto nacional, por ello planteamos y exigimos el cambio del modelo educativo, tecnológico y científico, así como el establecimiento nacional de una educación verdaderamente laica, gratuita, científica, pluricultural, democrática, humanista, popular, crítica, reflexiva, de alto nivel académico y garantizada por el Estado en todos los niveles como obligación constitucional.

Cambio en el modelo económico neoliberal.

El movimiento #Yo soy 132 busca la transformación de la realidad social del país y está consciente que el mercado no es la panacea para la solución de los males sociales y que el gobierno y la sociedad deben de jugar un rol fundamental para resolver los problemas económicos que aquejan al país. El neoliberalismo nos empobrece, excluye, margina y

violenta, es por eso que el movimiento #YoSoy132 se pronuncia a favor de una economía humana, justa, soberana, sustentable y de paz.

Cambio en el modelo de seguridad nacional y justicia.

Consideramos que para la restauración de la paz es imperante el retiro de las fuerzas armadas de las funciones de seguridad pública; así como detener la criminalización, represión y hostigamiento de la protesta social y de la población en general. Entendemos la militarización del país y el supuesto combate al crimen organizado como consecuencia de la intervención imperialista estadounidense en materia de seguridad y economía nacional. Exigimos el esclarecimiento de los asesinatos como el caso del luchador social Carlos Sinuhé Cuevas y nos pronunciamos por un ¡Alto a los feminicidios y crímenes de odio! Al mismo tiempo reivindicamos los procesos autónomos de seguridad comunitaria y de organización contra los megaproyectos.

Transformación política y vinculación con movimientos sociales.

Siendo el 132 un movimiento social incluyente que busca la integración nacional, consideramos necesaria la interlocución con el pueblo en general, informándole de los objetivos y razones de nuestra lucha, escuchando y dando voz a sus demandas. Para fomentar y fortalecer la democracia participativa en la toma de decisiones, la construcción de políticas públicas y el apoyo a los proyectos autónomos y autogestivos; proponemos el enriquecimiento y creación de asambleas distritales, municipales, comunales, locales y barriales. Todo esto, para la constitución de un poder popular y ciudadano que vigile a los órganos de gobierno e implemente desde la sociedad mecanismos para la solución de sus demandas. Abrazamos las voces de las organizaciones y movimientos sociales, vinculándonos de manera solidaria en búsqueda de alianzas que toman como principio el respeto a su autonomía, la construcción de una relación horizontal y el reconocernos con humildad como uno de tantos actores sociales que expresan el descontento social.

Salud.

Exigimos el pleno cumplimiento del derecho a la salud consagrado en el artículo 4º constitucional y en la observación general 14 del Comité de Derechos Económicos, Sociales y Culturales (DESC) de la ONU. Nos oponemos al esquema neoliberal de salud adoptado en las últimas décadas por el Estado mexicano consistente en el abandono y desfinanciamiento de los servicios médicos y la desviación de las prestaciones a manos de la empresa privada y se pronuncia a favor de un enfoque multidimensional e interdisciplinario del sector salud.

Quellenverzeichnis

- Ackerman, John M. (2006): Democratización: pasado, presente y future. In: Perfiles Latinoamericanos, Juli-Dezember, Nr. 28, Mexiko-Stadt. S. 117-157.
- Almeyra, Guillermo (2008): Los vaivenes de los movimientos sociales en México. In: OSAL [Observatorio Social de América Latina] Buenos Aires: CLACSO, 9. Jahr, Nr. 24, Oktober.
- Alvarez, Sonia E./ Dagnino, Evelina/ Escobar, Arturo (1998): Cultures of Politics – Politics of Cultures. Re-Visioning Latin American Social Movements. Boulder/Oxford: Westview Press.
- Ávalos Tenorio, Gerardo (2009): Mexico: Sozialer Zerfall und Auflösung der politischen Autorität. Zugriff unter: www.linksnetz.de (27.12.12).
- Aviña Zepeda, Jaime (2009): La transición democrática y la regression. In: Centrales.
- Berger, Herbert/ Gabriel, Leo (Hrsg.) (2007): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Mandelbaum Verlag.
- Binder, Christina (2004): Die Landrechte indigener Völker unter besonderer Bezugnahme auf Mexiko und Nicaragua. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Boris, Dieter (1995): Das Scheitern neoliberaler Politik in Mexiko (1982 – 1994). In: Prokla 99, 25. Jg., Nr. 2.
- Boris, Dieter (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Boris, Dieter/ Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus? Köln: ISP.
- Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007, Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2008a): Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Demokratieforschung. Nueva Sociedad Nr. 215, Buenos Aires.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2008b): Nachdenken über Demokratie. Plädoyer für eine neue Agenda in der Lateinamerika-Forschung. In: Lateinamerika Analysen 20, 2/2008, S. 77-94. Hamburg: ILAS.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2012): Lateinamerikas soziale Bewegungen zu Beginn des XXI. Jahrhunderts: eine Einführung. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos.
- Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merckens, Andreas/ Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Argument Sonderband Neue Folge AS 305. Hamburg: Argument.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Davis, Diane E. (1994): Failed Democratic Reform in Contemporary Mexico: From Social Movements to the State and Back Again. In: Journal of Latin American Studies, Vol. 26, Nr. 2, S. 375-408.

- Escobar, Arturo/ Alvarez, Sonia E. (1992): *The Making of Social Movements in Latin America. Identity, Strategy, and Democracy*. Boulder/Oxford: Westview Press.
- Goche, Flor (2012): Yo Soy 132, movimiento del siglo XXI. In: *Contralínea* 301. Online: <http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2012/09/11/yo-soy-132-movimiento-del-siglo-xxi/> (Zugriff: 17.05.2013)
- Gandarilla Salgado, José/ Ortega, Jaime/ Pimmer, Stefan (2012): *Dreißig Jahre Neoliberalismus in Mexiko*. In: Lesay, Ivan/ Leubolt, Bernhard (Hg.): *Lateinamerika nach der Krise. Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen*. Wien, Berlin: LIT.
- Gómez Zuppa, Willebaldo (11.06.2012): El movimiento #Yo Soy 132 ¿Primavera política que termina el 1° de julio? Online: <http://apiavirtual.net/2012/06/11/el-movimiento-yo-soy-132-%C2%BFprimavera-politica-que-termina-el-1%C2%BA-de-julio/> (Zugriff: 09.01.2013)
- Hernández Chávez, Alicia (2012, Hg.): *México. La búsqueda de la democracia*. Band 5: 1960/2000. Madrid: Taurus/ Fundación Mapfre.
- Hirsch, Joachim (2006): Soziale Bewegungen in demokratiethoretischer Perspektive. In: Marchart, Oliver/ Weinzierl, Rupert (Hg.): *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hodges, Donald/ Gandy, Ross (2002): *Mexico under Siege. Popular Resistance to Presidential Despotism*. London, New York: Zed Books.
- Huffschmid, Anne (2004): Big Brother der Demokratie: Medienmacht im neuen Mexiko. In: Bernecker, Walther/ Braig, Marianne/ Hölz, Karl/ Zimmermann, Klaus (Hg.): *Mexiko heute. Politik. Wirtschaft. Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Huffschmid, Anne et al. (2012, Hg.): *NarcoZones. Entgrenzte Märkte und Gewalt in Lateinamerika*. Berlin: Assoziation A.
- Jacinto, Lizette (2010): Revolution gegen die Enteignung. Vorgeschichte und Verlauf der mexikanischen Revolution. In: *ila* Nr. 340, November 2010, Bonn.
- Jörke, Dirk (2006): Warum Postdemokratie? In: Pickel, Gert/ Pickel, Susanne: *Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaltmeier, Olaf/ Kastner, Jens/ Tuidier, Elisabeth (2004): Cultural Politics im Neoliberalismus. Widerstand und Autonomie Sozialer Bewegungen in Lateinamerika. In: Kaltmeier, Olaf/ Kastner, Jens/ Tuidier, Elisabeth (Hg.): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kastner, Jens Petz (2006): Modifizierte Stärke. Soziale Bewegungen in Lateinamerika im Überblick. In: *Grundrisse* 20/2006.
- Kebir, Sabine (1991): *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag. Ökonomie. Kultur. Politik*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Linz, Juan J./ Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

- Los Brigadistas-UNAM (20.06.2012): Una visión sobre el alzamiento estudiantil pacífico. El desarrollo del movimiento estudiantil "#YoSoy132" en México. In: Rebelión. Online: <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=151650> (Zugriff: 15.05.2013)
- Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Croissant, Aurel/ Thiery, Peter (2006): Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, Lorenzo (2004 [1992]): La segunda muerte de la Revolución Mexicana. Cal y arena: Mexiko-Stadt.
- Meyer, Lorenzo (2005): El estado en busca del ciudadano. Un ensayo sobre el proceso político mexicano contemporáneo. Mexiko-Stadt: Editorial Oceano de México.
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Moreira, Carlos (2013): Mitos y realidades sobre la calidad de la democracia en América Latina. Online: <http://www.condistintosacentos.com/mitos-y-realidades-sobre-la-calidad-de-la-democracia-en-america-latina/> (Zugriff: 25.05.2013).
- Moser, Bettina (2009): Autonomie statt Entwicklung: Zapatismus und Post-Development. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Muñoz Ramírez, Gloria (2012, Hg.): #YoSoy132. Voces del movimiento. Mexico D.F.: Ediciones Bola de Cristal.
- Niesen, Claudia (2010): Die Konstruktion einer Revolution. Aufbau und Niedergang des mexikanischen Revolutionsmythos. In: *ila* Nr. 340, November 2010, Bonn.
- Pickel, Gert/ Pickel, Susanne (2006): Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pimmer, Stefan (2010): Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 26 (1), 12-41.
- PNUD [Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen] (2004): La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos. Buenos Aires. Online: <http://www2.ohchr.org/spanish/issues/democracy/costarica/docs/PNUD-seminario.pdf> (Zugriff: 17.04.2013).
- Preston, Julia/ Dillon, Samuel (2004): Opening Mexico. The Making of a Democracy. New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Rajchenberg S., Enrique/ Fazio, Carlos (2001, Hg.): Rebellion X. Das Jahr des Streiks an der Universität in Mexiko-Stadt. Münster: Unrast.
- Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/New York: Campus.
- Roux, Rhina (1997): México. Rupturas y esperanzas. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 152, S. 11-19.
- Sandschneider, Eberhard (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.

- Schriek, Ellen/ Schmuhl, Hans-Walter (1997, Hg.): Das andere Mexiko. Indigene Völker von Chiapas bis Chihuahua. Gießen: Focus.
- Schütze, Stephanie (2004): Politische Kultur(en) und Demokratisierung. In: Bernecker, Walther/ Braig, Marianne/ Hölz, Karl/ Zimmermann, Klaus (Hg.): Mexiko heute. Politik. Wirtschaft. Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Schütze, Stephanie (2005): Die andere Seite der Demokratisierung. Die Veränderungen politischer Kultur aus der Perspektive der sozialen Bewegungen der Siedlerinnen von Santo Domingo, Mexiko-Stadt. Berlin: edition tranvía.
- Silbermayr, Hanna (2013): Ziviler Protest im mexikanischen Drogenkrieg. Widerstand gegen Korruption und autoritäre Praktiken im heutigen Mexiko. Diplomarbeit Universität Wien.
- Tello Chávez, Marcos (12.06.2012): La tentación de la primavera. In: América Latina en Movimiento. Online: <http://alainet.org/active/55592> (Zugriff: 15.05.2013)
- Thiery, Peter (2008): Intakte und defekte Demokratien – Wohin bewegt sich Lateinamerika? In: Lateinamerika Analysen 20, 2/2008, S. 77-94. Hamburg: ILAS.
- Ulfelder, Jay (2010): Dilemmas of Democratic Consolidation. A Game-Theory Approach. London: FirstForumPress.
- Waldrauch, Harald (1996): Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel. Institut für Höhere Studien, Wien. Reihe Politikwissenschaft. Nr. 36.
- #Yo Soy 132 (2012): Dokumente 1 – 7. Online: <http://www.edicionesboladecristal.com/docs.html> (Zugriff: 10.05.2013). Auch zu finden in Muñoz Ramírez 2012.
- Zimmering, Raina (2005, Hg.): Der Revolutionsmythos in Mexiko. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Statistiken

- IFE [Instituto Federal Electoral, Nationale Wahlbehörde Mexikos] (08.07.2012): Resultado del Cómputo Distrital de la Elección de Presidente de los Estados Unidos Mexicanos de 2012 por Entidad Federativa. Online: <http://computos2012.ife.org.mx/reportes/presidente/distritalPresidenteEF.html> (Zugriff: 14.05.2013).
- IFE (2006): Elección de Presidente de los Estados Unidos Mexicanos. Online: <http://www.ife.org.mx/documentos/Estadisticas2006/presidente/nac.html> (Zugriff: 13.06.2013).
- ITU, International Telecommunications Union (2013): Percentage of individuals using the Internet 2000-2012. Online: http://www.itu.int/net/itu_search/index.aspx?cx=001276825495132238663%3Anqzm45z846q&cof=FORID%3A9&ie=UTF-8&q=individuals+internet+2000+-+2012 (Zugriff: 13.07.2013).

Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften

- APA (13.07.2012a): Zweitplatzierter will Präsidentenwahl annullieren lassen. In: derStandard.at. Online: <http://derstandard.at/1342139019185/Zweitplatzierter-will-Praesidentenwahl-annullieren-lassen> (Zugriff: 14.05. 2013).
- APA (23.07.2012b): Mexikaner demonstrieren erneut gegen künftigen Präsidenten Peña Nieto. In: derStandard.at. Online: <http://derstandard.at/1342947320444/Neue-Proteste-gegen-Enrique-Pena-Nieto> (Zugriff: 14.05. 2013).
- Azzellini, Dario (28.12.2001): Mexiko 1968 - Massaker für ungestörte Olympiade. In: Telepolis. Online: <http://www.heise.de/tp/artikel/11/11442/1.html> (Zugriff: 13.07.2013).
- BBC (01.12.2012): Mexico's Enrique Pena Nieto inaugurated as president. Online: <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-20564446> (Zugriff: 14.05.2013).
- Binzer, Moritz (24.12.2012): 15 Jahre Massaker von Acteal: Gedenkfeier in Südmexiko. In: amerika21.de. Online: <http://amerika21.de/meldung/2012/12/73396/gedenkfeier-acteal> (Zugriff: 02.07.2013).
- CNNMéxico (28.11.2012): #YoSoy132 anuncia marchas contra la toma de posesión de Peña Nieto. Online: <http://mexico.cnn.com/nacional/2012/11/28/yosoy132-anuncia-marchas-contra-la-toma-de-posesion-de-pena-nieto> (Zugriff: 14.05.2013).
- Dresser, Denise (26.11.2012): Saldo sexenal. In: Terra. Online: <http://noticias.terra.com.mx/mexico/denise-dresser-saldo-sexenal,56a60b10dbc3b310VgnVCM3000009acceb0aRCRD.html> (Zugriff: 23.07.2013).
- El País (09.07.2006): Un juez federal absuelve al ex presidente mexicano Echeverría de genocidio. Online: http://internacional.elpais.com/internacional/2006/07/09/actualidad/1152396004_850215.html (Zugriff: 01.07.2013).
- Huffs Schmid, Anne (23.05.2011): Ein kleines Gramm Güte. In: Neue Zürcher Zeitung. Online: <http://www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/literatur/ein-kleines-gramm-guete-1.10668838> (Zugriff: 05.07.2013).
- Informador (27.03.2013): Van 150 mil muertos por la guerra contra el narco en México: EU. Online: <http://www.informador.com.mx/mexico/2012/366237/6/van-150-mil-muertos-por-la-guerra-contra-el-narco-en-mexico-eu.htm> (Zugriff: 23.07.2013).
- Knobloch, Andreas (13.03.2008): Zurück in den Kampf. In: Portal amerika21.de. Online: <http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2008/maerz/zuruck-in-den-kampf> (Zugriff: 04.05. 2013).
- La Jornada (15.11.2006): Chiapas: ni 15 minutos ni todo un sexenio. In: La Jornada. Online: <http://www.jornada.unam.mx/2006/11/15/index.php?section=opinion&article=002a1edi> (Zugriff: 13.06.2013).
- Lara Moreno, Carlos (12.05.2012): Éxito de Peña en la Ibero pese a intento orquestado de boicot. In: El Sol de Morelia. Online: <http://www.oem.com.mx/elsoldemorelia/notas/n2538448.htm> (Zugriff: 04.05.2013).

- Montalvo, Tania L. (04.07.2012): #YoSoy132 acuerda rechazar el proceso electoral por "imponer" a Peña Nieto. In: CNN México. Online: <http://mexico.cnn.com/nacional/2012/07/04/yosoy132-acuerda-rechazar-el-proceso-electoral-por-imponer-a-pena-nieto> (Zugriff: 10.07.2013).
- Reuters (05.04.2007): Rights group urges Mexico to resolve "dirty war". Online: <http://www.reuters.com/article/2007/04/05/idUSN05211466> (Zugriff: 01.07.2013).
- Revueltas Retes, Román (20.05.2012): Los fascistas, los jóvenes y los demás. In: Milenio. Online: <http://www.milenio.com/cdb/doc/impreso/9147995> (Zugriff: 04.05. 2013).
- Silbermayr, Hanna (12.10.2012): Fahrlässige Justiz. In: fm4. Online: <http://fm4.orf.at/stories/1706198/> (Zugriff: 02.07.2013).
- Solis, Victor (24.10.2012): Ex vocero de #YoSoy132, ahora en Televisa, desata ira en redes. In: El Universal. Online: <http://www.eluniversal.com.mx/notas/878627.html> (Zugriff: 25.07.2013).
- Stern (02.12.2012): Gewalt bei Amtsantritt von Mexikos neuem Präsidenten. Online: <http://www.stern.de/news2/aktuell/gewalt-bei-amtsantritt-von-mexikos-neuem-praesidenten-1935403.html> (Zugriff: 14.05.2013).
- Streck, Ralf (02.09.2006a): Calderón auf dem Weg zum Präsidentenamt in Mexiko. In: Telepolis. Online: <http://www.heise.de/tp/artikel/23/23469/1.html> (Zugriff: 23.07.2013).
- Streck, Ralf (19.11.2006b): Spannung steigt in Mexiko. In: Telepolis. Online: <http://www.heise.de/tp/artikel/24/24012/1.html> (Zugriff: 23.07.2013).
- Süddeutsche (02.12.2012): Gewaltsame Proteste bei Amtsantritt von Präsident Peña Nieto. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/mexiko-gewaltsame-proteste-bei-amtsantritt-von-praesident-pea-nieto-1.1539130> (Zugriff: 14.05.2013).
- Tapia Montejó, Daniel (02.07.2010): Freiheit für Atenco-Aktivisten. In: Portal amerika21.de. Online: <http://amerika21.de/nachrichten/2010/07/2923/freiheit2033948atenco> (Zugriff: 04.05. 2013).
- Terra (26.11.2012): El México que Calderón le deja a Peña Nieto. Online: <http://noticias.terra.com.mx/transicion-presidencial/el-mexico-que-calderon-le-deja-a-pena-nieto,c18c6a3dced3b310VgnCLD2000009ccceb0aRCRD.html> (Zugriff: 23.07.2013).
- The Guardian (02.12.2012): Enrique Peña Nieto takes office as Mexico's president. Online: <http://www.guardian.co.uk/world/2012/dec/02/enrique-pena-nieto-mexico> (Zugriff: 14.05.2013).
- Vogel, Wolf-Dieter/ Lang, Miriam (02.10.2002): Vergangenheitsbewältigung oder Standortpolitik? In: Telepolis. Online: <http://www.heise.de/tp/artikel/13/13343/1.html> (Zugriff: 14.07.2013).

Videos

- Canal 6 de Julio, veröffentlicht von CensuraMisHuevos (27.05.2012a): Halcones. Terrorismo de Estado. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=HXXWF-r8LBQ&list=PLD658373C1CDB07E9> (Zugriff: 11.05. 2013).
- Canal 6 de Julio, veröffentlicht von Aristegui Noticias (07.09.2012b): Documental sobre la matanza de Acteal. Online: <http://youtu.be/bnIkVLN3K6k> (Zugriff: 03.05.2013).

canalelmex (08.07.2012): Yo Soy # 132 Innsbruck, Austria. Online: <http://youtu.be/urZrbxib1Xk> (Zugriff: 10.07.2013).

Desinformémonos (08.04.2013): Atenco, resistencia y nuevas amenazas. Online: <http://desinformemonos.org/2013/04/atenco-resistencia-y-nuevas-amenazas/> (Zugriff: 05.07.2013).

Dystopiafilmsmexico (26.05.2012): Marcha Yo Soy 132. Online: <http://youtu.be/sF9d7FKZhYA> (Zugriff: 09.07.2013).

Edher Alberto Castañeda Resendiz (13.05.2010): Luis Echeverría Álvarez 1/6. Online: <http://youtu.be/4YCZp4IaVRo> (Zugriff: 14.07.2013).

ForoTV, hochgeladen von Rafael H (24.05.2012): Marcha Yo soy 132 del 23 de mayo 2012 Mexico. Online: <http://youtu.be/IMK7cPGDCIw> (Zugriff: 09.07.2013).

Imágenes En Rebeldía (29.06.2012): Gran Marcha #Yo Soy 132 – 30 de junio. Online: <http://youtu.be/2c8omKcADsk> (Zugriff: 13.07.2013).

kainABEL777 (07.06.2012): Yo Soy 132. (Cancion Oficial) 2013. Online: <http://youtu.be/NxP70lShqhQ> (Zugriff: 10.07.2013).

KajaNegraTV (13.05.2012): Peña Nieto en la Ibero - Atenco y despedida (3-3) [Peña Nieto antwortet auf die Frage bzgl. Atenco]. Online: <http://youtu.be/6WXmpNQarWk> (Zugriff: 04.05. 2013).

MasDe131 (14.06.2012a): Fiesta por la Luz de la Verdad. Online: <http://youtu.be/zmG8H1JoDGc> (Zugriff: 13.07.2013).

MasDe131 (19.06.2012b): #Debate 132. Online: <http://youtu.be/txWoCr1EXyE> (Zugriff: 10.07.2013).

men1052 (12.05.2012): Abuchean y Avientan Zapato A Peña Nieto En La Ibero [Rauswurf Peña Nietos aus der Ibero]. Online: <http://youtu.be/h147nDmVPHM> (Zugriff: 04.05. 2013).

miauctortv (29.06.2012): Natalia Lafourcade - Un Derecho de Nacimiento #YoSoy132. Online: <http://youtu.be/aBREtvsWEac> (Zugriff: 10.07.2013).

OjoElectoral (14.07.2012): Manual de la asamblea #YoSoy132. Online: <http://youtu.be/XFOMOm9PiY0> (Zugriff: 10.05. 2013).

R3CR3O (14.05.2012): 131 Alumnos de la Ibero responden. Online: <http://youtu.be/P7XbocXsFkl> (Zugriff: 04.05. 2013).

teleSURtv (01.12.2012a): Violenta represión en toma de protesta de EPN en México. Online: http://youtu.be/8r_1GKzVkv0 (Zugriff: 14.05. 2013).

teleSURtv (01.12.2012b): Peña envía un mensaje de represión a la nación: Hernández. Online: <http://youtu.be/-6rVQGbCdcQ> (Zugriff: 14.05. 2013).

teleSURtv (30.11.2012c): YoSoy132 se movilizará en rechazo a toma de posesión de Peña. Online: <http://youtu.be/GKVIXDv4onQ> (Zugriff: 14.05.2013).

TheRealNews (07.06.2013): US Drug War Props Corrupt Mexican Ruling Class. Online: <http://youtu.be/IVdHn71kuDE> (Zugriff: 23.07.2013).

Homepages

Amnesty International Deutschland: Länderkurzinfo Mexiko. Menschenrechtsverletzungen in Mexiko.

Das Massaker von Acteal. Online:

<http://www.amnesty.de/umleitung/1999/deu04/039?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>
(Zugriff: 29.07.2013).

#Yo Soy 132 Media – offizielle Homepage: <http://www.yosoy132media.org> (Zugriff: 10.05. 2013).

Cyclopaedia.net: Luis Echeverría. Online: <http://de.cyclopaedia.net/wiki/Luis-Echeverria> (Zugriff: 14.07.2013).

Organización Campesina de la Sierra del Sur: Online: <http://ocss.galeon.com/productos2144338.html>
(Zugriff: 24.07.2013).

Im Archiv der Autorin dieser Arbeit

Interview-Transkripte

Protokolle der Expertengespräche und Teilnahmen

Schul- und Hochschulbildung

1991 – 1996	Volksschule Sarleinsbach
1996 – 2004	BRG/BG Rohrbach
März 2006 – April 2012	Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien Wahlfach: Bosnisch/Kroatisch/Serbisch Diplomarbeit: „Demokratiebildung als Motor der Demokratisierung? Eine empirische Analyse der Demokratiebildung in Bosnien-Herzegowina“
Oktober 2006 – Oktober 2013	Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
März – Juli 2010	Teilnahme an der <i>INEX Sustainability Challenge</i> Interuniversitäre LV zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“
Mai 2011	Teilnahme an der <i>Zukunftskonferenz win²</i> , Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit in Unternehmen – CSR als Innovationsfaktor“
Februar – Juni 2009	Auslandssemester an der Universität Zagreb, Studium der Politikwissenschaft und Kroatisch

Studienschwerpunkte (beide Studien):
Friedens- und Konfliktstudien, Internationale Politik, Nachhaltigkeit, Lateinamerika, Südosteuropa;

Auslandserfahrung, berufliche Tätigkeiten und Praktika

Februar 2005 – Februar 2006	Freiwilligeneinsatz über den Verein <i>Jugend Eine Welt</i> in Tijuana/Mexiko (Mitarbeit in einem Jugendzentrum)
August – September 2008	Lerneinsatz der Dreikönigsaktion in Goiânia/Brasilien
September 2009	Praktikum an der mexikanischen Botschaft Wien
März und April 2010	Reportagereise im Zuge des Jungjournalistenwettbewerbs <i>Reporter'10</i> der österreichischen Tageszeitung <i>Die Presse</i> nach Bosnien-Herzegowina
Jänner 2010 – August 2013	beschäftigt beim Verein <i>Jugend Eine Welt</i>

Ehrenamtliche Tätigkeiten

April 2006 – November 2011	Pfarrleitung Katholische Jungschar Sarleinsbach
Herbst 2007 und 2008	Mitglied des Vorbereitungsteams für zukünftige VolontärInnen von <i>Jugend Eine Welt</i>
August 2009	Volontariat im Jugendzentrum <i>Omladinski Centar</i> in Jajce/Bosnien
2009 und 2010	Mitarbeit im Jugendzentrum <i>Salve für Alle</i> , 1030 Wien

Über Rückmeldungen zu meiner Diplomarbeit freue ich mich unter: mexs@gmx.at!